

Wolfgang Malanowski (Hg.)

1945

Deutschland in der Stunde Null

SPIEGEL-BUCH

Rowohlt

In einem politisch-historischen Überblick und Reportagen über die Eroberung von vier deutschen Städten durch Amerikaner, Briten, Franzosen und Russen wird in diesem Buch untersucht, was die Sieger des Zweiten Weltkriegs 1945 mit den Deutschen vorhatten, ob sie ihre Ziele erreichten, und was aus den Besiegten wurde.

DM 18,—

SPIEGEL-BUCH

Rowohlt

Welch ein Jahr, dieses 1945, grübelte Thomas Mann fern der Heimat, aus der die Nazis ihn vertrieben hatten: „Schwerlich hat es in der Geschichte ein ereignisreicheres gegeben“ – ein „Gedränge von Schocks und erbitternden Geschehnissen“.

Ergeben auf Gnade und Ungnade, wie das viele Völker seit der Antike über sich haben ergehen lassen müssen. Und doch soll am 8. Mai 1945 etwas Einmaliges, Einzigartiges geschehen sein – unvergleichlich und „ohne jedes historische Vorbild“, der „größte Abgrund der Geschichte“ habe sich aufgetan.

Es war schlimmer als nach dem Dreißigjährigen Krieg, der das Land verwüstet und die Nation in Stücke gerissen hatte. So schlimm wie einst in Karthago, als die Römer, 146 vor Christus, die Bevölkerung in die Sklaverei geschickt und die verbrannte Erde mit einem Fluch belegt hatten. Konrad Adenauer war auf das Schlimmste gefaßt: „Wenn nicht ein Wunder geschieht, geht das deutsche Volk zugrunde, langsam, aber sicher.“

War das die „Stunde Null“, über die Historiker noch heute grübeln, das Ende der deutschen Geschichte, deutscher Tradition, der deutschen Nation? Und danach: ein anderes Deutschland, andere Deutsche, friedlich und demokratisch? Oder war es nur ein „Pausenzeichen der Geschichte“, ein „Augenblick

der ‚Zeitlosigkeit‘? Drängten die Sieger im Westen sogleich auf kapitalistische Restauration, die im Osten auf sozialistische Revolution?

SPIEGEL-Redakteur Wolfgang Malanowski – er promovierte über Hitlers Außenpolitik – und seine Mitautoren kommen zu dem Schluß: Die Amerikaner waren nicht als Befreier, sondern als Sieger in den „Feindstaat Deutschland“ gekommen. Sie wollten die Deutschen umerziehen, von Grund auf verändern, ihren Charakter und die nationalen Leitbilder. Die Engländer, nur noch Juniorpartner der reichen und mächtigen Amerikaner, verfolgten ähnliche Fernziele, aber pragmatischer und gehandicapt durch politische Schwächeanfalle. Das britische Weltreich lag danieder, auch wenn England auf dem Siegertreppchen stand. Die Franzosen unter Charles de Gaulle, von den „Großen Drei“ gerade noch als Mit-Sieger geduldet, wollten es – nach Niederlage, Besetzung und Ausbeutung – den Deutschen heimzahlen, Frankreichs verlorene Ehre wiederherstellen und die Großmachtstellung zurückerobern – wie in Versailles 1919. Nur die Sowjets hatten ein konkretes Marschziel, die sozialistische Revolution, ein taktisches Konzept, die verdeckte kommunistische Usurpation durch gedrillte Vollstrecker.

Umschlagentwurf: SPIEGEL-Titelgrafik
(Zeichnung: Dieter Wiesmüller)
Veröffentlicht im Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH,
Reinbek bei Hamburg, April 1985
Copyright © 1985 by SPIEGEL-Verlag
Rudolf Augstein GmbH & Co. KG, Hamburg
Satz Times, Utesch Satztechnik GmbH, Hamburg
Gesamtherstellung Clausen & Bosse, Leck
Printed in Germany
ISBN 349933061 X

Eingelesen mit ABBYY Fine Reader 15

Inhalt

I

Wolfgang Malanowski
«Absturz ins Bodenlose»
Kapitulation und Besetzung 1945

1

«Stunde Null» oder
«Pausenzeichen der Geschichte»? 7
Die Zusammenbruchsgesellschaft

2

Einheit oder Freiheit 29
KPD, SPD und CDU

3

«Was ist unter Deutschland zu verstehen?» 42
Die Konferenz von Potsdam

II

Fallstudien

4

Georg Bönisch
«Alles leer, öde, zerstört» 63
Köln 1945

5

Peter Seewald
«Grüss Gott, ihr seid frei» 95
Passau 1945

6

Peter Zolling

«Was machen wir am Tag nach unserem Sieg?» 120

Freiburg 1945

7

Jörg R. Mettke

«Wir machen unsere

Revolution alleene» 139

Cottbus 1945

III

Zeitzeugen

8

Rolf Schneider

«Der Frieden begann mit Süßigkeit» 172

Wernigerode / Harz 1945

9

Golo Mann

Kein Triumph und keine Trauer 183

Begegnungen in Deutschland 1945

Die Zusammenbruchsgesellschaft

«Die bedingungslose Kapitulation unserer Feinde war das Signal für den grössten Freudenausbruch in der Geschichte der Menschheit», jubelte der britische Premierminister Winston Churchill, als die Deutschen, nach fünf Jahren, acht Monaten, acht Tagen Krieg und Massenmord, fix und fertig die Waffen streckten. Er war «aufgeregt wie eine Henne, die ins Wasser gefallen war». Scotland Yard liess in London tausend Lautsprecherwagen auffahren, die Churchills Radiorede übertrugen: «Vorwärts Britannia.» In New York versammelten sich an diesem 8. Mai 1945 Zehntausende auf dem Times Square zu Konfettifeiern und Cheers. US-Präsident Harry S. Truman, der an diesem Tag 61 Jahre alt geworden war, freute sich über das «Geburtstagsgeschenk». In einem Brief an seine Mutter und Tochter Mary schrieb er: «Heute Vormittag um neun Uhr muss ich über den Rundfunk zum Lande sprechen: Bekanntgabe der deutschen Kapitulation.» Die Pariser Bevölkerung eilte zu einem Dankgottesdienst in die Kathedrale von Notre-Dame, Frankreichs Charles de Gaulle rief aus: «Als Staat, als Macht und als Doktrin ist das Deutsche Reich völlig zerstört.»

Das Reich starb, ging es dem sowjetischen Schriftsteller Ilja Ehrenburg durch den Kopf, «wie es gelebt hatte: unmenschlich». In Moskau waren fast alle Fenster erleuchtet, niemand ging schlafen nach dem Sieg. Die Menschen fielen sich um den Hals, manche weinten laut. Abends sprach Stalin zum Sowjetvolk, und die «Salven der tausend Geschütze klangen

wie ein Amen» (Ehrenburg). Stalin sagte: «Da wir die Wolfsmanieren der deutschen Häuptlinge kennen, haben wir keinen Grund, ihren Worten zu glauben. Doch seit heute Morgen haben die deutschen Truppen begonnen, . . . massenweise die Waffen zu strecken. Das ist schon kein leerer Papierfetzen mehr. Das ist die wirkliche Kapitulation.»

Welch ein Jahr, dieses 1945, grübelte Thomas Mann fern der Heimat, aus der die Nazis ihn vertrieben hatten: «Schwerlich hat es in der Geschichte ein ereignisreicheres gegeben» – ein «Gedränge von Schocks und erbitternden Geschehnissen».

Ergeben auf Gnade und Ungnade, wie viele Völker haben das seit der Antike über sich ergehen lassen müssen. Und doch soll am 8. Mai 1945 etwas Einmaliges, Einzigartiges geschehen sein – unvergleichlich und «ohne jedes historische Vorbild» (Historiker Wolfgang Jacobmeyer). Der «absolute Tiefpunkt der deutschen Geschichte der Neuzeit» war erreicht (Historiker Reimer Hansen), der «grösste Abgrund der Geschichte» hatte sich aufgetan (Historiker Peter Graf von Kielmansegg). Oder war die Niederlage «ein Glück» (Generalstaatsanwalt Fritz Bauer)?

Es soll schlimmer gewesen sein als nach dem Dreissigjährigen Krieg, der das Land verwüstet und die Nation in Stücke gerissen hatte. So schlimm wie einst in Karthago, als die Römer, 146 vor Christus, die Bevölkerung in die Sklaverei geschickt und die verbrannte Erde mit einem Fluch belegt hatten. Konrad Adenauer («Absturz bis ins Bodenlose») war auf das Schlimmste gefasst: «Wenn nicht ein Wunder geschieht, geht das deutsche Volk zugrunde, langsam, aber sicher.»

War das die «Stunde Null», über die Historiker noch heute, vierzig Jahre danach, grübeln? Wohl oder wehe, das Ende der deutschen Geschichte, deutscher Tradition, der deutschen Nation, und danach: ein anderes Deutschland, andere Deutsche, friedlich und demokratisch? Oder war es nur ein «Pausenzeichen der Geschichte», ein «Augenblick der Zeitlosigkeit»?

(Essayist Heinrich Vormweg). Oder war es im Westen *sogleich* die Stunde «verschämter Reparatur diskreditierter Kontinuität»? (Historiker Lutz Niethammer), im Osten *sogleich* des Ab- und Umbruchs? Drängten die Sieger im Westen *sogleich* auf kapitalistische Restauration, die im Osten auf sozialistische Revolution?

Am Ende, oder war es schon der Anfang, Trauerarbeit?, wurden 55'293'800 Tote gezählt. 7,35 Millionen Deutsche, 6 Millionen Polen, 20 Millionen Russen, 320'000 Amerikaner, 537'000 Franzosen, 390'000 Engländer, 485'000 Jugoslawen, 5,7 Millionen KZ-Morde, 570'000 deutsche Luftkriegsopfer.

Zwölf Millionen Deutsche gerieten in Gefangenschaft, 3,8 Millionen in die amerikanische, 3,7 Millionen in die britische, 3,15 in die russische und eine Million in die französische. Die meisten kehrten nach einem Jahr zurück, viele erst nach zehn Jahren, über eine Million überhaupt nicht. 9,5 Millionen Flüchtlinge trecten 1945 aus dem deutschen Osten in das heutige Bundesgebiet. «Gott schenke den Christen in aller Welt offene Ohren», betete Propst Heinrich Grüber, ehemaliger KZ-Häftling, «die Notschreie der deutschen Menschen zu hören, die auf den Landstrassen sterben und verkommen.»

Über Deutschland lagen 400 Millionen Kubikmeter Trümmer. Jülich, Emmerich und Xanten, Schauplätze der letzten schweren Gefechte im Westen, waren dem Erdboden fast gleichgemacht, Kassel, Würzburg, Köln, Dresden, Dortmund zu rund zwei Dritteln zerstört. Herne in Westfalen zählte zu den wenigen Grossstädten, die nichts abbekommen hatten; nur ein einziges Haus war leicht beschädigt worden. «Blank und klar ragen die Kirchtürme in den blauen Himmel», hiess es in einem zeitgenössischen Bericht: «Endlich ein Fleckchen wahren Friedenslebens!»

Wo vor dem Krieg vier Deutsche lebten, hausten nun durchschnittlich zehn. Auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik wurden 284'773 Wohnungen (gleich 41,2 Prozent) total zerstört oder so schwer beschädigt, dass ihr Wiederaufbau unmöglich war. In Schutt und Trümmern lagen historische Bau-

ten und Krankenhäuser, Schulen und Rathäuser, alte Stadtviertel wie in Freiburg, Heilbronn, Dresden und Würzburg, moderne Industrieviertel in Schlesien, an Rhein, Ruhr und Main. Zerstört waren, durch feindliche Bomben oder eigene Sprengladungen, alle 33 Eisenbahnbrücken über Rhein und Weser, 22 von 34 über die Donau, von der Quelle bis zur Grenze.

Von 60'000 Kilometern Reichsbahnnetz war ein Drittel unbefahrbar, von 22'400 Lokomotiven und 578'000 Güterwagons die Hälfte schrottreif. 50'000 Tonnen Stahl und Beton und 1'500 Schiffswracks lagen im Rhein auf Grund, 3'455 Wracks in den Häfen von Hamburg, Kiel und Bremen. Das Telefonnetz war fast überall zusammengebrochen; Strassenbahnen verkehrten nur noch vereinzelt. In München diente das Trambahnpersonal als Leichenbestatter. In Darmstadt gab es, so der damalige Oberbürgermeister Ludwig Metzger, «nur zwei bis drei Strassen, die wenigstens in der Mitte befahrbar waren». In Jülich schlugen die Amerikaner, wie der damalige Landrat Wilhelm Johnen berichtete, «mit Räumfahrzeugen quer durch die Trümmerwüste Schneisen, ohne Rücksicht auf das alte Strassennetz».

Es war nach dem Krieg, wie Emigrant Carl Zuckmayer schon vor dem Krieg in einer «Elegie von Abschied und Wiederkehr» für die Stadt Mainz gedichtet hatte:

Ich werde durch erloschene Städte gehn,
Darin kein Stein mehr auf dem anderen Stein, Und
selbst wo noch die alten Steine stehen, Sind es
nicht mehr die altvertrauten Gassen.

«Staub, Puder der Zerstörung», schrieb Heinrich Böll über seine Heimatstadt Köln, «drang durch alle Ritzen, setzte sich in Bücher und auf Windeln, aufs Brot und in die Suppe, klebte auf Wimpern und Brauen, zwischen den Zähnen, auf Gaumen und Schleimhäuten, in Wunden.»

Heimkehrende Evakuierte (insgesamt 3,1 Millionen) und Ausgebombte fanden sich kaum noch zurecht. An Ruinen und Verschlängen lasen sie Botschaften wie in Darmstadt:

«Hier lebt keiner mehr», oder: «Oma und die Kinder in Beerfelden, Mutti im Südviertel vermisst»; wie in Berlin: «Alles im Arsch – sind bei Frieda und Paule.» Deutsche hausten in Kellern und Baracken, Bunkern und Wellblechhütten, hinter Pappdeckel verschlügen und in Bergwerkstollen. Obdachlose wurden in Massenquartiere gesteckt; im niederrheinischen Bedburg waren es 24'000. In einem Monat starben dort 367 Menschen an Ruhr und Typhus.

Wer in Berlin starb, wurde mitunter in Küchenschränken und Kabinenkoffern beigesetzt oder in alte Tücher gehüllt und unter einer dünnen Schicht Kalk und Erde vergraben, wie im Krankenhausgarten in Friedrichshain. Und auch im niedersächsischen Soltau war es «wie in alttestamentarischen Zeiten», so Pastor Salfeld, «wo man die Toten nicht beerdigen konnte».

Bergungskommandos suchten in den Trümmern nach Leichen und Kadavern, um Seuchengefahren zu bannen. «Zunächst haben wir», berichtete beispielsweise der Leiter des Würzburger «Totenbergungs- und Arbeitskommandos», Konrad Krösch, «ungefähr 60 Grossviehkadaver ausgegraben und an Ort und Stelle verbrannt . . . Bei der Druckerei Bögler gruben wir 30 Leichen aus und in der Weissenburgstrasse (Kaserne) rund 30 Soldaten. Alles in allem haben wir etwa 500 Tote geborgen und . . . sogleich weitere positive Arbeit geleistet.»

Die Deutschen klaubten Ami-Kippen, schlugen Wälder kahl und warfen ihre Uniformen weg, sie gingen wieder in die Kirche und machten aus Fahmentuch Rock und Bluse, sie verpiffen den Blockwart und tauschten – «Hüfthalter (Taille 67 cm) gegen Herrenoberhemd, Grösse 37/38 . . . Angebote an Buchhandlung Serr, Schiffweiler».

Auf Lebensmittelkarten gab es nur noch knapp tausend Kalorien pro Tag, und oft waren die Nahrungsmittel nicht einmal vorhanden, die versprochen wurden. Anastas Mikojan, damals Sowjet-Kommissar für Aussenhandel, sagte nach einer Berlin-Visite: «Menschen essen Gras und Rinde von den Bäumen.»

«Auf der Charlottenburger Chaussee stinkt es nach Kadavern», schrieb die Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich in ihr Tagebuch, «doch als wir näher hinschauen, sind es nur Pferdegerippe. Bis zum letzten Fetzen haben die Umwohner den toten Tieren das Fleisch von den Knochen geschnitten und in die Kochtöpfe gesteckt.» Hier und da war die Ausbeute grösser, vor allem dort, wo WehrmachtsVorräte und Versorgungsdepots entdeckt und geplündert wurden. «Mit Handwagen, Stosskarren und Fuhrwerken kam die halbe Stadt ange-rückt», beobachtete der frühere Stadtverordnete Peter Fischer in Frankfurt-Höchst. Deutsche und aus den Lagern freigelas-sene Fremdarbeiter stürmten einen Güterzug mit Lebensmit-teln und Steinkohlen: «Nur ein Waggon mit Särgen blieb üb-rig.» In Nürnberg schleppten «Weiblein nie gesehene Mengen Butterschmalz eimerweise in ihre Behausung», beobachtete Journalist Fritz Nadler. Aus einem Bekleidungsdepot erbeu-tete die Bevölkerung Stiefel, Stoffe und Anzüge. Aus einem Zollhaus verschwanden die Weinvorräte: «Greise wankten laut schreiend, den Becher in der Hand, durch die Strassen. Frauen lehnten betrunken an den Wänden» (Nadler).

Grossstadt-Viertel wurden in Schrebergärten verwandelt. Der Berliner Magistrat empfahl, «die Kaninchenzucht beson-ders zu fördern und in den grösseren Parks mit Ziegenzucht zu beginnen». Ein Berliner Botaniker veranstaltete Wildge-müse-Exkursionen, an denen insgesamt rund 15'000 Bürger teilnahmen. «Als sehr fündig erwies sich die Trümmerwüste; dort wuchsen Pflanzen, die man in Berlin noch nicht gesehen hatte.» Aus Eicheln gewannen Deutschlands Nachkriegshaus-frauen Mehl, aus Melde machten sie Spinat, aus Löwenzahn und Scharbockskraut Salat. Deutschlands Nachkriegsraucher zogen in Balkonkästen und Hinterhöfen Tabakpflanzen («Siedlerstolz»). Aus Rüben und Kartoffeln wurde Schnaps gebrannt.

In Ruinen und hinter Bretterzäunen wurde verschinscht, was nicht satt machte: Klaviere und Eheringe, Kaffeeservice und Bettvorleger. Der Schwarzhandel mit Kaffee und Glüh-

birnen, Autoreifen und Seife kam, so der Hamburger Kriminalbeamte und spätere Kripochef Kurt Breuer, «schon von der Stunde des Zusammenbruchs an in Gang». «Für eine alte Kodak-Box», erinnerte sich der Darmstädter Schriftsteller Ernst Kreuder, «bekam ich einen länglichen Persilkarton voll Knaster, abgetrocknet, Marke Scheuerbammel.»

Eine neue Gesellschaft entstand. Oben war nun, wer Butter und Speck produzierte oder hamsterte. Zur Geldaristokratie zählte, wer über Camel, Lucky Strike und Chesterfield verfügte. Der Mittelstand setzte sich aus denen zusammen, die aus Stahlhelmen Kochtöpfe, aus Fallschirmseide Handtaschen, aus Kartuschenhülsen Ofenbleche machen konnten. Und unten waren die, die nichts zu versilbern und zu tauschen hatten.

Noch einmal davongekommen zu sein, ohne allerdings zu ahnen, wie es weiter- oder aufwärtsgehen sollte, der Kampf um die buchstäblich nackte Existenz, das Bangen und Hoffen um die noch Verschollenen und die Bitternis, geschlagen worden zu sein, machten die Hinterbliebenen unfähig, über das zu trauern, was das kaputte Reich in ihrem Namen der Menschheit angetan hatte.

Von Politik hatten fast alle die Schnauze voll, aber von Hitler noch immer nicht. Noch waren, wie amerikanische Umfragen ergaben, fast die Hälfte der fatalen Ansicht, der Nationalsozialismus sei an sich eine gute Sache gewesen, nur sei die Idee leider «schlecht» verwirklicht worden. Nur eine kleine Minderheit unter den Deutschen nutzte die erste Stunde, versuchte es wenigstens. Sobald die siegreichen Truppen in Ost und West den Fuss auf deutschen Boden setzten, traten hunderte antifaschistische Gruppen, «Antifas» oder auch «Volkskomitees», «Orts»- oder «Stadsowjets» in Erscheinung.

Es waren klassenbewusste Kommunisten und Sozialdemokraten, oft solche, die sich vor Hitler geduckt oder vor der Gestapo verborgen hatten, vereinzelt auch Bürgerliche. Spontan, nur lose organisiert, nahmen sie sich der Zusammenbruchsge-

sellschaft an, verteilten die kargen Lebensmittelvorräte, kümmernten sich um Wohnraum und Versorgung mit Gas und Kohle, begannen mit dem Trümmerräumen. Sie entnazifizierten auf eigene Faust und nisteten sich in den lokalen Verwaltungen ein. Ein politisches Programm hatten sie nur selten. Es waren der nun nicht mehr ohnmächtige Hass auf die Nazis, die verbreitete antikapitalistische Umbruchstimmung und der Volksfront-Schwur: «Nie wieder Spaltung» (der Arbeiterklasse), die den Aufbruch stimulierten. Über die Aktivitäten antifaschistischer Gruppen, in West und Ost die gleichen, heisst es in einer Analyse des US-Geheimdienstes von Ende Juni 1945:

- a) Entnazifizierung: Dazu gehörten das Auffinden und Sammeln von Informationen über jeden Nazi in der Bevölkerung, vor allem über diejenigen, die noch in öffentlichen Ämtern verblieben sind; Kampf gegen Nazi-Untergrundbewegungen wie den Werwolf; Beschlagnahme des Eigentums der Nazi-Partei und ihrer Organisationen; Mobilisierung der Nazis für Wiederaufbauprojekte in Deutschland und auch – als Wiedergutmachungsleistung – im Ausland.
- b) die Lösung dringender Alltagsprobleme:
 1. Wohnen: Beschlagnahme der Häuser von aktiven Nazis; reparaturfähige Häuser in einen bewohnbaren Zustand versetzen.
 2. Nahrungsmittel: Mobilisierung aller Anti-Nazis zur Bepflanzung der Gärten und Nutzbarmachung aller verfügbaren Felder; Beschlagnahme aller aus Plünderungen stammenden Nahrungsmittel und deren offizielle Verteilung; Errichtung von Verbrauchergenossenschaften zur Verteilung der Nahrung oder Hinzuziehung von erwiesenen antifaschistischen Ladenbesitzern.
 3. Mobilisierung der notwendigen Arbeitskräfte zu Reparatur und Wiedererrichtung von städtischen Einrichtungen: Gas, Wasser, Strom, Abwässersystem und Transportmittel.
 4. Arbeiterschaft: Wiedergründung der Gewerkschaften und Betriebsräte der Weimarer Zeit; Mobilisierung aller Kräfte – sowohl der Nazis als auch der Anti-Nazis – für die notwendigen Aufbauarbeiten: die Nazis für schwere und stumpfsinnige Aufräumarbeiten, die Nazigegner für die eher normalen und besseren Aufgaben.

Aber das Gerangel zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in den Antifa-Ausschüssen, Konkurrenz zu den Resten der alten oder der neuen, oft konservativen Verwaltung, Amtsanmassungen und Übergriffe gegenüber der Bevölkerung bremsen die antifaschistische Breitenwirkung. Konflikte mit den Besatzern führten schon im ersten Friedenssommer zu Auflösungen und Verboten.

Als die Amerikaner Mitte April 1945 in Solingen einmarschierten, warteten Antifaschisten vor dem Rathaus schon auf sie. Sie schlugen vor, den SPD-Genossen Oskar Riess, einen von den Nazis als Halbjuden Verfolgten, zum Bürgermeister zu machen, was auch geschah. Ein «Zentralausschuss» sammelte Berichte über «führende oder brutale Nazis», SD- und Gestapo-Beamte und lieferte diese Dossiers beim US-Geheimdienst ab.

In den Fabriken bildeten Arbeiter und Angestellte «Betriebsausschüsse». Aber die Antifaschisten konnten nicht verhindern, dass der amerikanische Stadtkommandant den Fabrikanten Max Krusius zum Präsidenten der Handelskammer ernannte und Krusius sich seine Leute aus der früheren NS-Gauleitung holte.

In Braunschweig fuhr das Antifa-Mitglied Erich Warnecke mit einem britischen Kommando durch die Stadt und liess führende Nazis verhaften. Bald darauf entliessen die Briten sie wieder – «wegen Schwierigkeiten bei der Versorgung derselben». In Velbert präsentierte die Antifa an die hundert Hilfspolizisten; die Militärregierung nahm das Angebot an. Die Truppe beschwerte sich darüber, dass sie unbewaffnet Streife gehen musste.

23 Kommunisten, Linkssozialisten und Sozialdemokraten, unter ihnen Wilhelm Kaisen, SPD (von 1945 bis 1965 Bürgermeister der Stadt), Adolf Ehlers von der «Sozialistischen Arbeiterpartei» (SAP) und Hermann Wolters, KPD (beide später Senatoren), gründeten Anfang Mai in Bremen die «Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus» (KGF). Die KGF, die schliesslich an die 5'000 Mitglieder zählte – 3'100 von ihnen gehörten vor 1933 der KPD oder SPD an –, wollte den Staat

säubern, die demokratischen Grundrechte wiederherstellen, Monopolkapitalismus und Grossgrundbesitz zerschlagen – «als Voraussetzung einer wirklich stabilen Demokratie». Eine «breite kämpferische Volksfront» sollte den demokratischen Wiederaufbau überwachen.

In Stuttgart versuchten die Antifaschisten erfolgreich, Teile der Verwaltung zu unterwandern oder zu übernehmen. In einem Bericht der Kanzlei des neuen Oberbürgermeisters Arnulf Klett (der bis zu seinem Tod 1974 im Amt blieb) wurde beklagt, dass Antifa-Vertreter selbstherrlich in Rathäusern «amten», sich als Bürgermeister ausgaben, eigenmächtig Lebensmittel rationierten, Wälder abholzen und «Leute zum Arbeiten antreten» liessen. OB Klett beschwerte sich beim Stuttgarter Polizeipräsidenten, «besonders schlimm» sei das «Treiben der Antifa im Westen der Innenstadt», da habe die Polizei «die Macht verloren».

Die Antifa-Gruppen waren, analysierte der amerikanische Geheimdienst, «Ausdruck der aktivsten Kräfte im politischen Leben Deutschlands – Kräfte, die wir entweder unterdrücken oder uns zunutze machen können». Die Antifas wurden unterdrückt, aufgelöst und verboten, in West wie Ost. «Eine unabhängige antifaschistische Revolution», urteilt Historiker Peter Brandt, «bildete für alle Besatzungsmächte ein unabsehbares Risiko.» Für die Westmächte drohte die «revolutionäre Bewegung» eine «antikapitalistische Richtung zu nehmen», und die Sowjets fürchteten, ihre «Führungsrolle» im «internationalen kommunistischen Lager» könnte geschwächt werden.

Die Sowjets und ihre Hilfstruppen in den KPD-Kadern trauten nicht einmal den eigenen Genossen. Die Spontaneität in den Antifa-Ausschüssen, in denen Kommunisten meistens den Ton angaben, stets jedoch gehörigen Einfluss nahmen, drohte die Macht der Partei zu schmälern. Nicht einmal auf die Arbeiterklasse schien noch Verlass. Noch immer wirke, lehrte die Partei, der «verderbliche Reformismus», den die Sozialdemokraten unters einfache Volk gebracht hatten. Zahlrei-

che Arbeiter seien durch den Faschismus «korrumpiert und weitgehend demoralisiert» worden. Das Klassenbewusstsein habe 1945 einen «Tiefstand erreicht». Nur «langsam» sei den Arbeitern überhaupt klargeworden, dass die «Niederlage des Hitlerstaates ihrem klassenmässigen Wesen nach ein Sieg für die Arbeiterklasse darstelle».

«Meistens galt es», berichtete später der KP-Funktionär Anton Ackermann, «linke Überspitzungen zu korrigieren» – beispielsweise in Meissen, wo er und sein Kader «einen kompletten städtischen ‚Rat der Volkskommissare‘ vorfanden». Die spontanen Genossen mussten sich «auf die Linie der Partei begeben». Sie sahen sich schon um die Revolution gebracht, die ihnen jahrelang als unumgänglich und unausbleiblich gepriesen worden war. «Wir Kommunisten haben bei Lenin gelernt, dass der alte kapitalistische Staatsapparat zerschlagen und ein neuer, ein proletarischer Staat an seine Stelle gesetzt werden muss», beschwerte sich ein Vertreter des verbotenen Rostocker Antifa-Komitees beim sowjetischen Stadtkommandanten: «Können Sie uns erklären, weshalb das plötzliche nun nicht mehr gelten soll?»

Am 5. Juni kapitulierte Deutschland, nach dem totalen Krieg militärisch total geschlagen, auch politisch, und ebenso bedingungslos. Es unterwarf sich, hiess es in der «Berliner Erklärung» der Siegermächte, «allen Forderungen, die ihm jetzt oder später auferlegt werden». Die Alliierten übernahmen die «oberste Regierungsgewalt... einschliesslich aller Befugnisse der deutschen Regierung ... der Regierungen, Verwaltungen oder Behörden der Länder, Städte und Gemeinden», – ein Deutschland, fasste der Labour-Politiker und spätere britische Aussenminister Ernest Bevin zusammen, «ohne Gesetz, ohne Verfassung, ohne eine einzige Person, mit der wir verhandeln konnten, ohne eine einzige Institution, mit der wir die Lage meistern konnten».

Der Führerstaat war führungslos. Regiert wurden die Deutschen von 12'000 Amerikanern unter Fünf-Sterne-General Dwight D. Eisenhower, der im Frankfurter IG-Farben-Haus

residierte; von 25'000 Briten unter Feldmarschall Bernard Law Montgomery, der im Kurhaus von Bad Oeynhausen Quartier gemachte hatte; von 11'000 Franzosen unter General Jean de Lattre de Tassigny, der in Baden-Baden das Hotel «Stephanie» bewohnte; von über 60'000 Russen unter Marschall Georgij Schukow, der die Pionierschule in Berlin-Karlshorst zur Sowjetischen Militär-Administration (SMAD) umgewandelt hatte.

Die Amerikaner waren, erklärermassen, nicht als Befreier, wie sollten sie auch, sondern als Sieger in den «Feindstaat» Deutschland gekommen – gewiss nicht, wie die US-Soldatenzeitung *Stars and Stripes* klarstellte, um «Kindermördern Komplimente zu machen oder SS-Schurken mit Corned beef zu füttern», sondern um «die Verbrecher vor den Richter zu bringen». Die verrückten Deutschen (US-Diagnose: Paranoia) sollten vom Kopf auf die Beine gestellt werden und Busse tun. Das Motto des missionarischen Präsidenten Woodrow Wilson von 1918 – «to make the world save *for* democracy», wurde leicht, aber wesentlich modifiziert: «to make the world save *through* democracy». Der missionarische Präsident Franklin D. Roosevelt phantasierte von der «einen Welt», harmonisch, friedlich und gesichert, gegründet auf dem unverbrüchlichen Bund mit der Sowjetunion. Er bildete sich ein: «Mit Stalin kann ich.»

Die Engländer, nur noch Juniorpartner der reichen und mächtigen Amerikaner, verfolgten ähnliche Fernziele, nur pragmatischer, im Kolonialherren-Stil, und gehandicapt von akuten Schwächeanfällen. Das Weltreich lag darnieder, auch wenn es auf dem Siegertreppchen stand.

Die Franzosen unter dem Sonderling Charles de Gaulle, von den «Grossen Drei» gerade noch als Mit-Sieger geduldet, wollten es, nach Niederlage, Besetzung und Ausbeutung, den Deutschen heimzahlen, Frankreichs verlorene Ehre wiederherstellen und die Grossmachtstellung zurückerobern – wie in Versailles 1919.

Die Sowjets aber hatten eine konkrete Marschzahl, die sozialistische Revolution, ein taktisches Konzept, die verdeckte

kommunistische Infiltration und Usurpation, gedrillte Vollstrecker in der Zone – die gesamte KPD-Spitze und Hunderte von KP-Funktionären, und eine verlässliche Hilfstruppe, die Kommunisten, die den Faschismus überlebt hatten. Sowjetisierung der Sowjetzone war das Ziel, wenngleich die einzelnen Etappen und der Zeitplan noch nicht genau festgelegt worden waren und darüber keineswegs der lockende Versuch aufgegeben werden sollte, möglichst viel Einfluss auf ganz Deutschland zu gewinnen. Stalin erklärte unmissverständlich (wenn auch nicht öffentlich): «Wer immer ein Gebiet besetzt, erlegt ihm auch sein eigenes gesellschaftliches System auf... Es kann gar nicht anders sein.»

Demgegenüber war Präsident Roosevelt trotz Drängens seiner engsten Mitarbeiter nicht zu bewegen, rechtzeitig die «Grundfrage» zu entscheiden, die beispielsweise Aussenminister Cordell Hull wiederholt an ihn herangetragen hatte, «welche Art von Deutschland wir wollen, und welche Politik in die Tat umgesetzt werden soll» während der Besatzung. Lapidar pflegte der Präsident noch im Herbst 1944, der Krieg war zwar noch nicht zu Ende, aber doch schon gewonnen, darauf zu antworten: «Angesichts der Tatsache, dass wir Deutschland noch nicht besetzt haben, kann ich gegenwärtig nichts dazu sagen.»

Doch da hatte der amerikanische Finanzminister und Roosevelt-Freund Henry Morgenthau eine verwegene Idee. Er wollte den Deutschen eine Lektion erteilen, ein für allemal. Das hochindustrialisierte Deutschland sollte «in ein Land mit vorwiegend land- und weidewirtschaftlichem Charakter» verwandelt werden. Morgenthau: «Germany's road to peace leads to the farm.» Morgenthau wollte das Reich aber auch in Stücke reißen (was Roosevelt, Churchill und Stalin zunächst ebenfalls geplant hatten). Ostpreussen, der südliche Teil Schlesiens, das Saarland und die Gebiete zwischen Mosel und Rhein sollten an das jeweilige Nachbarland, also an Russland, Polen und Frankreich abgetreten, das Ruhrgebiet, das Rheinland und die Gebiete nördlich des Nord-Ostsee-Kanals internationalisiert, Restdeutschland in zwei Staaten, einen nördli-

chen und einen südlichen, geteilt werden. Die Junker und die Offiziere, aber auch Millionen einfacher Parteigenossen sollten aus den öffentlichen Ämtern vertrieben, SS-Männer, Gestapo-Beamte und «ähnliche Gruppen» zu Zwangsarbeit im In- und Ausland verdammt werden.

«Ein Plan blinder Rache», schimpfte Aussenminister Hull, und Kriegsminister Henry Stimson, das einzige Regierungsmitglied, das sofort protestierte, warnte: «Ich kann mir nicht vorstellen, dass ein solches Konzept möglich und durchführbar ist. Und ich sehe riesige Gefahren auf uns zukommen, wenn wir auch nur versuchen, den Plan ernst zu nehmen. Solche Methoden bewahren uns . . . nicht vor dem Kriege, sie sind eher dazu angetan, einen zu stiften.» Roosevelt jedoch war von Morgenthau Rundumschlag begeistert: «Das ist das erste Mal, dass ich jemanden so etwas sagen höre.» Er präsentierte den Plan auf der Konferenz von Quebec Anfang September 1944 seinem Bundesgenossen Churchill, der zunächst, in «reizbarer und bissiger Stimmung», ablehnte; er wollte England nicht an ein «totes Deutschland» fesseln. Dann aber stimmte er doch zu, denn es ging auf der Konferenz auch um die Frage, ob Amerikaner oder Briten den Nordwesten des Reiches, einschliesslich Ruhrgebiet, besetzen sollten, und ausserdem brauchte London dringend Dollars. Das britische Kabinett lehnte den Morgenthau-Plan trotzdem ab, und vierzehn Tage später wollte plötzlich auch Roosevelt nichts mehr davon wissen. Da «zeigte sich der Präsident ehrlich verblüfft», notierte Stimson, «er könne sich nicht vorstellen, wie er das habe unterzeichnen können. Er müsse es offenbar ohne viel Nachdenken getan haben».

Doch Henry Morgenthau Straf- und Vergeltungsgedanken rumorten weiter in der amerikanischen Bevölkerung und steckten auch in den Köpfen der Deutschlandplaner im US-Aussen- und -Kriegsmisterium. Sie schlugen sich, modifiziert, in der «Direktive an den Oberbefehlshaber der US-Besatzungstruppen» nieder, die im Herbst 1944, als die ersten

US-Truppen, schneller als erwartet, die deutsche Reichsgrenze überschritten, in aller Eile zusammengeschustert worden war. Nach heftigen Kontroversen wurde sie erst am 14. Mai 1945, sechs Tage nach der Kapitulation, in Kraft gesetzt.

Diese Direktive JCS 1067, an deren drakonische Richtlinien sich die Besatzungsmacht strikt zu halten hatte, wies die USA, urteilt Harold Zink, Chefhistoriker der US-Militärregierung, «als ein kurzsichtiges Land aus, weitgehend motiviert durch Rache und wenig Einsicht in die fundamentalen Probleme einer Besetzung».

«Es muss den Deutschen klargemacht werden», hiess es darin, «dass Deutschlands rücksichtslose Kriegsführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht haben.» Alliiertes Hauptziel sei es, «Deutschland daran zu hindern, je wieder eine Bedrohung des Weltfriedens zu werden». Dazu bedürfe es der «Ausschaltung des Nazismus und des Militarismus», der «sofortigen Verhaftung der Kriegsverbrecher zum Zwecke der Bestrafung», der «industriellen Abrüstung und Entmilitarisierung» und «langfristigen Kontrolle des deutschen Kriegspotentials».

Die US-Besatzer müssten «gerecht, aber fest und unnahbar» zu Werke gehen. Nichts sollte, frei nach Morgenthau, unternommen werden, was «zur wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Deutschlands führen» könnte oder geeignet sei, «die deutsche Wirtschaft zu stärken».

General Lucius D. Clay, unter Eisenhower formal stellvertretender, faktisch jedoch der eigentliche US-Militärgouverneur, wie seine Berater Lewis W. Douglas (für Finanzen) und William H. Draper (für Wirtschaft) waren «entsetzt», als sie die «streng geheime Kommandosache» zu Gesicht bekamen – nur zehn Tage vor Beginn ihrer Deutschland-Mission. «Wie die anderen grundlegenden Schriftstücke, in denen die alliierte Politik bestimmt wurde», kritisierte Clay, «war auch dieses ... ohne Wissen um die Wirklichkeiten, die wir vorfinden sollten, aufgesetzt worden.»

«Entsetzt» waren Clay und seine Berater «nicht wegen der vorgesehenen Strafmassnahmen», sondern über das «Versagen, das in dem Mangel zum Ausdruck kam, die finanziellen und wirtschaftlichen Zustände, denen wir uns gegenübersehen würden, zu erkennen». Dieses «Ding», schimpfte Douglas, «haben ökonomische Schwachköpfe zusammengestellt». Es wäre «völlig absurd, den geschicktesten Arbeitern in Europa zu verbieten, soviel sie können, für einen Kontinent zu produzieren, in dem aber auch alles fehlt». Douglas flog nach Washington, um Abhilfe zu schaffen. Als das nicht gelang, wurde er «immer trübsinniger», beobachtete Clays politischer Berater, Robert Murphy, und trat bald darauf zurück.

Clay sprach von einem «Karthago-Frieden», und ihm war klar, «dass Deutschland verhungern müsste», wenn es bei den rigorosen Bestimmungen blieb. Er wehrte sich gegen den aufkommenden Verdacht, «weich» zu werden: «Ich erkenne die Notwendigkeit strenger und spartanischer Behandlung an», schrieb er an das Aussenministerium, «die Vergeltung geht jedoch weiter, als man sich das zu Hause vorstellt.» Konsequenz nutzte er fortan die Tatsache, dass viele Vorschriften «allgemein gefasst» waren und so ihm, vor Ort, die «Auslegung» überlassen blieb.

Bald legte Clay die Richtlinien, zwar nicht vorsätzlich, aber praktisch so aus, als sollten die Vorstellungen der Washingtoner «Realpolitiker», die sich 1944 intensiv am Pläneschmieden beteiligt hatten, doch noch verwirklicht werden. Sie hatten einen milden Frieden, einen Vernunftfrieden gefordert, waren aber nicht durchgedrungen.

Die «Realpolitiker» warnten frühzeitig vor einem wirtschaftlichen Vakuum in Deutschland, das unausweichlich auch die kapitalistische Wirtschaft im übrigen Westeuropa niederhalten würde. Im Gegensatz zur offiziellen Besatzungspolitik verlangten sie, Wirtschaft und Industrie, sogar die Schwerindustrie sofort wieder anzukurbeln – unter «ausgedehnten Kontrollen», so dass die Militärregierung «in der Lage gewesen wäre, mit der deutschen Wirtschaft zu tun, was

sie wollte». Diese Gruppe, meist betont kapitalistische und antikommunistische Politiker der Demokratischen Partei, verfolgten dabei von vornherein Ziele, zu denen sich auch das offizielle Washington nach und nach verstand – zuerst, um ein Chaos abzuwenden, sodann, im Kalten Krieg, um das westliche Lager zu stärken. Sie sahen Deutschland immer noch als «Eckpfeiler des Abendlandes» und wollten es sogleich wieder zu einem «antirussischen Bollwerk» aufrüsten.

Auch die Ziele der Briten waren vorab postuliert, sie gliichen denen der Amerikaner – das NS-Regime zu beseitigen und neonazistische Renaissance in Wort und Tat zu unterdrücken, den Militarismus und seine Grundlage, die Rüstungs- und Schwerindustrie, zu zerstören, die Wirtschaft zu kontrollieren, ganz Deutschland von internationalen Gremien überwachen zu lassen.

Als Deutschland kapitulierte, triumphierte Feldmarschall Bernard Law Montgomery, Oberbefehlshaber des britischen Expeditionsheeres und künftiger Militärgouverneur in der britischen Zone: «Das hat der Herr vollbracht, vor unseren Augen geschah dieses Wunder.» (Psalm 118, Vers 23). In einem Tagesbefehl an seine siegreiche Truppe proklamierte der Haudegen weiter: «Wir haben den Krieg gewonnen. Lasst uns jetzt den Frieden gewinnen.»

Aber wie?

Das einst mächtige Grossbritannien drohte an seiner deutschen Kriegsbeute zu ersticken. Aus dem grössten Kreditgeber der Welt war der grösste Schuldner geworden. Es konnte nicht einmal mehr die Zinsen an die eigenen Dominien bezahlen, geschweige denn die Unsummen, die an die USA fällig wurden. Im britischen Weltreich begann es zu bröckeln, der Dekolonisierungsprozess im Mittleren Osten, auf dem indischen Subkontinent und in Ostasien war in vollem Gange, die Positionen in Südosteuropa waren verloren oder gefährdet. Und ganz besonders schreckten die sowjetische Übermacht in Europa, die Angst vor weiterer Expansion die Engländer bis

ins Mark. Das Gleichgewicht der Kräfte auf dem Kontinent, die historische balance of power, war total gestört.

Besatzungspolitik beschränkte sich auf die Verwaltung des Nachkriegschaos, Reformen an Haupt und Gliedern des besiegten Deutschlands kamen ernsthaft gar nicht in Betracht. Über Deutschlandpolitik debattierte das Unterhaus zum erstenmal überhaupt erst im Frühjahr 1946, und auch da standen Haushaltsfragen obenan. Notwendig sei, drängte Militärgouverneur Montgomery die Londoner Regierung, «Entscheidung, gefolgt von Aktion». Als beides ausblieb, machte er sich seinen «eigenen Plan» und ging daran, ihn «ohne Verzug umzusetzen»: Die Besatzungsmacht als Krisenstab, um hüben die drohende Hungersnot zu bannen und drüben kostbare Pfunde zu sparen.

«Alle Welt war damit beschäftigt», schrieb der einstige deutsch-britische Besatzungsoffizier Michael Thomas, «das Minimum zum Überleben heranzuschaffen» – 112'000 Tonnen Weizen und 50'000 Tonnen Kartoffeln zum Beispiel aus den kargen britischen Lebensmittelvorräten allein im November/Dezember 1945. «Man hatte weder Zeit noch Kraft», so Thomas, «an die Zukunft zu denken.» Experimente, wie etwa die Sozialisierung der Ruhrindustrie, für die neue, sozialistische Labour-Regierung in London eigentlich naheliegend, mussten schon mangels Masse vertagt werden, aber auch wegen der finanziellen und machtpolitischen Abhängigkeit des Juniorpartners von den USA.

Der konservative Abgeordnete Harry Crookshank sagte im britischen Unterhaus: «Das ist ein Vorgang von einmaliger Donquichotterie in der Geschichte: Wir besiegen ein Land, und dann muten wir unseren eigenen Steuerzahlern zu, 80 oder 100 Millionen Pfund pro Jahr zu zahlen, um es wieder auf die Beine zu stellen.» Praktisch handle es sich dabei, klagte Schatzkanzler Hugh Dalton, um «britische Reparationszahlungen an Deutschland», Kriegstribute, die eigentlich Deutschland an England leisten sollte. Dalton forderte, mit dieser «unerträglichen Ausnutzung unserer Gutmütigkeit» sofort Schluss zu machen.

Aber was blieb den Engländern übrig? «Wir müssen entweder zahlen, um sie (die Deutschen) ... zu ernähren, oder wir müssen das Land verlassen», erläuterte Sir William Strang, Montgomerys politischer Berater, das Dilemma. Rausgehen bedeute jedoch, so Strang, «die Russen reinlassen». So wurde Montgomery schnell klar: «Das ganze Land liegt so im Argen, dass es nur in Ordnung kommen kann, wenn wir die Deutschen selbst darauf ansetzen», die, nach Plan, erst einmal entnazifiziert werden sollten.

Als das 1940 von den Deutschen geschlagene, 1944 von den Anglo-Amerikanern befreite Frankreich seine Herrschaft über einen Deutschland-Teil antrat, hatte es ein stolzes Programm. Es stammte von dem Präsidenten der Provisorischen Regierung in Paris, General Charles de Gaulle, und war auch danach. Zeitlebens begleitete den General, der sich absichtsvoll mit «etwas Unbegreiflichem, Geheimnisvollem» umgab, «eine bestimmte Vorstellung von Frankreich» – «berufen zu einem erhabenen und aussergewöhnlichen Schicksal». Sein Programm: «Rückkehr einer Grossmacht auf ihren Platz als Grossmacht», denn: «Frankreich ist nicht Frankreich, wenn es nicht an erster Stelle steht.»

Den Weg dahin hatte Briten-Premier Winston Churchill ihm ein wenig geebnet, allerdings nicht de Gaulle zuliebe, der ihm während seines Londoner Exils ständig auf die Nerven gefallen war. Auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 kämpfte Churchill «wie ein Tiger», berichteten Beobachter, dafür, dass auch Frankreich eine eigene Zone bekommen sollte. Den Briten bedrückte die berechnete Sorge vor sowjetischer Vorherrschaft in Europa, zumal Roosevelt in Jalta zu verstehen gegeben hatte, dass US-Truppen wohl «nicht länger als zwei Jahre» auf dem Kontinent bleiben würden. Da wollte Churchill vorbauen, so gut es eben ging, und wenigstens einen Festlandsdegen an seiner Seite haben.

Schliesslich erhielten die Franzosen viel weniger, als sie beansprucht hatten: statt des gesamten Rheinlandes, links wie

rechts, ganz Hessen, Baden und Württemberg, was die Städte Ulm, Stuttgart, Karlsruhe ebenso wie Frankfurt, Wiesbaden, Bonn und Köln eingeschlossen hätte, nur das südliche Rheinland (ab Remagen südwärts), das Saargebiet, einen schmalen Streifen Hessens und nur die südliche Hälfte Badens und Württembergs – insgesamt 43'000 Quadratkilometer, das waren zwölf Prozent des Gesamtterritoriums (Amerikaner und Sowjets je 30, Briten 27 Prozent)*.

Immerhin hatte Frankreich, triumphierte de Gaulle, «fortan die Gewissheit, beim Siege dabeizusein». Der General sah durchaus, «in welchem geschwächtem Zustand» sich sein Land nach Niederlage und Okkupation befand. Aber er nutzte die Gelegenheit, «die letzte vielleicht», wie er meinte, Frankreich wieder gross und mächtig zu machen – sogar zum Schiedsrichter zwischen Ost und West, «falls dies eines Tages notwendig sein sollte». Er tat es im Rückgriff auf die französische Sicherheitspolitik, die nach dem Ersten Weltkrieg gescheitert war, mit Forderungen, die Engländer und Amerikaner schon bei den Friedensverhandlungen von Versailles brüsk abgelehnt hatten.

«Der Rhein bedeutet die französische Sicherheit», proklamierte de Gaulle Ende Januar 1945. Ein paar Tage später «präzisierte» er, «die Abtrennung der Territorien des linken Rheinufers und des Ruhrgebietes» erachte Frankreich «als wesentlich». Auf einer Rundreise sprach er im Oktober 1945 zum Zonenvolk: «Frankreich hier etablieren heisst vor allem, Frankreich die Verfügung über die Territorien zu geben, die durch ihre Natur einen Körper mit ihm bilden. Ich verstehe darunter alle Gebiete links des Rheins, die Pfalz, Hessen, das preussische Rheinland und die Saar . . . Handelt es sich um eine Annexion? ... Es muss eine wirtschaftliche und moralische Union sein, eine Präsenz, eine unbegrenzte Kontrolle.»

* Um Stuttgart wäre es fast zu Schiessereien mit den amerikanischen Befreiem gekommen (ebenso als de Gaulle seine Truppen ins italienische Aostatal einrücken liess und einige italienische Enklaven ins französische Department Alpes-Maritimes eingemeinden wollte).

Das unerreichbare Fernziel fest im Blick, besorgten die Franzosen erst einmal das Naheliegende. «Wir haben hier ein Land zu unserer Exploitation», erkannte der Volksrepublikaner Philipp Livry-Level; und der kommunistische Abgeordnete Louis Bernard forderte vor der Nationalversammlung, Deutschland alles «zurückzahlen zu lassen, was es bei uns geplündert hat». (Die eigenen Kriegsschäden bezifferte Paris auf 40 Milliarden Dollar.)

Frankreich dirigierte 1945 Neunzehntel der Exporte aus der Zone ins Mutterland und zahlte dafür nur 80 Prozent des tatsächlichen Wertes. Es beutete die Rohstoffquellen aus, entnahm Unmengen aus der laufenden Produktion und reservierte ganze Industriezweige für den eigenen Bedarf. Was niet- und nagelfest war, wurde vielfach demontiert, allein in Württemberg-Hohenzollern 20'000 der vorhandenen 80'000 Maschinen, aber nur die neueren.

Besatzungssoldaten und deren Angehörige ernährten sich, anders, als es bei den Anglo-Amerikanern der Brauch war, aus dem Lande, nach der Faustregel: 200 Gramm Fleisch pro Kopf der Bevölkerung im Monat, 225 Gramm Fleisch pro Besatzungssoldat am Tag. Die französischen Besatzer brachten es auf diese Weise tatsächlich fertig, ihre Zone mit Gewinn zu verwalten. So kam denn auch Washington zu der offiziellen Einschätzung, die französische Regierung mache sich «eine Politik einseitiger Ausbeutung der wirtschaftlichen Ressourcen Deutschlands zu eigen».

Während de Gaulle seine Grossmachtträume ausbrütete, Roosevelt noch beharrt hatte, für Deutschland sei «diesbezügliche Eile nicht geboten», und Premier Churchill bei Stalin vergeblich auf gemeinsame Erörterung dieser Fragen drängte, machten sich die Sowjets mit deutschen Genossen an die Arbeit. Die gesamte KPD-Führung, soweit sie sich in Moskau aufhielt, viele von ihnen künftige Würdenträger des neuen DDR-Staates, waren unter der Federführung von Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck für sie am Pläneschmieden. Mit «grosszügiger Unterstützung» durch die Sowjets entwarfen sie «Grundlinien für die Gestaltung eines neuen demokrati-

schen Deutschland» und begannen sogleich mit der Schulung von Kadern. Dass der «bewusste Teil» der Arbeiterklasse, also die KPD, dabei die Führung übernehmen sollte, stand von vornherein ausser Zweifel.

Im Oktober 1944 war das «Aktionsprogramm des Blocks der kämpferischen Demokratie» fertig. Aus Gründen revolutionärer Taktik, im Sinne Lenins, die «objektiven Bedingungen des gegebenen historischen Augenblicks» und zugleich die «Aufgaben der proletarischen Demokratie» zu beachten, lautete die «Losung», die Pieck formulierte:

Revolutionäre demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft . . . erkennt vorbehaltlos den *bürgerlichen* Charakter der Revolution an . . . treibt aber zugleich diese Umwälzung vorwärts, ist bestrebt, dieser Umwälzung die für das Proletariat vorteilhaftesten Formen zu geben, und ist folglich bestrebt, die demokratische Umwälzung für die Zwecke des weiteren erfolgreichen Kampfes des Proletariats für den Sozialismus in denkbar bester Weise auszunutzen.

Entsprechend allgemein und scheinbar demokratisch – von Diktatur des Proletariats, Einparteienherrschaft und Enteignung war da nicht die Rede – lauteten denn auch die Forderungen des Aktionsprogramms, wie

- Brechung der Allmacht des faschistisch-imperialistischen Monopolkapitals;
- Aufrichtung eines starken demokratischen Volksregimes. Umstellung der Wirtschaft in den Dienst des Volkes;
- Entfaltung einer Massenbewegung für die Schaffung eines Blockes der kämpferischen Demokratie;
- Schaffung der Einheit der Arbeiterklasse, die sich nur durch innere Geschlossenheit und eine richtige Politik die ihr zukommende wichtige Rolle im Block der kämpferischen Demokratie verschaffen kann.

«Es muss demokratisch aussehen», verordnete Ulbricht, «aber wir müssen alles in der Hand haben.»

KPD, SPD und CDU

Als Walter Ulbricht am 1. Mai 1945 mit einem zehn Mann starken Stosstrupp, «Initiativgruppe» genannt, in Berlin eintraf, stand im Grossen und Ganzen schon fest, was aus Deutschland Ost werden würde – über kurz oder lang eine sowjetische Grenzdomäne in der Gewalt der Roten Armee und der vom Kreml gelenkten Kommunistischen Partei Deutschlands.

Der Heimkehrer, seit 1933 auf der Flucht vor den Nazis, seit 1938 im Moskauer Exil, hatte zu vollstrecken, was Stalin befahl, und der Stalinist Ulbricht tat das sozusagen aus freien Stücken. In der historischen Stunde spielte er, wie bestellt, die historische Rolle, die ihm zugedacht war, vasallentreu, verschlagen und höchst effizient. Er war ein Mann der Tat, nicht des Gedankens, Sowjetmacht lag ihm näher als Sowjettheorie.

Nie plagten ihn irgendwelche Zweifel, was er und wie er dieses zu tun, jenes zu unterlassen hatte. Auch nicht in der Übergangsphase, als die Besatzungsmacht noch nicht eindeutig festgelegt hatte, die Sowjetisierung der Sowjetzone sogleich und direkt anzugehen oder auf Schleichwegen erst später zu vollziehen. Er hatte einen festen Auftrag, und die Auftraggeber nahebei – in der Kommandantura des sowjetischen Militärgouverneurs, Marschall Georgij Schukow. Für Walter Ulbricht und seine kommunistischen Kader galten die sowjetischen «Richtlinien für die Arbeit der deutschen Antifaschisten in den von der Roten Armee besetzten deutschen Gebieten». In diesen Richtlinien hiess es unter anderem:

Die auf dem besetzten deutschen Gebiet tätigen Antifaschisten arbeiten im vollen Einvernehmen mit der Besatzungsbehörde und sorgen . . . dafür, dass die Befehle und Anweisungen der Besatzungsbehörde unbedingt durchgeführt werden . . . Die leitenden Genossen führen ihre Aufgabe von der Basis beim Stab der 1. weissrussischen Front durch ... Von der Roten Armee wird der führenden Gruppe der Genossen ein Oberst der Roten Armee für die Mitarbeit und Verbindung beigegeben.

Am 2. Mai kapitulierte die Reichshauptstadt, am selben Tag machte sich Ulbricht ans Werk. Seine Initiativgruppe wies er an: «Wir werden in die verschiedenen Berliner Bezirke fahren und dort aus den antifaschistisch-demokratischen Kräften jene herausuchen, die sich für den Aufbau der neuen deutschen Verwaltung eignen.» Die Kommunisten vor Ort fragte er aus: «Wie hat sich der verhalten, wie der, wo war der . . . was hat der getan?» Er stellte Fragen, erinnert sich Wolfgang Leonhard, damals Mitglied der Gruppe Ulbricht, «zwar nicht wie bei einem Polizei verhör, aber doch keineswegs in einem Ton, den ich von einem Emigranten erwartet hatte, der nach zwölf Jahren die überlebenden Genossen wiedertrifft.»

Anfang Juni wurde der «leitende Genosse» Ulbricht nach Moskau beordert, ein paar Tage später kam er zurück. Am 10. Juni erlaubte die sowjetische Besatzungsmacht («Befehl Nr. 2») die Gründung politischer Parteien – die, wie es hiess, «sich die Ausrottung der Überreste des Faschismus und die Festigung der Grundlagen der Demokratie und der bürgerlichen Freiheiten in Deutschland . . . zum Ziele setzen.» Eile schien plötzlich geboten, um den Westzonen zuvorzukommen, wo politische Betätigung und Ansammlungen von mehr als sechs Personen noch strikt verboten waren. Offenbar sollte der Vorsprung genutzt werden, um eines Tages sowjetzonale Parteien zum Kern späterer Reichsgründungen zu machen.

Das neue KPD-Programm war einmalig in der Geschichte der Partei – ein taktisches Manöver, das der noch schwachen KPD und dem Kalkül Rechnung trug. Hinweise auf die Reli-

gionsstifter Marx und Lenin, sonst unerlässlich in ähnlichen Parteidokumenten, kamen überhaupt nicht vor, und sogar das Wort «Sozialismus» hatten sich die Aufruf-Autoren verknüpfen. Die totale Schein-Wende beeindruckte, wie nicht zuletzt beabsichtigt, die Genossen von der Sozialdemokratie in Ost und West, die von der Einheit der Arbeiterbewegung träumten. Es verwirrte und enttäuschte jedoch die Genossen der eigenen Partei, die drauf und dran waren, im halben Lande die Diktatur des Proletariats, wenigstens aber das Sowjetsystem aufzubauen.

«Wir sind der Auffassung», stand stattdessen im Programm, «dass der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland». Es sei vielmehr Gebot der Stunde, die «Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde ... zu Ende zu führen» und eine «parlamentarisch-demokratische Republik» zu errichten – «mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk».

«Völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums» (was nicht einmal in den Westzonen versprochen worden war) wurde den klassenbewussten Genossen zugemutet. Die Güter der «Junker, Grafen und Fürsten» sollten liquidiert, aber der «Grundbesitz und die Wirtschaft der Grossbauern» nicht angetastet werden. Zur Enteignung hiess es lediglich: Betriebe, «die lebenswichtigen öffentlichen Bedürfnissen dienen», seien «in die Hände der Selbstverwaltungsorgane» zu übergeben.

«Mit manchen Genossen der eigenen Partei . . . waren klärende Auseinandersetzungen notwendig», vermerkte beispielsweise Anton Ackermann, Leiter der Initiativgruppe in Dresden, «denn viele hingen noch an Vorstellungen aus der Zeit vor 1933. Die Rote Arbeiter- und Bauernarmee stand im Land – waren damit etwa nicht die Errichtung der Sowjetmacht und der Aufbau des Sozialismus auf die Tages Ordnung

gesetzt?» In einem Brief an Wilhelm Pieck in Moskau analysierte Ulbricht:

Manche Genossen führen unsere Politik mit Augenzwinkern durch, manche haben den guten Willen, aber dann ist bei ihnen doch die Losung «Rot Front» . . . Immer wieder tauchen neue Genossen auf, die mit den alten Fehlern von vorne beginnen. Die kurzen Andeutungen zeigen Dir, welche Bedeutung die ideologische Umerziehung unserer Genossen hat.

Als Ulbricht vor 80 Berliner KPD-Delegierten den Gründungsauftritt verlas, war es – so Leonhard – «zunächst still im Saal. Man konnte deutlich spüren, dass vor allem jene Genossen, die während der Nazizeit in Deutschland gelebt hatten – und sie waren in diesem Gremium die Mehrheit – mehr . . . erwartet hatten.» Ein Genosse aus dem roten Wedding fragte: «Genosse Ulbricht, so richtig und notwendig dieses Programm ist. . . so ist doch eines unklar: Worin unterscheidet es sich von dem Programm irgendeiner beliebigen demokratischen Partei?» Darauf Ulbricht, nun selber augenzwinkernd: «Das wirst du schon bald merken, Genosse! Wart' nur mal ein bisschen ab.»

Den taktischen Kurs hatte die Kommunistische Internationale schon in den dreissiger Jahren abgesteckt, und die KPD richtete sich danach. Auf ihrer «Brüsseler Konferenz», die 1935 in der Nähe Moskaus stattfand, forderte die Partei beispielsweise «Kampf für alle demokratischen Rechte und Freiheiten» – und proklamierte zugleich: «Wir Kommunisten wollen den Sieg der Sowjetmacht.» Mit einer «Einheitsfront der Arbeiterklasse» aus KPD und SPD als innerem Kern und Führung einer «Volksfront» mit «anderen werktätigen Schichten des Mittelstandes, der Bauernschaft und der Intelligenz» sollte die Übergangsphase überstanden werden.

Im KPD-Programm von 1945 war von der Einheit der Arbeiterbewegung aber nicht mehr die Rede, sondern nur noch von einem «Block der kämpferischen Demokratie» (Volksfront) der «antifaschistischen, demokratischen Parteien, der

Kommunistischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei, der Zentrumspartei und anderer».

«Eine solche Massenpartei wird ihre Aufgabe nur erfüllen», verdeutlichte schon 1935 der VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale unverhohlen, wenn sie «die Notwendigkeit des revolutionären Sturzes der Bourgeoisie und die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats in Form der Sowjets anerkennt».

«Ohne starke Partei», Ulbricht meinte die KPD, könne der «Sozialismus nicht aufgebaut werden». Doch die Partei war nach dem Urteil ihrer Führung noch schwach. Es wimmelte von «Sektierern» (Ulbricht), der Wendekurs war heftig umstritten, und der historischen Konkurrenz, der SPD, die nach dem Kriege grossen Zulauf fand, mussten die Anhänger erst noch abgejagt werden. Sowjet-Marschall Schukow sah das auch so. Vor führenden Sozialdemokraten, unter ihnen Otto Grotewohl, sagte er im Juni 1945:

Ich habe den Auftrag aus Moskau, hier ein demokratisches Staatsleben zu entwickeln. Ich weiss genau, dass ich mich dabei in erster Linie nicht auf die Kommunistische Partei stützen kann, sondern dass ich auf Sie angewiesen bin, denn ich weiss, dass Sie die Massen hinter sich haben.

Die «Arbeiterklasse Deutschlands» lag darnieder – «verseucht durch den preussischen Militarismus, durch den Imperialismus, durch die Rassentheorie», fand Ulbricht. Deshalb: «Unsere Arbeit *erst einmal* für eine antifaschistische, demokratische Ordnung.» Für die «Einheit der Arbeiterklasse» zusammen mit der SPD fühlte sich die KPD jetzt auch noch nicht in Form. Jahrelang, noch im Aktionsprogramm vom Herbst 1944, war sie verlangt und vorbereitet worden. Nie wieder sollte Spaltung die Arbeiterbewegung lähmen wie 1933, als der erbitterte Genossenstreit Hitler das Siegen leichtgemacht hatte. Aber nach Hitlers Ende wies Ulbricht alle Annäherungsversuche der SPD ab, um erst einmal die eigene Partei ideologisch und organisatorisch zu festigen (bis Ende April 1946

beide Parteien in der Sowjetzone zur SED fusionierten, was die SPD angeht, auf sowjetischen und kommunistischen Druck, aber zum Teil auch aus ungebrochenem Einheitswillen).

Noch vor der Kapitulation schrieb der Berliner Sozialdemokrat Max Fechner, einst Abgeordneter im Preussischen Landtag, dem Heimkehrer Ulbricht:

Ich hätte gern mit Dir darüber gesprochen, wie es möglich wäre, endlich die so ersehnte Einheitsorganisation der deutschen Arbeiterklasse zu schaffen. Meine politischen Freunde und ich stehen auf dem Standpunkt, dass bei der ersten Möglichkeit, sich wieder politisch betätigen zu können, über alle Vergangenheit hinweg der neu zu beschreitende Weg ein gemeinsamer sein muss zwischen KPD und SPD . . . Bitte gib mir bald Nachricht.

«Eine Antwort auf diesen Brief erhielten wir nicht», bedauerte Grotewohl später. Mehrere fest vereinbarte Besprechungen zwischen den Arbeiterparteien platzten, weil die Kommunisten einfach nicht erschienen. Schliesslich sagten sie ab – «wegen Arbeitsüberlastung».

Doch die Berliner Sozialdemokraten liessen sich nicht entmutigen. «Wir wollen vor allem den Kampf um die Neugestaltung auf dem Boden der organisatorischen Einheit der deutschen Arbeiterklasse führen», proklamierten sie in ihrem Gründungsauftrag vom 15. Juni. «Die Fahne der Einheit muss als leuchtendes Symbol in der politischen Aktion des werktätigen Volkes vorangetragen werden.»

In Wirklichkeit hatte der «Zentralausschuss der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands», wie sich das Berliner Gremium zonenübergreifend nannte, in der Partei ähnliche Schwierigkeiten zu erwarten wie die Kommunisten – nur wusste er das noch nicht. Der Ausschuss hatte noch keinen Kontakt zur Parteibasis in der Sowjetzone, und selbst die Verbindung zu den Genossen in Berlin war dürftig, bis die Sowjets Mitte Juni den Partei-Bann aufhoben. Wo aber im Lande Sozialdemokraten mit Kommunisten gemeinsame Sache machten, wurden sie oft gewahrt, dass es der KPD, unterstützt von den sowjetischen Besatzern, allenthalben um die Vor-

macht, möglichst um die ganze Macht ging. So beschwerten sich Sozialdemokraten aus Leipzig: «Überall werden unsere Genossen rausgeworfen; mit den Kommunisten gibt es keine Zusammenarbeit», und sie warnten davor, die SPD «ins Schlepptau der KPD zu bringen».

Der Berliner Zentralaussschuss hätte mithin, urteilt der Politologe Dietrich Staritz («Sozialismus in einem halben Land»), «im Falle einer positiven Reaktion der KPD-Führung vor erheblichen Problemen gestanden, sein Fusionsangebot einzulösen» – zumal der frühere Reichstagsabgeordnete Kurt Schumacher, der unter den Nazis zehn Jahre in Gefängnissen und Konzentrationslagern gesessen hatte, in den Westzonen unaufhaltsam zum Führer der SPD aufstieg und prompt einen strammen Antikommunismus-Kurs einschlug. Schon im Mai 1945 machte Schumacher, bald «Symbolfigur . . . nationalen Selbstbewusstseins» (Kiessmann), seinen Standort kategorisch klar, und nach und nach akzeptierten auch jene Genossen das Machtwort, die noch unbefangen auf Einheit drängten und auf lokaler Ebene mit Kommunisten auf Tuchfühlung gegangen waren. Schumachers Verdikt:

Die KP ist in ihrer politischen Theorie und Praxis ebenso vollständig zusammengebrochen wie das Nazitum und der Militarismus. Unter dem Gesichtspunkt deutscher Politik besteht kein zwingender Grund für ihre Weiterexistenz. Ebenso wenig hat die Sozialdemokratie Veranlassung, für den geschwächten Parteikörper der KP den Blutspender abzugeben und auf irgendeinen Annäherungsversuch auch nur andeutungsweise einzugehen.

Die «antifaschistische Front» solle, erklärte Schumacher, «Nichtkommunisten für kommunistische Zwecke» einsetzen und für die Kommunistische Partei . . . erziehen». Und die Einheitspartei würde zwangsläufig zum «Tummelplatz der schärfsten Kämpfe untereinander, des sich gegenseitigen Überlistens und Hereinlegens».

Die SPD hatte sich nach zwölf Jahren Unterdrückung und Verfolgung quasi von selbst wieder gegründet, von unten nach

oben. Gleich nach dem Einmarsch der Sieger und oft schon früher fanden sich, von Dorf zu Dorf, von Stadt zu Stadt, Genossen heimlich zusammen. Hier und da wurden alte Mitgliederlisten aus den Verstecken geholt und darin verzeichnete Parteifreunde aufgesucht. Trotz des Verbots politischer Betätigung bildeten sich schnell Strukturen nach altem Parteimuster heraus, wurde die politische Arbeit da und so wiederaufgenommen, wie Sozialdemokraten sie 1933 hatten liegenlassen müssen.

Auf der ersten (und letzten) gesamtdeutschen SPD-Delegiertenkonferenz nach dem Krieg in Hannover und Wennigsen – angereist waren etwa 120 Genossen aus allen vier Zonen, darunter Grotewohl, Fechner und Gustav Dahrendorf aus Berlin – lehnte Schumacher im Oktober 1945 die SPD/KPD-Einheit erneut ab. Die KPD vertrete ausländische Interessen, die angebliche Bekehrung zur Demokratie sei unaufrichtig, das neue Programm reine Propaganda. Er zerbrach, noch bevor die Siegermächte die deutsche Einheit endgültig liquidiert hatten, die Einheit der SPD. Den «zentralen Geltungsanspruch» des Berliner «Zentralausschusses für das ganze Reich» hielt er angesichts sowjetischer und kommunistischer Einwirkung auf die sowjetzone SPD für «bedrückend und politisch gefährvoll», und keinesfalls sollte sich Grotewohl weiterhin «Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands» nennen dürfen.

Kampflos räumte Schumacher die Position seiner Partei in ganz Deutschland, bevor noch, auch in der Sowjetzone, der Machtkampf mit der KPD entschieden war. Die Unschuld seiner Partei war ihm wichtiger als der Brückenkopf im anderen Deutschland. Schumacher, ein Spalter?

Die «Einheit der Sozialdemokratischen Partei im nationalen Rahmen ist uns ebenso wert wie die Reichseinheit», beteuerte Schumacher vor den Delegierten: «Aber die Einheit des Reiches lebt zur Zeit nur als Idee, denn Deutschland zerfällt in verschiedene Besatzungszonen.» Am Ende der Konferenz stand ein historischer Kompromiss: Keine gesamtdeutsche

SPD, solange Deutschland in Zonen aufgeteilt ist. Der Berliner Zentralausschuss übernimmt die SPD-Führung in der Sowjetzone, Schumacher wird der «politische Beauftragte» der Partei in den drei Westzonen. «In dieser scheinbar nach parteitaktischen und parteiorganisatorischen Frage», das wusste auch Schumacher, «hat sich in Wirklichkeit ja die ganze internationale Tragikomödie einschliesslich der schmerzlichen deutschen Tragödie abgespielt.»

Die deutsche Tragödie spielte sich, unter ähnlichen Bedingungen und Motiven, noch einmal ab – bei den Christdemokraten. Auch sie meinten gleich nach Kriegsende, zwischen Einheit und Freiheit wählen zu müssen. Das Duell, das sich bei den Sozialdemokraten die Genossen Schumacher und Grote wohl geliefert hatten, lieferten sich bei der CDU Konrad Adenauer in Köln und Jakob Kaiser in Berlin.

Kaiser, ehemals Zentrumsolitiker und christlicher Gewerkschafter, verfocht das «Brücken»-Konzept, Deutschland zwischen Ost und West, zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Der Rheinländer Adenauer sah den Trennungsstrich an der Elbe bereits endgültig gezogen. Adenauer, ein Spalter?

Kaiser suchte, resümierte Historiker Hans-Peter Schwarz, nach dem «gemeinsamen Nenner», auf «den sowohl die Alliierten wie die gleichfalls höchst uneinigen Deutschen gebracht werden konnten», sicherlich ein halsbrecherisches Unterfangen. Adenauer wollte im Westen retten, was noch zu retten war, den Osten, gegen den er sowieso tiefe Abneigung empfand, schrieb er von Stund an ab. Realpolitik?

Kaiser verkündete, das «Zeitalter liberalistischer, kapitalistischer Ordnungen liegt hinter uns». Adenauer sah das «Ende der bürgerlichen Epoche» noch lange nicht gekommen, und sozialistische Spielarten waren ihm zuwider. Der Kölner erkannte in dem Berliner nicht nur, zu Recht, einen ernstzunehmenden Konkurrenten um die Führung der CDU, sondern auch einen gefährlichen Linksabweichler. Kaiser-Äusserungen wie «auf deutschem Boden beziehungsweise in Berlin

müsse eine Synthese zwischen Ost und West erfolgen», «das Kommunistische Manifest sei eine Grosstat», waren dem Katholiken ein Greuel. An die Parteifreundin Maria Sevenich schrieb er: «Sie wissen ja, wie ich über diese Liebedienerei gegenüber den Russen denke.»

Auf keinen Fall sollte Berlin wieder zum Nabel Deutschlands oder auch nur der CDU werden, ob nun von den Russen besetzt oder nicht. Adenauer regte sich (ähnlich wie auf der Gegenseite Schumacher) mächtig darüber auf, dass sich Kaiser und sein Berliner Landesvorstand «Reichsleitung der CDU» nannten: «Wir haben aber diese sogenannte Reichsleitung nicht anerkannt und werden sie auch nicht anerkennen.»

Zunächst, stellte Adenauer fest, «liegen die Verhältnisse im russisch besetzten Gebiet so, dass niemand sich von einer dort residierenden Stelle irgendwie abhängig machen kann», sie stehe unter Druck. Aber auch wenn es das Reich je wieder geben würde, sei es «für den Westen wie für den Süden Deutschlands ganz ausgeschlossen . . . dass die politische Zentrale des neuen Deutschlands in Berlin ihren Sitz finde». Denn Berlin «ist ja doch nur Sammelname für die ‚Preussischen Bestrebungen‘», und der Nationalsozialismus (nach Adenauer eine «Spielart des materialistischen Sozialismus») nichts anderes als «eine konsequente Weiterentwicklung des preussischen Staatsgedanken».

Nach seiner Entlassung als Kölner Oberbürgermeister durch die britischen Besatzer «wegen Unfähigkeit»* machte sich Konrad Adenauer, befreit von der Bürde des Amtes, an die grosse Politik. Schnörkellos, mit frommer Einfalt, alles in allem präzise, wer wollte ihm durchschlagende Wirkung bestreiten, ging er die Sache an, parteiisch und staatsmännisch. Die Sache lag, wie bei seinem Gegenspieler Walter Ulbricht, im Handgreiflichen, selten im Programmatischen, es sei denn,

* Siehe Kapitel 4 von Georg Bönisch: «Alles leer, öde, zerstört». Köln 1945

die paar Grundsätze des Rheinländers seien berührt: das christliche Abendland und der heidnische Materialismus.

In Adenauer war alles fertig, erstarrt, ringsum alles im Fluss. Aber er war nicht dazu geschaffen, Visionen unters Volk zu mischen, und schon mit Reformen hatte er seine liebe Not.

Adenauer war, wie drüben Ulbricht, ähnlich listenreich und festgelegt, der Mann der Stunde für einen historischen Auftrag, aber ganz anders als Ulbricht wäre es ihm nie in den Sinn gekommen, Vollstrecker fremder Auftraggeber zu sein. Er setzte um, was in ihm steckte – und das deckte sich weitgehend mit dem, was die westlichen Alliierten von ihm erwarteten. So darf noch vierzig Jahre nach Kriegsende gefragt werden, was aus Deutschland geworden wäre – ohne Adenauer, den «Kanzler der Alliierten», wie der bissige Sozialdemokrat Schumacher den knorrigen Konservativen Adenauer einmal, zu Unrecht, genannt hatte?

Wäre die Gesellschaft in Deutschland West demokratischer, die Wirtschaft sozialer, die Bürokratie bürgernäher, das Rechtswesen liberaler, die Obrigkeit toleranter, die Bürger Staatsbürger? Durchweg demokratische Reform statt durchweg kapitalistischer Restauration? Wäre der «dritte Weg» gangbar gewesen, Deutschland zwischen Ost und West statt totaler Blockintegration? Hätte rechtzeitiger Wandel durch Annäherung die Brüder hüben und drüben zusammengehalten?

Gleich nach der Entlassung als Kölner Oberbürgermeister durch die Engländer, als ihm politische Betätigung wieder erlaubt worden war, beteiligte er sich unermüdlich und schlau an dem Aufbau einer CDU – und vollbrachte damit, als noch alles in Scherben lag, eine bis heute bewunderte Grosstat. Das katholische Zentrum, das in der Weimarer Republik nie über 19,7 Prozent hinausgekommen war, brachte der einstige Zentrumspolitiker auf Null. Stattdessen schuf er eine Volkspartei für alle Christen (und Nichtchristen). Der christliche Gewerkschafter Adam Stegerwald war schon 1920 dafür eingetreten.

Und zwei Jahre später, auf dem Münchner Katholikentag, hatte sich auch Adenauer dafür stark gemacht: «Wir müssen beim Kampf für die Geltung der christlichen Grundsätze in den öffentlichen Dingen bei den Nichtkatholiken Bundesgenossen suchen.»

Noch bevor die Union auch nur auf Zonen-Ebene gegründet worden war, Orts- und Kreisvereine noch unabhängig und oft ohne Kenntnis voneinander wurstelten, mit unterschiedlichen Namen und Programmen hervortraten, verhielt Adenauer sich wie der Chef vom Ganzen. Über Prinzipien und Ziele der Christlich-Demokratischen Union äusserte er sich ausführlich in einem Brief vom 21. August 1945 an den Oberbürgermeister von München, Karl Scharnagl, der in Bayern dabei war, die Christlich-Soziale Union aufzubauen:

Ich und sehr viele mit mir würden es sehr bedauern, wenn gegenüber einer so starken Verbindung, wie die Sozialdemokraten und Kommunisten darstellen, die Vertreter der christlichen Grundsätze sich in deren Parteien zersplittern und somit ihre Bedeutung und ihren Einfluss selbst mindern würden . . . Was das Programm der Christlichen-Demokratischen Partei angeht, so war man sich darüber einig, dass es unmöglich sei, in einer derartig fluktuierenden Zeit wie der gegenwärtigen ein ins Einzelne gehendes Parteiprogramm aufzustellen. Man läuft sonst Gefahr, dass schon in wenigen Monaten jetzt genau festgelegte Sätze und Forderungen über Bord geworfen werden müssten.

Was das Wort «christlich» im Parteinamen angehe, so lasse sich «manches dagegen» sagen, einiges aber «auch dafür». Einem Liberalen, den und dessen Anhang Adenauer gern für die Union gewönne hätte, schrieb er, «man sollte sich nicht zu lange damit aufhalten»:

Wir wollen keine Religionsgemeinschaft oder dergleichen, wir verlangen nicht von unsern Mitgliedern, dass sie sich zu einem bestimmten christlichen Bekenntnis bekennen . . . Wir erblicken wie Sie in der materialistischen Weltauffassung den Todfeind des deutschen Volkes und überhaupt Europas, ihn wollen wir bekämpfen, der materialistischen Weltauffassung die christliche . . . gegenüberstellen.

Manchmal plagte den Alten auch die Frage: «Was sind die tiefsten Gründe dafür, dass wir hin- und hergetaumelt, von der Höhe in die Tiefe und schliesslich in solch einen Abgrund gestürzt waren?» Die Antwort hatte er längst parat:

Das deutsche Volk hat den Staat zum Götzen gemacht und auf den Altar gehoben, die Einzelperson, ihre Würde und ihren Wert hatte es diesen Götzen geopfert . . . Die materialistische Weltanschauung des Marxismus hat zu dieser Entwicklung in sehr grossem Umfange beigetragen . . . Der Nationalsozialismus war nichts anderes als eine bis ins Verbrecherische hinein vorgetriebene Konsequenz der sich aus der materialistischen Weltanschauung ergebenden Anbetung der Macht und Missachtung, ja, Verachtung des Wertes der Einzelmenschen.

Eine eigenwillige Faschismustheorie. Aber Adenauer grübelte nicht lange darüber, wie alles hatte kommen können, er sorgte sich um Deutschlands jämmerlichen Zustand nach dem Kriege. Die aussenpolitische Lage analysierte er ein für allemal:

Russland hat in Händen: die östliche Hälfte Deutschlands, Polen, den Balkan, anscheinend Ungarn, einen Teil Österreichs. Russland entzieht sich immer mehr der Zusammenarbeit mit den anderen Grossmächten und schaltet in den von ihm beherrschten Gebieten völlig nach eigenem Gutdünken. In den von ihm beherrschten Ländern herrschen schon jetzt ganz andere wirtschaftliche Grundsätze als in dem übrigen Teil Europas. Damit ist eine Trennung in Osteuropa, das russische Gebiet, und Westeuropa eine Tatsache . . . Der nicht von Russland besetzte Teil Deutschlands ist ein integrierender Teil Westeuropas.

Die Lage war da, wie Adenauer zu sagen pflegte. Aber war sie unabänderlich? Für den Blockpolitiker Adenauer ganz und gar. Denn seine allerletzte historische Wahrheit, die er schon Jahrzehnte in sich trug, lautete – «dass letzten Endes nur zwei grosse Fronten in Europa und der Welt noch vorhanden sind: die christlich-abendländische Front... und die asiatische Front», und: «Asien steht an der Elbe.»

Die Konferenz von Potsdam

Auf der Konferenz von Jalta, im Februar 1945, feierten die «Grossen Drei», Roosevelt, Churchill und Stalin, Dreieinigkeit. Roosevelt glaubte «im Herzen wirklich, ein neuer Tag sei angebrochen». Auch Churchill tat wenigstens so: «Das gegenwärtige Verständnis und die Bande, die die drei Grossmächte miteinander verbinden», sagte der Kriegspremier im britischen Unterhaus, «sind inniger geworden.»

Was damals schon nicht stimmte, kehrte sich ein paar Wochen später ins Gegenteil. Nun sah Churchill die Lage realistischer, aber übertrieben gefährlich. In Briefen und Telegrammen an den neuen US-Präsidenten Harry S. Truman – der lange kränkelnde Roosevelt war am 12. April gestorben – schrieb er: «Ein eiserner Vorhang ist . . . niedergegangen. Was dahinter vor sich geht, wissen wir nicht.» Während sich die Angelsachsen «mit der Bestrafung Deutschlands, das ohnehin ruiniert und ohnmächtig darniederliegt, beschäftigen», und ihre «bewaffnete Macht auf dem europäischen Kontinent binnen Kurzem dahinschwenden wird», könnten die Russen, wenn sie nur wollten, «bis an die Küsten der Nordsee und des Atlantiks vormarschieren».

«Nichts kann die grosse Katastrophe verhüten», fand Churchill, «als eine schleunige Zusammenkunft und brutale Aussprache.» Die Konferenz mit Stalin sollte in «irgendeiner amerikanisch-britischen Stadt» stattfinden, die «anständige Unterkünfte» böte.

Die Konferenz – laut Clay-Berater Murphy ein «unheilvolles Drama» – tagte vom 17. Juli bis 2. August 1945 im russisch

besetzten Potsdam. Den Decknamen hatte sich Churchill einfallen lassen: «Terminal», zu deutsch «Endstation». «Anständige Unterkünfte» gab es im Schloss Cecilienhof, einst erbaut für den ältesten Sohn des letzten deutschen Kaisers, Kronprinz Wilhelm. Im Innenhof hatten die Russen einen riesigen Stern, fünf Zacken, aus roten Geranien, roten Rosen und Hortensien gepflanzt.

Präsident Truman war ein Neuling im erlauchten Kreis der «Grossen Drei». Von Aussenpolitik verstand er leidlich wenig, das war Roosevelts Domäne gewesen, aber er war zuversichtlich. Als er Stalin bei der ersten Begegnung «gerade ins Auge sah», war er voller Hoffnung, «dass wir zu einer für uns selber und für die Welt befriedigenden Verständigung kommen könnten». Die Briten mussten mitten im Fluss die Schlachtrösser wechseln. Auf dem Höhepunkt seines anscheinend grenzenlosen Erfolges verlor Churchill daheim die Wahlen zum Unterhaus, die er selber, siegesgewiss, zu diesem Termin angesetzt hatte. Das Inselvolk, ausgerechnet auch die Soldaten, hielt den Kriegspremier offenbar nicht für den richtigen Mann, Frieden zu stiften. Seinen Nachfolger, Clement Attlee, Führer der Labour-Partei, hatte Churchill vorsorglich gleich mitgebracht. Der Oppositionspolitiker war mit dem Slogan «Linke verstehen Linke» in den Wahlkampf gegangen, und linke Flügelmänner seiner Partei waren noch überzeugt, «Regierungen wie die russische und unsere eigene sind die sicherste Hoffnung für den Frieden».

Zankapfel der Konferenz und Hauptthema war die Polen-Frage, die vor allem Winston Churchill in tiefe Depressionen gestürzt hatte. Entgegen feierlicher Erklärungen überliess Stalin den Polen eigenmächtig die deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neisse als Kompensationen für sowjetische Landnahme entlang der polnischen Ostgrenze. Von freien Wahlen und demokratischem Regime, von Stalin ebenfalls in Aussicht gestellt, war nun nicht mehr die Rede. «Die Regierung Seiner Majestät», protestierte Churchill hochhoffziell,

«kann niemals zugeben, dass die im Krieg besetzten ostdeutschen Gebiete polnisch geworden sind.» Was half's?

Nach quälendem Hin und Her in der Polen-Frage fasste Stalin die für den Westen dürftige Alternative zusammen: «Wir können uns über sie schlüssig werden, wir können sie vertagen, aber wir können sie nicht ignorieren.» Ihm konnte es gleich sein, er hatte, was er wollte, und die Polen nahmen sich, so viel sie konnten. Die Deutschen flüchteten oder wurden vertrieben. «Schön und gut», meinte Stalin, die «Deutschen sind geflohen, und die gegebene und einzige Lösung ist die Errichtung einer uns freundlich gesinnten polnischen Verwaltung.» Das bedeute keineswegs, dass damit auch schon die polnischen Grenzen festgelegt worden seien: «Diese Sache kann in der Schwebe bleiben.»

So geschah es – und was sonst hätte jetzt noch geschehen können? «Wir hätten», erkannte Admiral William D. Leahy, Mitglied der amerikanischen Delegation, «zur militärischen Aktion vorbereitet sein müssen, um das sowjetische *Fait accompli* beseitigen zu können.» Amerikaner und Engländer vertagten. Die «Grossen Drei» bekräftigten «ihre Auffassung, dass die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zu der Friedenskonferenz zurückgestellt werden soll». Sie billigten aber auch, dass die Umsiedlung deutscher Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen (*wieso plötzlich in Polen*) «zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muss». Gewiss ein «Kompromiss», gab Präsident Truman zu, aber «der beste, der zu erzielen gewesen wäre».

Es waren lauter faule Kompromisse, die auf der Potsdamer Konferenz – zwischen Krieg und Kaltem Krieg – erzielt wurden, das lag in der Natur der Sache: Drei Grossmächte mit grundverschiedenen Gesellschaftssystemen und Ideologien beherrschten, zum ersten Mal in der Weltgeschichte, gemeinsam ein Land, in dem es keine Regierungen und Verwaltungen mehr gab. Regieren war nun Sache des alliierten Kontrollrats in Berlin, in dem jede Besatzungsmacht das Vetorecht hatte; der Zerfall in vier Zonen war vorgezeichnet. George Kennan,

einer der wenigen amerikanischen Russland-Kenner, prophezeigte augenblicklich:

Die Idee, Deutschland gemeinsam mit den Russen regieren zu wollen, ist ein Wahn . . . Wir haben keine andere Wahl, als unseren Teil von Deutschland – den Teil, für den wir und die Briten die Verantwortung übernommen haben – zu einer Form von Unabhängigkeit zu führen, die eine befriedigende, eine gesicherte, eine überlegene ist, dass der Osten sie nicht gefährden kann ... Ob das Stück Sowjetzone wieder mit Deutschland verbunden wird oder nicht, ist jetzt nicht wichtig.

Immerhin, es gab dieses Deutschland noch. Das Reich war, das bescheinigten auch die Alliierten ausdrücklich, nach bedingungsloser militärischer und politischer Kapitulation und totaler Besetzung nicht untergegangen. Churchill fragte: «Was ist unter Deutschland zu verstehen?» Stalin antwortete: «Was seit dem Krieg daraus geworden ist.» Truman definierte präziser: «Das Deutschland von 1937» – zu dem auch die deutschen Ostgebiete gehörten. Die «Grossen Drei» einigten sich, das «Deutschland des Versailler Vertrages, wie es 1937 bestanden hatte, als Diskussionsgrundlage zu betrachten».

Auch die deutsche Einheit sollte erhalten bleiben – noch war Deutschland also nicht verloren. Es sollten sogar unter der Oberhoheit des Alliierten Kontrollrats gesamtdeutsche Staatssekretäre bestellt werden für «Finanzwesen, Transport, Verkehr, Aussenhandel und Industrie». Die Sowjets, die insbesondere dafür eintraten, spekulierten offenkundig, auf diese Weise die in ihrer Zone bereits errichteten deutschen Zentralverwaltungen in gesamtdeutsche Staatssekretariate umzuwandeln.

«Während der Besatzungszeit ist Deutschland als eine wirtschaftliche Einheit zu betrachten», hiess es im Potsdamer Abkommen ausdrücklich. Es sei «eine alliierte Kontrolle über das deutsche Wirtschaftsleben zu errichten . . . um ein ausgeglichenes Wirtschaftsleben in *ganz* Deutschland zu schaffen». Soweit «durchführbar», müsse auch die «Behandlung der deutschen Bevölkerung in *ganz* Deutschland gleich sein». Der

«Rat der Aussenminister», der bei dieser Gelegenheit gebildet worden war, erhielt sogar den Auftrag, eine Friedensregelung für Deutschland vorzubereiten – «damit das entsprechende Dokument durch die für diesen Zweck geeignete Regierung Deutschlands angenommen werden kann, nachdem eine solche Regierung gebildet sein wird».

Stalin hatte noch im August 1944 «jede mögliche und unmögliche Unterdrückungsmassnahme gegenüber Deutschland» befürwortet, «grosse Gebietsabtretungen, Aufteilung in mehrere Staaten». Jetzt, nach der Kapitulation, war er für die deutsche Einheit. Er hatte ja schon annektiert; sein Faustpfand, die Zone, konnte ihm niemand nehmen, und gemeinsam verwaltete Einheit versprach Einfluss auch im Westen, beispielsweise Wirtschaftskontrollen über das Ruhrgebiet.

Aber die Franzosen lehnten ab. Sie wollten erst noch annektieren, möglichst das ganze Rheinland und ihr Faustpfand, die Zone, war ihnen zu mager. Wenn Einheit überhaupt, dann ohne das «rheinisch-westfälische Gebiet». Selbst den amerikanischen Vorschlag, die Eisenbahn zentral zu verwalten, wies der französische General Louis M. Koeltz zurück – die Eisenbahn sei eine kriegswichtige Einrichtung, genauso gefährlich wie der deutsche Generalstab. Die Franzosen hatten leichtes Spiel. Sie verfügten gleich über ein doppeltes Veto. An die Beschlüsse der Konferenz fühlten sie sich nicht gebunden; schliesslich waren sie, obgleich Besatzungsmacht, zur Potsdamer Konferenz nicht einmal eingeladen worden. Und im Alliierten Kontrollrat, wo nur einstimmig entschieden werden konnte, lief sowieso nichts gegen sie.

Über die «Vier Grossen D» – Denazifizierung, Demilitarisierung, Dekartellisierung, Demokratisierung – wurden sich die «Grossen Drei» dagegen im Handumdrehen einig. Gemeinsames Nahziel war es, Nationalsozialismus und Militarismus auszurotten, die deutsche Kriegsmaschinerie zu zerstören und die Macht der Konzerne zu brechen. So gelang es mühelos,

die amerikanische Direktive JCS 1067 zugrunde zu legen und bei der Formulierung entsprechender Deklarationen ganze Passagen einfach zu übernehmen. In ihrer Zone konnte jede Regierung sowieso nach eigenem Gutdünken verfahren.

«Ich kann mich an kein politisches Dokument erinnern, das mich je so deprimiert hätte», kommentierte Russland-Experte Kennan das Potsdamer Abkommen. «Die unpräzise Ausdrucksweise, die Verwendung so dehnbarer Begriffe wie ‚demokratisch‘, ‚friedlich‘, ‚gerecht‘ in einem Abkommen mit den Russen, lief allem direkt zuwider, was 17 Jahre Russland-erfahrung mich über die Technik des Verhandeln mit der sowjetischen Regierung gelehrt hatten.»

Die Amerikaner erfüllte, wieder einmal, missionarischer Eifer, sie hatten aber auch das dringende Bedürfnis, Rache zu üben (für Krieg und Holocaust) und Straflektionen zu erteilen. Sie wollten die Deutschen von Grund auf ändern, den Charakter jedes Einzelnen und die Leitbilder des Volkes, um so die tradierten Strukturen der Herrenrasse in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft aufzubrechen. Naiver Idealismus, blinder Fortschrittsglaube an die Umerziehbarkeit des Menschen und verbreitete Ignoranz stürzte die Kreuzfahrer des «nahezu ausgewählten Volkes» (US-Präsident Abraham Lincoln) in ein Abenteuer, das nicht zu bestehen war.

Dutzende prominenter amerikanischer Psychologen hatten, beraten von weltbekannten Anthropologen, Psychoanalytikern und Soziologen wie Margaret Mead, Erich Fromm und Kurt Lewin, im Sommer 1944 auf einer «Round Table»-Konferenz über «Deutschland nach dem Krieg» oder in gelehrten Denkschriften ihre Wissenschaft bemüht, die deutsche Psyche und den Charakter der Deutschen zu analysieren und eine Therapie für die «deutsche Krankheit» zu entwickeln.

Sie diagnostizierten, allen Ernstes, eine «schwere geistige Krankheit», Paranoia, ein kollektives neurotisches Abweichen von normalen Verhaltensmustern. Spätestens seit Bis-

marck habe sich das ganze Volk fortwährend verhalten wie ein Patient, der von einer «gefährlichen Veranlagung» befallen sei. «Das bedeutet», schrieb der Neurologe Richard M. Brickner, «dass jedes in die deutsche Gesellschaft hineingeborene Individuum in einer Kultur aufgezogen worden ist, in der verschiedene Haltungen, die andernorts bei paranoiden Menschen zu finden sind, institutionalisiert wurden.» Paranoides Denken sei «Ausdruck deutschen Wesens». Ursachen der Krankheit seien autoritäre Strukturen in Familie, Beruf und Schule, Preussentum, Pangermanismus und Militarismus. Generationen seien Paranoikern ausgeliefert gewesen, deren «grenzenlose Energie» sie unweigerlich zu Führern machte.

Symptom für den Massenwahn seien sowohl die nationalen Leitbilder wie die deutschen Ängste – ausgeprägtes Status- und Hierarchiedenken und «höchst verwundbares Ego». Die Deutschen seien zugleich «stark und schwach und niemals sicher»: Der Griff der Herrenrasse nach der Welt («Lebensraum»-Ideologie) und die Wahnvorstellung, die Welt sei voller Feinde, die Deutschland ständig ungerecht behandelten; die Aggressivität und das Lamentieren, der Platz an der Sonne bliebe den Deutschen versperrt; Irrationalismus und das Streben nach Perfektion, schwächerer Romantizismus und mystischer Bombast.

Dem deutschen Volk müsste der Irrglaube ausgetrieben werden, es sei «vom Schicksal ausgewählt», die «Welt zu beherrschen»; der deutsche Staat sei «der höchste Wert»; blinder Gehorsam «die höchste Tugend»; der Krieg die «Manifestation des Staates», mithin heilig. Es müsste bestraft, umerzogen, «re-educated» werden, schlug die «Round-Table-Conference» in ihrem Abschlussbericht für die US-Regierung vor – «durch die Änderung seiner traditionellen Kultur, seiner Methoden gesellschaftlichen Lebens und seines Erziehungswesens». Sonst würden die Deutschen, warnte Brickner («Ist Deutschland unheilbar?»), einer der Wortführer der psychologischen Kriegsführung, «einen neuen Krieg anfangen».

Diagnose und Therapie leuchteten aber auch den Deutschlandplanern in den amerikanischen Ministerien ein, und auch US-Präsident Truman wollte Deutschland wenigstens zu «einer anständigen Nation» machen. Archibald MacLeish, Unterstaatssekretär im US-Aussenministerium, verlangte «Veränderung in deutschem Denken, deutschem Glauben, deutscher Psychologie und in deutschem Charakter, wie wir ihn uns wünschen». Die Deutschen seien sozusagen zu behandeln wie «einzelne Kriminelle in einer modernen Strafanstalt». Für den Propagandachef des alliierten Oberkommandos, Elmer Davis, war Umerziehung das «zentrale Problem»; ohne sie wären die «anderen Massnahmen nicht mehr als zeitweilige Verschönerungsmittel». Davis hätte nur gern mehr über «die endgültigen Ziele» der Umerziehung gewusst. So planten er und sein Büro, wie er sagte, «so gut wir können, aber wir können nicht sehr weit vorausschauen». Auch enthielt die Handlungsanweisung für US-Besatzer, der Leitfaden zur US-Direktive ICS 1067, dazu nur vage Anhaltspunkte – für ein Kurieren an den Symptomen:

Die Deutschen müssen lernen, einen friedfertigen Lebenswandel und die Regeln der Bescheidenheit und Menschenliebe zu wollen. Nationalsozialistische Schulbücher und Lehrer müssen aus allen Schulen entfernt und durch freiheitliche Bücher und Lehrer ersetzt werden. Presse, Filme und Rundfunk müssen Tatsachen-Informationen bieten. Diese und andere Informationen müssen die Falschheit der Nazi-Doktrinen herausstellen und ein Fundament für demokratisches Denken und Handeln legen.

Der deutsch-amerikanische Politologe Karl Loewenstein nannte die «nichtssagende Allgemeinheit, dass eine besiegte Nation oder irgendein Volk . . . von ausserhalb ‚erzogen‘ werden kann», einen «arroganten Trugschluss», vergiftet noch dazu «mit dem anmassenden Anspruch des intellektuellen Imperialismus, dass das Gesetz dem minderwertigen Volk gelehrt werden kann, von Erziehern, die selbst Erziehung dringend nötig haben». Mag sein, gewiss aber reichte das Personal

für die gewaltige Psycho-Mission bei Weitem nicht aus. Nur 45 Beamtenstellen waren vorgesehen, nur zwei Drittel davon auch besetzt. Die Franzosen boten für ihr vergleichsweise bescheidenes Umerziehungsprogramm das Vierfache auf; sie konzentrierten sich auf die Reform des Schulwesens und liesen alle deutschen Schulbücher vernichten.

Nach sechs Jahren Umerziehung, bei den Deutschen als «Charakterwäsche», «Umdrehen», «Gleichschaltung» verpönt, dämmerte es auch amerikanischen Besatzungspolitikern, «dass keine Siegermacht ein anderes Volk ‚umerziehen‘ kann». John McCloy, erster US-Hochkommissar in der Bundesrepublik, schloss den Misserfolg aus einschlägigen Umfragen aus dem Jahr 1951. Er machte «Reste totalitärer Denkungsort» aus, einen «gewissen aggressiven Nationalismus und in gewissen Kreisen ein Gefühl der Überlegenheit gegenüber anderen Völkern» – alles Todsünden, die nicht mehr begangen werden sollten. Autoritäres Verhalten, das Grundübel der einst diagnostizierten Paranoia, sei noch «in allen Sparten des menschlichen Zusammenlebens» ausgeprägt.

Die Sowjets liessen sich auf derart vage Experimente am Menschen nicht ein. Sie veränderten die gesellschaftlichen Strukturen. Sie sozialisierten, enteigneten und errichteten die Diktatur einer Satellitenpartei, der KPD (später SED). Vergangenheitsbewältigung betrieben sie nur nebenbei, und allemal lag ihnen die sozialistische Zukunft näher. «Es wäre lächerlich», hatte Stalin sogar gesagt (1942), «die Hitlerclique mit dem deutschen Volk und mit dem deutschen Staat zu identifizieren. Die Geschichte zeigt, dass die Hitlers kommen und gehen, während das deutsche Volk und der deutsche Staat bleiben.»

In der KPD hatte die Sowjetunion, urteilt Historiker Justus Fürstenau, «eine verlässliche Gruppe, mit der sie . . . eine ‚Selbstreinigung‘ nach sowjetischem Geschmack in Szene setzen konnte, die in ihren Mitteln durchaus einer Revolution gleich, indem sie kurz, skrupellos und ohne Rücksicht auf

Schuld oder Rechtsverfahren diejenigen, die einer kommunistischen Regierung und einer Gesellschaft sowjetischen Vorbilds im Wege standen, beiseite räumten».

Ähnlich zielgerichtet verfuhr auch die Franzosen in ihrer Zone. Ihnen lag der amerikanische Missionseifer ebenso fern wie der sowjetische Revolutionsimperialismus. Nach drei Überfällen, preussisch (1870), wilhelminisch (1914), nazistisch (1940) auf ihr Land, schweren Verwüstungen und tiefer Schmach, unterschieden sie nicht primär zwischen Nazis und Nichtnazis, sondern zwischen guten Deutschen und bösen, und gut war, wer die französischen Hegemonialpläne unterstützte. Die Franzosen brachten die grossen Nazis hinter Schloss und Riegel, die kleinen liessen sie unbehelligt, wenn sie nicht aufmuckten. Sehr zum Ärger der Amerikaner fanden sogar Nazifunktionäre, die von ihnen gefeuert worden waren, Aufnahme in Ämtern und Dienststellen in der Zone gleich nebenan.

Die Engländer übernahmen anfangs zwar die amerikanischen Entnazifizierungsvorschriften, aber bald liess der Eifer nach, sie ähnlich konsequent anzuwenden. Es fehlte den Briten eben, wie der Londoner Journalist Walter T. Ridder feststellte, am «Kreuzfahrergeist». Sie nahmen auch früher als die Amerikaner zur Kenntnis, dass «ein vollständiger und chaotischer Zusammenbruch droht», wenn «wir die Denazifizierungsvorschriften zu drastisch und einseitig auslegen», hiess es in dem Besatzungsblatt *British Zone Review*. «Wenn wir die Tatsache nicht berücksichtigen», hiess es in der Zeitung weiter, «dass fast jeder Deutsche in einer einflussreichen Stellung, wie klein sie auch gewesen sein mag, ein Mitglied der NSDAP oder einer ihrer zahlreichen Gliederungen war, dann erzeugen wir ein Chaos, das nicht nur Tod und Seuchen . . . bringt, sondern eine andauernde Malaise.»

Den ersten Schlag gegen führende Nazis, NS-Verbrecher, Gestapo und Sicherheitsdienst (SD) führten die Besatzer, soweit sie ihrer habhaft wurden, in allen Zonen gleich entschlossen und konsequent. Verhaftet oder interniert wurden in der

amerikanischen Zone 95'250 Personen, in der britischen 64'500, in der französischen 18'983 und in der Sowjetzone 67'179. Bis zum 1. Januar 1947 wurden 94'498 wieder entlassen, in den drei Westzonen rund die Hälfte, in der Sowjetischen Besatzungszone nur jeder achte.

Seit August 1945 liessen die sowjetischen Besatzer Parteigenossen, SS- und SA-Männer registrieren. Insgesamt 520'000 Nazis wurden aus Verwaltung, Justiz und Industrie herausgesäubert. Vier Fünftel der 2'500 Richter und Staatsanwälte und 20'000 der 39'348 Lehrer mussten den Dienst quittieren. Aber schon bald verschonten die Sowjets die kleinen Nazis, die «nicht zu den Naziverbrechern oder zu den aktivsten Nazis gehörten». Die sogenannten Mitläufer erhielten noch vor den ersten Gemeindewahlen im Juni 1946 aktives und passives Wahlrecht, und bald galt die SED, spottete ein Funktionär, als «der grosse Freund der kleinen Nazis».

Die Amerikaner hingegen machten zunächst Jagd auf alle Nazis, ob gross oder klein – so vage die Kategorien dafür auch waren –, bis ihnen der Papierkram über den Kopf wuchs, Offiziere und Beamte der Militärregierung aufmuckten und der Aufbau einer deutschen Verwaltung sich verzögerte; bis sich schliesslich die kleinen und die grossen Nazis solidarisierten und statt Kollektivschuld kollektive Verfolgung empfanden.

General Clay erkannte, dass früher oder später «jene zu Märtyrern würden, die wir in den Augen ihrer Landsleute zu verdammen bestrebt waren». Im Juli ordnete die US-Militärregierung an, dass nunmehr alle Parteigenossen, die vor dem 1. Mai 1937 der NSDAP beigetreten waren, zu entlassen oder nicht wieder einzustellen seien. Ende September, im sogenannten Gesetz Nr. 8, verfügte sie sogar, dass alle Ex-Parteigenossen nur noch «gewöhnliche Arbeit» verrichten durften. Betriebe sollten geschlossen werden, die nicht in regelmässigen Berichten an die Arbeitsämter garantierten, dass sie sich an die Vorschriften hielten. Noch Ende November 1945 be-

kräftigte der neue US-Militärgouverneur, Eisenhowers Nachfolger General Joseph T. McNarney, vor der Presse:

Die Säuberung vom Nationalsozialismus wird nach den festgesetzten Richtlinien restlos durchgeführt werden. Mir tun auch jene Nationalsozialisten nicht leid, die nur Mitläufer waren. Ich möchte jeden ehemaligen Nazi soweit wie möglich von jeder verantwortlichen Stellung entfernt als gewöhnlichen Tagelöhner sehen.

Das starke Generalswort war sicher auch eine Replik auf das ungewöhnliche Verhalten des Panzergenerals George S. Patton, jetzt US-Militärgouverneur für Bayern. Kriegsheld Patton, ein waschechter Antikommunist, der gern weitergekämpft hätte, gegen die Russen, kritisierte die Entnazifizierung in rücksichtsloser Offenheit: Sie hemme den Wiederaufbau und verstosse gegen den Rechtsgrundsatz, dass Angeklagte bis zum Schuldbeweis als unschuldig zu behandeln seien. In einem Internierungslager will der General, der gern im vergoldeten Stahlhelm rumlief, statt «grosser Nazis» hauptsächlich «kleine Leute» gesehen haben («Verrückt, diese Leute zu internieren»). Auf die Frage eines Journalisten: «Sind nicht die meisten gewöhnlichen Nazis in ihre Partei eingetreten, wie Amerikaner Republikaner oder Demokraten werden?», hatte Patton geantwortet: «Ja, ungefähr so.»

Patton wurde abgelöst und nach Amerika abkommandiert. Aber damit allein war es nicht getan. Denn in den Dienststellen der US-Militärregierung fehlte es, wie auch Clay feststellte, «an Verständnis für die fundamentalen Ziele und Absichten der Besatzungsmacht», und sei es auch nur aus Gründen, die Generalmajor Ernest Harmon, zuständig für die drei nordrheinischen Regierungsbezirke, artikulierte:

Ich kann die Krauts nicht leiden. Aber es ist eine Sache, ihnen zu verstehen zu geben, wer den Krieg gewonnen hat, und eine andere, sie in diesem Winter ohne Essen und Kohle zu lassen. Dieses Land ist lange Zeit von Nazis geführt worden, und praktisch seine ganze administrative und wirtschaftliche Intelligenz war in der Nazi-Partei.

Man kann nicht die Eisenbahnen mit Ladenhilfen betreiben und die Fabriken von Schuhputzern leiten lassen.

Womöglich spielte auch eine Rolle, dass eine beachtliche Minderheit unter Offizieren und Soldaten über den Nationalsozialismus ähnlich dachten wie jene Nazis, die sie herausfischen und fangen sollten. Rund die Hälfte waren, wie amerikanische Umfragen im Herbst 1945 ergaben, der Meinung, vor dem Krieg hätte Hitler viel Gutes für die Deutschen getan. Je ein Fünftel zeigte Verständnis für den deutschen Antisemitismus, die «Lebensraum»-Ideologie und den Angriffskrieg.

Nach der Patton-Affäre wurde Dutzenden von Besatzungsoffizieren mit dem Kriegsgericht gedroht, wenn sie weiterhin gegen die Entnazifizierungsrichtlinien verstießen. Und mit einer Massenaktion sollte die Fahndung nach den Nazis erst richtig auf Touren gebracht werden. Allein in der US-Zone wurde 13 Millionen Deutschen (Gesamtbevölkerung 17 Millionen) der berühmt-berüchtigte Fragebogen vorgelegt (131 Rubriken), über den sich Ernst von Salomon in seinem Bestseller lustig gemacht hatte, um das «vetting», das Prüfen auf Herz und Nieren, noch zu verschärfen – zugleich aber auch ad absurdum zu führen: Bis Juni 1946 wurden 1'613'000 Fragebogen bearbeitet. Und da machte nicht nur die Aus- und Bewertung, sondern schon die Lagerung des Papiers den Amerikanern zu schaffen. Und so wurde beschlossen, die Verantwortung für die Entnazifizierung den Deutschen selbst zu übertragen – den 22'000 Mitgliedern der 545 Spruchkammern, die 3,5 Millionen Verfahren abzuwickeln hatten (Stand 1946).

In der Sowjetzone kamen derweil die kapitalistischen Strukturen unter Hammer und Sichel, gründlich wie vorgesehen, schneller als geplant. Die KPD wollte in der Übergangsphase den demokratischen Schein wahren und sorgte sich, offene Sowjetisierung könnte die Bevölkerung zu sehr schockieren. Wahrscheinlich drückten aber die Besatzer auf das Tempo. Andererseits kam ihnen, wie auch der KPD, die spon-

tanen Aktionen der Arbeiter, die sich ohne Segen der Kommandantura oder der Partei anschickten, mit der verheissenen Diktatur des Proletariats sofort ernst zu machen, höchst ungelogen.

«In Tausenden von sächsischen Betrieben wurden die faschistischen Unternehmer, Direktoren und Betriebsleitungen beseitigt», hiess es später in einem Bericht des «Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes». Dabei habe die Arbeiterschaft «unter Beweis gestellt, dass sie wohl in der Lage ist, im Betrieb wie in der Wirtschaft sich führend einzuschalten». Im Berliner Stadtbezirk Treptow «nahm die Belegschaft. . . sofort gegen die früheren Inhaber Stellung und verjagte sie aus den Betrieben». Ein Raiffeisenwerk in Greifswald wurde von «faschistischen Elementen bereinigt», ein Betriebsrat gewählt, der das «volle Mitbestimmungsrecht besitzt».

Es waren, kritisierte Genosse Fritz Selbmann, 1945 Vizepräsident der sächsischen Landesverwaltung für Wirtschaft und Arbeit, «Experimente» auf der «Grundlage der alten utopischen Sozialisten». Solche «Versuche» habe die KPD «schnell und geräuschlos liquidiert». Denn, so Ulbricht: «Die Voraussetzungen sind nicht da.»

Andererseits wunderte sich Ulbricht, dass in der Landbevölkerung so gar keine Spontanität aufkam. Über einen Disput mit Bauern in Sachsen-Anhalt schrieb er:

Das ist doch ganz einfach, rieten wir . . . «Sie nehmen dem Gutsbesitzer den Boden weg, dann ist schon der erste Schritt zu einer demokratischen Ordnung geschaffen.» Ein Bauer meinte: «Aber wir haben doch gar kein Gesetz dafür ...» «Ein Gesetz?», frage ich ihn. «Wenn die Bauern hier beschliessen, dass sie dem Gutsbesitzer das Land wegnehmen, ist das ihr demokratisches Recht.» ... Da meinten die Bauern: «Ja, Sie haben schon recht, aber ein Gesetz wäre doch gut.» Wir beruhigten sie: «Na gut, wenn ihr ein Gesetz braucht, werden wir auch ein Gesetz beschaffen, damit ihr das ganz ordentlich durchführen könnt.»

Das Gesetz fiel radikaler aus, als zunächst angekündigt worden war. Während im Gründungsaufwurf der KPD Mitte

Juni noch versprochen worden war, dass «selbstverständlich» der «Grundbesitz und die Wirtschaft der Grossbauern» – sie hatten 45 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche unter dem Pflug – nicht angetastet würden, musste jetzt jeder, der über 100 Hektar besass, herhalten, ob Nazi, Nicht-Nazi oder Anti-Nazi, keiner wurde verschont.

14'000 Höfe mit einer Gesamtfläche von 3,3 Millionen Hektar wurden enteignet – «zum Zwecke der Landzuteilung an landarme Bauern und Landarbeiter». Die alten Besitzer mussten Hals über Kopf mit ein bisschen Sack und Pack ihre Scholle räumen. 550'000 Landarme erhielten je zwischen fünf und zehn Hektar Grund und Boden. Aber auch 183'000 Arbeiter und Angestellte, die von Landwirtschaft meistens keine Ahnung, sich zum Teil aber schon verdient gemacht hatten, wurden bedacht; freilich nur mit Parzellen von je 0,6 Hektar.

Im Herbst 1945 begannen, parallel zur Bodenreform, die Enteignungen. Die Sowjets verfügten die Beschlagnahme nicht nur «allen Eigentums des deutschen Staates, der NSDAP und ihrer Organisationen, der Verbündeten des Nazi-Reiches», sondern, entschädigungslos, auch «aller jener Personen, die . . . durch besondere Listen oder auf eine andere Weise bezeichnet werden» – ein Freibrief in eigener Sache.

Alle Banken wurden geschlossen, das Kapital den neuen Landes- und Provinzialbanken zugeführt. «Herrenlose Handels-, Industrie- und landwirtschaftliche Unternehmen» wurden den Länder- oder Provinzialverwaltungen überlassen oder bis «zur endgültigen Lösung des Eigentumsrechts an diesem Vermögen» unter öffentliche, «volkseigene» Kontrolle gestellt, wo sie dann auch verblieben. Konzerne und Grossbetriebe wurden in «Sowjetische Aktiengesellschaften» (SAG) umgewandelt – darunter Europas grösstes Chemiewerk, Leuna, das Bunawerk bei Merseburg, 80 Prozent der Kaligruben und grosse Teile der elektronischen Industrie und des Fahrzeug- und Maschinenbaus. Schon 1947 fielen auf SAG

und sogenannte volkseigene Betriebe (VEB) 56 Prozent der industriellen Bruttoproduktion. 1950 waren es 90 Prozent.

Neben dieser «juristischen Demontage» lief die wilde Demontage grossen Stils. Die Sowjets entschädigten sich im Zugriffverfahren für die verheerenden Verwüstungen, die deutsche Soldaten und Besatzer in ihrem Lande angerichtet hatten. Sie räumten ab und packten ein – unter anderem mehr als die Hälfte der Industrien für schweren Maschinenbau, Fahrzeugbau, Elektronik, Elektrizitätsgewinnung, für Feinmechanik und Optik, für Stickstoffgewinnung und Kunstfaser-Herstellung – insgesamt mindestens 40 Prozent des Industriepotentials (von 1936). Vieles davon verrottete schon auf dem Transportweg oder später in der Sowjetunion. «Die Übernahme der Produktion durch das Proletariat», meinte Bert Brecht, «erfolgt in dem Zeitpunkt (und scheint vielen also zu erfolgen zu dem Zweck) der Auslieferung der Produkte an den Sieger.»

Die Demontage brachte das Zonenvolk in Rage und machte es bettelarm. Der revolutionäre Enteignungsakt entsprach hingegen offenbar dem Willen des Volkes. Bei einem Volkentscheid 1946 in Sachsen, dem Industriezentrum der Sowjetzone, stimmten 77 Prozent dafür – ähnlich wie in Hessen, wo sich etwa zur gleichen Zeit 72 Prozent für umfangreiche Sozialisierung aussprachen. Der «deutsche Trend», so nannte das amerikanische Aussenministerium die antikapitalistische Grundstimmung in Ost und West, war tatsächlich unverkennbar. Er einigte die Parteien, sogar die Deutschen hüben und drüben. «Kapitalismus führt zum Faschismus», schien nun einleuchtend, «Kapitalismus muss weg.» Sogar in den meisten westdeutschen Länderverfassungen wurde, bis auf den heutigen Tag, die Forderung nach Enteignung, Sozialisierung oder Bodenreform festgeschrieben.

Die sich wieder sammelnden Genossen von der alten SPD besannen sich auf die revolutionären Passagen ihrer Parteiprogramme, die sie in den vergangenen Jahrzehnten selber kaum wörtlich genommen hatten. Die Christdemokraten, obgleich

zunächst ohne oder nur mit losem Kontakt zu den Gesinnungsfreunden im nächsten Ort, forderten, wie verabredet, «christlichen Sozialismus», «wahren christlichen Sozialismus», freilich, «der nichts gemein hat mit falschen kollektivistischen Zielsetzungen, die dem Wesen des Menschen von Grund widersprechen».

«Auf der Tagesordnung steht heute», sagte Sozialdemokrat Kurt Schumacher im Sommer 1945, «als der entscheidende Punkt die Abschaffung der kapitalistischen Ausbeutung und die Überführung der Produktionsmittel aus der Hand der grossen Besitzenden in gesellschaftliches Eigentum.» Entweder werde «es uns gelingen, Deutschland in seiner Ökonomie sozialistisch und in seiner Politik demokratisch zu formen, oder wir werden aufhören, ein deutsches Volk zu sein».

Christdemokraten versprachen in den «Kölner Leitsätzen» vom Juni 1945: «Die Vorherrschaft des Grosskapitals, der privaten Monopole und Konzerne wird gebrochen.» Noch 1947, im Ahlener Programm, verteufelte die CDU an Rhein und Ruhr das «kapitalistische Wirtschaftssystem», das den «staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden» sei. Und: «Die Zeit der unumschränkten Herrschaft des privaten Kapitalismus ist vorbei.» Die Union forderte, die «eischaffende Grossindustrie» zu vergesellschaften; Banken und Versicherungen «gesetzlicher Kontrolle» zu unterwerfen.

Dem Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone, Adenauer, gingen die Planspiele seiner Parteifreunde natürlich entschieden zu weit. Aber er musste die Freunde einstweilen gewähren lassen, um nicht die eigene Führungsposition zu gefährden und um nicht eine Spaltung der Union zu riskieren. So liess er sich was einfallen, um die akute Bedrohung für das kapitalistische System abzuwenden. «Die sich aufdrängende Frage der Vergesellschaftung von Teilen der Wirtschaft», lautete der durchschlagende Standardeinwand, «ist zur Zeit nicht praktisch, da die deutsche Wirtschaft nicht frei ist.»

Die Besatzer hatten den Daumen drauf, vor allem die Amerikaner. In ihnen fand Adenauer einen mächtigen Verbündeten. Allerdings warnte das amerikanische Aussenministerium wiederholt davor, die deutsche Wirtschaft strikt nach US-Muster gleichzuschalten. Es sah in Sozialisierung sogar ein taugliches Mittel, um die neue Demokratie in Deutschland zu stabilisieren. Es regte an, die aus der Entflechtung der ganz Grossen entstehenden kleinen Einzelgesellschaften unter deutsche Regierungskontrolle zu stellen. Die Denker im State Department erkannten, dass der «deutsche Trend» zur Übernahme von Monopolen und Konzernen in öffentlich kontrolliertes Eigentum ein europaweiter Vorgang sei und forderten in einer Richtlinie für die US-Militärregierung, sich in der Frage der Sozialisierung nicht einzumischen, sondern lediglich sicherzustellen, dass die Entscheidung dafür oder dagegen «frei und demokratisch» zustande komme.

Das letzte Wort in der Besatzungspolitik jedoch hatten das Kriegsministerium und die US-Militärregierung. Sie, und insbesondere der Pragmatiker Clay, leisteten entschieden Widerstand. Sie waren primär darauf bedacht, die deutsche Wirtschaft wenigstens soweit anzukurbeln, dass ein Minimum an Selbstversorgung gesichert werden könnte, um die drohende Hungersnot abzuwenden und die Besatzungskosten möglichst gering zu halten. Dabei waren in den Wirren der frühen Nachkriegszeit Massnahmen, wie sie das US-Aussenministerium nahegelegt hatte, nur hinderlich. Aber ganz sicher waren den Leuten im Kriegsministerium und in der Militärregierung solche, wie sie meinten, kommunistischen Experimente auch grundsätzlich suspekt.

Über die Sofortmassnahmen waren sich aber alle einig. Gleich im Sommer 1945 zerschlugen die Amerikaner die drei Grossbanken, die 55 Prozent des Kapitals aller 653 Geschäftsbanken gehalten hatten. Aber: 1957 waren die Grossen wieder da. Sofort stürzten sich die Besatzer auch auf den Giganten IG Farben – «um jede künftige Bedrohung seiner Nachbarn oder des Weltfriedens durch Deutschland unmöglich zu machen,

und mit Rücksicht auf die Tatsache, dass die IG Farbenindustrie sich wissentlich und in hervorragendem Masse mit dem Aufbau des deutschen Kriegspotentials befasst hatte.» Ende März 1945 stürmten GIs den Hauptsitz des Konzerns in Frankfurt. «Die Zerstörung . . . war unbeschreiblich», hiess es darüber in einem Bericht des US-Geheimdienstes: «Sie hatten jeden Tisch in dem Gebäude umgestürzt, die meisten Stühle und sicherlich alle Fenster zerbrochen. Ein grosser Teil der Akten war auf den Boden gekippt, und sie hatten ziemlich amateurhaft versucht, die Safes aufzubrechen.»

Leitende Konzernherren meinten schon, nicht die Amerikaner, sondern die Russen hätten da gehaust. Als US-Geheimdienstoffiziere dann mit ihnen sprachen, nahmen sie eine «achtungsvolle . . . Haltung ein», allerdings «mit Ironie verbrämt». Vorstandsmitglied Georg von Schnitzler war in «sorgfältig gepflegtem Golfanzug» und «frisch polierten Oxford-Schuhen» erschienen. Er atmete richtig auf, da, wie er meinte, die «äusserst unglückliche Situation» vorbei sei, so von seinen «guten Freunden» in der ganzen Welt, dem «Lord X und Y in England, den Duponts in Wilmington und auch Jack Morgan abgeschnitten» zu sein. Offenbar sollte es gleich wieder richtig losgehen. Aber daraus wurde nichts.

In den drei Westzonen und in den Westsektoren Berlins wurden im Juli 1945 die 169 Gesellschaften beschlagnahmt, die zum IG-Farben-Konzern gehört hatten oder von ihm kontrolliert worden waren. Aufsichtsräte und Vorstände wurden «entfernt und entlassen und jeder Vollmacht» entkleidet. Aber: 1951/52 auferstand der Konzern in alter Macht und Herrlichkeit, wenn auch dreigeteilt: BASF, Hoechst, Bayer. An das Ende hatte sowieso kaum einer wirklich geglaubt. Obgleich entflochten, verdoppelte sich, von Ende Oktober 1945 bis Ende Januar 1946, der Aktienkurs. Um zu demonstrieren, sie meinten es ernst, sah sich die US-Militärregierung veranlasst, den Handel mit IG-Farben-Aktien mit fünf Jahren Gefängnis oder 10'000 Dollar Geldstrafe zu bedrohen.

Krupp und den Kohlebergbau in der britischen Zone erwischte es ebenso. Im November 1945 wurden die Anlagen von den Briten entschädigungslos beschlagnahmt. Sie sollten aber nicht entflochten, sondern «treuhänderisch für das deutsche Volk» verwaltet und nie wieder den alten Eigentümern zurückgegeben werden – was dann, nach Gründung der Bundesrepublik, doch geschah. Erst im Februar 1947, nach dem Zusammenschluss von amerikanischer und britischer Zone zur Bizone, verständigten sich Amerikaner und Briten darüber, wie darüber hinaus und im Einzelnen zu verfahren sei. Danach sollten alle «Kartelle, Syndikate, Trusts, Interessengemeinschaften und sonstige Typen von monopolistischen oder beschränkenden Abkommen» beseitigt werden. Alle Betriebe mit Sitz in der US-Zone, die in der amerikanischen und britischen Zone mehr als 10'000 Arbeiter beschäftigten, sollten überprüft, Betriebe mit mehr als 10'000 Arbeitern und Angestellten allein in der US-Zone automatisch «dekonzentriert» werden. Allerdings hielten sich die Engländer nicht allzu eng an diese Absprache. Sie wollten lieber Grossunternehmen kontrollieren als zerstückeln. Womöglich hatte die Londoner Labour-Regierung zunächst gehegte Sozialisierungsabsichten noch nicht ganz auf gegeben.

Per Saldo haben alle diese Pläne, so eifrig sie auch, jedenfalls von den Amerikanern, zu Papier gebracht worden waren, die Strukturen der westdeutschen Wirtschaft kaum verändert. Soweit Briten und Amerikaner überhaupt ernsthaft dekartellisierten und dekonzentrierten, so entschieden revidierten sie ihre Politik, als der Kalte Krieg heisser wurde und aus Besiegten Verbündete machte. General Clay zügelte von vornherein die «Extremisten» in der Washingtoner «Dekartellisierungsgruppe», die es «zwar gut meinten, die aber fest entschlossen waren, die deutsche Industrie ohne Rücksicht auf ihre wirtschaftliche Lebensfähigkeit in kleine Einheiten zu zerlegen». Und auch die Amerikaner daheim, beileibe nicht nur Industrielle und Geschäftemacher, hielten nicht viel davon.

«Bei dieser Stimmung in der Heimat», urteilt US-Historiker Zink, erschien es den US-Besatzern «als ein Verfahren von recht zweifelhafter Klugheit, anderen erschien es sogar ausgesprochen von Übel».

Kurt Schumacher sprach schon 1945 von «verpassten Gelegenheiten» – «mehr noch als nach 1918». Statt «weltrevolutionärer Umgestaltung der Dinge und Menschen», die er offenbar für möglich gehalten hatte, werde mit «Methoden der Restauration und des Fortwurstelns» operiert. Aber Null-Stunden kommen in der Geschichte nicht vor. Entweder Revolution oder eben «verschämte Reparatur diskreditierter Kontinuität».

Köln 1945

Bei der Lagebesprechung am 2. März 1945 im Führerbunker wies Adolf Hitler auf die vor ihm ausgebreitete Landkarte vom Westen des bröckelnden Reiches und sprach: «Hier, über den Rhein, kann ja keiner überlaufen. Das ist das Wunderbare.» Doch der deutsche Rhein hielt weder die alliierte Streitmacht noch Hitlers Gefolgschaft auf. Als die Amerikaner zum Sturm antraten, setzten sich die Nazibonzen ab.

Josef Grohé, Gauleiter, Staatsrat und Reichsverteidigungskommissar in einem, schnappte sich eines der letzten noch intakten Motorboote, schipperte über den Rhein und verschwand erst einmal – als Landarbeiter Otto Gruber. Die Clique aus Gauleitung und Stadtverwaltung desertierte in Richtung Harz, wohlversehen mit 100 Millionen Reichsmark aus der Stadtkasse, reichlich Fressalien und Schnaps, dazu noch Insulin Vorräte, die eigentlich für todgeweihte Zucker Kranke bestimmt waren. Im Vorort Niehl, unweit der Ford-Werke, die nur wenig abbekommen hatten, stiegen der Kommissarische Oberbürgermeister, Kreisleiter Richard Schaller, und zwei Dutzend auserwählte Parteigenossen in die Kanalisation, tappten im Gänsemarsch 400 Meter durch einen verdreckten Düker unterm Rhein und brachten sich vorerst in Sicherheit, gerade noch rechtzeitig. Ein paar Stunden später wurde der rechtsrheinische Ausgang aus der Unterwelt gesprengt. Ein 30 Mann starker Gestapo-Trupp, ebenfalls unterwegs ins Reichsinnere, kam dabei um – auf der Flucht ertrunken.

«Den Kampf bis aufs Messer», zu dem sie aufgerufen hatte, überliess die braune Garde dem letzten Aufgebot aus Veteranen – «alte Männer, die nur noch aus Haut und Knochen bestehen, Krüppel mit Glasaugen und Holzbeinen», wie sie später der US-Nachrichtendienst beschrieb – und Heranwachsenden. «Köln muss bis zum Allerletzten verteidigt werden», steckte ein Nazi-Führer dem Kommandierenden General Friedrich Köchling, und dann verschwand er. «Der Volkssturm kann die amerikanischen Panzer mit der Panzerfaust aufhalten.»

Am 6. März 1945 rollten die ersten Kettenfahrzeuge der 3. US-Panzerdivision durch enge, trümmerübersäte Strassen in die Innenstadt – unter dem Befehl von Generalmajor Maurice Rose, Sohn eines osteuropäischen Rabbiners, der einzige jüdische Offizier dieses Ranges in der US-Armee (er fiel bei den Kämpfen um Paderborn). «Kein Platz zum Wenden», erinnert sich ein Panzerkommandant, «keine Möglichkeit zu entkommen. Wer sich einmal zwischen diesen Häusern befand, kam sich vor wie eine freistehende Zielscheibe.» Vor dem Dom, dessen 157 Meter hohe, nur leicht verletzte Türme wie schwarze Mahnmale in den Himmel ragen, feuert gegen 16 Uhr ein deutscher «Panther»-Panzer aus halbversteckter Stellung auf den ersten «Sherman»: Volltreffer. Der zweite Amerikaner erwidert das Feuer und erledigt den Angreifer.

Um 17 Uhr schwiegen die Waffen. Ein US-Offizier gab übers tragbare Funkgerät seinem Stab durch, die Truppe habe den Rhein erreicht. Das Unternehmen «Lumberjack» («Holzfäller») war beendet, das linksrheinische Köln besetzt. Im Oberkommando der Wehrmacht diktierte der Historiker Percy Ernst Schramm, beauftragt mit der Führung des Kriegstagebuchs: «In Köln ist der Widerstand erloschen.» Die *New York Times* berichtete: «Köln leblos; Kathedrale steht.» Die Nachricht stimmte nicht ganz. Denn es gab noch Leben in diesem «toten, stumfsinnigen Schutt, der einst Köln gewesen ist» (*Daily Express*). Tausende hatten die letzten Monate des Krie-

ges und vor allem den letzten Grossangriff alliierter Flieger vom 2. März in Kellern oder Tiefbunkern überlebt, die durch Türen und Stollen miteinander verbunden waren – wie einst die Christen Roms, die sich vor den Häschern des Kaisers in den Katakomben an der Via Appia versteckt hatten. «50 Fuss unter den Strassen», berichtete ein englischer Kriegsjournalist nach Hause, hatten sie «ein ganz geheimes Untergrundleben» organisiert: Es gab Fahrräder zu kaufen und Fackeln, Armagnac und Brot, Bohnen und Zucker, Porzellan und Mais. Aber das Leben da unten war eigentlich kein Leben mehr. Erschüttert notierte der Berichterstatter:

Fünfmal bin ich seit Tagesanbruch in dies Maulwurfsleben der Kölner hinuntergestiegen. Jedesmal hat es mich . . . erschreckt, dass menschliche Wesen dem Tier so nahekommen können und sich so wenig daraus machen.

Und droben lag die Stadt verwüstet, wie damals, im Jahre 881, als die Normannen über sie hergefallen waren. In den fünf Kriegsjahren hatten mehr als 10'000 Flugzeuge bei 262 Angriffen über 1,5 Millionen Bomben und Minen abgeworfen. 20'000 Menschen starben, 40'000 wurden verletzt, 700'000 mussten evakuiert werden oder flüchteten. In der Altstadt standen nur noch zwei Prozent aller Häuser von 1939 – ganze 113. Von 150 Kirchen und Kapellen wurden 91 völlig zerstört, unter ihnen die weltberühmten romanischen Basiliken. Alle fünf Brücken lagen im Rhein, 100 versenkte Schiffe blockierten die Fahrrinne und die Kais. Von ehemals 2'176 Klassenräumen der Volksschulen waren gerade noch 212 vorhanden, von 7'711 Krankenhausbetten nur 1495, über 16'000 Laternen waren umgeknickt, 737 Kilometer Kanal an tausenden Stellen durchlöchert. Von den über 43'000 Kraftfahrzeugen waren noch 6'000 übriggeblieben, die Telefonleitungen waren tot.

Alles zu Fuss, nur ein paar «besonders Begünstigte» (Publizist Fritz Hauenstein) waren mit dem Fahrrad oder einem Kinderwagen als Mini-Transporter unterwegs. «Alle schleppen zu jeder Tageszeit Ameisen gleich irgendetwas mit sich:

Türen, Bretter, Steine . . . unkenntliche Gegenstände, verbogen, zersplittert, durchlöchert, Dinge, von denen man sich nicht vorstellen konnte, dass sie noch nützlich sein könnten.»

Es gab kaum Wasser, kaum Strom, kein Gas: «Dat einzije, wat he noch stemme dät», klagte Peter Fröhlich, ein Urviech der Kölner Sozialdemokratie, «wor die geografische Lage.»

Zerschlagen, zerhauen, zerstört. Kaum eine andere Stadt und ihre Bewohner haben so gelitten, mag auch der Kölner Heinrich Böll «eine Art Wettstreit der deutschen Städte» über den Grad der jeweiligen Zerstörung als «deutscheste Form des Perfektions-Perversionsspiels» missachten.

Das billige Kölle – der grösste Schutthaufen der Weltgeschichte. 30 Millionen Kubikmeter «aufgelockert», wie Statistiker festhielten, ohne zynisch sein zu wollen, «23 Millionen Kubikmeter unaufgelockert».

Tod und Trümmer überall, Stille und Staub. In der Luft hing noch Leichengeruch, fette Ratten huschten von Ruine zu Ruine. «Die Zoologen», notierte der Journalist Josef Fischer, «könnten in diesem vegetativen Leben einen einzigartigen Film drehen.»

Frauen kochten auf Herdstellen, die primitiv mit drei oder vier Ziegelsteinen gemauert waren. Typhus grassierte, auch Fleckfieber, schwere Geschlechtskrankheiten erreichten Rekordziffern. Die Säuglingssterblichkeit lag bei 16 Prozent (1939: 7,2 Prozent), fast die Hälfte aller Bewohner litten an geschlossener oder offener Tuberkulose. Verbandstoffe fehlten, Sulfonamide, Arzneien, Jod, Opiate, Narkoseäther. «Auf gesundheitlichem Gebiet sehen wir auch ein Trümmerfeld vor uns», sagte Gesundheitsdezernent Franz Vonessen, ein Mediziner, «und mit Bitterkeit und Zähneknirschen erinnern wir uns: Auch das verdanken wir dem Führer.»

Auf Bezugsscheine gab es fast nichts – auf dem Schwarzmarkt vor dem Dom gab es fast alles. «Dort handelten», erinnerte sich der erste Kölner Regierungspräsident nach dem

Kriege, Clemens Busch, «in aller Öffentlichkeit gegen tausend Menschen und alliierte Soldaten mit allem, was das Herz begehrte.» Gis kamen mit Zigaretten oder Nylonstrümpfen und sackten dafür Fotoapparate, Uhren und Schmuck ein; ganz scharf waren sie auf Orden oder Ehrendolche von Wehrmacht und Partei. Ein Pfund Kartoffelschalen kostete eine Reichsmark, der Zentner Kartoffeln 600 – der Bauer hatte dafür im Schnitt 100 Reichsmark bekommen, die Spanne steckten die Schieber ein. «Der Speck», schrieb der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer (IHK), Bernhard Hilgermann, «war mit 120 Mark je Pfund noch verhältnismässig billig.» Eine amerikanische «Camel» brachte dem Verkäufer sieben Reichsmark, «dofür moot», weiss Fröhlich, «ne Arbeider ne ganze Dach arbeide».

In dieses rheinische Karthago waren die Amerikaner gekommen wie die Erlöser. Viele Kölner beteten, manche betranken sich mit dem letzten Fusel. «Es war aber weniger Freude als vielmehr eine dumpfe Erleichterung», schreibt der Historiker Gerhard Brunn. Die Menschen hatten überlebt und begannen wieder zu leben.

Am 9. März 1945, Schlag null Uhr, nahm die Militärregierung in einem Versicherungsgebäude am Kaiser-Wilhelm-Ring ihre Geschäfte auf. Der erste Tagesbericht an den Kommandierenden General der 1. US-Armee, Courtung H. Hodger, vermeldete «vertraulich»:

Die Bevölkerung scheint sehr hilfsbereit und weitaus freundlicher als die Zivilbevölkerung in anderen Abschnitten Deutschlands ... Sie scheinen mehr als willig, Informationen zu geben und Hilfe zu leisten.

Baumlange, dunkelhäutige Gis, den Stahlhelm leger im Nacken, im Mundwinkel eine «Lucky Strike», verteilten Handzettel und klebten Plakate auf brandgeschwärzte Mauern: Eisenhowers Proklamation Nr. 1 («Alle Personen in dem besetzten Gebiet haben unverzüglich und widerspruchslos alle Befehle . . . der Militärregierung zu befolgen»), Hinweise auf

Entlausungsmittel DDT («Von oben ins Hemd zu stäuben, Wirkung hält einen Monat») oder auf Ausgehzeiten («7 bis 18 Uhr») und das strikte Verbot des Waffenbesitzes. Offiziere des militärischen Nachrichtendienstes CIC («Counter Intelligence Corps») fahndeten nach Fachleuten – Wasserwerkern und Elektrikern, Polizisten und Ärzten, Bäckern und Schweisern. Meldung ans Hauptquartier:

Männer der 19. Abt. unter Lt. Reber ermittelten innerhalb von 12 Stunden ungefähr 30 gute Kräfte, die unserer Zweigverwaltung halfen und weitere Möglichkeiten erschlossen.

«Der höchste Zivilbeamte, den man sprechen konnte», meldete die Militärregierung in ihrem ersten Tagesbericht dem Hauptquartier, «war ein ehemaliger Oberinspektor» – nämlich Fritz Knaup vom Ernährungsamt, ein Endfünfziger. Er bekam den Auftrag, Kontakt zu Kollegen herzustellen und ein allererstes Verwaltungs-Provisorium mitaufzubauen. Ein Hauptwachtmeister, den amerikanischen Nachrichtenoffiziere durch Zufall in der Nähe ihres Büros getroffen hatten, wurde kurzerhand zum Polizeichef befördert, für eine Woche.

Seine erste Amtshandlung war, 24 Hilfspolizisten anzuwerben. Da aber auf die Schnelle «eine Auslese sowie eine Überprüfung nicht möglich war», klagte später der städtische Sicherheits-Dezernent Gustav Finck, «schlichen sich manche unlautere Elemente ein, die glaubten, unter dem Deckmantel der Armbinde Geschäfte machen zu können». Ein Hilfspolizist liess gegen 200 Zigaretten einen Schwarzhändler laufen – zwei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust. Ein anderer trickste, ohne Strafe, Dutzende Mitbürger aus, die geduldig vor einem Fischgeschäft Schlange standen. «Ich will mal sehen, ob es sich für euch alle lohnt, hier zu stehen», sagte er, ging in den Laden und kam bald, mit Fisch reichlich, wieder heraus: «Es sind nur noch ein paar Portionen da – die meisten von euch kriegen nichts mehr.»

Mancher Beamte wurde auf der Strasse von Militärs zwangsverpflichtet. So radelte der kaufmännische Angestellte Heinz Hammelstein durch den Westen der Stadt, als er einen US-Posten kreuzte. «Waren Sie Nazi?», fragte ein Officer. «No», antwortete Hammelstein. Darauf der Ami: «Schön, dann schreiben Sie mal Ihren Lebenslauf, und ich stelle Sie als Polizisten ein.» Im April rief der Chef der US-Rechtsabteilung, ein Oberst, etwa zehn Richter und knapp 40 Rechtsanwälte ins vorläufige Rathaus am Kaiser-Wilhelm-Ring. «Er erklärte», erinnerte sich der Teilnehmer Hans Floss, «die Versammlung möge drei Persönlichkeiten wählen, die als Präsident des Amtsgerichts geeignet erschienen.» Der Obrist zog sich zurück, und die Juristen «wählten nach kurzer Diskussion in geheimer Abstimmung» (Floss) die Kandidaten. Danach führte der Offizier mit allen drei kurze Einzelgespräche und bestimmte dann durch Fingerzeig den Präsidenten – Heinrich Lingemann (später OLG-Präsident in Düsseldorf).

Zufälle der ersten Stunde. Beim Aufbau der Stadtverwaltung gingen die Besatzer dann gründlicher vor. Beste Informanten waren, wie anderswo auch, exilierte eigene Offiziere oder Geistliche. Kölns katholischer Stadtdechant Robert Grosche, der mit 96 Glaubensbrüdern in der umgepflügten Stadt ausgeharrt hatte, nannte «Namen von 12 bis 15 Männern, die erreichbar sind und geeignet seien, eine Stadtverwaltung aufzubauen» (US-Bericht). Länger konnte Grosches Liste nicht sein, denn es war noch oberstes Prinzip der Amerikaner, niemanden, «der zu irgendeiner Zeit Mitglied der NSDAP, der SA oder SS gewesen ist, aus welchem Grund auch immer, bei der Stadtverwaltung oder einer ihrer Amtsstellen» zu beschäftigen. Mehr als 90 Prozent aller Beamten aber waren Parteigenossen gewesen, 60 Prozent der städtischen Angestellten, die Hälfte aller Lehrer, ein Viertel der Handwerker. Schon bald sollte sich herausstellen, dass ihre Sonderbehandlung, die Entnazifizierung, genauso zur Überlebensfrage geriet wie das Ernährungsproblem.

Zu Grosches Favoriten zählte natürlich, auch wenn kein Aktenvermerk und keine Protokollnotiz es offiziell festhält, Konrad Adenauer – Kölns mächtiger und gut dotierter Oberbürgermeister aus Vor-Hitler-Zeiten, den die Nazis nach der Reichstagswahl 1933 aus dem Amt gejagt, 1944 für ein paar Wochen ins KZ und ins Gefängnis geworfen hatten. Zum Widerstand hatte Adenauer nie gehört. «Das System von innen aufzubrechen», hielt er für aussichtslos, so versuchte er es erst gar nicht. Aber seine stramme Anti-Nazi-Haltung war genauso bekannt wie seine Abneigung gegen Kommunisten – auch bei den Amerikanern.

Der mittlerweile 69jährige stand als einer von etwa 1‘500 Deutschen auf der im Dezember 1944 erstellten amerikanischen «White List of Persons in Germany believed to be Anti-Nazi or Non-Nazi» – als unbelastet, vertrauenswürdig und akzeptabel für jedes Amt.

Ex-Kanzler Heinrich Brüning hatte ihn aus seinem amerikanischen Exil heraus empfohlen wie jetzt Dechant Grosche, und den Amerikanern muss sympathisch gewesen sein, dass Adenauers zweite Frau Gussie, geborene Zinsser, eine Verwandte von Ellen McCloy war, der deutschstämmigen Gattin des Unterstaatssekretärs im US-Kriegsministerium (und späteren US-Hochkommissars in der Bundesrepublik). Dass er ganz oben auf der Liste «für Deutschland» als «Number one» stand, mag Adenauer bis zu seinem Tod geglaubt haben. In einem Interview stellte der frühere US-Offizier und Ex-Diplomat Alexander A. Klieforth jedoch klar: «Im Bereich, wo ich tätig war, war Adenauer Nummer eins, und das war lediglich der Kölner Raum.»

Klieforth, dessen Vater vor dem Krieg als Generalkonsul der Vereinigten Staaten in Köln amtierte und der in der Max-Bruch-Strasse gegenüber den Adenauers wohnte, hatte den Auftrag, den Alten zu suchen und nach Köln zu bringen. Er forschte erst in der Eifel, weil er «nicht glaubte, dass sich Konrad Adenauer dorthin absetzen würde, wo er am leichtesten zu finden wäre, nämlich in Rhöndorf». Mitte März 1945 kam Klieforth dann, «um zu sehen, ob ich noch am Leben sei»

(Adenauer). Tatsächlich war er kurz zuvor nur knapp dem Tod entronnen – sein scharfer Blick hatte ihn ausgerechnet vor US-Geschossen gerettet. Von seinem Garten beobachtete Adenauer den amerikanischen Vormarsch auf dem linksrheinischen Ufer.

«Plötzlich sah ich in einer Entfernung von etwa 300 Metern», schilderte er später den Angriff, «eine Granate auf mich zufliegen. Ich warf mich sofort zu Boden. Wir wussten aus Erfahrung, dass die Amerikaner in der Regel drei Granaten nach demselben Ziel schossen.» Die erste Granate schlug zwölf Meter neben Adenauer ein. «Sie war, wie alle amerikanischen Granaten, hoch brisant, ihre Splitter gingen über mich hinweg». Die zweite krachte sieben Meter neben ihm in den Garten, die dritte nur noch fünf. Dann sprang der Alte auf und rannte ins Haus zurück. «Abgesehen davon, dass mein Gehör noch für längere Zeit erheblich beeinträchtigt blieb, war mir nichts geschehen.»

Und jetzt, nur wenige Tage nach dem gefährlichen Zwischenfall, chauffierten zwei amerikanische Offiziere ihn und seine Frau im offenen Jeep zum Kölner Stadtkommandanten Raymond L. Hiles. Der kam schnell zur Sache: «Sie werden wieder Oberbürgermeister von Köln.» Adenauer, der die Ernennung als selbstverständlich erachtete, erinnert sich: «Ich bat, davon abzusehen. Ich hätte drei Söhne an der deutschen Front. Sie würden sicher von den Nazis erschossen werden, wenn bekannt würde, dass ich von den Amerikanern ernannt sei.» Zurückhaltung war auch dringend geboten. Am Tag, als Adenauer (vorerst) ablehnte, wurde jenes «Werwolf»-Kommando hinter die Front geflogen, das am 25. März 1945 den Aachener Oberbürgermeister Franz Oppenhoff ermordete; ihn hatten die US-Besatzer im Herbst 1944 eingesetzt.

Nach dem Treff mit den Militärs streifte Adenauer durch die Stadt: «Alles leer, öde, zerstört.» Über nur notdürftig geräumte Strassen zog er zur früheren Gestapo-Zentrale hinterm Gerichtssitz, am Appellhofplatz, um sich «die Räuberhöhle» anzuschauen. «Der Mensch ist merkwürdig.

Das ganze Haus war doch eine Quelle der Qual für mich gewesen. Aber es kam mir der Gedanke, für mich und meine Angehörigen ein Andenken mitzunehmen.» Adenauer suchte sich einen bronzenen Tischleuchter aus, «einfach und edel in der Form». Über diesen Diebstahl, schrieb Leo Schwering, erster Chef der rheinischen CDU, sei der Alte «sichtlich zufrieden» gewesen, er habe sich «richtig gefreut». Auch Schwering, der fünf Tage und Nächte in der Terrorzentrale als Gefangener hatte zubringen müssen, schaffte zwei «Reliquien» heraus. Das vier Kilo schwere Eingangsbuch mit den Namen von 5'000 Gestapo-Opfern ist verschwunden, seit er es ins Kolpinghaus zur Aufbewahrung gab. Ein Aschenbecher aus Majolika «besass so viele Sprünge, dass er eines Tages beim Zeigen zerfiel und nicht wieder gekittet werden konnte» (Schwering). Adenauers Gestapo-Leuchter steht noch heute im Rhöndorfer Museum.

Obleich Konrad Adenauer erst am 4. Mai sein Amt offiziell antrat (auch der rechtsrheinische Teil Kölns war zu diesem Zeitpunkt besetzt), war er doch seit seinem Auftauchen der heimliche Oberbürgermeister, mal elder statesman bei Verhandlungen mit den Offizieren («Dat jing immer jut»), mal pragmatischer Anpacker und schon längst wieder der alte Klüngler. Formal führte zwar sein Schwager Willi Suth, bis 1933 Stadtkämmerer in Köln, die Stadtverwaltung. Suth musste am 26. März auch den «Instruktionsbrief» der Militärs entgegennehmen, eine Art Grundgesetz für das administrative und politische Vakuum der ersten Monate. Dieser Befehl des Obristen John K. Patterson degradierte zwar das Amt des ersten Bürgers vorerst zur blossen Handlangerei («Sie werden verantwortlich sein für die Ausführung der allgemeinen und speziellen Richtlinien»), doch er offenbarte bereits ein Stück Freizügigkeit. «Sie werden», beauftragte er Suth im Paragraph 4, «den Militärregierungsbehörden nach Entfernung des Nazi-Personals die Aufnahme von Parteiinstrumenten empfehlen, wie dies dem Besten der Allgemeinheit dient.» Präziser noch: «Sie werden dafür haften, dass unter den Leitern wichtiger

Abteilungen Vertreter aller nichtverbotenen politischen Überzeugungen und Wirtschaftsgruppen vorhanden sind.» (Paragraph 8.)

Es mag an der Sympathie der Amerikaner für die neuen alten Herren gelegen haben oder an ihrem politischen Amateurstatus, oder vielleicht war es sogar Absicht: Adenauers Schatzen-OB Suth konnte trotz der Weisung Pattersons nach pluraler Aufteilung ein kommunales Kabinett einberufen, das stark konservativ ausgerichtet war. Fünf der elf Spitzenleute waren ehemalige Zentrumsleute, drei hatten früher der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und zwei der Deutschen Volkspartei (DVP) angehört. Nach der Sitzordnung von Weimar stand die Stadtführung also fast geschlossen Mitte-Rechts.

Rheinische Gewerkschafter, die im englischen Exil gelebt hatten und bereits Ende März nach Deutschland zurückkehren durften, um als Mitarbeiter des US-Geheimdienstes OSS («Office of Strategic Services») Besatzungsoffiziere zu beraten, meldeten ihren Freunden entsetzt diese politische Schlagseite. Der Gewerkschafter Alfred Kiss schrieb am 23. April: «Köln von Zentrum beherrscht. Gesamtstimmung der Bevölkerung gegen Zentrum, besonders auch wegen der vom Zentrum getriebenen Machtpolitik.» Unter seinem Pseudonym Wilhelm Heidorn notierte Werner Hansen, später SPD-Bundestagsabgeordneter und DGB-Vorständler: «Zentrumsklüngel in Köln lässt niemand in die Verwaltung. Besonders schlimm seit Adenauers Rückkehr. Erbitterung bei allen Arbeitern, die in negative Kritik getrieben werden.» Ein Unbekannter meldete: «Hier ist es, ganz milde gesagt, Scheisse . . . Und es sieht schon jetzt so aus, als ob die, die nicht gearbeitet haben, sondern hübsch leise getreten sind, jetzt mit ihrer grossen Schnauze oben auf sind. Aber noch viel schlimmer ist es zu sehen, wie verhakenkreuzt die Schwarzen sind.»

Zwar war es den Sozis gelungen, Ende April «in grösserer Zahl in die Stadtverwaltung einzudringen» (Kiss), doch eine Spitzenposition hielt lediglich Personaldezernent Josef Brisch, der frühere SPD-Oberbürgermeister von Solingen –

wenige Wochen. Dann kehrte er enttäuscht wieder ins Bergische zurück, weil er den «Kampf gegen die Adenauer-Clique aufgegeben hat» (Hansen).

Im Kölner Rathaus, kritisierte Kommunist Zilles, fehle der Blick «für die demokratischen Kräfte», die sich zwar «langsam und tastend, aber immerhin schon spürbar bewegen und regen». Die Stadtverwaltung baue «einen bürokratischen Apparat und in der Kölner Bevölkerung besteht eine chinesische Mauer» (Zilles).

Auch kommunistische Funktionäre, die sich jahrelang in der Altstadt vor den Nazis versteckt hatten, liefen erfolglos gegen Adenauers Machtblock an. Als Heins Niesen, der kommissarische Erste Sekretär des KPD-Bezirks Mittelrhein, beim Kommandanten Patterson vorstellig wurde und die Mitarbeit seiner Leute anbot, antwortete der Offizier lakonisch: «Die wichtigsten Verwaltungsbeamten sind bereits eingesetzt.»

Kölner KZler, die Konrad Adenauer aus Buchenwald hatte abholen lassen, reichten auf Bitten des Oberbürgermeisters eine Liste von fünfzehn «aufrechten antifaschistischen Kämpfern für den Dienst in der Stadtverwaltung ein» – genommen wurden «sage und schreibe», erregte sich KP-Funktionär Hermann Zilles, «vier Kameraden» in subalterne Positionen. Gewerkschafter, die sich bereits Ende März zu ersten Besprechungen zusammengefunden hatten, blieben ebenso einflusslos bei der Frage, wer ins obere und mittlere Management der Stadt einziehen dürfe.

Adenauer vor leitenden Beamten der Stadtverwaltung:

Die Vertreter dä Jewerkschafte erhoben den Anspruch, dat kein Mensch vom Jeneraldirektor bis zum letzten Hilfsarbeiter eine Arbeit bekommen dorfe, ohne Mitjlied dä Jewerkschafte zu sein. Ich hab' den Herrn erklärt, dann jeh ich nach Moskau, dann hab' ich mehr Freiheit als bei euch. Die Herrn ham den Anspruch fallenjeiassen.

Der neue Oberbürgermeister konnte sich die lockere Handhabung des «Instruktionsbriefes» offenbar leisten, weil die

Amerikaner selbst nicht so recht von ihrem Papier überzeugt waren. Viele US-Militärs, später auch ihre britischen Kameraden, «befürchteten», urteilt der Kölner Historiker Reinhold Billstein, «eine Stärkung kommunistischer und linkssozialistischer Positionen». Das Gros habe «keinen Hehl daraus gemacht», den gewerkschaftlichen Anfängen wie «überhaupt den lokalen Repräsentanten der Arbeiterbewegung» mit Vorsicht und Misstrauen gegenüberzustehen. Ob die Abschottung vor progressiven Kräften, wie Betroffene argwöhnten, den Wiederaufbau der Stadt behinderte, kann nicht hinlänglich belegt werden. Auf jeden Fall begünstige die Haltung ein politisch-soziales Phänomen jener Tage, das, wie in Köln, typisch war für die ersten Monate nach dem Zusammenbruch.

«Aus mehr oder minder wilder Wurzel» (Historiker Horst Matzerath) entstanden die sogenannten Ortsausschüsse. Ihre Mitglieder kamen aus allen Schichten: Kapläne und Professoren, Arbeiter und Handwerksmeister, ein Zeitungshändler gehörte dazu wie auch, im rechtsrheinischen Stadtteil Deutz, ein Dompteur. Die Ortsausschüsse kümmerten sich um die Evakuierten, die trotz strikter Verbote täglich zu Tausenden zurückströmten und Unterkünfte suchten. Sie schoben Wache an dunklen Stellen, wenn Übergriffe marodierender Displaced Persons (DP) oder Terrorakte des «Werwolfs» zu befürchten waren; sie versuchten, mit Schippen und Handkarren so gut wie möglich die ersten Trümmer zu beseitigen, reparierten notdürftig Gas-, Strom- und Wasserleitungen. Wie die offizielle Administration auch, besorgten die Wurzeldemokraten Kartoffeln, Obst und Getreide.

Während Oberbürgermeister Adenauer kurzerhand alle noch im Stadtgebiet vorhandenen Fahrzeuge beschlagnahmten liess, sie zu den Bauern ins Vorgebirge südwestlich von Köln schickte und zäh mit den Amis über jedes Kilo Kartoffeln verhandelte («Die haben geholfen, wo sie dazu in der Lage waren»), versuchte es die Basis mit der Nachbarschaftshilfe. So

gelang es Ende Juni dem Ortsausschuss Köln-Ostheim, «ortsansässige Bauern zu bewegen, 200 Zentner Kartoffeln zusätzlich anzupflanzen, was ohne unsere Initiative unterblieben wäre». Aus dem Tätigkeitsbericht jener Tage:

Dies bedeutet bei einer guten Ernte ein Ertrag von ca. 200 Zentnern, eine Menge, die hinreicht, um unseren 3'000 Seelen zählenden Vortort bei einer Quote von fünf Pfund pro Woche drei Monate zu versorgen.

Hilfe war dringend nötig. Im Sommer sank die durchschnittliche Kalorienmenge auf unter 700 – kaum genug zum Leben, gerade zuviel zum Sterben.

Die Ostheimer stellten den Bauern auch Dreschmaschine und Arbeiter – «sonst wären auf den Feldern Hunderte Zentner von Getreide umgekommen». Sie pflückten von 150 Bäumen Kirschen, die «dem Vogelfrass preisgegeben» waren. Im Stadtteil Dünnwald gründete sich ein Ausschuss, «um dem Ort wieder ein friedensmässiges Aussehen zu geben». Kollegen im linksrheinischen Riehl schrieben unter Punkt 3 ins Programm: «Feststellung aller Schieber, die auf Kosten der Allgemeinheit lebensnotwendige Ware zu Wucherpreisen verkaufen». Punkt 9 lautete schlicht: «Beseitigung der Rattenplage». Vor dem 1. Mai 1945 hatten sich bereits 12 Ortsausschüsse etabliert, im August gab es 28, später sogar 45. Aber da waren sie der Administration bereits nachgeordnet und fast kompetenzlos – allenfalls noch «Anlaufstelle für die Bürger oder Instrument von Zielsetzungen der Stadtverwaltung» (Matzerath).

Anfangs versuchten umtriebige KPD-Funktionäre vor allem in die linksrheinischen Führungszirkel der Ausschüsse einzudringen und eine Mini-Volksfront unter ihrer Herrschaft aufzubauen. Die Absicht schlug fehl, weil die Sozialdemokraten als gewiefte Kommunisten-Kritiker aufpassten; viele liessen sich, wie etwa Theo Burauen, als Bremser in die Ausschüsse delegieren. Der langjährige Kölner SPD-Oberbürgermeister (1956 bis 1973) und Landtagsabgeordnete wollte «eigentlich gar nicht in die Politik». Dann aber fand er es «aus-

gesprochen fies», wie die Kommunisten «kleine Pg unter Druck setzten». Als Organisationsleiter im Ortsausschuss Mitte warf er «zwei unverschämte KP-Leute einfach raus».

Auch Adenauer und seine Leute beäugten die Volksbewegung misstrauisch, wenn sie auch, wohl zum Gefallen der Militärregierung, in der Öffentlichkeit Lob streuten. «Es könne im Grossen und Ganzen gesagt werden», urteilt ein städtisches Papier im August 1945, «dass die Bildung der Ortsausschüsse eine dringende Notwendigkeit» gewesen sei. Personaldezernent Ernst Schwering, ein Bruder des alten Zentrumsmanes Leo Schwering, beschrieb sie, blumig, als «erste zarte Keime demokratischer Ideen aus dem vom Nationalsozialismus beinahe in Stein verwandelten Boden – wie nach einem langen Winter». Wenig später hielt er, unverblümt, in einem Aktenvermerk fest: «Die Zeit des Terrors ist noch keineswegs vorüber. Es scheint nur dieser Terror in gewissem Sinne durch neue Terrorerscheinungen abgelöst.» Ihm missfiel, dass Ortsausschüsse sich Kompetenzen von Verwaltung und Polizei anmassen und ihre Mitglieder nicht daran hinderten, weit übers Ziel hinauszuschiessen. Oft hagelte es falsche Anschuldigungen, wild wurde denunziert, Knappes wie Benzin oder Butter nach Gutdünken verteilt, man brach die Fensterrahmen leerstehender Schulen heraus oder deckte die Dächer verwaister Häuser ab. Und kaum jemand wehrte sich, wie sich zwölf Jahre lang niemand gewehrt hatte. «Als markanteste Eigenschaft zeigt sich», protokollierte Schwering, «eine starke Feigheit der Bedrückten.»

Am weitesten aber stiessen die Ortsausschüssler in der sogenannten Pg-Frage vor. Sie hatten hautnah miterlebt, wie die Nachbarn um die Ecke im tausendjährigen Reich auftraten – «sehr rühriger Aktivist», «sehr frecher Pg», «sehr gemeiner Pg», «Nazi-Schwerverdiener». Die Besatzer hatten zu Beginn der Aufbauphase kategorisch verlangt, nur Nicht-Parteimitglieder «einzustellen oder weiterzubeschäftigen». Und Konrad Adenauer vertrat anfangs die gleiche Meinung: «Alle Par-

teigenossen sind schuldig durch ihre Feigheit. Wenn sich das Volk von Anfang an gewehrt hätte, wäre die ganze Geschichte unmöglich gewesen.» Aber selbst prominente Anti-Nazis hielten solche Personalpolitik, angesichts der Trümmerberge und der katastrophalen Versorgungslage, bald für falsch. Was die Amerikaner machten, kritisierte Regierungspräsident Clemens Busch, sei die Taktik der Hitlers «mit umgekehrtem Vorzeichen: Wer nicht Pg war, insbesondere wer von den Nazis verfolgt wurde, eignet sich für jeden Posten in der Verwaltung. Alle möglichen Leute drängen sich heran und versuchen, an die Krippe zu gelangen». Busch schrieb in sein nie gedrucktes Tagebuch, dies sei «eine verfehlte Politik, die eine Menge unzufriedener, ja verzweifelter Menschen schafft und sie zu den Kommunisten oder zurück zum Nationalsozialismus treibt».

Stadtdechant Robert Grosche, einer der ersten Berater Adenauers, warnte vor einer Gleichmacherei, die «Schuldige und Unschuldige wirklich in einen Topf» werfe. «Einigen Rachsüchtigen» würde zwar «billige Genugtuung verschafft», bei vielen «gerecht Denkenden aber Empörung geweckt». «Auserdem», so Grosche, «werden dadurch wertvolle, zum Aufbau bereite Kräfte dem Volksganzen entzogen.» Auch der spätere Gewerkschaftsboss Hans Böckler empfahl bei der Säuberung des Beamtenapparates Zurückhaltung. «Seinen Hauptauftrieb hat der Nationalsozialismus nicht von dort, sondern aus der Geschäftswelt bekommen», sagte er. «Die unzähligen Kneipen zum Beispiel sind reine Brutstätten des Hitleriums gewesen, und zwar unter dem Einfluss der Gastwirte.» Adenauers Personalchef Ernst Schwering: «Es gilt, mit grösster Beschleunigung die aktiven Nationalsozialisten von denen zu scheiden, die sich auf Zahlung der Beiträge beschränkten, ohne innerlich von dem Geist des Nationalsozialismus ... berührt zu werden.» Unter den Pg befänden sich Kräfte, «die über eine sehr grosse Verwaltungserfahrung verfügen und ganz erhebliche Leistungen aufzuweisen hatten».

«Durch die unterschiedliche Auffassung in der Pg-Frage» sei eine normale Entwicklung des Wiederaufbaus «sehr erschwert worden», notierte der Jurist Rudolf Schetter. Er ist ein gänzlich unverdächtiger Zeitzeuge. Schetter war bis zum Hitler-Aufmarsch Reichstagsabgeordneter des Zentrums, wurde von den Amerikanern als Präsident des Oberlandesgerichts Köln eingesetzt und galt bei den Briten als «persona grata ersten Ranges».

Im September 1945 sah auch Konrad Adenauer ein, dass es «falsch» sei, jeden kleinen Beamten, der formell der NSDAP angehörte, zur «Rechenschaft zu ziehen» und andererseits «Geschäftsleute ungeschoren zu lassen, die scheffelweise Geld für die Partei hergaben». Und sein Forum täuschte er zur eigenen Rechtfertigung, darauf habe er «vom ersten Tag an in Köln hingewiesen».

«Bei uns», klagte IHK-Hauptgeschäftsführer Hilgermann, «durften nicht mal SA-An Wärter oder Mitglieder des Bundes Deutscher Mädels arbeiten». In Düsseldorf hingegen arbeiteten «alle Pg, in Wuppertal wurden die von der Stadt Hinausgeworfenen auf Befehl der Militärregierung wieder hereingeholt», so ein Aktenvermerk des Adenauer-Schwagers Willi Suth.

Egal, auf welchem Weg Ex-Nazis namentlich bekannt gemacht wurden – die vom Dechanten Grosche bemängelte Gleichmacherei traf oft genug die Falschen. In Köln hatte sich schon 1938 eine Widerstandsgruppe («Nationalkomitee der Volksfront») gegen die Nazis aufgebaut – bereit, «mit allen Mitteln, auch mit der Waffe in der Hand, gegen den Faschismus zu kämpfen».

Einer der mutigsten Männer war der Handwerker Heinrich Tesch – Pg seit 1932, SA-Mann, aber von der «Sturmabteilung» gemassregelt und 1936 nach mehreren Verwarnungen ausgestossen. Er blieb Parteimitglied und im Besitz eines Waffeneinkauf Scheins – den er für die Aufrüstung seiner Gruppe nutzte. Im November 1944 gelang es der Gestapo, die Gruppe auszuheben. Alle wurden zum Tode verurteilt, dann aber von den Alliierten befreit. Die Militärregierung ent-

schied, den Pg Tesch in «kein offizielles Amt zu lassen»; seine Leute protestierten:

Wir sind der Ansicht, dass gerade die Zukunft den Einsatz wirklicher Antifaschisten, im Kampf bewährter Männer, verlangt. Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, dass die Militärregierung ihre Entscheidung über die Ablehnung der Person... nur aus der Tatsache heraus gefällt hat, dass T. Mitglied der NSDAP war, ohne über die wirklichen Verhältnisse unterrichtet zu sein.

Andere schlüpfen durchs Netz, weil sie Glück hatten oder dringend gebraucht wurden. Einem Anstreicher, Pg schon vor 1933, stellte die Militärregierung einen Lastwagen voller Fensterglas zur Verfügung, weil er im vornehmen Stadtteil Marienburg Honoratioren-Wohnungen reparieren musste. Ein Wein- und Schnapshändler bekam die Konzession, obgleich er seit 1924 Pg war und, wie ein privater Rechercheur der Verwaltung mitteilte, «längst vor der Bestellung Hitlers als Reichskanzler jedem Käufer ein Plakat in die Hand drückte, er sollte Hitler wählen».

Im Herbst wollte ein 22jähriger mit vier Freunden im Alter zwischen 17 und 21 den Akkordeonklub «Colibri» gründen, um, wie es in seinem Antrag hiess, «der berufstätigen Bevölkerung in kleinen Konzerten und Veranstaltungen etwas Abwechslung zu bringen». Der Musiker war Oberkameradschaftsführer der Hitlerjugend gewesen, ein Kollege Zugführer beim Jungvolk. Genehmigung verweigert: «Es kann nicht geduldet werden, dass sich solche jungen Leute zu Vereinen zusammenschliessen, in denen sich frühere Führer der HJ sogar als Vorsitzende betätigen können.» Oberkameradschaftsführer war einer der niedrigsten Ränge. Der Gewerbeoberlehrerin Mine Härtle, Jahrgang 1888 und SPD-Mitglied seit 1920, war eine Stelle als Regierungsrätin zugesichert worden. Als sie den Job antreten wollte, sass da eine Parteigenossin. Verbittert verliess sie die Behörde: «12 Jahre habe ich es erfolgreich abgelehnt, mit Nazis zusammenzuarbeiten. Jetzt, nach der Reinigung, lehne ich es ebenso ab.»

«Wir stehen vor der Groteske», beklagte Suth, «dass bei den untersten Behörden zum Teil rigoros, zum Teil sehr milde vorgegangen wird, während bei den höheren Verwaltungsbehörden Pg in den wichtigsten und verantwortungsvollsten Stellen sitzen.» Suth, Oberstadtdirektor von Köln zwischen 1946 und 1953, benannte in einer vertraulichen Notiz die Bonner Landwirtschaftskammer, das Landesernährungsamt, die Kölner Bezirksregierung und das Oberpräsidium. Parteilose Beamte, die aus dem Osten geflüchtet waren und bei diesen Behörden arbeiten wollten, mussten vielfach «draussen bleiben, während die Pg in den höchsten Stellen» (Suth) weiter ihr Geld verdienten.

Am 21. Juni 1945 war Wachablösung in Köln. Die Amerikaner rückten ab, die Briten übernahmen das Kommando. Eine Ehrenkompanie der Irish Guards nahm Aufstellung vor dem Hauptquartier. Der Union Jack ging hoch, und die Musik spielte «God save the King».

Die Briten waren schon einmal am Rhein gewesen, als Besatzer, nach dem Ersten Weltkrieg. Sie traten weniger in Erscheinung als die umtriebigen Amerikaner, aber sie nahmen die Verwaltung enger an die Kandare. Gleich bei seiner ersten Begegnung rüffelte der neue Kommandant des Kölner Regierungsbezirks, Oberst Muirhead, ein rothaariger Schotte, den Oberbürgermeister, «er sei erschreckt über den Eindruck, den die Stadt Köln mache». Sie sehe «furchtbar schmutzig aus. Unrat in allen Strassen, der Domplatz mit seinen Schmutz- und Abfall- oder Trümmerhaufen sei eine Schande». Adenauer rückblickend: «Mit den massgebenden britischen Offizieren geriet ich bald in Konflikt.»

Im Augst 1945 besuchte Fallschirmjäger-Brigadier John Ashworth Barraclough die Domstadt. Er war, nach dreissig Jahren Kriegs- und Kolonialdienst an den Brandherden des britischen Weltreichs, nun Militärgouverneur Seiner Majestät im nördlichen Abschnitt der alten Rheinprovinz. Sein erster Eindruck von Adenauer: «Der Bursche schwätzt Politisches. Der höchstbezahlte Verwaltungsbeamte hat den Kopf in den Wolken.» Der OB solle sich gefälligst um die Ausbesserung

der Leitungen kümmern, die Trümmer abräumen und Wohnraum beschaffen.

Aber auch umgekehrt konnte Oberbürgermeister Adenauer von den Briten wenig Rat und Tat erwarten. Die Briten hatten, wie sie selber zugaben, oft nur junge und unbeholfene Besatzer an den Rhein geschickt; die besseren kamen in das Ruhrgebiet. Ein Kontrolloffizier war im Zivilberuf Versicherungsvertreter, ein anderer Kassierer bei den Stadtwerken, ein dritter, als bekannter Stadtplaner avisiert, war in Wirklichkeit Glasgrosshändler. Kölns neuer Stadtkommandant, Major J. Alan Prior, gerade 29, war daheim Industrierberater, Oberst Muierhead, der Adenauer sogleich angenommen hatte, gab freimütig zu verstehen, von Verwaltung verstünde er nichts, und erkundigte sich nach «Jagd- und Fischgelegenheit».

Die Militärs gaben Befehl, Bäume im Grüngürtel zu fällen, den Umweltschützer Adenauer schon in den zwanziger Jahren angelegt hatte. Der OB widersprach: «Ein Tropfen auf einen heißen Stein. Die Brennstoffnot wäre auf keinen Fall auch nur annähernd beseitigt worden. Der Stadt wäre ein unabsehbarer Schaden zugefügt worden, der in Jahrzehnten nicht wieder gutgemacht werden könnte.» Stattdessen verlangte er, beschlagnahmte Kohlenvorräte für die Zivilbevölkerung freizugeben – Barraclough in kleinem Kreis: «Unverschämtheit!»

Adenauer forderte die Zuteilung von Sand, Steinen und Zement, um die Bruchbuden winterfest zu machen – die Militärregierung lehnte ab und konfiszierte neue Gebäude für die Truppe. «Die wollen uns», klagte der OB, «versacken lassen». Joseph Frings, der Kölner Erzbischof, drohte mit einem Sitzstreik in den Ruinen seiner Residenz, falls weitere Wohnungen requiriert würden. Adenauer verglich die amerikanischen und die britischen Besatzer: «Das alte Kreuz war entschieden besser.»

Unterdessen blieben die Trümmer liegen. Offiziere beschwerten sich in Barracloughs Düsseldorfer Hauptquartier, dass sie mit ihren Jeeps steckenblieben, trotz Allradantriebs.

Der Brigadier mahnte und warnte. «Barraclough wollte», erinnert sich der langjährige, in den Stand der Lords erhobene Vizekanzler der Universität London und damalige Polit-Offizier Noel Annan, «a sober German Beamter, tüchtig und fleisig» – einen Befehlsempfänger.

In die gespannte Lage platzten zwei folgenreiche Ereignisse. Zum einen kursierten längst, trotz des Sperrvermerks «streng vertraulich» flächendeckend gestreut, Kopien eines «Berichtes über die Stimmung der Bevölkerung in der Stadt Köln». Autor war der SPD-Politiker Robert Görlinger, schon vor 1933 Adenauers Widerpart, eigentlicher Adressat der britische Geheimdienst. Görlinger liess seine Labour-Freunde wissen, die «frühere sozialdemokratische Arbeiterschaft und auch die kommunistische Arbeiterschaft» seien aufs tiefste entrüstet über Adenauers Politik. Er habe «nicht die Voraussetzungen geschaffen für eine Zusammenarbeit aller antifaschistischen und demokratischen Kreise». Auch kritisierte der Sozi, dass der Oberbürgermeister «die konfessionelle Trennung der (Schul-)Kinder verfügte».

Dann wurde Barraclough Ende September ein Memorandum des Ex-Generals Sir Charles Fergusson gesteckt, der nach dem Ende des Ersten Weltkrieges sieben Monate britischer Militärgouverneur in Köln gewesen war. Adenauer sei «ein fähiger Mann» mit «wahrscheinlich immer noch grossem Einfluss», dokumentierte der pensionierte Offizier, aber das waren die einzigen Freundlichkeiten. «Er hasst uns mit leidenschaftlicher Bitterkeit», schrieb Ex-General Fergusson. «Er ist clever, listig, ein geborener Intrigant und gefährlich.»

Fast zur gleichen Zeit liess sich General Gerald Templar, Commanding Officer der Britischen Zone, durch sein Herrschaftsgebiet chauffieren. Nach der Tour informierte er seinen Untergebenen Barraclough: «Köln hält den Minusrekord bei der Trümmerbeseitigung.» Die Feststellung Templers war Barraclough offenbar Befehl. Anfang Oktober diktierte er Adenauers Entlassungsschreiben. Mit seinen zwölf Punkten

ist es heute einer der meistzitierten Rausschmisse der Weltgeschichte. Barraclough an Adenauer:

Ich kenne die Schwierigkeiten hinsichtlich der Frage der Arbeitskräfte in Köln. Ich bin mir der Lage hinsichtlich des Verkehrswesens, der Kohlenknappheit, der Knappheit an Transportmitteln etc. etc. in vollem Umfang bewusst. Ich bin jedoch überzeugt, dass mit richtiger Überwachung und Energie auf Ihrer Seite mehr hätte getan werden können, um diese Probleme zu lösen, als tatsächlich geschehen ist. «Nach meiner Ansicht haben Sie Ihre Pflicht gegenüber der Bevölkerung Kölns nicht erfüllt.

Sie werden daher heute aus Ihrem Amte als Oberbürgermeister von Köln entlassen.

Barraclough formulierte ein Verbot jedweder politischer Betätigung, wies den Ex-OB aus der Stadt und drohte bei Zuwiderhandlung mit einem «Prozess durch das Militärgericht».

Das Aktenstück blieb vorerst im Schreibtisch des Brigadiers. Ein präzises Datum oben rechts war nicht eingetragen – nur der Monat und das Jahr: Oct 45. Sekretärinnen wissen, was das bedeutet. Ein Brief mit Chefdatierung kann im Papierkorb landen oder ausgehändigt werden, je nach Laune oder Gebot.

Am 5. Oktober gab Adenauer in Rhöndorf dem Deutschland-Korrespondenten der *News Chronicle* und einer AP-Journalistin ein Interview. Adenauer: O-Ton Lord Annan:

Ich habe ihnen in sehr unterstrichener Weise meine Befürchtungen wegen der Absicht der Alliierten, der deutschen Bevölkerung keine Kohle zum Kochen zu geben, zur Kenntnis gebracht... Ich habe ihnen weiter gesagt, de Gaulle habe in diesen Tagen eine Rede in Saarbrücken gehalten und laut Londoner Sender in ihr gesagt, Franzosen und Deutsche müssten einen Strich unter die Vergangenheit machen, Zusammenarbeiten und eingedenk sein, dass sie Europäer seien. Die Journalisten sagten, ... de Gaulle habe sogar gesagt, Franzosen und Deutsche müssten eingedenk sein, dass sie Westeuropäer seien. Ich erwiderte, ich wollte, dass einmal ein englischer Staatsmann von uns als Westeuropäer gesprochen hätte.

«A German official giving a press interview not six month since the surrender of the Wehrmacht in itself might well have been regarded by Brigadier Barraclough as unerhört.»*

Tags darauf holte Barraclough das Schreiben hervor, strich bei Punkt 3 zwei Worte und schrieb ein neues drüber, setzte als Datum eine 6 ein und zeichnete es ab. Dann befahl er dem stellvertretenden Kölner Stadtkommandanten Colin Lawson telefonisch, Adenauer sofort im Hauptquartier vorzuführen. Der OB war nicht in seinen Diensträumen. Lawson schickte eine Militärstreife. Adenauer, der auf dem Weg nach Koblenz war, wurde vor Remagen gestoppt und nach Köln eskortiert. Die MP brachte ihn in den dritten Stock und führte ihn in ein Zimmer. Dort sass Barraclough, rechts hinter ihm stand Lawson, links der Oberst Charrington aus dem bekannten Brauerei-Clan, und etwas abseits die hübsche Dolmetschin Gerda Godkuhle. Adenauer sah sich nach einer Sitzgelegenheit um, aber Barraclough fuhr ihn an: «Stehenbleiben!»

Colin Lawson: «Es gab keine Vorrede, kein Händeschütteln, kein höfliches Wort.» Barraclough zog das Entlassungspapier vor, las es auf englisch und liess es übersetzen. «Adenauers mongolenhaftes Gesicht», so Augenzeuge Lawson, «zeigte nicht die Spur einer Regung. Er stand mit gefalteten Händen direkt vor Barraclough.» Die ganze Zeit hatte er nicht ein Wort gesprochen. Als der Brigadier ihm das Schreiben über den Tisch schob, kramte er aus der Innentasche seines Jacketts einen Füllfederhalter und setzte links seine Unterschrift drunter. Barracloughs Frage, ob er noch etwas zu sagen habe, beantwortete Adenauer mit knappem «Nein!»

Der abgelöste Oberbürgermeister fuhr nach Rhöndorf, sammelte mehrere Dokumente zu einem Aktenstück zusammen

* Übersetzung: «Dass ein deutscher Beamter nicht einmal sechs Monate nach der Kapitulation der Wehrmacht ein Interview gibt, musste Brigadier Barraclough an sich als unerhört betrachten.»

und schrieb darauf: «Entlassung durch die Befreier.» Den Faszikel legte er auf einen zweiten. Der trug den angestaubten Titel: «Entlassung durch die Nazis». Am 9. Oktober suchte ihn Michael Thomas auf, der in Berlin geborene und 1939 nach Grossbritannien emigrierte Sohn des Schriftstellers Felix Hollaender; Thomas war Verbindungsoffizier bei General Temppler. Adenauer, den «die ganze Angelegenheit» angeblich «nicht sehr berührt hatte», jammerte: «Auch bei uns zeichneten sich ja Fallschirmjenerale nicht durch besondere Intelligenz aus. Aber die Begründung kann nicht die ganze Wahrheit sein. Es ist doch unmöglich, dass so ein Brijadgeneral einen Mann wie mich absetzen kann. Da muss doch eine Weisung des Foreign Office vorliegen.»

Kölns Stadtkommandant Prior fütterte gerade in der Heimat, als die *Times* Adenauers Entlassung meldete. Mit einer der nächsten Militärmaschinen liess er sich nach Köln fliegen. «Warum zum Teufel hast du diesen verdammten Narren Barraclough nicht stoppen können?», fuhr Prior seinen Freund und Vize Lawson an. «Ich habe es bis zum Augenblick, als Adenauer das Zimmer betrat, versucht», verteidigte sich der Major. «Mehr konnte ich nicht tun.» Prior, dessen Namen sich die Kölner so gut merken konnten, weil ein wohlbekannter Karnevalsfunktionär der wilhelminischen Ära so hiess, war ein mutiger Mann – das hatte er nicht nur als Divisions-Stabs-offizier bei der Landung in Nordafrika und bei der Befreiung von Den Haag bewiesen. In einem der üblichen Monatsberichte an Barracloughs Hauptquartier schrieb er: «Sie sind wirklich ein dummer Mann. Sie haben keine Ahnung von Verwaltung oder politischen Abläufen. Sie haben sich die unglaublichste Dummheit einem Mann gegenüber geleistet, der vor Hitler grosses Ansehen unter den deutschen Politikern genossen hat. Sie sind für dieses Amt nicht geeignet.» Priors anstehende Beförderung wurde gestoppt, wenig später entliess ihn die Armee. Zum angedrohten Militärgerichts-Verfahren wegen Insubordination kam es nicht mehr. In seinem letzten

Monatsbericht notierte der Kölner Stadtkommandant: «Der einzige Parteipolitiker, den ich getroffen habe und der das Zeug dazu hat, der erste deutsche Nachkriegskanzler zu werden, ist Dr. Adenauer.»

Prior, der nach dem Krieg Geschäftsführer einer Eisengieserei-Gruppe wurde, seit der Pensionierung das 20-Betten-Hotel «Fossbridge Inn» samt Restaurant in der Nähe von Cheltenham führt und Margaret Thatcher verehrt («Sie macht die einzig vernünftige Politik»), gibt sich heute zurückhaltend. «Ja, ich habe die Entlassung Adenauers sehr hart kritisiert, wirklich sehr hart.» Der Rauswurf nahm ihn nicht sonderlich mit: «Ich wollte sowieso gehen.»

Es mag sein, dass es dem im weniger zerstörten Düsseldorf residierenden Gouverneur Barraclough so schien, als komme zu langsam Ordnung ins Kölner Chaos – die Wirklichkeit sah, Adenauer entlastend, aber anders aus. «Man vergesse nicht», sagte in Adenauers Entlassungsmonat der Ernährungsdezernent Rolf Kattaneck, «dass wir über 2'000 Tage Krieg hinter uns haben, fürchterlichste Kriegstage, und dass seitdem erst 220 Tage vergangen sind, Tage, die man nach dem total verlorenen Krieg mit allen seinen Auswirkungen bestimmt noch nicht als Tage des tiefsten Friedens ansprechen kann.» Natürlich sei es «leichter», fügte Kattaneck hinzu, «25 Kleinstädte mit je 20'000 Einwohnern zu versorgen als eine Grossstadt, wo von 780'000 Einwohnern sich mehr als die Hälfte wieder eingefunden hat».

Obschon an allem Mangel herrschte, «an gutem Stammpersonal, an ersten Fachkräften, an gesunden, kräftigen und gut genährten Hilfsarbeitern» (Baudezernent Carl Schweyer), an Papier und Fahrzeugen, Kabel und Werkzeug, waren die Fortschritte deutlich sichtbar: Als Adenauer wegen «Unfähigkeit» gehen musste,

- konnten zwischen 60 und 85 Prozent aller Bürger wieder mit Wasser und fast alle wieder mit Strom versorgt werden;
- bestand die Verwaltung aus fast 10'000 Mitarbeitern, die Hälfte des früheren Ist-Bestandes;

- verzeichneten die Krankenkassen bereits 100'000 Pflicht- und 200'000 angeschlossene Familienmitglieder;
- wurden pro Tag 1'500 Obdachlose und Rückkehrer kostenlos verpflegt, waren in zwölf Bunkern 3'244 Betten vorhanden;
- arbeiteten 2'600 Männer an 30 Kippstellen den Schutt weg;
- standen in 17 Krankenhäusern 2'507 Betten zur Verfügung, ein Drittel des letzten Friedensjahres;
- lag die Bilanzsumme der Stadtparkasse bei 1,2 Milliarden Reichsmark (31. Dezember 1939: 270 Millionen);
- hatte das Güterverkehrsaufkommen 50 Prozent des Vorkriegsstandes erreicht.

Mehr als 30'000 Jungen und Mädchen hatten wieder Unterricht (im letzten Friedensjahr waren es 55'000 gewesen). Am 23. Juli 1945 waren die ersten 11'000 Sechs- bis Zehnjährigen eingeschult worden. «Die hatten nichts», erinnert sich der alte Schulmann Robert Frohn, «keine Tafeln, keine Kreide, keinen Bleistift.» Jedes Kind musste einen behauenen Stein mitbringen, um «das Schulhaus einigermaßen wiederherstellen zu können» (Frohn). Die Kleinen schafften auch Gips heran, Zement und «alte Schlüssel», die von den Lehrern zurechtgefeilt wurden», um wenigstens einige Räume abschliessen zu können. Auch Lehrbücher waren knapp. Feldmarschall Bernard L. Montgomery, Militärgouverneur der britischen Zone, verbot alles, womit Nationalsozialisten «die Kingergemüter vergiftet hatten». Als «Notmassnahme» liess er Neuauflagen jener Schulbücher drucken, die vor 1933 benutzt worden waren.

Die Verwaltung verteilte Cebiontabletten gegen den Vitaminmangel, Mitte Dezember begann die Schulspeisung: Ein halber Liter warme Suppe, «abwechselnd Nudelsuppe, Erbsenmehlsuppe und Biskuitsuppe», vermerkt eine Schulchronik der Jahre 1945/46. Dazu zweimal wöchentlich Süssigkeiten, für die Zwölfjährigen und Älteren zusätzlich ein Brötchen. Wirt Hugo in der Friesenstrasse, der an der Theke Dünnbier und im Hinterzimmer Selbstgebrannten Rübenschnaps

(«Knolli-Brandy») verkaufte, hatte ein Herz für die Kleinen gegenüber seiner Kneipe in der Volksschule. Er liess jeden Tag einen Kessel Gemüsesuppe kochen: «Ich kann nicht mit ansehen, wie die Kinder hungern.» Sie hungerten nicht nur. Viele kamen im Herbst nicht mehr zur Schule, weil sie keine Schuhe hatten. Aus der Chronik: «Wenn Geschwister zu verschiedenen Zeiten Unterricht haben, wird oft das gleiche Paar Schuhe von ihnen abwechselnd getragen.»

Die Lehrer gingen den Unterricht locker an. Nach den bitteren Kriegsjahren wollten sie «ein frohes Jugendreich schaffen» – mit Musik und Sport, Tanz und dann erst Einmaleins. Und so hatte Bildungsdezernent Josef Kroll, Professor der Klassischen Philosophie, seine helle Freude, alter Art:

Es war ein beglückendes Erlebnis, die sauberen Kleinen in ihren Bänken zu sehen, wie sie mit gläubigem Blicke zu ihren Lehrern aufblickten, und sie von dem Schönen und Erhabenen auf Erden deklamieren und fröhlich singen zu hören.

Da wurde «einem sinnfällig, dass der Wiederaufstieg begonnen hat».

Im Winter 1945 ging es auch an der Kölner Universität wieder los. Das Hauptgebäude hatte schwere Bombentreffer bekommen, die Institute ringsum lagen in Schutt und Asche. Die Hörsäle wurden mit Kanonenöfen beheizt, deren Rohre sich die Wände entlangschlängelten und dann durch ein Loch in den dürrtigen Plastikscheiben nach draussen reichten. Stand der Wind ungünstig, drückte er den beissenden Qualm in den Raum zurück, die Vorlesung musste abgebrochen werden. Unter den Bewerbern wurde «stark gesiebt», um «wirklich Befähigten und Berufenen» nicht das ohnehin «magere Licht» (Kroll) wegzunehmen. 1'500 durften sich immatrikulieren, Kölner wurden bevorzugt.

Fachliteratur war kaum vorhanden. Jurastudenten schrieben in Tag- und Nachtarbeit mit der Hand die ersten drei Teile des

Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) ab, Tausende von Seiten. Die wurden dann hektographiert. Wichtige Vorlesungen, etwa die von Hermann Jahrreiss über Staatsrecht (Hörsaal IV), wurden mitstenographiert, in Reinschrift übertragen, vervielfältigt und verkauft – Preis: 50 Reichsmark. Die Professoren sorgten sich um ihre Reputation, weil die Studenten oft genug Bolzen bauten. «Schon bald gab es authentische, also vom Dozenten abgezeichnete, und freie Skripte», erinnert sich der Senatspräsident am Oberlandesgericht in Köln, Adolf Klein. «Die mit der Unterschrift waren natürlich teurer.»

1945 feierten die Kölner das erste friedliche Weihnachtsfest seit sechs Jahren. Der aus dem Exil heimgekehrte Sozialdemokrat Heinz Kühn, später SPD-Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, stellte für sich und seine Eltern ein besonderes Menü zusammen: Suppe mit spärlicher Einlage, aber doch ein paar Fettaugen, Bratkartoffeln mit wenig Fett, aber einer Scheibe Cornedbeef, dann eine Ölsardine auf gebutterter Brotscheibe, zum Schluss eine Tasse echten Bohnenkaffee.

Die Kühns hatten auch einen Tannenbaum, aus Papier, zusammenklappbar – wie man ihn, so Kühn, «den Soldaten in den Schnee Russlands oder in die Bunker des Atlantiks» geschickt hatte.

1945: Stationen nach dem Ende

16. *März*: Das erste Geschäft mit den Amerikanern macht der Transportunternehmer Otto Schaaf. Er kassiert 381,20 Reichsmark.
25. *März*: 402 Lebensmittelgeschäfte und 150 Bäckereien sind geöffnet, eine provisorische Zivilverwaltung steht. Polizeistärke: 350 Mann.
- Anfang April*: Inventur im Zoo. 38 Tiere (von über 1'200) leben noch.
2. *April*: Erste Ausgabe des *Kölnischen Kurier*. Verantwortlich ist anfangs Hans Habe, Reporter, PR-Major der US-Armee, Schriftsteller («Die Tarnowska», «Das Netz»). Auflage des Blattes: 370'000.
7. *April*: Beginn der Registrierung aller linksrheinischen Personen (44'000 von ehemals 557'000).
- Mitte April*: Strassen und Plätze werden umbenannt. Horst-Wessel-Platz in Rathenauplatz, Braunauer Strasse in Alte Wipperfürther Strasse, Adolf-Hitler-Platz in Deutscher Platz (heute Ebertplatz).
28. *April*: Alle Bankschalter wieder geöffnet.
29. *April*: Erster Gottesdienst in der jüdischen Synagoge. Die Gemeinde war durch Vernichtung, Verschleppung und Emigration von der grössten Deutschlands (etwa 20'000) auf 200 Mitglieder gesunken.
16. *Mai*: Eröffnung des Amtsgerichts. Sechs Richter verhandeln Mahn-, Zivil- und Vollstreckungssachen.
19. *Mai*: Start des Postverkehrs innerhalb Kölns.
24. *Mai*: Erster Personenzug ab Köln-Hauptbahnhof nach Pulheim (zehn Kilometer).
28. *Mai*: Erster deutscher Polizeibeamter in Uniform – blaue Jacke, blaue Hose, blaue Mütze.
1. *Juni*: Strassenbahnen fahren wieder.
2. *Juni*: Beginn der Müllabfuhr.

4. *Juni:* Das Oberste Militärgericht verurteilt einen 10-jährigen Jungen wegen Spionage zu zehn Jahren Gefängnis. Er war schuldig befunden worden, einem SS-Agenten geholfen zu haben.
 15. *Juni:* Im Regierungsbezirk ist Sparen und Geldabheben (Höchstgrenze: 100 Mark) wieder gestattet.
 17. *Juni:* 18 frühere Zentrumsleute beschliessen die Gründung einer überkonfessionellen Christlich-Demokratischen Partei (CDP, später CDU).
 24. *Juni:* Das Städtische Orchester spielt Anton Bruckners Messe in C-Dur.
 2. *August:* Hans Böckler gründet die Einheitsgewerkschaft.
 17. *August:* In einem Lebensmittellager wird die Fett-Wochenration für 30'000 Menschen gestohlen. Todesstrafe für zwei der fünf Täter.
- Anfang September:* Puccinis Oper «Madame Butterfly» wird gespielt, in der Hauptrolle Charlotte Paules-Hoffmann. Ein Kritiker: «Sie entfaltet die Rolle mit lyrischem Glanz und beherrscher Gesangkunst, wenn auch noch nicht mit letzter Gelöstheit in der dramatischen Geste.»
- Mitte September:* Telefonische Zeitsage, Rufnummer: 05.
26. *September:* Erste Radiosendung – «Hier ist der Nordwestdeutsche Rundfunk» (123'000 Hörer).
 29. *September:* Die Kölner SPD tagt erstmals. «Sie ist dieselbe geblieben, die sie war, als sie 1933 in die Illegalität untertauchen musste» (Vorsitzender Helmut Braubach).
 1. *Oktober:* Der Rhein ist von Mannheim bis zur Nordsee wieder schiffbar.
 13. *Oktober:* Erste Mitgliederversammlung der KPD. «Wir geloben, nicht eher zu ruhen, bis die letzten Überreste der Nazibanditen endgültig und für immer beseitigt sind» (Zweiter Sekretär Heinz Gérard).
- Mitte Oktober:* Bei der Suche nach verschütteten Bombenopfern stossen Friedhofsangestellte in der Nähe der früheren Gestapo-Zentrale auf ein Massengrab Strangulierter und Erschossener. Es waren vor allem Russen und Polen. Unter ihnen ist auch ein 15jähriger Kölner, der in den letzten

Kriegswochen seinem Vater vermutlich bei der Desertion geholfen hatte.

19. *Oktober*: Premiere im Millowitsch-Theater. Gespielt wird «Das Glücksmädel».

Ende Oktober: Eröffnung eines Grosskaufhauses in der City. «Der bedrückten Hausfrau fällt ein schwerer Stein vom Herzen, wenn aus alten, zerschissenen Kleidern ein neues geschneidert wird, Hosen und andere Kleidungsstücke repariert und aufgebügelt, Hüte umgepresst und Laufmaschinen gezogen werden. Fensterdekorationen, die vor die verkleinerten Fensterhöhlen nicht mehr passen wollen, kann man nach Mass zuschneiden und nähen lassen».
{*Kölnischer Kurier*}

Anfang November: Knapp 90'000 Briefsendungen werden täglich verteilt.

11. *November*: SPD-Kundgebung mit Kurt Schumacher: «Wir lassen aber unser Volk, das jetzt auf der untersten Sprosse der internationalen Stufenleiter steht, nicht im Stich. Wir sind nicht russisch und nicht englisch, nicht französisch und nicht amerikanisch, wir sind die Vertreter des arbeitenden Volkes in Deutschland und damit der ganzen deutschen Nation.»

18. *November*: Die Fussballer der Kombination VfL 99/Sülz 07 spielen im Müngersdorfer Stadion gegen den traditionsreichen Klub Schalke 04 sensationell 3:3. Ernst Kuzorra schießt in allerletzter Sekunde das Ausgleichstor. Kuriosum: Schalke, nur mit zehn Spielern angereist, lieh sich einen Kölner Kicker.

19. *November*: Zwei Kinder sterben beim Spiel mit einer Handgranate, fünf werden schwer verletzt.

Ende November: Die Cito-Allright-Fahrradwerke produzieren monatlich 1'000 Räder.

Anfang Dezember: Die Militärregierung verbietet weiterhin «alle Arten von Leibesübungen, die als militärische Ausbildung anzusehen sind»: Schiessen, Geländeläufe, Jiu-Jitsu, «jede Art von bewaffneter Verteidigung».

10. *Dezember*: Wiedereröffnung der Universität.

Ende Dezember: Fünf Menschen sterben an Methylalkohol, den ein Mann in einem Restaurant als Schnaps verkauft hatte. Der Täter flüchtete.

31. *Dezember:* Die «Kölnische Karnevalsgesellschaft» feiert Silvester und Vereinsgründung mit einer Tour nach Walporzheim in «mit Scheiben versehenen und geheizten Bussen».

Passau 1945

In diesem Frühjahr musste die Bevölkerung in Passau Stadt und Land auf den possierlichen Anblick der «kleinen gelben Gänseküken, die bei den ersten warmen Sonnenstrahlen an dem jungen Grün zupften», verzichten, stand in der Lokalzeitung zu lesen, und auch auf den Festtagsbraten des gepäppelten Federviehs. Denn der «bittere Ernst der Stunde gebiete, dass das Wassergeflügel nicht mehr aufgezogen wird». Kreisleiter Max Moosbauer, auch Oberbürgermeister der Domstadt, scharte seine Getreuen um sich und sprach: «Immer war es eine Auslese des Volkes, die in der Schicksalsstunde die Entscheidung herbeigeführt hat . . . Noch stehen Opfer über Opfer vor uns . . . aber am Ende dieser Zeit kommt der deutsche Sieg.» Es wurden auch noch Pläne für die Zeit nach dem Krieg geschmiedet, Baudarlehen versprochen, gesunde Wohnungen und ein «sorgenfreies Leben». Aber nicht der End-Sieg prägt die Stimmung, End-Zeit ist spürbar geworden. «Auch wir sind bereit», gelobt das der Stadt Passau noch verbliebene Häuflein von Jugendlichen, «unser Leben hinzugeben.»

Am 20. April, als Geburtstag Adolf Hitlers bislang geheiligter Feiertag, ist in Passau schon «Dienst wie an anderen Werktagen auch» angeordnet. Der Gasverbrauch ist längst eingeschränkt, «die Verwendung elektrischer Apparate in den Damenabteilungen der Friseurgeschäfte» verboten worden. Verkehr nach ausserhalb wird immer schwieriger. «Erst siegen, dann reisen.» Ab Einbruch der Dämmerung bleibt die Stadt nun stockdunkel. Selbst Fahrradlampen dürfen nicht

mehr gebraucht werden. Statt Limonade gibt es nun «Molli Moika», ein abscheuliches Getränk auf Molkebasis. Die entrahmte Milch ist mehr blau als weiss, Brot wird mit Kartoffelflocken gebacken. Das verdünnte Dünnbier führt zu Entzugserscheinungen und manchmal sogar zum Tod bei bayrischen Mannsbildern, die gewohnt waren, zwei, drei Mass am Tag zu stemmen.

Aus den Schulen sind Lazarette geworden, der Unterricht fällt aus. Der Flüchtlingstreck aus dem Osten setzt ein, zu Rad, zu Pferd, zu Fuss. Und während Flüchtlingsschiffe aus Ungarn schon kilometerlang die Donaukais füllen, verlassen die Passauer allmählich die Stadt. Wer einen Bauern kennt, lässt Rösser einspannen und Möbel und Bettzeug abtransportieren. Viele campieren in den umliegenden Wäldern. Der zehnjährige Robert Braunersreuther muss seinem Grossvater jetzt beim Bau eines «Bunkers» im Garten helfen. Aushub, Balken, Bretter und Erde drauf, ein Gebüsch soll noch als «Sichtschutz gegen Flieger» taugen. Ein Trommelrevolver wird als «gefährliches Zeug» vernichtet, auch wenn dem Jungen «das Herz blutet».

Vorsorglich gibt das Stadtschulamt Anweisung, auf den Schülerlisten HJ- und BDM-Mitgliedshinweise zu löschen. Ende April 1945 überweist die Regierungshauptkasse den Passauer Lehrern gleich Gehälter für ein halbes Jahr, für alle Fälle. Das bischöfliche Ordinariat gibt seinen Priestern weitgehende Vollmachten; sie dürfen jetzt etwa auch vom «Hindernis der mixta religio» freisprechen oder von der Kirche Abgefällene in eigener Regie nachmustern.

Nur den Ahnungslosen bürgt der Soldatensender Belgrad noch für den Bestand des Reiches. Aber auch «Lili Marleen» geht nicht mehr von Jugoslawien aus in den Äther, sondern von einem Steinbruch, 20 Kilometer von Passau entfernt. Dass etwas zu Ende geht, mag ein Schuhmacher gespürt haben, der per Inserat nun seine Kunden auffordert, «die Schuhe binnen drei Wochen abzuholen».

Die Kleinstadt Passau, immer ganz weit weg gelegen vom Geschehen im Reich, unten am Rande des Bayerischen Wal-

des, konnte auf Ruhe und Sicherheit nicht mehr bauen. Für die 25'000 Einwohner der zweitausendjährigen Dreiflüssestadt an der Donau war der Krieg in der Heimat vorstellbar geworden, seit im Dezember die schwarzen Pulks am Himmel in 2'000 Meter Höhe die Stadt nicht mehr unbehelligt unten liegen liessen. Durch drei Bombardements hatte nun auch Passau seine Toten und Ruinen. Und Donner und Feuer, das kannten die Einheimischen schon aus der Bibel, waren unzweifelhaft Vorzeichen apokalyptischer Wirren.

Ende April gleicht der mittelalterliche Ort, wie ein Augenzeuge berichtet, «einer Festung, die auf den Angriff wartet». Die Reste der Wehrmachts- und Waffen-SS-Verbände, ein paar hundert Mann, bestehen nur noch aus Volksdeutschen, die kein Deutsch können. Kinder von der «Kampfgruppe Hitler-Jugend» bekommen eine Fliegeruniform verpasst oder einen Anzug mit der Aufschrift «Afrika-Corps». Der Volkssturm, das Aufgebot der Alten und Gebrechlichen, muss Brücken bewachen. Ein «fliegendes Standgericht» erreicht die Stadt, zwei weitere werden aus eigenem NS-Personal gebildet. Über hundert halb verhungerte russische Zwangsarbeiter werden in einem Waldstück Opfer eines Erschiessungskommandos.

Nach Hitlers «Nero»-Befehl («Verbrannte Erde») erhält auch der Syndikus der Stadt Passau von einem Korvettenkapitän vom Rüstungskommando in Regensburg den Auftrag, alle Industrieanlagen ohne Rücksicht auf ihre Bedeutung zur Zerstörung vorzubereiten. Vernichtet werden sollen die Elektrizitätswerke, das Kachlet-Stauwerk, die Telefonanlagen, die Pläne über Lage und Führung der Versorgungsleitungen, die Einwohnermeldekartei. Ausgeführt wird das Zerstörungswerk nicht. «Schliesslich merkte ich», so der städtische Angestellte, «dass die Herren von der Wehrmacht mehr an ihre eigene Absetzung dachten.»

Rund um die Bischofsstadt ist der Krieg schon in den Dörfern und Märkten. Gefürchteter und gefährlicher als die amerikanischen Truppen sind im grausamen Schlusssatz dabei die tobenden Überbleibsel der Waffen-SS. In dem Flecken Tie-

fenbach erschossen und erschlagen sie, 18 Stunden vor dem US-Einmarsch, 45 Insassen eines Russen-Lagers. In Huthurm knallen sie einen Pfarrer ab, weil sie im Pfarrhof ein amerikanisches Sternenbanner und eine rote Fahne finden. Ein Ingenieur in Breitenberg wird kurzerhand an einem Kirschbaum aufgehängt, weil er gebeten hatte, die Verteidigung des Ortes aufzugeben. «So geht es jedem Verräter», warnt eine Holztafel an der Mordstelle.

Mitte April kommen auf dem Bahnhof des kleinen Ortes Nammering 60 Waggons mit Häftlingen aus dem KZ Buchenwald an. Die Züge waren seit 14 Tagen unterwegs und hatten ursprünglich etwa 4'800 Menschen geladen. Ein Augenzeuge berichtet:

Der Anblick war grauenhaft, die Gefangenen sind teilweise in offenen Waggons untergebracht, viele halb verhungert, ein Waggon war voll mit Leichen, viele nackt, nichts als Haut und Knochen, mehrere mit zeretztem Gesicht, auf nahe Entfernung erschossen. Auf einem Feuer lag ein Haufen Leichen, die Gefangenen mussten nebenan Holz zerkleinern. Von den SS-Posten wurden sie immer wieder mit Stockschlägen und Fusstritten angetrieben. ... Ich sah auch, wie einige von den Gefangenen Stücke Fleisch von den gebratenen Leichen runterrissen und schnell hinunterschlangen. ... Das Sterben nahm kein Ende. Zwei Waggons voll Leichen wurden herangeschoben und in die Grube geworden. Als die Leichen alle drin waren, wurden noch 50 Mann in die Grube hineingestossen und gleich begraben.

Als feindliche Truppen schon auf Hörweite herangerückt sind, wird auch für die Passauer der «Endkampf» zum Wahnsinn. Der Abschnittskommandant, Generalmajor Erich Hasenstein, befiehlt der Bevölkerung, die «göttliche Sendung als Kulturvolk» müsse nun «mit List, Tarnung und Täuschung» verteidigt werden: «Ich befehle daher: 1. Der Feind ist überall, wo er sich zeigt, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen. 2. Wer den Widerstandswillen lähmt, ist sofort unschädlich zu machen. Der Freiheitskampf beginnt erst. Je-

der Verräter gehört an den Galgen.» Hassenstein selbst zieht es freilich vor, sich eine Kugel in den Kopf zu jagen. Kreisleiter Moosbauer flüchtet mit drei Parteigenossen in einem längst bereitgestellten Opel. Sein Fahrer hatte sich einen Bus besorgt, beladen mit Konserven, Nudeln, Fett und Schnaps.

Als ob «die Hölle losgelassen wäre», schildert ein Pfarrer den nun einsetzenden Artilleriebeschuss der Stadt. Der Stadtrand war «ganz in Staub gehüllt. Eine gute Seele versteckt sich stundenlang hinter einer Staude und glaubt sich dort sicher. Wie durch ein Wunder bleibt sie verschont. Ein ungarischer General mit Frau und Tochter begibt sich in einen Hohlweg. Kaum ist er dort, schlägt eine Granate ein und tötet die ganze Familie.»

Am Vormittag des 1. Mai schon waren US-Soldaten im Stadtteil Hals eingedrungen, beschossen von einer deutschen Artilleriestellung, die auch auf die Zivilbevölkerung keine Rücksicht mehr nimmt. Mann für Mann rücken die Amerikaner in einer Kette vor, durch Maschinengewehrfeuer gesichert. Sie suchen jedes Haus nach Landsern und Waffen ab. «Have you gun» fragen sie auch Frauen und Kinder. Sobald sie sich sicher fühlen, machen sie sich einen Spass daraus, die Deutschen zu schrecken: «Ruski comes, Ruski comes.» Im Stadtteil Auerbach, berichtet der Maurer Benedikt Strasser, «war eine Ruhe, so was hast du überhaupt noch nicht gehört. Dann waren sie da, die Amis». In Strassers Haus taucht ein Soldat auf, Gewehr im Anschlag: «,Du sein SS? – Ich nichts SS – Du sein Parteigenosse? Du sein Nazi?’ Da habe ich mir gedacht, das geht gut an.» Hinzukommende Soldaten treten die Tür ein, durchwühlen Schrank und Betten. Strasser zittert, er hat im Holzschuppen ja noch seinen Volkssturm-Karabiner mit 120 Schuss Munition versteckt. «Auf einmal sagt einer ‚okay‘, und weg waren sie. Hab’ ich mir gedacht: sakra, sakra ...»

Im verwaisten Passauer Rathaus sitzt zu dieser Stunde nur noch ein Mann, der Zweite Bürgermeister Carl Sittler. Wie gelähmt wartet er in seinem Amtszimmer und weint. «Erschossen werde ich sowieso», sagt er einem hinzukommen

den Kriminalobersekretär. «Gehe ich hinaus, werde ich erschossen, gehe ich nicht hinaus, werde ich auch erschossen.»

Am 2. Mai, in der Nacht war Schnee gefallen, endet nach einer 62stündigen ununterbrochenen Beschiessung schliesslich auch für Passau als eine der letzten Städte des Deutschen Reiches die NS-Herrschaft. Noch um Punkt sechs Uhr früh hatte die Waffen-SS alle Brücken gesprengt und damit die Altstadt von Strom-, Gas- und Wasserversorgung abgeschnitten. Die US-Kampftruppen aber hält die Wahnsinnstat nicht mehr auf. Bereits um neun Uhr zeigt sich die erste Patrouille in der Altstadt. Ihr Opfer wird, der einzige Tote der Stadt-Einnahme, ein schwerhöriger Gymnasialprofessor, der im Motorenlärm den Halt-Befehl überhört und erschossen wird. Eine Stunde vor Mitternacht dann unterzeichnet Bürgermeister Sittler, dessen Wagen auf dem Weg zu den Amerikanern noch beschossen worden war, im Hotel «Passauer Wolf» die «bedingungslose Übergabe der Stadt Passau (Deutschland)», verbindlich für «6'000 Militärpatienten» und eine «Gesamtbevölkerung von 34'000 Personen»: «Wir alle und jeder Einzelne von uns sind damit einverstanden, alle Befehle und Anweisungen der Militärregierung auszuführen, wie auch alle Waffen und Munition abzuliefern.»

Schutt liegt in den Strassen, ausgebrannte Panzer kokeln vor sich hin. Unter den Kastanienbäumen im Biergarten unweit des «Passauer Wolf» sieht man gefangene Soldaten, wie sie sich um ein wärmendes Feuer scharen, stumm, erniedrigt. Ungeteilte Erleichterung empfinden die Frauen «nach den vielen Nächten im Keller, mit der grossen Angst und den kleinen Kindern» und «völlig am Ende unserer Kraft». «Für mich jedenfalls», erzählt Emma Bauer, «war der erste Amerikaner, den ich in meinem Leben bewusst gesehen habe, der schönste und liebenswerteste Mensch auf der ganzen Welt.» Der Mensch, der Engel, hatte sich ja auch ganz besonders vorgestellt: «Grüss Gott», sagt er, «ihr seid frei.» Frei. Aber wer kann erahnen, was die Stunde bedeutet? Wird es jemals wie-

der werden wie früher? Soll man sich freuen, muss man Angst haben? Ist dies ein Zeiteinschnitt, der Besiegte zu Hoffnungen berechtigt?

Der Polizeioberrmeister Franz Xaver Wittmann, der Anfang April in Dresden extra noch militärische Unterweisung zur Verteidigung der Heimat erhalten hatte, ergibt sich mit seiner 30-Mann-Rest-Polizei. Die Waffen hatten die Männer längst weggeworfen, die Uniform behalten sie noch an. Aber es gibt keine Polizei mehr.

Aufgelöst ist, was vordem für die Gesellschaft so unabdingbar notwendig schien. Es gibt kein Deutschland mehr, kein Bayern, keinen Gau, keinen Magistrat, kein Gericht und keinen Blockwart. Still ruhen Post, Bahn, Müllabfuhr. Es gibt nicht mal Beerdigungen. Die Leichen werden erstmal gestapelt.

«Wir haben nur gedacht», berichtet die damals 16jährige Johanna Behringer, «jetzt kommt das Ende der Welt. Wir wussten ja nicht, wie die sich verhalten und mussten damit rechnen, dass die uns umbringen.» Die Arztfrau Margarete Held – der Mann im Krieg, die Tochter noch ein Baby – hat «alleweil bloss gedankt, dass die Amerikaner gekommen sind. Irgendein vaterländisches Gefühl war nicht mehr da. Ich hab' nur gedacht, dann werden wir halt der 52. Staat von Amerika, ist ja auch wurscht.» Die russische Front war tatsächlich schon bis auf gut zwanzig Kilometer von Österreich her an die Stadt herangekommen. So liess die Angst vor den Bolschewiken vielen Passauern die Yankees wenn schon nicht als Befreier, dann doch als Retter vor noch schlimmerem Schicksal gelten.

«Endlich frei zu sein von dem ganzen Druck», empfinden Leute wie Wilhelm Degen, damals 42 Jahre alt und einziger Passauer Richter, der nicht der Nazi-Partei angehört hatte. Das neugewonnene Gefühl genügt vorerst vollauf; in die «Elementartiefen» der Zeitenwende, die Möglichkeiten der Stunde Null, «wie es zum Beispiel staatlich weitergehen soll», kann und will Degen erst nicht hineintauchen. Der Kriegsheimkehrer glaubt zu wissen, «dass jedes kommende System nur bes-

ser werden» kann. Mehr an Überlegung geht auch gar nicht in den Kopf: «Wir waren darauf eingestellt», sagt er, «das wahrzunehmen und zu verarbeiten, was in unseren Gesichtskreis gekommen ist. Und wir waren nicht darauf aus, unseren Gesichtskreis zu erweitern.»

Passau schweigt. Keine Freudenfeuer. In den wenigen Tagen zwischen Kapitulation und Etablierung der US-Herrschaft, der anarchischen Niemand-Zeit, wird in der frommen Stadt nicht proklamiert und auch nicht gebetet – es wird geplündert.

Ganz ungeniert machen sich erstmal alle – Deutsche, Zwangsarbeiter und Flüchtlinge – über die Vorratslager her, über Schaufensterauslagen und ganze Kaufhäuser. Das Interieur des Ostmark-Museums wird gewissermassen vom Volk konfisziert. Wer eine Karre hat oder ein Fahrrad, packt es voll, egal ob die Ware momentan nützlich ist oder nicht. Loden-tuch, Wassertöpfe, Steckzwiebeln aus Griechenland. An der Donaulände sprengen Zwangsarbeiter alle Schuppen auf, werfen Konservenkisten so in die Gleise, dass sie aufplatzen. Radioapparate werden verteilt, die eine Firma dort eingelagert hatte. Am Bahnhof holen sich Plünderer aus abgestellten Güterwagen Rucksäcke der Armee, Teile von Militär- und Parteiuniformen. Eine riesige Menge Rizinusöl wird für Speiseöl gehalten, und die Folgen bleiben nicht aus.

«Alle Grenzen des Eigentums fallen», beschwert sich ein Geistlicher, der es kaum fassen kann, dass auch «bessere Leute und tägliche Kirchenbesucher sich bereichern». Passanten werden auf offener Strasse Schmuck und Uhren abgenommen. Mietparteien brechen nachts in die Wohnung ihrer gerade abwesenden Nachbarn ein. Es musste einem «seinerzeit ganz wurscht sein», berichtet der Maurer Benedikt Strasser, «wenn fünf Tote neben dir gelegen haben, vollkommen wurscht. Ich wollte nur meine Kinder durchbringen, sonst nichts.» Doch, schon noch was. «Irgendwann», hofft Strasser wie die anderen, die Soldaten, Volkssturmmänner und Hitler

jungen, «haun die ja wieder ab», und er nimmt sich vor, «den Amerikanern nichts zu sagen, weil mir das ein Grund zum Ekeln war. Wir waren einfach Deutsche, Deutsche.»

Deutsche wie Benedikt Strasser glauben, zumindest in den ersten Tagen und Wochen, im Verhalten der Amerikaner auch keinen Grund darin zu finden, sich als Befreite zu fühlen. Tatsächlich ist es auch deren Ziel, wie es die US-Direktive JCS 1067 festlegt, Deutschland nicht «zum Zwecke der Befreiung» zu besetzen, sondern ausdrücklich als «besiegten Feindstaat» zu behandeln.

Die ersten US-Kampftruppen waren schnell über Passau weitergezogen, um die vermeintliche «Alpenfestung» in den bayerischen Bergen zu erobern. Das Aufräumen und Säubern ist nun Aufgabe der 26. Infanterie-Division. Und die Soldats verrichten ihr Handwerk nicht gerade zimperlich. Beim Vormarsch auf Passau etwa hatten sie bei einem SS-Unterscharführer eine Illustrierte mit Karikaturen von Roosevelt, Churchill und Stalin gefunden. Daraufhin muss der Mann das Blatt essen, anschliessend wird er im Laufen auf einer Wiese erschossen. Mit dem Tode büsst ein Baumeister den Irrtum von US-Kämpfern, die seinen schwarzen Feuerwehr-Dienstanzug für eine SS-Uniform halten.

Im Machtbewusstsein des Siegers werden bald nach der Stadteinnahme willkürlich Wohnungen requiriert, die vormaligen Inhaber müssen oft binnen Stunden ihre Zimmer räumen. Gelegentlich werden vor den Augen der hungernden Zivilbevölkerung Nahrungsmittel verbrannt. Andere Soldaten reagieren ihren Hass damit ab, dass sie Hitler-Büsten aufstellen und darauf schiessen. Erst wurde die Glastür zerschlagen, schildert ein Lehrer seine erste Begegnung mit den Amerikanern, «vor uns bauten sich drei Soldaten auf, schrien uns an und trieben uns mit Gewehren in den Gang.» Ein Amerikaner reisst ihm und den Schwagern die Hemden herunter, «um zu sehen, ob uns nicht eine eintätowierte Blutgruppe als Mitglied der SS ausweist. Bei dieser Gelegenheit wechselten auch die beiden Armbanduhren meiner Schwager die Besitzer. Der Of-

fizier gab die Anweisung: ‚Line them up and shoot them!‘ Also erschossen sollten wir werden.»

Besonders eine Miss Amanda, die persönliche Dolmetscherin des Gouverneurs, versteht es, die Besiegten zu verängstigen. Sie kopiert ihren Vorgesetzten, tobt im Rathaus herum wie ein Feldweibel und droht – Füße auf dem Schreibtisch – ständig mit erhobener Hand. Als Respektperson allerdings verliert sie, als irgendwann ihr kerniger Hamburger Dialekt sie überkommt und die forsche Militär-Hostess einwandfrei als Deutsche ausweist.

Die Besatzer halten die Bewohner der Stadt, in der es von fremdem Volk aller Sprachen und Nationalitäten wimmelt, erst mal wie in einem grossen Lager. Es ist verboten, Passau in einem Umkreis von mehr als drei Kilometern zu verlassen. Es ist schon so gut wie unmöglich, sich innerhalb der Stadtgrenzen frei zu bewegen. Jeder läuft Gefahr, jederzeit belangt zu werden. Einem Berufsfotografen werden sämtliche Kameras weggenommen, einem Tabakhändler wird das Warenlager konfisziert. Nach der Ausgangssperre ergeht die Verfügung zur Abgabe der Waffen. Amtsgebäude werden vom Boden bis zum Keller durchsucht, selbst das Krankenhaus muss für Zwecke der Besatzer geräumt werden. Vorbereitungen laufen an, die gesamte Einwohnerschaft zu zählen, zu messen und zu wiegen. Bald reisen von München aus Lehrtrupps übers Land, um Helfer in «Fingerprinting» zu trainieren.

Nur eines läuft in der abgelegenen Stadt nicht ganz nach Vorschrift, das «Non-Fraternisation»-Programm, das Verbot für Soldaten und Offiziere, sich mit Deutschen ausserhalb amtlicher Notwendigkeiten einzulassen. «Nun werden die Amerikaner schon zutraulicher», schreibt ein 15jähriger am Pfingstsonntag, 20. Mai, in sein Tagebuch, «besonders zu den Mädchen.» Gegenüber Kindern wird in Passau von Vornherein die Kontaktsperre unterlaufen. Frauen und Mädchen können auf Einladung die zu US-Clubs umgebauten Cafés betreten. Und es gibt nicht wenige, die sich jetzt als «Ami-Schicksen», wie sie gescholten werden, Nylons und Bohnenkaffee

verdienen. Der Bäckerjunge Jakob Kurz, der gerade noch als Hitler junge fürs Vaterland gekämpft hatte, sieht voller Zorn mit an, wie sich eine Nachbarin mit einem Soldaten im Wald trifft: «Sie war obenauf, der blanke Hintern war zu sehen.» Jakob holt darauf sechs Schrotkugeln und seine Steinschleuder aus der Hosentasche und rächt die deutsche Ehre aus einer Distanz von 20 Metern: «I hobs voll troffa.»

Am 8. Mai schliesslich sehen die neuen Herren die Zeit reif dafür, vor Ort das neue Kapitel der Zeitgeschichte einzuläuten. Major Brewster, der erste von vielen schnell aufeinanderfolgenden Gouverneuren, bestellt einige deutsche Verwaltungsfachleute und die nicht unbedingt NS-belasteten Honoratioren der Stadt zu sich in den grossen Sitzungssaal des Landgerichtes. Brewster ist Universitätsprofessor und will den Besiegten «einmal ins Gesicht sehen». Dann holt er aus, auf amerikanisch, ein Dolmetscher überträgt:

Zweimal in einem Menschenleben ist das deutsche Volk seinen Leitern gefolgt in einen Krieg, um die Welt zu erobern, einmal unter irgendeiner militärischen Clique, einer Aristokratie; das zweite Mal war das veranlasst von einem österreichischen Korporal. Eine denkende Person müsste wissen, dass da irgendwo etwas verkehrt sein muss in der Kultur der Nation, wenn die leitenden Leute an irgendeine Sache glauben, die ihnen eingepflichtet wird, und sich zur Welt-eroberung hergeben wie die Hunnen.

Denken Sie nicht, dass die Völker, die von der deutschen Kriegsmaschine überrannt worden sind, so schnell vergessen werden. Nach dem letzten Weltkrieg ist eine Republik geformt worden, um den preussischen Militarismus wieder einzuführen. Sie müssen verstehen, dass diesmal etwas Ähnliches nicht vorkommen wird. Lassen Sie uns zusammenarbeiten, um unseren Leuten zu dienen und nicht, um einen anderen Krieg heraufzubeschwören. Denken Sie etwas nach.

Sprach's und ging, die Fragen der politischen Moral sind damit vorerst erledigt. Denn mehr als irgendetwas anderes beschäftigt die Passauer in diesen Monaten der Flüchtlings-

strom, der schon bald soviel Menschen hereinschwemmt, wie die Stadt Einwohner hat. Wassernot und eine Typhus-Epidemie treten ein, eine Hungersnot zeichnet sich ab. Zeit zum Nachdenken? Die Amerikaner selbst machen vor, dass ihnen zunächst nichts wichtiger ist als ein funktionsfähiger deutscher Hilfsapparat. Vier Tage vor der Gesamtkapitulation Deutschlands ernannt Gouverneur Brewster im neudemokratischen Passau wieder den Mann zum Oberbürgermeister, der dieses Amt seit 1919 in ununterbrochener Folge innehat. Carl Sittler war 1933 – zurückgestuft zum Zweiten Bürgermeister – auch von den Nazis als tauglicher Verwalter im Amt belassen worden, ohne selbst Nationalsozialist zu sein; bei uniformpflichtigen NS-Paraden behalf er sich mit der Rot-Kreuz-Uniform. «Wer im öffentlichen Leben steht», machte sich der ewig Diensttreue zum Wahlspruch, «muss sich daran gewöhnen, jeden Morgen eine Kröte zu verschlucken.» Als Entnazifizierungsfall gilt der neue Alt-Oberbürgermeister den Besatzern jedenfalls noch nicht. «Meine Erklärung», so Sittler, der im Krieg seine beiden Söhne verloren hatte, «ich sei, wenn auch kein aktives, Parteimitglied gewesen, wurde abgetan.» Militär Brewster verpflichtet ihn: «Sie sind Oberbürgermeister, mir verantwortlich und haben meinen Anordnungen zu gehorchen.»

Ähnlich fix besetzen die Amerikaner auch andere Ämter in Passau. «Man musste sich mal sehen lassen», schildert Wilhelm Degen seine Berufung zum kommissarischen Landgerichtspräsidenten, «zeigen, dass man wieder da war.» Im Landgericht treffen sich vornehmlich pensionierte Richter, die hier teils mit der Vorstellung herkommen, eventuell gebraucht zu werden, teils um neue Nachrichten zu hören, Gerüchte zu kolportieren, um zu palavern. «Da war ja nichts mehr sonst, keine Wirtshäuser und keine Stammtische.» Degen wird bald aufgefordert, sich bei einer US-Dienststelle zu melden und über seinen politischen Lebenslauf und seine politische Einstellung Auskunft zu geben. «Mir wurde ein grosses Formblatt in die Hand gedrückt, ein unendlich langer Fragebogen.» Nach einer weiteren Überprüfung durch das CIC

schwört der Deutsche den amerikanischen Richtereid und ist damit im Amt.

Ausgestattet mit den nötigsten Vollmachten, ernennt der neue Landgerichtschef Degen seinerseits zwei Rechtsanwälte, die er unter den Flüchtlingen aufstöbert, zu kommissarischen Richtern. Nur mit Kanzleipersonal hapert es noch. «Das war überhaupt die Crux. Ich sagte, woher soll ich die denn nehmen, wo soll ich denn einen Juristen finden, der nicht in der Partei war.» Dass er beauftragt wird, er solle sich einfach Leute vom Arbeitsamt holen, lässt den deutschen Richter schier verzweifeln: «Also das konnten die Amerikaner nicht begreifen, dass das bei uns eine lebenslange Stellung ist, wo man lernt und viele Prüfungen macht. Sie haben viel guten Willen gehabt, aber manchmal waren sie wie Kinder. Das alte Europa, das war ihnen doch eine sehr fremde Sache.» Degen behilft sich schliesslich damit, dass er Parteigenossen – die nur nicht als Richter wieder arbeiten dürfen – nunmehr zurückstufte und als Inspektoren einstellt.

Anfangs sind in jeder Sitzung zwei US-Gerichtsoffiziere mit anwesend. «Die konnten kaum Deutsch», berichtet Degen, «kein Latein, die konnten mit unseren Rechtsbegriffen auch gar nichts anfangen.» Die Verhandlungen werden deshalb so kurz und unkompliziert als möglich geführt. «Ich hab' immer gesagt, bitte, einfache Sätze bauen.» Besser wird es, als die kaum des Englischen mächtigen Dolmetscher abgelöst werden von nicht mehr schuldiensttauglichen deutschen Lehrern, die nun mit einem Wörterbuch neben sich «und mit der ganzen Solidität eines deutschen Studienrates» das Geschehen ins Amerikanische übertragen. Verhandelt wird nach dem vor 1933 gültigen deutschen Recht. Jedes Urteil muss der Besatzungsmacht in englischer Sprache vorgelegt werden und wird erst mit deren Absegnung rechtskräftig. In der allerersten Sitzung des wiedereröffneten Passauer Gerichtes, Anfang August, geht es um eine Strafverhandlung wegen eines Fahrrad-diebstahls.

Viele der eilfertigen Beamten waren bis unmittelbar vor Kriegsende zum Dienst erschienen, und sie sitzen auch jetzt

an ihren Schreibtischen, als ob nur mal Betriebsurlaub gewesen wäre. Selbst der altgediente Polizeiobermeister Wittmann mit seiner Truppe ist wieder da. Er hat nach den Waffen auch seine Uniform abgelegt und sorgt jetzt eben in Zivil für Ordnung.

Es gibt plötzlich ungeahnt viele Kommunisten, Sozialdemokraten und aufrechte Katholiken in Passau. Wer als einigermassen sauber gilt, noch dazu einige Brocken Englisch redet, hat gute Aussicht auf einen Posten. Mit den im Blitztempo Geläuterten setzen die Amerikaner dabei eine Maschinerie in Gang, die selbst die faschistische Bürokratie noch übertrifft: Die Stunde Null wird zur Stunde des entfesselten Beamtentums. Immer «im Auftrag der Militärregierung», entfalten die deutschen Verwaltungsfachleute ein System totaler Zwangswirtschaft, den komplett durchorganisierten Staat. Zustatten kommt ihnen dabei die vorhergehende Disziplinierung eines Volkes, das gelernt hatte, jeder Anordnung nachzukommen. Eine unendliche Flut von Aufrufen, Befehlen, Formularen bringt einen Bürokratismus ohnegleichen. Nichts gibt es mehr ohne «Permit», keine Brückenüberquerung und keine Heizöfen. Befohlen und per Aushang verkündet wird dem Bürger, «vor Überqueren der Strasse auf beide Seiten zu sehen» und «alle leeren Wasserbehälter auf der Südseite der Nibelungenhalle abzuliefern». Angeordnet wird, wann «alliierte Westeuropäer», wann Russen, Jugoslawen, Tschechen, wann «alle früheren deutschen Wehrmachtangehörigen», wann Pferdefuhrwerker oder «Angestellte der Mineralöl-Raffinerie von Ludwig Herzog» sich wo zu welchem Zwecke einzufinden haben. Die Benutzung der elektrischen Kochplatten wird genehmigungspflichtig. Verboten ist, sich mit mehr als vier Personen ausserhalb der Märkte öffentlich zu versammeln, verboten ist «jeder Zutritt zu einem Schliessfach, einer Stahlkammer oder irgendeiner anderen Verschlussmöglichkeit». Der Stadtbaurat beschlagnahmt «alle Ofenrohre und Winkelstücke bei Erzeugern und Verkäufern im Stadtkreis und den acht Landkreisen».

Nur wer sich beim Arbeitsamt registrieren lässt, erhält auch Lebensmittelkarten. Das Amt wird insofern auch zur Entnazifizierung genutzt. Jeder muss auf Fragebögen etwaige NS-DAP-Mitgliedschaften angeben, Nationalsozialisten dürfen nur für harte und «niedere» Arbeit vermittelt werden. «Und daran hat man sich auch gehalten», berichtet eine frühere Arbeitsamts-Angestellte. Zumindest so lange, als in der Bau Vermittlung ein alter Sozi das Regiment führte. «Die Nazis waren alle ganz klein, keiner hat aufgemuckt.»

Der neue Gouverneur Samuel Johnson, ein sehniger, rot-haariger, ruppiger Offizier, der stets einen Wolfshund mit sich führt, geht in seinem Formular-Wahn gleich so weit, Vordrucke zur «vorübergehenden» Ernennung von Bürgermeistern anfertigen zu lassen. Eingetragen werden muss nur mehr der jeweilige Name des Statthalters und seine ihm unterstellte Ortschaft.

Das Personal der Stadtverwaltung wird von Mai bis Oktober von 647 auf 1'232 Angestellte erhöht. Im Rathaus gibt es allein 28 Dolmetscher, die jeden Vormittag zum Sitz der Militärregierung pilgern, Bericht erstatten und die Arbeit der deutschen Verwaltung genehmigen lassen. Die Dolmetscher sind aber auch zuständig, wenn etwa einer, dem das Saxophon beschlagnahmt ist, einen Beschwerdebrief an den amerikanischen Präsidenten schreiben will oder der Erzbischof Baladius gerade wieder «Null-Null-Mehl» zum Hostienbacken benötigt. Einmal verlangt der vertriebene russisch-orthodoxe Kirchenfürst, der mit seinem 300-Seelen-Gefolge in der Gunst der Militärs steht, gar nach standesgemässer Einquartierung in einem Palais.

Jeder, der nur irgendwie an ein Weiterleben denkt, hat sich registrieren zu lassen, und es erfordert dabei vom Einzelnen nicht wenig Konzentration, alle Dekrete zu verfolgen, mitzubekommen, wo welche Genehmigungsbehörde wann welchen «Permit» ausgibt, wo es wann wieviel Nahrungsmittel, Holz, Kohlen, Kraftstoff, Wohnungszuweisungen gibt. Denn oben-drein ist den Anordnungen «unbedingt Folge zu leisten», und

eine Nichtbeachtung kann den ganzen weiteren Lebensweg beeinflussen. Wer sich bis zu einem bestimmten Termin nicht meldet, heisst es beispielsweise für Flüchtlingsgruppen, gibt «damit auf, jemals in seine Heimat zurückzukehren.»

Mitte September sind in Passau 28'000 Flüchtlinge registriert, untergebracht in Turnhallen, Gasthäusern und Schulen. Wegen der totalen Übervölkerung wird zeitweise ein Zuzugsverbot verhängt. Weiterhin kommen täglich bis zu 300 Menschen illegal über die Grenze. Im Bahnhof hausen in elf Viehwaggons 250 Menschen, die seit fünf Wochen auf ihren Abtransport warten. Jedem neuen Flüchtlingstransport geht ein Kommando voraus, um auch die allerletzten Unterbringungsmöglichkeiten auszukundschaften und festzulegen. Ausländer wie Russen, Tschechen, Ungarn werden in eigenen Lagern einquartiert und müssen bevorzugt behandelt werden. Als Verpflegungssatz bekommen sie im Juni 1'750 Kalorien pro Tag zugesprochen, 600 Kalorien mehr als die Deutschen, 250 weniger als alliierte deportierte Ausländer. Auf Weisung der Militärs muss die Passauer Wäschefabrik Eterna 1'500 weisse Hemden und 2'000 Drillichosen in ein Ausländerlager liefern. Die Sonderstellung nutzt der russische Kommandant eines Ausländerlagers, um auf die Lieferung von Holz für Tischtennisplatten und Eis zur Kühlung der Lebensmittel zu bestehen. Die Russen, beschwert sich die «Molkereiproduktgeschäftsinhaberin Maria Vornlochner» in der Stadtverwaltung, würden «immer grössere Ansprüche stellen» und «wollen nur die besten Käsesorten».

Die ehemalige Somme-Kaserne ist als grösstes Lager für deutschstämmige Flüchtlinge mit über 2'000 Menschen belegt. Nicht nur als Eindringlinge mit fremdem Dialekt und fremder Kultur werden sie von den Einheimischen misstrauisch beäugt, sie verschlimmern auch die Ernährungs- und Wohnungsprobleme. Als die Typhus-Epidemie ausbricht, werden dafür die Lager-Menschen verantwortlich gemacht.

Die Somme-Kaserne entwickelt sich zu einer Stadt in der Stadt, mit eigenen Gesetzen, eigener Verwaltung und einer

Wachmannschaft, die abends die burgähnliche Anlage abschliesst. Vom Säugling bis zum Greis sind die Fremden in grossen Sälen untergebracht, hier wird geboren und gestorben. Feuerstellen befinden sich unter freiem Himmel, der Fussboden ist teilweise nur gestampfter Lehm, 200 Menschen teilen sich fünf Klosetts, drei oder mehr ein Bett. Über drei Monate hinweg beträgt die Tagesration für einen Erwachsenen drei Scheiben Schwarzbrot, 0,25 Liter dünner Kaffee, 0,5 Liter Suppe mit einigen Rübenschnitzeln und 0,25 Liter Kräutertee. Für diese Verpflegung müssen sie 50 Pfennig bis eine Reichsmark bezahlen. Trotzdem stellt eine Untersuchung bei Kindern und Jugendlichen einen «geradezu erstaunlich guten Gesundheitszustand fest». Das «relativ günstige allgemeine Gesundheitsbild» erklärte sich allerdings daraus, «dass die Schwächsten schon unterwegs Krankheiten und Anstrengungen erlagen».

Bei der heimischen Jugend, der «Generation ohne Glück, ohne Heimat, ohne Bindung und Tiefe» (Wolfgang Borchert), beobachten Stadtväter dafür «bedenkliche Symptome von Verwahrlosung, Arbeitsscheuigkeit, Hang zum Stehlen, Vagabundieren», bei Mädchen einen «hohen Prozentsatz» von Geschlechtskranken. Vom Januar bis April 1946 werden in Passau 29 Prozent aller Neugeborenen als uneheliche Kinder registriert, im Nachbarlandkreis Grafenau sind es gleich 48,8 Prozent.

Als die amerikanischen Neugestalter gleich nach Kriegsende in Passau nach geeigneten Beratern und Mitarbeitern suchten, konnten sie weder auf Widerstandsgruppen bauen noch auf aus dem Exil heimkehrende politische Zirkel. Eine jüdische Gemeinde existierte nicht mehr. Nur *eine* Institution war intakt geblieben, verfügte gar über ein dichtes Netzwerk von Handlungsträgern und schien auch in polithygienischer Hinsicht tauglich: die hohe Geistlichkeit vom Domplatz. Ohnehin galt den US-Besatzern das Volk in Bayern ganz allgemein als am wenigsten vom Nazibazillus infiziert. Es sei, so eine US-Studie, «traditionell gegen das Preussentum eingestellt», folglich auch «gegen dessen spätere Verbindung mit

dem Nationalsozialismus». Und im Besonderen nahmen sie an, dass speziell der Klerus als unbefleckt von Chauvinismus und Kriegstreiberei den Faschismus überstanden habe. Eine Zusammenarbeit bot sich da ganz selbstverständlich an.

So hatten die Amerikaner etwa auf Vorschlag des Münchener Kardinals Faulhaber als ersten bayerischen Ministerpräsidenten den ehemaligen Volksparteiler Fritz Schäffer ernannt. Eine Partie allerdings, die sie am 28. September schon wieder rückgängig machten. Denn in Schäffer entdeckten sie nun einen «Nazisymphisanten und Kollaborateur», seine Regierungsmannschaft sei nichts anderes als eine «klerikale, monarchistische, militaristische Clique, angefüllt mit senilen starrköpfigen Reaktionären». Auch wenn Schäffer bald sehr gute Beziehungen nach Niederbayern pflegte – er wurde später der Abgeordnete des Kreises Passau und Bundesfinanzminister –, die katholischen Cliquen an der Donau galten den amerikanischen Kreuzfahrern als integer, freilich ganz in Unkenntnis der Strukturen und Bewusstseinsprägung einer von Grund auf klerikal durch wirkten Stadt.

Gewiss hat die Kirche in Passau bis zum 30. Januar 1933, als in der Domstadt die zweite Garnitur des Bürgertums an die Macht gekommen war, angeführt von einem Bäckermeister, mit den Nationalsozialisten weder sympathisiert noch paktiert. Aber ihr Konflikt leitete sich weniger her aus den ideologischen Gegensätzen als aus dem nunmehr beeinträchtigten Machtanspruch einer Kaste, die an eine umfassende Regentschaft über ihr Volk gewohnt war. Sie beruhte auf der jahrhundertalten Tradition eines mächtigen und absoluten Bischofssitzes, dessen Missionsgebiete einmal bis nach Ungarn gereicht hatten und dessen geistige Potenz nicht immer im Provinziellen steckengeblieben war.

Immerhin hatte die Passauer Nazi-Gefolgschaft bis 1933 noch Grund, sich über die «Verbohrtheit gewisser hiesiger Kreise» zu beklagen. «Die Bischofsstadt», jammerte sie, gehöre gewiss «mit zu den Teilen des Deutschen Reiches, die

in ihrer Gesamtheit den Nationalsozialismus als Letzte begreifen werde». Und das liege mit auch an der «Verwirrung», welche römisch-katholische Geistliche «in den Reihen ihrer Pfarrkinder anrichten.» Über den politischen Flügel des Passauer Klerus, die Bayerische Volkspartei, konnten sie sich freilich schon damals nur belustigen, er sei ein «siecher Körper». Und als die Braunhemden nahezu ungehindert die Stadt eingenommen hatten – zuletzt mit der Besetzung des Gewerkschaftshauses und Schutzhaft auch für «Personen von der schwarzen Seite» –, da gab auch die hohe Geistlichkeit ihre «Verbohrtheit» auf.

Reden und Programme der neuen Partei konnten ja ohnehin nur als Übersteigerung dessen gelten, was Usus war für das Weltbild der Kleriker und klerikal geformten Kleinstädter. Das Passauer Bistumsblatt sah es folglich bald als seine Hauptaufgabe an, «vom Religiösen her einen wertvollen Beitrag für die Grösse der deutschen Nation und für den siegreichen Ausgang des weltgeschichtlichen Ringens zu leisten». Das Blatt reklamierte Begriffe wie «Blut und Boden» als «unauflöslich verbunden mit dem Christentum» und stellte klar, dass der «glaubensstarke Christ» sich in seiner «Bereitschaft, auch sein Letztes zu opfern für das irdische Vaterland, von niemandem übertreffen lässt.» Eine Kampfansage gegen den Bolschewismus, den eigentlichen «Feind eines geordneten abendländischen Staatswesens» gab Seine Exzellenz Bischof Simon Konrad Landersdorfer anlässlich seiner Eidesleistung zum Amtsantritt im Oktober 1936. Denn er sei stolz, Deutscher zu sein und mitarbeiten zu dürfen an einem «grossen Werk». Er wolle sich immer bewusst sein, versprach er dem Reichsstatthalter Ritter von Epp, «dass ich als katholischer Bischof, als Bischof der Ostmark nicht nur eine kirchlich-religiöse, sondern auch eine bedeutsame vaterländische Aufgabe übernehme». Dazu gehöre selbstverständlich die «eintrachtige Zusammenarbeit von Kirche und Staat».

Nun, nach dem Ende des Krieges und der Offenbarung, welche Greuelthaten im Namen des «grossen Werkes» gesche-

hen waren, bleibt es nur der evangelischen Kirche vorbehalten, sich eindeutig zur Mitverantwortung zu bekennen.

Landersdorfer wie seine oberhirtlichen Kollegen in Bayern dagegen weisen in ihrer ersten gemeinsamen Erklärung darauf hin, gerade sie hätten ja «von Anfang an vor den Irrlehren und Irrwegen des Nationalsozialismus gewarnt».

Wo in Passau folglich auch für die US-Besetzer kein einziger Kleriker zum Entnazifizierungsfall wird, kann es auch dem Klerus nicht einfallen, den 8. Mai als geschichtliche oder zumindest moralische Zäsur zu bedenken. Für NS-Zeit und Krieg findet Bischof Landersdorfer die Formel «Gottesgericht». Den Kriegsversehrten ruft er zu, ihr Schicksal sei schliesslich «Gottes Fügung» gewesen. «Wen der Herr liebhat», gibt er den Flüchtlingen zum Trost, «den züchtigt er.» Als Chef eines traditionell zur Bigotterie neigenden Domkapitals fährt der Passauer «Hohepriester» nach der Kapitulation genau da fort, wo er vor dem Zusammenbruch aufgehört hatte – bei Sex und Sünde.

Noch im Januar 1945 war es ihm Hauptanliegen gewesen, die «Epidemie eines zügellosen Trieblebens» zu stoppen. «Unfruchtbare, sündhafte Spielereien», hatte er in einem Hirtenwort verkündet, seien «eine Geissel der Menschheit». Während rundum schon der «Endkampf» tobte, galt dem Apostel-Nachfolger als «sicherstes Zeichen des Erlahmens der sittlichen Kraft eines Volkes und des beginnenden Niedergangs» die nachlassende Gebärfreudigkeit: Hier müsse sich endlich «die Kraft des Christentums erweisen».

Das allererste Hirtenwort des Bischofs nach der Kapitulation gilt nun wieder der «sinnlosen Vergnügungssucht». Sein Thema Nummer eins ist ihm weiterhin das wichtigste überhaupt, «wenn nicht der Grund zum Wiederaufbau in einen Sumpf gelegt werden soll»:

Deutsche Mädchen, auch junge Kriegerfrauen, sogar Mütter schämen sich nicht, fremde Soldaten durch ihr aufreizendes Benehmen und ihre jedem Anstand hohnsprechenden Kleider herauszufordern, sich ihnen in dirnenhafter Weise förmlich aufzudrängen ... Sie lassen sich leichthin um ein bisschen Genuss, um ein kurzes Vergnügen, das

man sonst entbehren muss, verführen. Ich habe ausgeführt, dass man in den Kriegsjahren dem deutschen Namen Schmach angetan hat. Ich muss jetzt hinzufügen, dass dem deutschen Namen nicht minder grosse Schmach zufügen all die leichtsinnigen Frauen und Mädchen, die in frivoler Missachtung des 6. Gebotes Gottes durch ihre schamlose Haltung nicht sich selbst, sondern das ganze Volk als solches erniedrigen.

Wer sich vom Passauer Klerus versprochen hatte, dieser werde nach dem Faschismus die Rolle eines Gesellschaftsreformers für soziale Gerechtigkeit und Humanität annehmen, hört nicht mehr, als dass die «neue christliche Haltung» nun «getragen sein muss von unbedingtem Gehorsam gegen die Kirche». Während generell eine Mitverantwortung für Nazi-Deutschland abgelehnt wird, fordert der bischöfliche Stuhl seinerseits «Busse». Von all jenen nämlich, «welche durch ihre Lossagung von der heiligen Kirche eine der schwersten Sünden begangen haben».

Nicht Bekenntnis und Besinnung sind die Politik des Domkapitels, sondern Heimkehr für alle in den Schoss der machtbewussten Kirche. Der Ablass ist gewiss – und genug. Für «sechs Vaterunser, Gegrüsst seist du Maria, Ehre sei dem Vater» verfallen für jedermann die «zeitlichen Sündenstrafen». Die moralische Erneuerung des Volkes scheint der Passauer Kirche schon dann gelungen, wenn auf den Strassen wieder ein kräftiges «Grüss Gott» zu hören ist und in den Büros ein «Herz-Jesu-Bild auf dem Schreibtisch eines Beamten» steht.

Das Angebot der Kirche ist ihre Gralswalterschaft über gesellschaftliche Normen und Formen. Sie muss den deutschen Untertanengeist nicht in Frage stellen, wenn sie weiterhin von «völkischen Ideen», «männlicher Gesinnung» spricht, Opferbereitschaft, Treue und Pflichtgehorsam ihr nach wie vor als höchste Tugend gelten. Dem plötzlichen Mangel an grossen Zeremonien und gemeinschaftlichem Erleben begegnet sie mit einer frühen Order, sofort wieder alle möglichen Kirchenfeiern durchzuführen, auch die «staatlich nicht anerkannten».

Da liest sich auch das Programm der Bibellesungen «für die Woche nach Septuagesima» im Februar 1946 wie ein Auszug aus noch nicht allzulange verbotenen Zeitungen: «17.2. Ohne Kampf kein Sieg, 18.2. Kein fauler Friede, 21.2. Kampf gegen die Pharisäer, 22.2. Kampf gegen Saduzäer, 23.2. Blinde Führer.»

Sehr schnell erkennen die Kirchenführer, welche Möglichkeiten das mit der Kapitulation entstandene Vakuum an Macht und Ideologie bietet. Wie es in den ganz weltlichen Dingen weitergehen soll, klärt das Domkapitel schon wenige Tage nach Kriegsende in einem Polit-Erlass an die rund 700 Priester der Diözese. «Sie werden», heisst es darin, «rechtschaffene, tüchtige und erfahrene Männer von echt christlicher Gesinnung veranlassen, sich der Mitarbeit an der rechten Neuordnung in Staat und Gemeinde nicht zu entziehen und . . . jedes ihnen angetragene politische Amt zu übernehmen.»

«Über ihre neuen Einflussmöglichkeiten», urteilt Wilhelm Degen, «war sich die Kirche bewusst.» Der Richter selbst war nicht wenig erstaunt, als ihm noch vor der offiziellen Offerte der US-Besatzer ein Dompropst das Angebot machte, er könne neuer Oberbürgermeister der Stadt Passau werden.

Der Nachkrieg in der Provinz hatte etwas Schwerfälliges. Fernab der neuen Gewalten, unberührt von den grossstädtischen Bestrebungen zu politischer Neuordnung, war der Mikrokosmos der Kleinstädter kaum zu erschüttern. Die Einheimischen hatten ihre Beziehungen, das weite bäuerliche Hinterland liess niemanden verhungern, zumindest niemanden, der auch von hier war. Schon äusserlich vermittelte die Stadt Passau – Häuser und Gebäude waren nur zu sieben Prozent beschädigt worden – das Gefühl, noch mal davongekommen zu sein. Dem Spendenaufruf zum Wiederaufbau waren bis November erst 15 Personen und ein Fussballklub gefolgt. Aufräumarbeiten hatten keine Eile, die Ladengeschäfte machten Mittagspause bis halb fünf Uhr. Einzig die Flüchtlinge

und die Präsenz der US-Besatzer mochten noch irritieren. Aber deren Anwesenheit konnte ja schliesslich auch nicht von Dauer sein.

Derweil standen der deutsche Landser, der besiegte Volksturmman, der gedemütigte Parteigenosse an der Strassenecke, die Fäuste geballt in der Hosentasche. Die Solidarität der Kollektivschuldigen wurde spürbar in der stummen, aber trotzig Haltung gegenüber allem Fremden, Herausfordernden. Der Ex-Parteigenosse, der «nix getan hat, als an Volk und Vaterland zu glauben», fühlte sich jetzt zum «Menschen zweiter Klasse» herabgestuft.

Die zur Automation verkommene Säuberung liess dabei auch manche demokratisch Gesinnten zu Entnazifizierungsgegnern werden, die dann aus Trotz und Zorn bei Verhören militärisch strammstehen und die Hacken zusammenschlagen, wie ein Lehrer berichtet. Teilnahmslos reagierten die Passauer auf alle Versuche der Aufklärung und Umerziehung. Teilnahmslos registrierten sie die durch die Stadt ziehenden ehemaligen KZ-Häftlinge. Den Gedenkfeiern für die Opfer des Faschismus blieben sie fern, antifaschistische Aktionsauschüsse wurden 1945 erst gar nicht angeregt. «Wir sind aus den Lagern gekommen», beschwerte sich ein KZ-Opfer, «um der Menschheit die Greuel und Qualen vor Augen zu führen. Nun erscheinen wir in den Augen der Öffentlichkeit wie mit einem Makel behaftet.»

Nur für kurze Zeit wird die Passauer Verweigerung etwas enthärtet, als nach Verschärfung der Entnazifizierungs-Richtlinien Bürgermeister Sittler entlassen werden muss. Der neue Chef der Stadtverwaltung, der geborene Wiesbadener Rudolf von Scholtz, ist zwar auch ein Mann der Kirche, aber sein Katholizismus hat nichts von der mittelalterlichen Miefigkeit der Passauer Glaubensbrüder. Der ehemalige Abteilungsleiter beim Bayerischen Rundfunk, der von den Nazis geschasst worden war, provoziert die Einheimischen allein dadurch, dass er keine NS-Parteimitglieder in seiner Verwaltung mehr dulden will. Kaum jemand, empört sich der neue Oberbürger-

meister über seine Passauer, würde wirklich den «Ernst unserer Lage» erkennen. Seine Mitbürger würden sich der Illusion hingeben, «als könnte ein behagliches Friedensleben gleich wieder beginnen, als könnte man zuwarten und schauen, wieviel sich dabei gewinnen lässt.» Während die Leute über die Beschwerden der Besatzerherrschaft klagten, wettet Scholtz, sei es andererseits oft nicht möglich, 200 Arbeiter für Holzschlag und Bauten bereitzustellen, «weil von den eingesetzten Arbeitskräften mehr als die Hälfte ausblieb.»

Ob es denn so selbstverständlich sei, fragt der bald als «arrogant» und «zuagroast» geschmähte Neubürger von Scholtz, «dass die Sieger uns geholfen haben, unsere Ernährung zu sichern, dass sie bis in die Nacht Fragebögen und Gesuche prüfen, um eingetretene Härten zu mildern?» Schon fast verzweifelt zitiert er den Philosophen Liechtenberg: «Sag, ist noch ein Land ausser Deutschland, wo man die Nase eher rümpfen lernt als sie zu putzen?»

Scholtz, der 1947 Intendant des Bayerischen Rundfunks wurde, fordert neue «freiheitliche Formen des staatlichen Lebens», er spricht von der «Ausmerzungen der Spuren der Vergangenheit», vom «Aufbau nicht nur unserer Wirtschaft, sondern unseres ganzen äusseren und inneren Lebens.» Dass er mehr im Hinterkopf hat als nur das Tagewerk zur Brotbeschaffung und Amtswirtschaft, hebt ihn weit über das Niveau der alteingesessenen Bruderschaften. «Ich weiss nicht», verteidigt er den im September von den Besatzern eingesetzten 20-köpfigen Stadtrat, «wie viele es gewesen sind, die damals die Freude der Befreiung voll gefühlt und ausgekostet haben», aber nun sei es an der Zeit, «das Wesentliche der Stunde zu empfinden: Der Fluch ist zu Ende, der Schwindel ist entlarvt, die Zukunft ist offen für freie, für gläubige, für liebevolle Menschen.»

Mit diesem Hochschwung der Gefühle war in Passau freilich auch der ganzen Vergangenheitsbewältigung schon genüge getan. Die erste Sitzung des Stadtrates beschäftigte sich mit «Ausweisen für die Herren Stadträte», der «Bekämpfung der Arbeitsäumigkeit seitens entlassener Beamter» und der

Zusammenstellung eines Wohnungsausschusses. Erst ein Jahr später, im Juli 1946, wurde ein «Ausschuss zur Untersuchung der Verwaltung der Nazizeit» angeregt, aber zugleich «zurückgestellt» – und nie mehr wieder aktualisiert. An allen Orten ringsum wurden schneller und eifriger Entnazifizierungs-Spruchkammern gebildet, in Passau galt dafür die neue Sprachregelung – «offenbar nur dem Namen nach Parteigenosse» – bald für jedermann. Die Militärregierung musste im November eigens für Passau eine Verschärfung der Entnazifizierung anordnen, um einer grossen «Nazischutzaktion» entgegenzuwirken.

Ein ausschliesslich Passauer Phänomen war das braune Versteckspiel allerdings auch nicht. Als im August in der US-Zone wieder Parteien auf regionaler Ebene zugelassen wurden, mussten die Besatzer schon bald reihenweise CSU-Ortsgruppen wieder auflösen. «Die Vermutung», schrieb eine Heimatzeitung, «dass die CSU ein schlecht getarnter Schlupfwinkel für Reaktionäre aller Gattungen ist, nimmt immer deutlichere Formen an.» Und als ein Jahr nach der Kapitulation erstmals wieder Stadtratswahlen stattfanden, gewann in Passau die Christlich-Soziale Union – Erbin des Wählerpotentials der klerikal-konservativen Bayerischen Volkspartei der Vor-Nazi-Zeit – auf Anhieb die absolute Mehrheit.

Da verwundert es kaum, dass auch die Besatzer bald zu der Einsicht kamen: «Bayern ist ein konservatives Land, in das neue Ideen nur sehr langsam hineinsickern und in dem alte Ideen hartnäckig konserviert werden.»

Freiburg 1945

Hat Fräulein Philomene Steiger, Inhaberin eines kleinen Weisswarenladens, ihre Heimatstadt Freiburg vor dem Endkampf bewahrt? Wie 1713, in einem der vielen Scharmützel mit den Franzosen, der Stadtschreiber Franz Ferdinand Mayer, der mitten in der Bataille die weisse Fahne schwenkte? Als gleich nach Ostern 1945 die Panzer des französischen 2. Regiments der Chasseurs d'Afrique und Einheiten der 9. Kolonialen Infanteriedivision sich am Rhein zum Sturmangriff versammelten, erschien die «heldenhafte Jungfrau», wie sie später in einer Stadtchronik genannt wurde, am «Jägerhäusle», dem Gefechtsstand des Kampfkommandanten, Generalmajor Rudolf Bader. Sie verlangte die kampflöse Übergabe der Stadt. «Der Feind naht», sagte sie sich, «unser liebes Freiburg muss gerettet werden.» Ein Parteibonze versuchte sie schon im Vorraum abzuwimmeln: «Wir kämpfen bis zur letzten Frau», höhnte er. Ein herumstehender Offizier fuhr sie an: «Weibergeschwätz. Jetzt wird verteidigt. Gehen Sie.»

Philomene Steiger, damals 48 Jahre alt, blieb. «Herr General», bedrängte sie schliesslich den Kampfkommandanten, «verfahren Sie glimpflich, wenn der Feind kommt, wir Freiburger Frauen bitten Sie dringend.» Und Bader, ebenfalls aus Freiburg, versprach: «Ich werde helfen ... Es wird bald vorüber sein.»

So ganz bei der Sache scheint der General auch vor dem ungewöhnlichen Damenbesuch in seinem Gefechtsstand nicht

mehr gewesen zu sein. Eine richtige Truppe, die noch hätte kämpfen können, war nicht mehr vorhanden, und mit den verbiesterten Hitlerjungen vom «Werwolf», die ihre Parolen an Häuserwände geschmiert hatten («Wer nicht kämpfen will, muss sterben oder wird umgelegt»), war den Franzosen schon gar nicht beizukommen. So liess Bader beispielsweise an der Dreisam-Brücke, die laut Befehl von oben gesprengt werden sollte, Blindgänger anbringen, ohne Sprengsatz und Zünder.

Es war ja auch schon genug kaputt in Freiburg – mehr, stellte Stadtarchivar Friedrich Hefele erschüttert fest, als nach dem «Dreissigjährigen Krieg mit seinen fünf Belagerungen Freiburgs.» Fast die Hälfte der Stadt lag in Trümmern, das Zentrum war völlig zerstört. 60'700 Luftminen, Spreng- und Brandbomben waren bei 34 Luftangriffen auf Freiburg gepresselt. 6'050 der insgesamt 29'550 Wohnungen waren vernichtet, 1'670 unbewohnbar, 2'170 schwer, 11'700 leicht beschädigt; nur ganze 7'960 blieben heil. Im März zählte die Stadt, in der bis November 1944 noch über 100'000 Menschen gelebt hatten, nur noch 62'174. Alle drei Theater, fünf Kirchen und 26 Universitätsinstitute waren dem Erdboden gleichgemacht, von 28 Schulgebäuden 17 zerstört oder schwer beschädigt. «Unter den Ruinen der Altstadt, durch die statt Strassen Trampelpfade führten», berichtet Hans Maier (heute bayerischer Kultusminister), der das Kriegsende in Freiburg erlebt hatte, «lagen Hunderte von Toten».

Die Ämter, Läden und Betriebe waren geschlossen. Die Schulen hatten den Unterricht nach dem Luftangriff im November 1944, dem schwersten überhaupt, eingestellt. Es gab weder Post noch Telefon. Alle Wagen der Stadtreinigung waren ausgefallen, was vorderhand so schlimm nicht war, denn Müll fiel kaum an. «Flaschen und Papier waren Mangelware», schrieb Max Bruecher in seiner Freiburg-Dokumentation, «die Kartoffelschalen und Gemüsereste, soweit es überhaupt Gemüse gab, wurden zum zweitenmal gekocht und gegessen.»

Der Donner eines schweren Gewitters und das Geheul von Luftschuttsirenen mischten sich mit dem Geschützfeuer der ins Stadttinnere vordringenden Panzerspitzen. Am Johannis-kirchplatz zeigte sich ein uniformierter Polizist an einem Fenster des Polizeipräsidiiums. Als daraufhin ein Kettenfahr-zeug in Stellung fuhr, sprang ein Geistlicher hinzu und ver-klärte den französischen Soldaten, die Polizisten seien unbe-waffnet. Die wurden dann, mit erhobenen Händen, abgeführt. An der Schwabentorbrücke wäre es jedoch beinahe noch zu einem Schlamassel gekommen. Dort waren ungefähr 30 Hit-ler jungen mit Panzerfäusten und Maschinengewehren zum letzten Gefecht in Stellung gegangen. Rechtsanwalt Clemens Rosset, ein Enkel des Reichskanzlers Konstantin Fehrenbach (1920/21) von der Zentrumspar-tei, zog sich kurzerhand seine alte Hauptmannsuniform an und scheuchte die Desperados auseinander.

Am 21. April, um 18 Uhr, wurde auf dem Freiburger Müns-ter, das den Bombenkrieg unbeschädigt überstanden hatte, die weisse Fahne gehisst. Die Franzosen hatten die Stadt einge-nommen – fast auf den Tag genau, als vor 142 Jahren Napo-leons letzte Besatzungssoldaten Freiburg verliessen. «Wir sind noch wie betäubt», notiert Chronist Max Meister in sei-nem Tagebuch, «aber wir leben – ein wie zweifelhafter Wert diese Existenz auch sein mag.»

Am nächsten Morgen, um 5.45 Uhr, hielt der Pfarrer von Günterstal die Frühmesse, in der 55 barmherzige Schwestern kommunizierten. Um 6.45 Uhr war Singmesse, dann Heilige Messe mit Predigt. «Sämtliche Gottesdienste», berichtet der Pfarrer, «waren gut besucht und verliefen andachtsvoll ohne jede Fliegerstörung.» Es war ja Waffenstillstand. Wenig spä-ter, bei der Trauung des Brautpaares Kramps/Probst, das am Tag zuvor als letztes noch standesamtlich geheiratet hatte, kam es dann doch noch zu einem Zwischenfall, den der Pfar-ter so schildert:

Der Brautunterricht wurde jäh abgebrochen, als um 9.40 Uhr, von der Stadt kommend, feindliche Panzerwagen durch die offenstehen-

de Panzerstrassensperre rasselten. Vor dem Pfarrhaus formierte sich nun rasch der Brautzug, und es schritten der Pfarrer, gefolgt von den Brautleuten, den Zeugen und Eltern und einigen wenigen Hochzeitsgästen durch die inzwischen herangerollten Panzer über die Strasse zur Kirche. Kaum hat hier die Zeremonie begonnen, da kamen auch schon drei bewaffnete Feindsoldaten mit vorgehaltenem Gewehr in die Kirche. Doch sie respektierten die Heiligkeit des Ortes und der Handlung, machten Kniebeugung und postierten sich an der ersten Bank . . . Als nach beendeter Trauung der Brautzug wieder die Kirche verliess und der beglückte Bräutigam, von den Franzosen nach Ausweisapieren gefragt, selber die Panzerschützen französisch ansprach, da gab es Händedruck und Beglückwünschung und obendrein Geschenke.

Eine symbolische Geste, aber sie war beileibe nicht typisch für die Besatzungszeit, wie sollte sie auch? In Freiburg trafen, wie in dem übrigen von französischen Truppen bis Ende April besetzten Südwestdeutschland, Sieger und Besiegte aufeinander, Erbfeinde, wie ihnen die Herrschenden eingeredet hatten, die einander seit Jahrhunderten bekriegten. Die unter dem Oberbefehlshaber der 1. Armee, General Jean de Lattre de Tassigny, einrückende Streitmacht war gekommen, Schmach und Leid der Niederlage von 1940 und einer mehr als vierjährigen rabiaten deutschen Okkupation zu tilgen und Revanche zu nehmen. «Getreu dem Aufruf unseres Chefs, General de Gaulle», rief de Lattre seinen Soldaten zu, «habt ihr die Tradition der Grösse Frankreichs . . ., der Freiwilligen der Revolution und der Napoleonischen Grenadiere wiedergefunden und übernommen.» An den Freiburger Erzbischof Conrad Gröber schrieb er:

Meine Soldaten werden . . . ihren gerechten Zorn schon dämpfen. Viele von ihnen haben in Frankreich grausam unter der deutschen Schreckensherrschaft gelitten. Alle haben vor Entsetzen gezittert, als sie Ihren Boden betraten ... Möge nach der erbarmungslosen Bestrafung aller Schuldigen . . . alsbald in der Welt der Frieden Christi herrschen.

Die Verlierer mussten alle Waffen, Munition und jegliches Kriegsgerät abgeben, aber auch die Radioapparate. Sie durften

die Stadt nicht verlassen und hatten während der nächtlichen Ausgangssperre in den Häusern zu bleiben, Ansammlungen von mehr als drei Personen waren untersagt. Das ist nun einmal so, wenn der Feind im Land steht. Alle «diensttauglichen» Hunde, vom Schäferhund bis zum Boxer, waren den Franzosen abzuliefern, «Brief- oder Tauben jeglicher Art, ob beringt oder nicht beringt», bekamen Ausflugverbot. Auch dafür mag es praktische Gründe gegeben haben. Aber die «Grusspflicht», durch «Abnehmen der Kopfbedeckung» und «Verneigung des Hauptes», sämtlicher «männlicher Zivilisten gegenüber alliierten Offizieren» hatte wohl nur mit Frankreichs Grösse zu tun:

Die deutschen männlichen Zivilisten haben sich geziemend zu verhalten und die Kopfbedeckung abzulegen:

1. wenn im Laufe von feierlichen Akten die Nationalhymne oder der Weckruf «Zur Fahne» einer der vereinigten Nationen gespielt werden;
2. wenn sie an den entfalteten, von Angehörigen der vereinigten Nationen getragenen Fahnen oder Hoheitszeichen vorbeikommen oder solche passieren;
3. wenn sie an einem militärischen Leichenbegängnis vorbeikommen oder von einem solchen überholt werden oder wenn, wie bei Trommelrühren oder Trompetensignalen, militärische Ehrenbezeugungen erwiesen werden.

Gelegenheiten dazu gab es genug, beispielsweise am 14. Juli, dem Nationalfeiertag der Franzosen. Da wehte, hoch über dem Messplatz, die Trikolore, eine Musikkapelle spielte auf, Orden wurden verliehen, 60 Flugzeuge donnerten in der Formation des Lothringer Kreuzes, de Gaulles Wahrzeichen, über die Stadt hinweg. In der Marschsäule, die an der hohen Generalität vorbei paradierte, stetzte auch ein Ziegenbock, mit einer grünen Seidendecke dekoriert; ein Marokkaner mit weissem Turban führte ihn an der Leine. Chronist Hefeke war vom «Marschschritt der Soldaten» hell entzückt: «Es ist ein rasches Gehen, ein leichtes, leises, elegantes Dahinschweben, so gar kein Marschieren, wie wir Deutsche es bei Soldaten gewohnt sind.»

Die Gloire hatte aber auch ihre Schattenseiten, denn mit der Moral der Besatzungstruppen war es nicht weit her, das wusste auch ihr Kommandierender General Schwartz. Der sagte auch, warum das so war. Die Armee habe nach dem Zusammenbruch 1940 «völlig neu» und «ausserhalb Frankreichs vor allem mit afrikanischen Truppen aufgestellt werden müssen», und die Farbigen, Marokkaner und Algerier, hätten nicht die «kulturelle Höhe und die moralische Kraft der französischen Armee erreicht».

Vergewaltigungen und Plünderungen gehörten 1945 zum Besatzungsalltag. So hiess es in einem Bericht des Erzbischöflichen Stadtpfarramtes Freiburg-Zähringen vom 4. Juni: «In den ersten Tagen der Besetzung brachen nachts französische Soldaten in viele Häuser ein und belästigten Frauen und Mädchen. Waren Männer da, dann wurden diese in einen Raum eingesperrt und durch Waffengewalt gehindert, sich zu wehren. In elf Fällen kam es zu Vergewaltigungen, die bis zum Schlimmsten führten.» Die Freiburger Verlegerin Charlotte Herder schrieb in einem Brief an Freunde: «Um 11 Uhr, als der ärgste Lärm verebbt war, erhob sich plötzlich ein wildes Gebrüll, trunkene Stimmen grölten: ‚Ouvrez, ouvrez!« ... Ich beschwöre Euch, lasset Euch nicht einfallen, hierher zu kommen. Es geschehen Überfälle auf offener Strasse, am hellichten Tag.»

Als Georg Noll, Besitzer einer Werkzeugmaschinen-Fabrik, am Abend nach Hause kam, lief ihm seine Hausangestellte entgegen. «Herr Noll», sagte sie, «wir haben schon drei Stunden Räuber schlimmster Art im Hause.» Die Räuber, ein Oberleutnant, ein Leutnant und ein Soldat, waren in zwei Militärautos vorgefahren. In den Kellern erbrachen sie «einen Koffer nach dem anderen, warfen den Inhalt zu Boden, suchten sich jeweils das Beste heraus . . . Am schlimmsten wurde in dem grossen Schlafzimmer des Hausbesitzers gewütet». Mit einer Reitpeitsche in der Hand überwachte der Oberleutnant die Aktion und drohte dem protestierenden Hausherrn, ihn zu erschiessen, wenn er nicht endlich den Mund halte. Drei

Stunden lang schaffte die Bande weg, was ihre Autos fassen konnten: Werkzeug, Decken, Kleidung, Schmuck und hundert Flaschen Wein. Es war die siebte Plünderung im Hause Noll. Der schrieb an die Stadtverwaltung, die «schwerbelastenden Heimsuchungen» müssten endlich aufhören, «denn ohne Sicherheit kann kein Gebilde sich bilden».

In der Bergstation der Schauinsland-Bahn fuhr gleich ein dreiachsiger Laster vor, ein Dutzend französischer Soldaten stieg aus und hämmerte mit Gewehrkolben gegen die Tür. Dann schlepten sie «ca. fünfzig Gepäckstücke, Koffer, Verschlüge mit Bildern, eine Zinkwanne und dgl. heraus». Als der Maschinenmeister Albert Müller, der den Vorgang beobachtet hatte, bei der französischen Gendarmerie vorsprach, erklärte sich die für nicht zuständig.

Unter dem 12. November 1945 «beehrte» sich der Freiburger Polizeipräsident Alfred Fritschi, dem französischen Stadtkommandanten Monteux Übergriffe französischer Soldaten anzuzeigen – in sieben Wochen 29, zum Beispiel:

- Am 15.10.1945 gegen 17.30 Uhr wurde die 19jährige Verkäuferin G.B. von einem Marokkaner in ein Feld geschleppt und vergewaltigt.
- In der Nacht des 17.10.1945 wurde Frau F.E., 59 Jahre alt, von einem Marokkaner in ihrer Notwohnung überfallen, misshandelt und vergewaltigt. In der folgenden Nacht wurde in ihrer Abwesenheit der Eisenbahnwagen, der ihr als Notwohnung diente, erbrochen und geplündert.
- Am 2.10.1945 gegen 19.30 Uhr wurde F.J. auf der Tienginger Strasse von zwei französischen Soldaten überfallen, misshandelt und ihm sein Fahrrad abgenommen.
- Am 17.10.1945 gegen 20 Uhr wurde der Packer P.B. in der Schönbergstrasse von zwei französischen Soldaten angefallen, und während der eine ihn mit seinem Bajonett bedrohte, verschwand der andere mit seinem Fahrrad.

Der Polizeipräsident wies ausdrücklich darauf hin, dass in der Liste nicht diejenigen Fälle aufgeführt wurden, die schon bei

der französischen Gendarmerie angezeigt worden seien, und er gab zu bedenken, «dass eine grosse Zahl von Gewalttätigkeiten, besonders Vergewaltigungsversuche an Frauen, wahrscheinlich überhaupt nicht gemeldet worden sind».

Gleichwohl fand Stadtarchivar Hefele es «grotesk», dass sich, «wo die Not so gross ist», die Stadtverwaltung mit der Einrichtung eines Bordells für das Militär beschäftigen musste. Es wurde schliesslich in der ehemaligen Pension «Fünfschilling» aufgemacht. Hefele: «Nun kann der Betrieb dieser anrüchigen Einrichtung beginnen, natürlich auf Kosten der Stadt.» Gemunkelt wurde auch von einer «Frauenbörse» in der Konviktstrasse. Dort tauschten Frauen Liebe gegen Lebensmittel. «Ein Dienstmädchen kam mit einer etwa 70jährigen Frau», verzeichnet die Stadtchronik: «Ein Marokkaner entschied sich natürlich für das Mädchen, tröstete aber die Alte mit den Worten: ‚Du morgen‘.»

Wilde Gerüchte kursierten unter der Bevölkerung. Alkohol solle gänzlich verboten, die in den letzten fünf Jahren geschlossenen Ehen für ungültig erklärt und sogar das Kinderkriegen untersagt werden. Ein Standesbeamter erschien bei der Stadtverwaltung und berichtete, «die Zahl der Paare, die noch schnell heiraten wollten, sei so hoch, dass er sich nicht mehr zu helfen wisse».

Das Kartenlegen hat «stark überhandgenommen», laut Hefele «ein deutliches Zeichen der Spannung in der Seele des Volkes und ihres Verlangens nach Ergründung der Zukunft». Eine Kartenlegerin, «die nicht ganz bei Sinnen sein soll», weissagt, Hitler sei in amerikanischer Gefangenschaft, und in drei Wochen gebe es wieder Krieg.

Die im Rathaus aufgestellte Hitlerbüste wird «durch Zersägen» vernichtet, das «wertvolle Bronzematerial für die Stadt» sichergestellt. NS-Schriften werden eingezogen, Lehrpläne an den Schulen ausser Kraft gesetzt.

Strassen werden umbenannt, monarchistische und humanistische Würdenträger stehen dabei Pate. Aus der Adolf-Hitler-Strasse wird die Habsburger und die Kaiser-Josef-Strasse,

aus der Horst-Wessel-Strasse die Jacob-Burckhardt-Strasse. Aber auch grosse Franzosen kommen zu Ehren: Der französische Festungsbauer Sébastien Le Prestre de Vauban, der im 17. Jahrhundert in Freiburg ein Bollwerk errichtet und Marschall Henri de Turenne, der 1644 in der Nähe der Stadt den Bayern aufs Haupt geschlagen hatte.

«Bei der Ludwigskirche, vor der Südostecke, ist aus den Trümmern blühendes Korn gewachsen. Dass Gras aus den Ruinen spriesst, kann man häufig sehen, aber dieses Korn (Roggen) ist auffällig und einmalig. Ein Freiburger Bürger hat in einem Schreiben an die Stadtverwaltung die Vermutung ausgesprochen, das Korn könne von dem Grundstein der Kirche herrühren . . . Ein Naturwunder und zugleich ein Symbol dürfte es sein, wenn nach 116 Jahren aus Ähren neues Korn erspriesst» (Chronik).

Am 15. Mai 1945 befahl die französische Militärregierung, «ein Konzentrationslager für deutsche politische Häftlinge aufzubauen und einzurichten» – und zwar «ausserhalb der Stadt, in einem Umkreis von höchstens 10 km. Aufnahmevermögen: 3'000 Personen (es ist die Unterbringung von 500 Frauen vorzusehen)».

Das Lager – «doppelter Stacheldrahtzaun von drei Meter Höhe, Wachtürme an den vier Ecken, Bretterbaracken . . . Holzbetten mit einem Strohsack und einer Decke für jede Person» – entstand in landschaftlich schöner Lage, mit Blick auf den Schwarzwald, den Tuniberg und Kaiserstuhl. Es sollte, wie der französische Stadtkommandant sagte, ein Aufenthalt sein, «sans plaisir», aber auch «sans douleur». Die ersten 50 Häftlinge trafen im Juli 1945 ein. Aufseher waren ehemalige KZ-Häftlinge. Als Hefele das Internierungslager dienstlich inspizierte, befahlen ihn «sehr gemischte Gefühle», und er hoffte, dass die Insassen, meist nazistische Lokalgrössen, «dereinst, wie aus einem Sanatorium, geheilt in ihre bürgerliche Existenz zurückkehren».

Besatzungsalltag auch dies: Die Militärregierung befiehlt Kleiderabgabe zugunsten alliierter Kriegsgefangener und Zivilarbeiter in Frankreich. Die Freiburger sammeln unter ande-

rem 10'900 Anzüge, 16'000 Hemden, 27'800 Taschentücher und 14'500 Unterhosen.

4'227 Schüler und Schülerinnen fangen und vernichten unter Aufsicht von 70 Erwachsenen vom 23. bis zum 28. Mai 438'893 Kartoffelkäfer. Pro 100 Käfer gibt es 20 Pfennig. «Es wurde streng darauf gesehen, dass diese Aufseher nicht der NSDAP angehörten.»

Der französische Stadtkommandant inspiziert das Gefängnis und probiert die Suppe. Er fand sie sehr gut, zu gut für Strafgefangene. Er moniert ausserdem, dass die Häftlinge noch Kartoffeln erhalten.

Alle Friseure der Stadt werden aufgeboten, um den Russen im Ausländerlager die Haare zu schneiden. Die Russen sollen in ihre Heimat zurückkehren.

Ein französischer Wachtposten «schlendert ganz gemütlich in völlig gelöster Haltung auf und ab, das Gewehr lose am Schulterriemen an der Seite oder auf dem Rücken. Wie es ihm gerade passt, hat er die Hände in der Hosentasche oder die Arme über der Brust verschränkt. Wenn er dazu aufgelegt ist, singt oder pfeift er vor sich hin. Ist er müde, setzt er sich ungeniert auf einen Zaun oder an eine Gartenmauer und denkt dabei wohl an seine ferne Heimat. Man stelle sich demgegenüber einen deutschen Wachtposten vor, und man bekommt einen Begriff davon, was Militarismus heisst» (Hefe).

In der Kapelle des Ordinariats vom Erzbischof werden drei Neger gefirmt, zum erstenmal in der Geschichte Freiburgs.

Plakate der Militärregierung «Diese Schandtaten – Eure Schuld», auf denen die Verbrechen in den Konzentrationslagern angeprangert werden, erregen Unwillen unter der Bevölkerung. Auf eines der Plakate schreibt ein Bürger: «Das deutsche Volk konnte nichts dagegen tun, sonst ebenfalls KZ.»

Deutsche Gefangene, ausgemergelte Soldaten und Volksturmänner, ziehen durch die Stadt. Vorneweg ein Marokkaner hoch zu Ross. Dem belesenen Hefe fällt ein Bericht

über die Rückkehr der 1'200 Freiburger Krieger aus der Schlacht bei Dörnach im Jahre 1499 ein, die «ir fenlin verloren hetten». Sie kehrten heim «zwar elenclich, barschenkelig, on gürtel, on gwer, on kappen und hüt, mit armen stecklin, also dass alle mentschen ein sehr mitliden und trurigkeit mit inen hetten. Musstent dennocht gott loben, dass sie mit dem leben davonkommen warent.»

Schon einen Tag nach der Einnahme der Stadt Freiburg waren vier französische Polizeibeamte in der Wohnung des Oberrechtsrats Dr. Max Keller erschienen. Sie boten ihm erst einmal eine Zigarre an und brachten ihn dann zur Kommandantur. Dort wurde er zum kommissarischen Leiter der neuen Stadtverwaltung bestellt. So ganz unvorbereitet trafen den Juristen Amt und Würde nicht. Er wusste von einem Empfehlungsschreiben, das der alte Oberbürgermeister, Franz Kerber, kurz vor seiner Flucht in der Reichsbankfiliale hinterlegt hatte – für den Kommandanten der anrückenden Franzosen-Streitmacht. Der Parteigenosse Kerber bescheinigte darin dem parteilosen Keller, allzeit Pazifist und Antinazi gewesen zu sein.

Am 4. September stiess ein Pilzesammler im Wald am Schauinsland auf die Leiche eines Mannes. «Der Körper war mit Ästen und Steinen zugedeckt», eruierte später der Jurist Wolf Middendorff, der sich der Mordsache angenommen hatte, «und offensichtlich erst nach Tötung an dieser schwer zugänglichen Stelle . . . versteckt worden.» Es war die Leiche des Ex-OB Kerber, der nach seiner Verhaftung im Juni und mehreren Verhören durch französische Offiziere plötzlich verschwunden war – erschossen in der Nähe seines Wochenendhauses. «Ein Schuss war aus der Ferne von rechts hinten, ein zweiter Nahschuss auf den wahrscheinlich schon am Boden Liegenden abgegeben worden» (Middendorff).

Nachfolger Keller war kaum im Amt, da hatte er schon Drecksarbeit zu verrichten. Er musste eine Liste mit den Namen von 29 Bürgern der Stadt unterschreiben, die als «Gei-

seln» oder «Ersatzgeiseln» mit ihrem Leben hafteten, falls es zu ernsthaften Übergriffen auf die Besatzer kommen sollte.

Auch nach seiner Ernennung zum Oberbürgermeister am 4. Juni war Keller weiter nichts als der Erfüllungsgehilfe der Militärregierung. Als er einmal zu einer anberaumten Besprechung nicht erschienen war, wurde ihm bedeutet, eigentlich gehöre er «zwei Wochen eingesperrt», aber diesmal – Gnade vor Recht – solle davon noch abgesehen werden. Ein dem OB beigeordneter Beirat, der keinerlei Entscheidungsbefugnisse besass, sollte – so wollten es die Franzosen – die verschiedenen politischen Richtungen repräsentieren. Keller berief den sozialdemokratischen Alt-Stadtrat Franz Geiler, den Gewerkschafter Peter Kappes und den als links geltenden Kaufmann Ferdinand Dirr; sodann den Botschaftsrat a. D. Clemens von Brentano, den Lagerverwalter Anton Dichtei und den Oberschulrat Paul Fleig, alle Anhänger der früheren katholischen Zentrumspartei. Die Protestanten vertrat Universitätsprofessor Constantin von Dietze, der dem Widerstand angehört hatte.

«Wir stehen im Zeichen der grössten Niederlage Deutschlands», klärte der neue Oberbürgermeister auf Plakaten die Bevölkerung über seine Ernennung auf, «herbeigeführt durch den Grössenwahnsinn eines gewissenlosen Menschen.» Durch die unerhörten Verbrechen, vor allen in den Konzentrationslagern, sei der deutsche Name «auf unabsehbare Zeit geschändet». Auch Freiburgs neuer Polizeipräsident Fritschi war entschlossen, in «unbedingter Ergebenheit» der Militärregierung dabei zu helfen, «alle Reste des furchtbaren Regimes» zu tilgen, wie er in einem Beileidsschreiben an den ersten Stadtkommandanten, Oberstleutnant de Montel, dessen drei Söhne im KZ Buchenwald umgebracht worden waren, wissen liess. Er gelobte ferner, die Polizei wolle für «Ruhe und Ordnung» sorgen, mit Politik habe sie nichts zu tun.

Es musste also entnazifiziert werden, und das war wie alenthalben in den Westzonen ein ebenso schwieriges wie heikles Unterfangen. Mal wurden die Falschen verfolgt, mal die

Falschen geschont. Der Umstand, dass ohne Fachpersonal die Karre nicht aus dem Dreck gezogen und wieder flottgemacht werden konnte, spielte dabei eine Rolle; aber auch lücken- und fehlerhafte Nazi-Listen und die ausgesprochene Renitenz der Bevölkerung, die sich keineswegs für kollektiv schuldig hielt. In einem Schreiben an die Politische Abteilung des Statistischen Amtes spottete ein Freiburger Bürger:

Wir drängten uns in die Partei
Wir waren überall dabei
Wir schrien oft und laut «Heil Hitler»
Wir nannten ihn ein höheres Wesen
. . . doch Nazis sind wir nie gewesen.

Anfangs entnazifizierten die Franzosen in eigener Regie. Deutsche verrichteten nur Hilfsdienste, was auch erklärt, dass sich in den zugänglichen Akten nur spärlich Aufschluss findet. Besonderes Augenmerk richteten die Besatzer auf Schule und Hochschule. Alle Pädagogen mussten auf Fragebogen Auskunft über ihre politische Vergangenheit geben. 200 Lehrerinnen und Lehrer wurden im Laufe des Jahres suspendiert oder gleich entlassen.

Die Universität betrieb Selbstreinigung. Bis Anfang Oktober quitierten 43 Professoren. Einer von ihnen wurde ins Internierungslager gesteckt; er stand bei den Franzosen in dem Ruf, «Theoretiker des totalen Kriegs» und «ein erbitterter Gegner der Demokratie» gewesen zu sein. Das alles lasen sie aus einem einzigen Aufsatz des Professors aus dem Jahre 1938 heraus.

Für die Säuberung in den Ämtern und öffentlichen Einrichtungen der Stadt wurde bei der Verwaltung ein besonderes «Reinigungsreferat» eingerichtet. «Bevor die Militärregierung anhand von Fragebögen durchgreift», wollten die Stadtväter demonstrieren, dass sie gewillt seien, «reinen Tisch zu machen». Im Juni und Juli wurden 172 Beamte und Angestellte entlassen, 58 suspendiert. Stadtchronist Hefele hoffte, dass die Betroffenen «nicht dem wirtschaftlichen Ruin preisgegeben

würden, sonst bestünde die Gefahr, dass man das, was man ausrotten will, geradezu züchten würde».

Schnell kam Unmut auf. Der neue, unbescholtene Oberstaatsanwalt, Rechtsprofessor Karl Siegfried Bader, nannte die Entnazifizierung die «grässlichste aller kalten Revolutionen, die mit bürokratischem Eifer nach Gesinnungen spürte, schnüffelte und echte Schuld mit Papierkram zudeckte, um die kleinen Anhänger des verflossenen Regimes der Maschinerie auszuliefern». Auch der Sozialdemokrat Geiler, mittlerweile zum Bürgermeister befördert, kritisierte die schematische Prozedur. «An leitender Stelle darf weder in der Verwaltung noch in der privaten Wirtschaft eine Person stehen, die als Pg oder Nichtparteiengenosse nazistische Gesinnung bekundete», äusserte er. Aber mit den «kleinen politischen Sündern, die das Opfer von Terror und einer Angstpsychose geworden sind», solle glimpflich verfahren werden.

Virulent wurde die Entnazifizierung immer dann, wenn der Franzmann wieder einmal Wohnungen beschlagnahmen liess, mitunter mussten ganze Strassenzüge binnen weniger Stunden geräumt werden, oder wenn Ex-Nazis zum Trümmerräumen abkommandiert wurden – «darunter viele ältere Herren mit Brillen», wie die Verlegerin Charlotte Herder kopfschüttelnd beobachtete, «die sich recht ungeschickt anstellen». Als gleich zu Anfang 1'500 bis 2'000 Männer im Alter von 16 bis 55 Jahren ausfindig gemacht werden sollten, kam OB Keller auf die kuriose Idee, ausgerechnet die ehemaligen Ortsgruppenleiter der NSDAP zu Rate zu ziehen, oder, wenn die sich aus dem Staube gemacht hatten, deren Stellvertreter. Er nahm wohl an, die müssten doch am besten wissen, wer Nazi war, wer nicht, und würden das auch sagen.

Auf einer der «Schipper»-Listen tauchte auch der Name des berühmten Historikers Gerhard Ritter («Staatskunst und Kriegshandwerk») auf – ein Mann, den die Gestapo im November 1944 unter dem Verdacht eingesperrt hatte, am Anschlag auf Hitler vom Juli 1944 beteiligt gewesen zu sein.

Auf Intervention des Polizeipräsidenten blieb Antinazi Ritter verschont, und später wurde ihm zu Ehren ein Dankgottesdienst zelebriert.

Bei der Beschlagnahme von Wohnungen sollten vor allem Parteigenossen und Gesinnungsfreunde erhalten. Wie problematisch jedoch die Verknüpfung von Entnazifizierung und Requirierung sein konnte, zeigte sich am Fall des Philosophen Martin Heidegger, dessen Haus auf die «Schwarze Liste» gesetzt worden war. Freilich, Heidegger war Parteigenosse, und er wurde im Jahr der Machtübernahme 1933 Rektor der Universität. In seiner Antrittsrede hatte er gesagt: «Die Herrlichkeit aber und die Grösse dieses Aufbruchs verstehen wir dann erst ganz, wenn wir in uns jene Tiefe und weite Besonnenheit tragen, aus der die alte griechische Weisheit das Wort gesprochen: Alles Grosse steht im Sturm.» Und in der Freiburger Studentenzeitung verbreitete er damals gängigen Nazi-Stuss: «Nicht Lehrsätze und Ideen seien die Regeln eures Seins. Der Führer selbst und allein ist die heutige und künftige deutsche Wirklichkeit und ihr Gesetz.» Aber schon zehn Monate später trat Rektor Heidegger nach personalpolitischen Querelen mit der NSDAP zurück, und schliesslich durften seine Werke in Deutschland nicht mehr gedruckt werden.

Heidegger protestierte in einem Brief an Oberbürgermeister Keller: «Mit welchem Rechtsgrund ich von einem solchen Vorgehen getroffen werde, ist mir unerfindlich. Ich erhebe gegen diese Diskriminierung meiner Person und meiner Arbeit den schärfsten Einspruch.»

Bis zum Jahresende war in Freiburg jede achte Wohnung requiriert; das städtische Wohnungsamt musste 3'183 Franzosen unterbringen. Dagegen hausten 150 bis 180 durchweg kinderreiche Familien in den Ruinen der Stadt, in feuchten Kellern oder Bunkern, oft sechs bis acht Personen in einem Raum. Als die Franzosen zusätzliche 90 Wohnungen verlangten, appellierte der neue christsoziale Oberbürgermeister Wolfgang Hoffmann an den Stadtkommandanten Monteux: «Es ist Ihnen, Herr Commandant, zur Genüge bekannt, wie trostlos,

ja katastrophal die Wohnungslage in Freiburg ist.» Die geplante Beschlagnahme werde alle Bestrebungen, «Verständigung und freundschaftliche Gefühle zwischen den beiden nun in Frieden lebenden Völkern herbeizuführen», gefährden. Hoffmanns Mahnung bezog sich nicht nur auf die Wohnungsfrage, denn auch ansonsten nahmen sich die Sieger, was sie wollten, und das war allerhand. So mussten allein im August unter anderem 43 Tische, 56 Sessel, 126 Stühle, 21 Betten, 100 Woldecken, 76 Teppiche, 36 Weingläser abgeliefert werden. Zum Jahresende legte sie noch einmal drauf – 20 Betten mit Decken, 19 Schränke, 20 Sessel und 60 Stühle, 12 Tische, 26 Kronleuchter, ein Piano, 18 Teppiche und 25 Gemälde. Auch Skier, Tennisschläger und Sektgläser waren sehr begehrt.

Am schlimmsten aber war der Hunger, nirgends war er so gross wie in der französischen Zone. Denn die Besitzer und ihr Anhang lebten aus dem Land, und das nicht schlecht, anders als Amerikaner und Engländer, die, wenn die Not am grössten wurde, schon mal aus eigenen Beständen aushalfen. Im August beispielsweise requirierten die Franzosen im Kreis Freiburg 158 Stück Grossvieh (35'742 Kilogramm), den Bürgern blieben 91 (15'692 Kilogramm). 38'895 Kilogramm Gemüse und 60'100 Kilogramm Obst mussten für die Besitzer abgezackt werden, der Bevölkerung blieben 4'750 beziehungsweise 18'523 Kilogramm. Von 181'429 Eiern, die aufgetrieben werden konnten, wurden 110'000 für Soldaten «eingelegt».

Die Bäckereien hatten nur noch für zwei Tage Mehl, täglich mussten 21 Tonnen abgeliefert werden. Wegen der «enormen Anforderung an Fleisch für die Truppenverpflegung», teilte OB Keller der Militärregierung mit, «ist der Viehbestand derart zurückgegangen, dass jetzt schon auf das Nutzvieh zurückgegriffen» werden müsse. Das wöchentliche Soll an Kartoffeln, 25 Tonnen, konnte nur noch durch «zwangsweise Rodung von noch im Wachstum befindlichen Spätkartoffeln» aufgebracht werden; die Bevölkerung ging meistens leer aus. Restaurants stellten den Betrieb ein.

Die Besatzungstruppe erhielt pro Kopf bis zu 350 Gramm Fleisch täglich, die Deutschen zeitweise nur 50 Gramm wöchentlich. Der Kalorien-Tagessatz, den die Besatzer selber auf 1'550 festgesetzt hatten, fiel auf 482 für Otto Normalverbraucher, werdende Mütter erhielten statt der vorgesehenen 2'700 nur 728. Fast jedermann galt, bei durchschnittlichen Gewichtsverlusten von 10 bis 15 Kilogramm, als chronisch unterernährt. Verglichen mit der Freiburger Hungerkur, herrschte in der amerikanischen Enklave Bremen geradezu Fettleibe. Da gab es pro Woche das Doppelte an Brot, das Zweieinhalbfache an Fleisch, das Dreieinhalbfache an Fett, das Achtfache an Kartoffeln.

In Freiburg registrierten Mediziner die gesundheitlichen Folgen: eine starke Zunahme von Infektionskrankheiten, Tuberkulose, Schilddrüsenleiden und Nervenentzündungen. Besonders die von der Militärregierung zu Aufräumarbeiten beorderten Schüler von 12 bis 15 Jahren zeigten deutliche Schwächesymptome und blieben, trotz angedrohten Entzugs der Lebensmittelkarten, der Zwangsarbeit häufig fern. In einem Bericht des Arbeitsamtes vom 9. August hiess es dazu:

Die Leute erklären, dass sie bei der geringen Brotzuteilung (täglich nur 145 gr.) morgens kaum etwas zu sich nehmen könnten, ausser einer Tasse Ersatzkaffee. Mittags wäre es in den meisten Fällen unmöglich, zwecks Einnahme des Mittagessens nach Hause zu gehen, wegen der Entfernung. Fahrräder seien zum grossen Teil gestohlen oder requiriert worden und sonstige Fahrgelegenheit kaum vorhanden. Mittags muss dann mit einem Stück trockenem Brotes vorliebgenommen werden, da als Brotaufstrich bekanntlich nur ein halbes Pfund Marmelade für die Zeit von vier Wochen zur Verfügung stände, was pro Tag nicht einmal 10 gr. ausmache. Abends wäre dann die sogenannte Hauptmahlzeit, die angesichts der geringen Fettzuteilung (250 gr. in 4 Wochen – keine 10 gr. pro Tag) und dem Mangel an Fleisch, einmal in der Woche 100 gr., gar kein Mehl, und der täglichen Zuteilung von kaum 10 gr. Nahrungsmittel, sehr mager ausfalle, da Kartoffeln kaum zu erhalten und Gemüse sehr rar und dazu sehr teuer sei. An Sattessen sei nicht zu denken, da Brot zum Ausgleich bei der Hauptmahlzeit

nicht in Frage komme. Die Käsezuteilung von 62,5 gr. in vier Wochen (etwas über 2 gr. pro Tag) falle kaum ins Gewicht, und da die Zuteilung von Zucker auch seit längerer Zeit in Wegfall gekommen sei, ist auch nicht an Einmachen von Obst zu denken, das eventuell als Brotaufstrich in Frage käme . . .

In einer ganzen Reihe von Fällen dann angeordneter amtsärztlicher Untersuchungen auf Arbeitsfähigkeit musste der vom Militär gouvernement bestimmte Amtsarzt Dr. Bartholdy feststellen, dass tatsächlich der Ernährungszustand eine körperliche Tätigkeit kaum zulässt, auch wenn man einen strengen Massstab anlegt... Beim dann doch erfolgten Arbeitseinsatz brechen die Leute einfach zusammen.

Es werden auf die Dauer «zahlreiche Menschen in den grösseren Städten und im Schwarzwald vom Hungertod bedroht», schrieben Oberbürgermeister Keller und Erzbischof Gröber dem Chef der Militärregierung Baden, General Schwartz. «Die Kinder und Jugendlichen werden, falls sie überhaupt am Leben bleiben, schwerste Schäden für ihr ganzes Leben davontragen.» Die Absender wiesen darauf hin, dass «bei der derzeitigen Regelung durch die Versorgung der französischen Armee aus dem besetzten Land die Zivilbevölkerung nicht mehr gleichzeitig ernährt werden kann», und sie warnten «vor einer gefährlichen Radikalisierung, ja Verzweiflung der Massen», die sich «in Verzweiflungsakten auswirken wird».

Die französische Demontage vergrösserte das Elend. Im Bezirk der Industrie- und Handelskammer Freiburg waren insgesamt 143 Firmen betroffen; der Region ging dadurch Kapital im Wert von 16'111'536 Reichsmark verloren. Hinzu kamen restriktive Auflagen für die Wirtschaft. So durfte ohne Genehmigung der Militärregierung kein Unternehmen mit der Produktion beginnen. Bei der Antragstellung war ein 92 Anlageblätter umfassender Fragebogen auszufüllen. Die Arbeitszeit war auf 18 Wochenstunden begrenzt, und sämtliche Rohstoffe, Halb- und Fertigfabrikate mussten der Militärverwaltung gemeldet werden. Was hergestellt werden durfte, war zudem zum grossen Teil auf die Bedürfnisse der Sieger zugeschnitten. So mussten die 128 Betriebe des Holzverarbeitenden

Gewerbes im Kreis Freiburg, die im August 1945 wieder arbeiteten, monatlich tausend Wohnbaracken für die Franzosen liefern.

Der 4. Oktober 1945 war in Freiburg wieder ein ganz grosser Tag, jedenfalls für die Franzosen. Da kam der majestätische General Charles de Gaulle, Oberhaupt der Provisorischen Regierung Frankreichs, höchstpersönlich. Und da entfaltete sich die Gloire wieder in aller Pracht. «Fahnenmasten mit den französischen Nationalfarben bezeichnen den Weg, den die Autokolonne des hohen Gastes nehmen sollte», schrieb das lokale Lizenzblatt. «Das Martinstor mit der Trikolore ist angestrahlt.» Um 18.30 Uhr wird Salut geschossen, die Marseillaise erklingt, der General «schreitet langsam unter dem salutierenden Schweigen des Ehrenbataillons die Front ab» (Presse).

Vor versammelter französischer und deutscher Prominenz hielt de Gaulle am Abend im Freiburger Rathaus eine auf Versöhnung gestimmte Rede; er hatte dabei wohl im Sinn, dass die Freiburger dereinst gute Franzosen werden sollten. «Wir können nicht vorhersagen, was künftig geschehen wird», orakelte er. «Aber bei den Möglichkeiten, die uns die neue Zeit eröffnet . . . werden Verbindungen in Baden und Frankreich und Württemberg und Frankreich erneuert werden, wie es sie nur vor langer Zeit gab.»

Worauf der General, der die Grande Nation durch umfangreiche Annexionen deutscher Westgebiete erst so richtig gross machen wollte, anspielte, war klar: Zwischen 1679 und 1697 hatte Freiburg zu Frankreich gehört.

Im kleinen Kreis seiner Offiziere sprach de Gaulle: «Was machen wir hier am Tag nach unserem Sieg? Unser Einsatz hat das Ziel, Frankreich auf Dauer hier zu etablieren. Wir folgen einer historischen Aufgabe für unser Land . . . Wir wollen sie nun zum letzten Mal dank der sich bietenden Gelegenheit endlich verwirklichen.»

Cottbus 1945

Beinahe über Nacht ist Cottbus, die Provinzstadt hundert Kilometer südöstlich von Berlin, zur Frontstadt geworden. Der Krieg krieht unaufhaltsam dorthin zurück, woher er gekommen war – nun also über die Oder und die kaum eine Autostunde entfernte Neisse.

Seit dem Morgen des 16. April 1945 rollt mit Hurräh und Heldentod die letzte Offensive der Sowjet-Marschälle Georgij Konstantinowitsch Schukow (1. Belorussische Front) und Iwan Stepanowitsch Konew (1. Ukrainische Front). Zusammen mit den nördlich der Linie Angermünde – Wittenberge ins Mecklenburgische vorstossenden Truppen der 2. Belorussischen Front stehen für die Berliner Operation der Roten Armee zweieinhalb Millionen Mann bereit mit gut 40'000 Geschützen und Granatwerfern, 6'250 Panzern und 7'500 Flugzeugen. Jeder achte russische Soldat wird sein Leben lassen auf diesen letzten hundert Kilometern bis zur «Höhle der faschistischen Bestie», wie sie Berlin nennen; von den eine Million Mann starken deutschen Verteidigern gehen Hunderttausende in den Tod, die Überlebenden werden in endlosen Kolonnen in russische Gefangenschaft marschieren.

Am Vormittag des 19. April schickt Generalleutnant Ralf Sodan, damals 64 und «Festungskommandant» des höchst unbefestigten Cottbus, seinen Ersten Ordonnanzoffizier, Klaus-Jürgen Meisner, mit einem Brief zum Stab des V. Armee-korps, der sich für eine Rückzugspause im Dorf Schlichow östlich von Cottbus einquartiert hat. Er lehne es entschieden

ab, deutet Sodan seinem Kurier den Inhalt des Schreibens an, die Stadt ohne reguläre Truppen mit nur fünf hastig ausgehobenen und schlecht bewaffneten Volkssturmbataillonen zu verteidigen, mit älteren Männern und Schulkindern, die hinter der Alvensleben-Kaserne noch das Schiessen üben. Wie nahe diese Version vom besonnenen, auf Rettung seiner Heimatstadt bedachten General der Wahrheit kommt, ist indessen so wenig bekannt wie die Reaktion seiner militärischen Vorgesetzten.

Sicher ist immerhin soviel: Im Cottbus jener Tage kleben wie andernorts in Deutschland massenhaft mit «Der Festungskommandant» unterzeichnete Durchhalte-Plakate, die jeden Mann und jede Frau zur Schanzarbeit verpflichten. Mit «Schaufel und Picke» sollen die Einwohner «den roten Bestien die Lust nehmen, unsere Stadt anzugreifen». Wenn das den Feinden nicht imponiert, ist Cottbus, ausgerechnet Cottbus, zum «Grab ihrer Massen» bestimmt. Und sicher ist auch, dass zahlreiche Gräben ausgehoben und Panzersperren errichtet werden, um die der erste Sowjetpanzer später einfach einen fast eleganten Bogen machen wird. Eine Verteidigung «bis zur letzten Patrone» jedoch findet nicht statt: In der Nacht zum 22. April entlässt Sodan seine Handvoll Offiziere in die allgemeine Flucht nach Westen, dem Ami entgegen, die für die meisten in der mörderischen Kesselschlacht von Halbe endet.

Am darauffolgenden Sonntagmorgen ziehen die Soldaten der 3. Gardearmee des sowjetischen Generalobersten Wassili j Nikolajewitsch Gordow singend und in Achterreihen in die Stadt ein. Zwei Tage später erschießt sich der letzte grossdeutsche Kommandant von Cottbus im nahen Spreewald. Eine kampflose Übergabe der Stadt, wie sie entgegen strengem Hitler-Befehl beispielsweise der Oberst und Ritterkreuzträger Rudolf Petershagen als «Kampfkommandant» von Greifswald praktiziert, mag dem «gestandenen preussischen Offizierstyp Sodan» (Meisner) erst gar nicht in den Sinn gekommen sein. Und wenn doch, so wäre ein solches Unternehmen angesichts der militärischen Lage wohl kaum durchführ-

bar gewesen. Denn Cottbus fungiert für wenige Tage als Dreh- und Angelpunkt der letzten verzweifeltten Verteidigungssillusionen, die den Namen Strategie schon lange nicht mehr verdienen. Unbedingt und «unter allen Umständen» sei der «Eckpfeiler um Cottbus» zum Schutze Berlins zu halten, befiehlt Hitler seinem Generalobersten Gotthard Heinrici, dem Oberbefehlshaber jener Heeresgruppe Weichsel, die längst zum verlorenen Haufen zwischen Spree und Müggelsee geworden ist.

In den Kiefernwäldern und Sumpfniederungen der Niederlausitz, wo manch wendischer Bauer bereits das vorsorglich mit kyrillischen Buchstaben bedruckte Plakat («In diesem Haus wohnen Slawen – Lausitzer Sorben») neben die weisse Fahne legt, sollen die Trümmer des wieder und wieder geschlagenen Nazi-Ostheeres, sollen versprengte, auf Zugstärke zusammengeschnitzte Regimenter den zum Hunnentier dämonisierten Feind zum Stehen bringen. Als «scharf zusammengefasste Kräfte» (Hitler-Befehl) werden die derangierten Einheiten von SS-Führern und Durchhalte-Generälen im Südosten Berlins gegen die überall durchbrechenden Russen geworfen und so in letzter Minute in den sicheren Tod getrieben.

Der Widerstand dieser «Cottbuser Gruppierung», berichtet Marschall Konew später, wird «erbittert» und nahezu «bis zum letzten Atemzug» geführt: Nur 1'700 deutsche Soldaten geraten in Gefangenschaft, obwohl im Verlauf der zweitägigen Gefechte drei Infanteriedivisionen (die 342., 214. und 275.) und «eine Vielzahl selbständiger Truppenteile und Einheiten aufgegeben» werden (Konew). Ein älterer Generalstabsoffizier, der am Abend von Hitlers 56. Geburtstag bis in die Nacht zum 21. April im Führerbunker der Reichskanzlei Dienst tut, notiert in Kriegsgefangenschaft zu demselben Ereignis: «Als ich . . . über den Durchbruch der Sowjets bei Cottbus, der zum Zusammenbruch der Ostfront und zur Einschliessung Berlins führte, orientieren musste ... fand er (Hitler) als Erklärung für den sowjetischen Erfolg wieder nur das eine Wort: ‚Verrat‘».

Doch selbst an solchem «Verrat», nationalsozialistisches Stereotyp schon für die zaghafteste Regung patriotischer Courage, mangelt es in der Stadt Cottbus: Kein geheimes antifaschistisches Komitee wie in Greifswald, das den sowjetischen Truppen die weisse Fahne und die Nachricht vom kapitulationswilligen Kommandanten entgegenbringt; keine illegale kommunistische Parteigruppe wie in Dresden, die den Rotarmisten in einem ehemaligen Kinderheim eine Art Befreiungsaltar mit Petroleumlampe und Lenin-Büste herrichtet; kein verschworener Genossenzirkel wie im sächsischen Radeberg, der sich den vorrückenden Russen schon aus dem Strassengraben am Stadtrand beflissen andient mit dem Ruf: «Deutsche Kommunisten! SS kaputt!» Nur Max Döring, damals 51, Buchbinder, Weber und Kommunist dazu, rettet die proletarische Ehre der Tuchmacher-Stadt, indem er – in zwei Fällen vergeblich – versucht, die Sprengung der Cottbuser Brücken zu verhindern. Die ehemaligen SPD-Leute, die nun als Volksturmänner gehorsame Wacht an der Spree halten, lehnen das heimliche Entschärfen der Sprengladungen voller Angst ab; schliesslich hat die SS gerade noch sechs der Desertion verdächtige Männer am Stadtturm aufknüpfen lassen.

Der gegnerische Ring um Cottbus ist zu diesem Zeitpunkt fast geschlossen. Um 22 Uhr verlassen die letzten SS-Panzer die Stadt. Wenig später rückt erleichtert auch der Volkssturm ab. Um Mitternacht fliegen zwei Spreebrücken in die Luft; für eine dritte hat Döring in letzter Sekunde doch noch einen beherzten Schlosser gefunden, der sich das Zündkabel durchzutrennen getraut.

Die nächsten zwölf Stunden bis zum Mittag des 22. April verbringt Kommunist Döring brav zwischen Kohlen und Eingemachtem im Keller, um den russischen Einmarsch nicht zu behindern. Doch «die Nacht verlief ruhig», erinnert er sich zwölf Jahre später, pünktlich zum Cottbuser Jahrestag der Befreiung. Der ebenfalls im Osten der Stadt wohnende Telefontechniker Willy Heller dagegen notiert in seinem Tagebuch einen weit weniger harmonischen Anbruch der neuen Ord-

nung: Erst Serien von Bombenangriffen, dann immer heftigerer Artilleriebeschuss, und schliesslich «scheint es überall zu brennen, dunkle Rauchwolken ziehen über unsere Siedlung, der Brandgeruch dringt überall hin». Auch der Orthopäde Willi Steinhäuser, als einziger Arzt noch in der Stadt, gerade bei einem Fliegerangriff ausgebombt und in dieser Nacht pausenlos mit Operationen beschäftigt, erinnert lang andauernden Beschuss bis zum morgendlichen Einmarsch der Roten Armee: «Stalinorgeln, Artillerie aller möglichen Kaliber, Flugzeuge – immer im Wechsel.»

Erst als gegen Mittag keine Schüsse mehr fallen und schon die ersten russischen Bagagefahrzeuge vor der Gastwirtschaft «Zur Münze» Rast machen, verlässt auch Max Döring sein Versteck: Ein zwölf Jahre lang verborgenes Lenin-Bild, dem erstbesten Posten entgegengestreckt, und die Kenntnis des Wortes «Towarischtsch» reichen aus, Döring als den ersten Cottbuser auszuweisen, der die neuen Herren uneingeschränkt als Befreier erlebt. «Die Grösse des Augenblicks, auf den ich als Kommunist so lange gewartet hatte», so geriet der Mann der ersten Stunde noch Jahre später in Rührung, «liess meine Stimme versagen.»

Doch unvorbereitet trifft ihn diese Wende der politischen wie der persönlichen Angelegenheiten nicht: Handwerksmeister, Geschäftsleute und Kollegen im Arbeiterviertel Sandow, die zum Dritten Reich weniger auf Distanz gegangen waren, zeigen sich schon während der letzten Kriegswochen auffällig interessiert an der Meinung des stadtbekanntes Roten, der 1934 in einem Massen-«Hochverratsprozess» gegen Cottbuser Kommunisten zu 21 Monaten Gefängnis verurteilt und auch später unter Polizeiaufsicht gehalten worden war. Wer Döring beim Wummern der näherrückenden Front fragt, ob man nun Schluss machen, abhauen soll, erhält stets dieselbe Antwort: «Wenn Sie nichts ausgefressen haben, warum wollen Sie Schluss machen?»

Aber nur wenige trauen dem Frieden, der da hinter Konews Panzerspitzen ins Land einzieht. Als der sowjetische Garde-

major Tscherwjakow am Mittag des Eroberungstages seine Kommandantur am Kaiser-Wilhelm-Platz in der Villa eines von den Nazis vertriebenen jüdischen Tuchfabrikanten bezieht, leben in Cottbus (Einwohnerzahl bei Kriegsbeginn: 52'000) nur noch weniger als 10'000 Menschen: 4'000 Einheimische und gut 5'000 ehemalige Zwangsarbeiter verschiedener Nationalitäten. 500 Deutsche lässt Tscherwjakow einen Tag später auf dem Platz vor seinem Amtssitz antreten. Einer, der den Weg dorthin im Eiltempo vor dem Pistolenlauf eines Rotarmisten zurücklegen muss, wird vom Holzhacken mit der frohen Kunde weggeholt: «Du mitkommen, meeting machen.»

Es ist Montag nach dem Krieg, zehn Uhr. In Cottbus beginnt unter vier roten Fahnen, davon drei rasch umgefärbte Bettlaken, die sozialistische Demokratie, während in der Berliner Innenstadt noch jeder Häuserblock zum nationalsozialistischen Bollwerk erklärt wird. Kommandant Tscherwjakow stellt den verängstigten Cottbusern, von denen manch einer bereits den ersten Schritt in Richtung Sibirien getan zu haben glaubt, ihren neuen Bürgermeister vor: er heisst Max Döring. Auf die Versammelten gehen zweisprachig die Weisungen des «Befehls Nr. 1» nieder, den die russischen Kampftruppen blanko im Gepäck haben und der bereits in mehreren hundert Exemplaren in Cottbus aushängt: Waffen und Munition, Funk- und Sendeanlagen abgeben, Druck- und Vervielfältigungsapparate registrieren lassen, Ausgangssperre, Verdunklung, strengste Anwendung des Kriegsrechts. Nur einmal, ganz am Ende, bittet der Kommandant: «Helfen Sie dem Bürgermeister, sein schweres Amt leichter zu tragen.»

Dörings Name war dem sowjetischen Major bereits geläufig, als ihm vom Mann mit dem Lenin-Bild Meldung gemacht wird: Als möglicher Kandidat für die Cottbuser Stadtverwaltung steht er auf jener mageren Liste zuverlässiger Genossen, mit der die Moskauer Kaderabteilung der KPD alle sowjetischen Kampfkommandanten grösserer deutscher Ortschaften vorsorglich ausgestattet hat. Doch Döring, KPD-Stadtverord-

netter vor 1933, ist nicht nur ein ehrenwerter, sondern auch ein vernünftiger Mann. Buchbinden hat er gelernt, nicht das Verwalten von Städten, und genau das sagt er ohne falsche Bescheidenheit dem russischen Offizier. Überhaupt – was ist das für eine Frage: «Haben Sie Lust, Bürgermeister von Cottbus zu werden?» Wie kann einer Lust dazu haben, in dieser Zeit und in einer Stadt, die von ihren Menschen verlassen und fast zur Hälfte zerstört ist?

Den schwersten Schlag hatte Cottbus am 15. Februar 1945, zwei Tage nach dem mörderischen Angriff auf Dresden, durch Verbände der Achten US-Luftflotte erhalten, die sich 34 Minuten lang bombenwerfend über der Bahnhofsgegend und den östlichen Stadtteilen austobten. Mindestens 3'000 Menschen – andere Zählungen sprechen von 7'000 Opfern – starben allein während dieser halbstündigen Aktion «Thunderclap» («Donnerschlag») in den Trümmern.

Bei Kriegsende sind der Bahnhof, das Krankenhaus, das Rathaus und mehrere Schulen vollständig zerstört, ebenso 475 Häuser mit insgesamt 1'900 Wohnungen und 15 Betriebe mit rund 3'000 Arbeitsplätzen. Weitere acht Fabriken mit 1'700 Arbeitsplätzen weisen schwere Kriegsschäden auf. Nur etwas mehr als jeder dritte Wohnraum ist unversehrt geblieben. Es gibt kein fließendes Wasser, keinen Strom, kein Gas. Erste Schätzungen des Gesamtschadens allein an öffentlichen und privaten Gebäuden in Cottbus belaufen sich auf 65 Millionen Mark.

Und so wie in der Hauptstadt der Niederlausitz, von der slawischen Minderheit seit altersher einfach «die Stadt» genannt, sieht es auch in den meisten anderen Orten dieser von Freund und Feind verwüsteten Region aus. In Muskau an der Neisse gilt noch ein Viertel der Gebäude als bewohnbar, im Spree-wald-Städtchen Lübben nur noch ein Fünftel, und in Guben – heute Grenzstadt Richtung Polen und nach dem ersten DDR-Präsidenten mit dem Beinamen «Wilhelm-Pieck-Stadt» versehen – liegt kaum noch ein Mauerstein auf dem anderen.

Unter den ärmlichen Sandböden der Lausitzer Heide modern seit dem Tertiär Sumpfyzypresse und Mammutbaum; zwei Drittel aller abbauwürdigen Braunkohle-Reserven der heutigen DDR liegen hier. Im April 1945 sind die Abbaugelände samt teurer Technik abgegraben. Was deutsche Sprengkommandos von den einträglichen Besitzern der Flicks und Stinnes, der IG-Farben-Aktionäre und Brabag-Eigentümer an Brikettfabriken, Kraftwerken, Aluminiumschmelzen und Hydrieranlagen nicht zu ruinieren vermocht haben, geht unter russischem Artilleriebeschuss zu Bruch.

Wie Cottbus, sind die Städte dieser Kampfzone, in der selbst die Wälder kilometerweit brennen, fast menschenleer. In Weisswasser beispielsweise, dem Zentrum der Lausitzer Glasindustrie, befinden sich beim Einmarsch der Roten Armee noch 75 von ehemals 15'000 Einwohnern. Unter den Stadtkreisen der sowjetischen Besatzungszone mit den stärksten Bevölkerungsverlusten befinden sich neben Frankfurt/Oder zwei lausitzische: Guben und Forst.

Und noch lange nach Kriegsende sickert unaufhaltsam und quantitativ wie qualitativ kaum bezifferbar ein breiter Strom von Menschen und Material Richtung Westen: Produktionsunterlagen und Lagerbestände, Fahrzeuge und Maschinen, Spezialkenntnisse und Spezialisten. «Man ist selbstverständlich bemüht gewesen», erinnert sich ein Fabrikant, früher in Cottbus zu Hause, aus der Distanz von 40 Jahren, «möglichst viel Startkapital – und das war ja damals alles ausser Geld – dorthin zu schaffen, wo mit einiger Wahrscheinlichkeit das Überleben als freier Unternehmer zu erwarten war.» Wer dagegen nichts als seine Haut gerettet und deshalb eine weniger ambitionierte Überlebenserwartung hat, fragt sich wie der wider Willen zum Bürgermeisteramt verurteilte Kommunist Döring: «Was soll werden? Überall nur Trümmer, Not und Elend. Wo soll man beginnen?»

Der russische Kommandant hält den Wiederaufbau vor allem für eine Personalfrage: «Du kennst ja Deine Genossen»,

rät er dem Bürgermeister; mit denen zusammen solle er nur erst einmal eine Verwaltung auf die Beine stellen, dann würde sich alles andere finden. Doch die fähigsten Genossen sind ermordet oder aus den Konzentrationslagern und Zuchthäusern noch nicht zurück. Zudem war die KPD in Cottbus bis 1933 ein eher mitgliederschwacher Verein, der es zwar bei den Reichstagswahlen vom 6. November 1932 auf beachtliche 8,9 Prozent der Wählerstimmen gebracht hatte, dabei aber vor allem die Sozialdemokratie beerbte, die aus den Wahlen bis einschliesslich 1930 mit durchschnittlich 40 Prozentpunkten regelmässig als stärkste Partei hervorgegangen war.

Entsprechend verbissen hatten sich die Kommunisten und Sozialdemokraten in der Niederlausitz bekriegt, derweil auch hier die Nazis allmählich ihr Stimmvieh zum grössten Haufen zusammentrieben. «Für die hiesige kleine Thälmann-Truppe», berichtet ein Cottbuser Sozialdemokrat, der sich nach 1945 keiner Partei mehr anschliessen mochte, «rangierten wir als Gegner doch weit vor den Nazis – als ‚Arbeiterverräter‘, ‚Sozialf aschistem und was sie uns sonst noch alles angehängt haben.» Und den biederen Sozis mit dem gerahmten Gesellenbrief überm Ehebett schauderte es vor den Kommunisten kaum weniger als ihren Chefs und Fabrikherren aus dem deutschnationalen Lager: Als Taugenichtse und Lumpenproletarier galten ihnen die radikalen Vettern, die den Sozialismus in Misskredit brachten, morgens von Stalinsprüchen und abends von Schnaps lebten, ihre liederlichen Versammlungen in der Cottbuser Sandgrube an den Weinbergen abhielten und sonntags mit Vorliebe vor den Kirchen aufmarschierten, um den Gottesdienst durch «Rotfront»-Rufe und Heruntersingen der Internationale zu stören.

Noch unbedeutender als in der Stadt war die kommunistische Anhängerschaft während der Weimarer Republik auf den Dörfern des Landkreises Cottbus: Wer es dort lauthals und zu Schalmeienklängen dem «Kaharl Liebknecht» geschworen hatte, gehörte mit Sicherheit zur jungen und gänzlich einfluss-

losen Dorfarmut. Und selbst gegen Ende der dreissiger Jahre hätten die ländlichen KPD-Wähler des Kreises mit Mühe und Not gerade einen der behäbigen Gasthaus-Säle gefüllt. Nun also befördert das siegreiche Sowjetrussland, da besteht für Bürgermeister Döring gar kein Zweifel, die deutschen Kommunisten endlich auf den ihnen gebührenden Platz: an die Macht. In manchen Orten – Cottbus gehört dazu – hat die Befreiung einen grotesken Hauch von Dornröschen: Das unterdrückte Küchenpersonal der Geschichte fährt, als sei nichts geschehen, dort fort, sich mit ideologischen Watschen zu traktieren, wo es durch die Hitlerei überwältigt worden war.

Sozialdemokraten etwa unter seine Genossen zu rechnen, das kommt Döring überhaupt nicht in den Sinn, und so beteiligt er auch keinen von ihnen an der Cottbuser Stadtverwaltung, die er sich Ende April vom Kommandanten genehmigen lässt. Ausschliesslich Kommunisten, fünf an der Zahl und alle ohne Verwaltungserfahrung, übernehmen insgesamt neun Rats-Ressorts vom Arbeitseinsatz bis zum Bestattungswesen. Nur für den Gesundheitsbereich verpflichtet Döring mit dem parteilosen Arzt Steinhäuser einen Fachmann. Einem alten SPD-Mitglied, das sich in der Nazizeit untadelig mit Hausieren durchs Leben gebracht hat und jetzt mittun will, lässt der Bürgermeister dagegen ausrichten: «Ihr habt's schon 1918 verpatzt, diesmal machen wir unsere Revolution alleine.»

Die neuen Stadträte kommen in diesen Tagen kaum aus den Kleidern: Leichen müssen zusammengetragen, Blindgänger aufgespürt, Trümmer beseitigt, Verkehrswege wiederhergestellt, Nazis aus dem öffentlichen Leben sortiert werden. Und immer haben russische Befehle bei der Bereitstellung von Menschen und Material absoluten Vorrang, denn über den Verkehrsknotenpunkt Cottbus läuft jetzt der gesamte Nachschub der sich von Süden ins Berliner Zentrum vorkämpfenden Konew-Truppen.

Die grössten Probleme aber bereitet, dass die Stadt praktisch über keine Lebensmittelreserven mehr verfügt. Um eine

drohende Hungerkatastrophe abzuwenden, müssen private Grossvorräte aufgestöbert, beschlagnahmt und in einem zentralen Lager zusammengefasst werden. Die Suchtrupps des für Ernährungsfragen zuständigen KPD-Mannes Willy Pröllop konzentrieren sich verständlicherweise auf Grosshändler, Grossbauern und Villenbesitzer, was die Beliebtheit der neuen Stadtverwaltung in diesen Kreisen nicht gerade erhöht. Es tauchen erste Gerüchte über einen privaten Rachefeldzug der Kommunisten auf, die mit den konfiszierten Esswaren ausschliesslich eigene Parteigänger versorgen würden. Doch den Vorwürfen mangelt es nicht nur an Beweisen, sondern auch an Logik. Denn tatsächlich gelingt es in Cottbus relativ rasch, wieder eine halbwegs geordnete Lebensmittelversorgung in Gang zu bringen. Schon am 26. April kann das erste Brot an alle verteilt werden, wenig später werden Lebensmittelkarten auch für Kartoffeln, Fleisch und Fett ausgegeben. Doch erst Ende Mai sind feste Pro-Kopf-Rationen verfügbar: pro Woche 1'000 Gramm Brot, 125 Gramm Rindfleisch, 62,5 Gramm Butter und zweieinhalb Kilo Kartoffeln. Wer schon einen Arbeitsausweis vorlegen kann, erhält ausserdem ein halbes Pfund Pferdefleisch.

Aber nicht einmal diese Hungerrationen wären aus beschlagnahmten lokalen Vorräten zu bestreiten gewesen, wenn die Rote Armee nicht von Anfang an Fleisch, Kartoffeln, Getreide und Fett aus ihrem eigenen, freilich auch requirierten Verpflegungskontingent abgezweigt hätte-zur Versorgung der gleichen Deutschen, die in den ersten Kriegsjahren Hunderttausende sowjetischer Gefangener erbarmungslos hatten verhungern lassen und später, als Zwangsarbeiter aus dem Osten «kriegswichtig» wurden, ein spezielles «Russensbrot», überwiegend aus Sägespänen, für ihre «Ernährung» erfanden.

Vor allem die Grossstädte Berlin und Dresden erhalten einen beträchtlichen Teil ihrer Versorgung aus russischen Armee-Depots. Nach einem Bericht der Berliner Militärkommandantur schaffen die Rückwärtigen Dienste der 1. Belorus-

sischen Front allein vom 12. Mai bis zum 1. August 1945 fast 190'000 Tonnen Lebensmittel zur Versorgung der deutschen Bevölkerung in die Reichshauptstadt.

Aber die Sieger geben nicht nur, sie wollen vor allem nehmen: Nicht nur die berühmten Uhren und Fahrräder, deren dem deutschen Menschen so schmerzlicher Verlust jede zünftige Nachkriegsgeschichte über leibhaftige Begegnungen mit «dem Iwan» ziert, sondern alles, was der vier Jahre lang von der Wehrmacht verheerten Sowjetunion zum Wiederaufbau des eigenen Landes verwendbar erscheint.

Die ersten Lok-Züge verlassen Cottbus bereits Anfang Mai Richtung Osten: Hunderte von beschlagnahmten deutschen Lokomotiven, zu langen Zügen aneinandergeschleppt und von deutschen Eisenbahnern unter Dampf gehalten, die gerade noch in Tag- und Nachtschicht Munition an die nahe Front gekarrt hatten. Gleichzeitig beginnen Spezialeinheiten der sowjetischen Eisenbahntrouppen mit der Demontage zahlreicher Reichsbahn-Werkstätten und ganzer Schienenstränge auf fast allen zweigleisigen Strecken.

In Cottbus sind es in erster Linie Webstühle und andere Textilmaschinen, die in den unbeschädigten Fabriken als Kriegsbeute demontiert werden. Das meiste davon freilich verrostet schon auf dem Sammelplatz nahe des notdürftig reparierten Bahnhofs, weil Güterwagen ebenso fehlen wie geeignete Hallen zur Zwischenlagerung. Noch Jahre später werden die dann volkseigenen Cottbuser Tuchfabriken ihre Schlosser auf diesen Schrottplatz schicken, wenn es für ältere Maschinen ein Ersatzteil zu organisieren gilt.

Zur traumatischen Demütigung durch die Sieger werden die ersten Besatzungswochen für die geschlagenen Deutschen freilich erst dadurch, dass «der Russe» auch ihre Frauen mit Gewalt nimmt und sich Hitlers hochmütiges Herrenvolk auf beinahe alttestamentarische Weise durch massenhafte Vergewaltigung seiner Töchter und Gattinnen unterwirft.

Diese sexuelle Plünderung, die aufs geradbrechte Stichwort «Frau komm» Nazi-Anbeterinnen ebenso trifft wie Anti-

faschistinnen, ist bis heute weder von sowjetischen noch von ostdeutschen Historikern auch nur in ihrer tatsächlichen Größenordnung benannt worden. Obgleich bei gegenseitiger Greuel-Aufrechnung die mahnende Frage des KPD-Zentralkomitees in seinem ersten Nachkriegsaufruf vom 11. Juni 1945 immer noch Bestand hat, was wohl mit dem deutschen Volk geschehen wäre, würde «Gleiches mit Gleichem vergolten», so ist doch die schwere Hypothek nicht zu leugnen, die gerade mit den zahllosen deutschen Kommunisten als eifrigsten Fürsprechern eines künftigen deutsch-russischen «Bruderbundes» aufgeladen wurde.

In der Niederlausitz gedeiht der ohnmächtige Hass auf die feindlichen Kriegs-Männer besonders, weil sie dem diffamierenden Mongolen-Klischee der NS-Propaganda scheinbar so sehr entsprechen. Konews Front war 1943 aus dem sowjetischen Steppenmilitärbezirk hervorgegangen und hielt deshalb besonders viele Soldaten asiatischer Herkunft unter Waffen. Eine Gutsbesitzerin aus dem Cottbuser Umland hat in ihrem Tagebuch nicht nur die Vorgänge jener Apriltage festgehalten, sondern zugleich etwas von dem psychischen Schock konserviert, den der jähe Rollenwechsel zum wehrlosen Opfer für die deutsche Oberschicht bedeutete:

Direkt vor der Kirche wimmelt es von Offizieren mit mongolischen Gesichtern. Unter satanischem Schimpfen werden wir aufgefordert weiterzugehen. Wir machen kurzentschlossen kehrt. Nun beginnt die Einkreisung und Erniedrigung. Wir werden schliesslich zur Strecke gebracht und in ein Haus getrieben; vier junge Mädchen sind die Opfer. Will sich eine versagen, hat sie sofort die Pistole auf der Brust. Wir zittern vor Angst! Annemies grelle Worte ‚Nein, nein, nicht noch mal‘ schallen durch das Haus. Ihre Mutter fällt erstarrt auf die Knie und betet laut. Langsam schleicht sich eine nach der anderen an ihren Platz, geknickte Blüten. Endlich dürfen wir gehen, die Besiegten auf der ganzen Linie.

Die so empfinden, können so wenig gerecht sein wie die Täter. Was den verstörten kreuzprotestantischen Dörflern da

wie ein Regiment des Bösen erscheint, diese Truppe mit den «mongolischen Gesichtern», hat noch kurz zuvor wiederholt Bekanntschaft mit der deutschen Panzergrenadierdivision «Brandenburg» gemacht – der sogenannten «Blutdivision», die sich schon bei ihren Einsätzen in Jugoslawien und der Sowjetunion rühmte, prinzipiell keine Gefangenen zu machen. Daheim in der Lausitz hält sie es nicht anders: Lazarette der 2. Polnischen Armee, die unter Konews Kommando kämpft, werden von ihr ebenso bis zum letzten Mann liquidiert wie sowjetische Verwundetentransporte und Verbandsplätze.

Vielleicht am eindrucksvollsten hat Konrad Wolf, der renommierte, 1982 verstorbene DDR-Regisseur dieses sprach- und verständnislose Aufeinanderprallen zweier grundverschiedener Erfahrungswelten und Lebensweisen in seinem Spielfilm «Ich war neunzehn» (Defa 1968) dargestellt: Am Beispiel einer jungen Frau etwa, die sich verzweifelt in die sowjetische Kommandantur eines lausitzischen oder uckermärkischen Städtchens flüchtet, weil sie «lieber mit einem als mit allen schlafen will», und der Rotarmistin, die der Deutschen zusammen mit ihrem Hass auch ihre Kriegserlebnisse ins Gesicht schleudert: Die Ausrottung ganzer Dörfer durch die SS, die Millionen von Mordopfern und überlebenden Leichen der Lager, die grössenwahnsinnigen Todesurteile für ganze Nationen Osteuropas. «Ich war neunzehn» ist ein sensibler, stark autobiographisch gefärbter Film; Wolf kehrte im April 1945 als Oberleutnant der Roten Armee aus dem russischen Exil zurück.

In dem sowjetischen Monumentalfilm «Befreiung» von Jurij Oserow (Mosfilm 1969 bis 1971) dagegen, tritt der Soldat des Grossen Vaterländischen Krieges stets und ausschliesslich als Bannerträger des Humanismus auf. Als der T-34-Panzer mit der Nummer 636, der von der Schlacht am Kursker Bogen im Juli 1943 durch alle Folgen bis nach Berlin rollt, dort mit Kettenschaden in eine Kneipe karriolt, werden die verängstigten Wirtsleute samt zweier Töchter im heiratsfähigen Alter von der honetten Besatzung erst mal zum Imbiss gebeten.

Unter der Wirkung von russischem Speck und deutschem Schnaps beginnen die Mädchen alsbald, den Befreiern schöne Augen zu machen. Aber die – k soschaleniju, leider – müssen noch weiter in Richtung Reichstag.

Auch so konnte es sein, aber oft genug war es anders. Im sonst sehr präzisen Cottbuser Tagebuch des gläubigen Katholiken und Anti-Nazis Heller klafft dieses anderen wegen Ende April, Anfang Mai eine Lücke von fünfzehn Tagen. Als sie durchlebt und durchlitten sind, kommen sie Heller vor «wie ein böser, furchtbarer Traum», dessen Details sich genauer Beschreibung als eben dieser entziehen: «Immer wieder Todesangst, wenn die plündernden Russen uns den Pistolenlauf an die Schläfe setzten. Diese Demütigungen, wenn die brutalen Soldaten meine geliebte Frau Johanna vergewaltigten.»

Die Einsicht der Frauen, den Siegern auf Gedeih und Verderb ausgeliefert zu sein, ist so allgemein, dass kein schamhaftes Verschweigen die individuelle Schande überdeckt. Fast sachlich konstatiert die Gutsbesitzerin schon bald nach ihrer ersten Eintragung: «Die Frau eines Studienrates aus Cottbus holte sich Kartoffeln. Sie meinte, sie wäre in einer Nacht 30- bis 40mal vergewaltigt worden; ich muss sagen, das glaube ich nicht.»

Doch der letzte Exzess in diesem Kriege steht Cottbus noch bevor: Drei Tage lang dauern die offiziellen Siegesfeiern der in die Stadt gelegten Besatzung – vom 9. bis zum 11. Mai. An die Bevölkerung ergeht strikter Befehl, die Wohnungen nicht zu verlassen; auf den Strassen dagegen wird Ilja Ehrenburgs «Rechtfertigung des Hasses» lichterlohe Wirklichkeit: Zahlreiche Cottbuser Kaufhäuser und Kirchen, die bis dahin unverehrt geblieben waren, erfüllen nun ihren Zweck als Freudenfeuer. Unmittelbar darauf wird ein Teil der russischen Truppen ausgewechselt, und Cottbus erhält einen neuen Kommandanten. Der lässt erst mal wieder zum «meeting» antreten – diesmal im Kino «Kammerlichtspiele» – und verspricht, Plünde-

rungen und Vergewaltigungen würden nun aufhören: «Was jetzt noch geschieht, wird von Verbrechern getan, die sich in Uniformen der Roten Armee herumtreiben.»

Eine politische Neuigkeit hat der Kommandant ausserdem noch mitzuteilen: «Russland bringt die Demokratie nach Deutschland, nicht den Bolschewismus.» Die bis dahin ungeteilte kommunistische Machtausübung anstrebenden Parteifreunde von Bürgermeister Döring freilich sind auf die überraschende Ankündigung vorbereitet. Ihnen ist der neue Kurs von Partei und Besatzungsmacht bereits einige Tage zuvor erläutert worden: von inzwischen eingetroffenen Abgesandten der «Initiativgruppe Ackermann».

Insgesamt drei solcher Initiativgruppen aus emigrierten KPD-Funktionären und vom Moskauer «Nationalkomitee Freies Deutschland» antifaschistisch geschulter Kriegsgefangenen waren noch während der letzten Kriegstage in die sowjetisch besetzten Gebiete geflogen worden. Die mit den weitgehendsten Vollmachten ausgestattete und durch die spätere Entwicklung bekannteste hört auf den Namen und das Kommando des KPD-Politbüromitgliedes Walter Ulbricht. Die für Teile Brandenburgs und Sachsens mit dem Schwerpunkt Dresden zuständige Gruppe leitet der KPD-Mann Eugen Hanisch, Parteiname «Anton Ackermann», zuletzt Chef des Moskauer Senders «Freies Deutschland». Ihre 20 Mitglieder sind zum kleineren Teil erfahrene kommunistische Funktionäre, wie Hermann Matern, der bis dahin die KPD-Partei-schule in Schodnja bei Moskau geleitet hat, und Fred Oelssner, der unter dem Decknamen Larew der Deutschland-Abteilung des Moskauer Rundfunks vorstand. Andere, meist jüngere Männer, die sich am 1. Mai 1945 auf einem Moskauer Flugplatz treffen, sind ehemalige Wehrmachtsangehörige, die auf sogenannten Antifa-Schulen ausgebildet worden und nun für Schlüsselstellungen in der sowjetisch besetzten Zone vorgesehen sind. Ihre Reise geht zunächst ins niederschlesische Sagan, damals Sitz des Konew-Stabes und seitdem nicht mehr «unser».

Eine Woche später verteilen sich die Initiativgrüpper auf ihre Einsatzorte. Das Gros geht nach Dresden, wo Matern wenig später als Stadtrat für Allgemeine Verwaltung und Personalpolitik eingesetzt wird. Nach den vom KPD-ZK ausgegebenen «Richtlinien» für diese Kader ist streng darauf zu achten, dass «in der Regel» das «Personalamt» mit einem Genossen besetzt wird, «der in den letzten Jahren ausserhalb Deutschlands als antifaschistischer Funktionär gearbeitet hat». Diese Regelung soll sicherstellen, dass nur solche Parteimitglieder in die neuen Verwaltungen gelangen, die weder der Kollaboration mit den Nazis verdächtig sind noch sich anderer Abweichungen von der Parteilinie schuldig gemacht haben. Zugleich haben die «Initiativgruppen» die organisationsinterne Aufgabe, nach denselben Kriterien eine Kader-Vorwahl für die wiederzubegründende KPD zu treffen.

Dass sie selbst in dieser Partei den Ton angeben würden, gilt ohnehin als ausgemacht: Die West-Emigranten werden so rasch nicht zurückerwartet, und die oppositionelle Parteilinie hatte schon während der Stalinschen Säuberungen ihre Köpfe verloren. Jetzt geht es vor allem darum, die im Lande gebliebenen, mangels Schulung ideologisch verwilderten Kommunisten – die Illegalen, die befreiten KZler, die inneren Emigranten – mit dem taktischen Konzept der Moskauer Parteileitung vertraut zu machen. Und das fordert nun nicht mehr, wie in den letzten Tagen von Weimar und noch bis 1934, proletarische Revolution und Sozialismus durch die Arbeiter-Einheitsfront von unten, sondern – erstmal – eine «antifaschistisch-demokratische Umwälzung».

Zunächst soll die «wirkliche Demokratisierung Deutschlands» (Ackermann) nachgeholt werden, die weder 1848 noch 1918 habe erreicht werden können. Mittelstand, Bauern und Fabrikanten, Christen, Liberale, Konservative und Sozialdemokraten – alle sollen sich wieder getrennt organisieren dürfen, wenn auch «nur auf antifaschistischer Grundlage» (Ulbricht). Diesem «Block der kämpferischen Demokratie» ge-

denkt die KPD als führende Kraft sowohl die politischen Inhalte als auch die Bündniskriterien vorzugeben.

Was die Instrukturen aus dem Exil indessen als erste spontane Organisationsstrukturen in den befreiten Gebieten antreffen, ist von dieser Konzeption des stalinistischen Emigrations-ZK oft weit entfernt. Schon bald muss Walter Ulbricht nach Moskau melden, dass es viele Genossen gibt, «die den Aufgaben des antifaschistisch-demokratischen Aufbaus und der dazu notwendigen Sammlung der Kräfte nicht genügend Rechnung tragen».

In der rechtfertigenden Retrospektive von DDR-Historikern handelt es sich vornehmlich um «,linke' Überspitzungen», die es «zu korrigieren galt». Eine über die Cottbuser Verhältnisse hinausgehende Variante findet sich in Güstrow, wo sich ein Komitee aus Kommunisten, Sozialdemokraten und Parteilosen den Befreiern gleich als «neue Sowjetmacht» vorstellt.

Als der Güstrower Funktionär Hans Warnke, von 1924 bis 1933 Erster Sekretär des mecklenburgischen Parteibezirks, im Juni 1945 von seinem Stadtkommandanten gefragt wird, mit welcher Unterstützung denn die KPD-Ortsgruppe dienen könne, damit die Sozialdemokraten «ihre Partei wieder ins Leben rufen», glaubt er sich verhöhnt zu haben. «Ich konnte zunächst nicht verstehen», vertraute Warnke viele Jahre später örtlichen Parteihistorikern an, «warum wir helfen sollten, damit die SPD wieder in Gang kam.»

Andere haben mit dem befohlenen Schwenk weniger Mühe. Franz Becker, im märkischen Storkow als Bürgermeister eingesetzter KPD-Mann, sieht zwar von Anfang an und anders als sein Cottbuser Kollege Döring auch in Sozialdemokraten seine Genossen und beteiligt sie an der Stadtverwaltung. Doch als die Sozis meinen, «wir brauchen nicht zwei Parteien», und gleich in die KPD eintreten wollen, bremst Becker ab: «Auf diesem spontanen Gefühlsausbruch allein», schreibt er in seinen Erinnerungen, konnte man nicht «die weitere politische

Arbeit aufbauen. Da waren doch erst noch einige Fragen und Prinzipien zu klären.»

Für eine andere Variante selbständigen Handelns dagegen stehen genau solche spontanen Vereinigungen von Sozialdemokraten, Kommunisten und oft auch christlichen Gewerkschaftern, wie sie Becker unheimlich sind, weil schon Genosse Lenin vor die Einheit scharfe Abgrenzung setzt. So marschieren die politischen Häftlinge des Zuchthauses Brandenburg nach ihrer Freisetzung am 27. April nicht nur gemeinsam nach Berlin und propagieren in den auf der Strecke liegenden Dörfern gleich die Enteignung der Grossgrundbesitzer, sondern sie machen sich damit erklärermassen auch auf «den Weg zur politischen Einheit zwischen den sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern». In dem zuerst von US-Truppen besetzten Eisleben meldet umgehend eine «Antifaschistische Arbeitergruppe Mitteldeutschland» ihren Machtanspruch an und setzt den kommunistischen Schriftsteller Otto Gotsche als Landrat durch. Unmittelbar vor Übergabe der Region an die Rote Armee gründet Gotsche mit Gleichgesinnten eine neue «Partei der Werktätigen» (PdW).

Diese Frühgeburt einer sozialistischen Einheitspartei erhält Zulauf von mehr als 10'000 Menschen, aber die ehemaligen Kommunisten unter den Mitgliedern müssen schon bald die Auflösung betreiben: Eine Vereinigung der separat zu begründenden Arbeiterparteien sieht die ZK-Strategie erst für später vor; nicht zuletzt deshalb, um die SPD ihre alten Mitglieder-Massen erst wieder ungestört sammeln zu lassen.

Das gleiche Schicksal wie der PdW widerfährt auch einer spontanen Einheitsorganisation in der Niederlausitz: In Forst, gute 20 Kilometer von Cottbus entfernt, finden sich politisch aktive Textilarbeiter Anfang Juni zu einem Antifa-Ausschuss zusammen, der sich ausdrücklich als Sammlungsbewegung für ehemalige SPD- und KPD-Leute versteht. Zwei Wochen später – der Befehl Nr. 2 der sowjetischen Militärverwaltung erlaubt inzwischen die Bildung antifaschistischer Parteien – beschliessen 200 Forster Genossen gegen den Wunsch der

KPD-Instruktoren die Gründung nur einer Organisation mit dem Namen «Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands» (VKPD). Zugleich wendet sich die Versammlung «an den Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei und das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei mit der dringenden Forderung, unter allen Umständen die Vereinigung beider Parteien im ganzen Reich herbeizuführen». Doch die Bitte von der wiedererweckten Basis hart an der neuen Ostgrenze des ruinierten Reiches bleibt vorerst unerhört und die VKPD eine Episode, gerade gut für eine Fussnote der deutschen Nachkriegsgeschichte: Auch hier müssen sich die Kommunisten auf Druck ihrer nun allenthalben wiederbegründeten Leitungshierarchie zurückziehen. Die Sozialdemokraten gründen daraufhin eine separate Ortsgruppe.

Die Einheitsfront vor Ort und von unten, jahrelang die zentrale KPD-Forderung – jetzt ist sie unerwünscht und der «Schritt der Genossen in Forst . . . falsch». Es sei nämlich 1945, so eine spätere SED-offizielle Darstellung dieser Vorgänge, keineswegs darum gegangen, «die Einheit der Arbeiterklasse um jeden Preis herzustellen». Sehr gefragt dagegen ist jede Einübung von Einheitlichkeit bei der Wiederaufbauarbeit, in den neuen Verwaltungsorganen, beim Ingangbringen der Betriebe und des öffentlichen Lebens. Hier soll sich das Fussvolk erst einmal bewähren und wieder Tritt fassen; die Organisationsfrage indessen bleibt, wie gehabt, das weite Feld für Funktionärs-Finasserien. «Wir, die wir im Lande geblieben waren, galten ja zahlloser alltäglicher Kompromisse mit den Nazis als verdächtig», erzählt ein ehemaliger Sozialdemokrat aus dem Cottbuser Landkreis: «Mir hat damals, als das Beispiel der Forster Kollegen auch bei uns heiss diskutiert wurde, ein kommunistischer Genosse geraten, bloss stille zu sein; man würde uns schon rechtzeitig rufen, wenn Einheitsbekundungen gebraucht würden.»

Immerhin: Als Genossen werden die Sozis nun akzeptiert, nachdem der sowjetische Stadtkommandant erst mal Demo-

kratie statt Bolschewismus angesagt hat. Die vier nach Cottbus abgeordneten Mitglieder der «Initiativgruppe Ackermann» regen einen gemischten Zehnerausschuss an: Je fünf ehemalige Mitglieder von SPD und KPD bilden von nun an eine Art politisches Berater-Gremium der Stadtverwaltung.

Bereits am 13. Mai wandelt sich der Döringsche Stadt-Sowjet zur kommunalen Volksfront-Regierung. Der Bürgermeister bleibt ebenso auf seinem Posten wie die kommunistischen Stadträte Walter Wagner (Verwaltung) und Otto Fritschka (Städtische Betriebe und Einrichtungen), aber es kommen die beiden Sozialdemokraten Gerhard Trogisch (Soziale Fürsorge) und Friedrich Greschenz (Bildungswesen) sowie vier Parteilose aus dem bürgerlichen Lager hinzu. Sie alle sind der Kommandantur zu jeder Tages- und vor allem Nachtzeit rechenschaftspflichtig, erhalten dafür aber «das Recht, als ‚Herr Rat‘ angeredet zu werden». Als die Besatzungsmacht wenig später der Aufstellung einer uniformierten, jedoch unbewaffneten, «auch nicht mit einem Polizeiknüppel» versehenen Ordnungstruppe zustimmt, kommt noch ein Polizei-Ressort hinzu. Polizeichef wird der ehemalige Sozialdemokrat Arthur Lehmann. Ende Mai arbeiten in 23 Abteilungen der Stadtverwaltung bereits 400 Arbeiter und Angestellte.

Die «demokratischen Polizeiorgane» haben sich streng nach den Anordnungen des sowjetischen Kommandanten und im Übrigen nach den vor 1932 geltenden deutschen Gesetzen zu richten. Sie sind zwar dem Oberbürgermeister direkt unterstellt, bleiben aber bei kräftiger personeller Aufstockung für die nächsten Monate eindeutige Domäne ehemaliger Sozialdemokraten.

Am 1. Oktober 1945 wachen über die Cottbuser Sicherheit neben 2'500 Rotarmisten bereits wieder 178 deutsche Polizisten: 45 von ihnen helfen die Bürokratie der Einwohnermeldeämter und Kraftfahrzeugzulassungsstellen wieder aufzurichten, der Rest verteilt sich auf Ordnungspolizei (77), Feuerlöschpolizei (20), Kriminalpolizei (18) und Büroangestellte

(18). Jeder vierte Schutzmann ist SPD-Mitglied, nur jeder zehnte gehört zu den Kommunisten.

Wenig später verfügt allein die Ordnungspolizei, der nun auch 27 Pistolen und 200 Schuss Munition zugestanden werden, über hundert Mann, davon 64 SPD-Genossen. Längst soll Frieden sein in Deutschland, aber Cottbus bei Nacht ist noch immer ein höchst unsicheres Pflaster, und das Zerschneiden der mühsam hergerichteten Strassenlaternen gehört noch zu den harmlosesten Soldaten-Streichen. Zwar werden bald die Streifen verstärkt, weil die Diebstähle überhandnehmen, und es ziehen Dauerposten vor dem Krankenhaus, dem Rentnerheim und auch vor den Kinos und dem Theater auf, aber sobald sowjetische Armeeangehörige in Zwischenfälle verwickelt sind, dürfen die deutschen Wächter lediglich die Militärpolizei alarmieren. «Viele von uns hatten solch eine Heidenangst vor den Russen», erinnert sich einer der ersten Cottbuser Antifa-Polizisten, «dass sie sich lieber gleich dünne gemacht haben, obwohl die roten Feldgendarmen äusserst korrekt waren und mit ihren eigenen Leuten sehr streng verfahren sind, wenn die im Suff durchgedreht hatten.»

Ruhe und Ordnung soll auch eine weitere Kriegsfolge eindämmen helfen, die Cottbus gleich einer Springflut trifft: Hunderttausende aus den Gebieten östlich von Oder und Neisse vertriebene Menschen flüchten in diesen Wochen durch die Stadt. Tausende von ihnen bleiben in Cottbus hängen, weil sie mit ihren Kräften am Ende sind oder weil sie der alten Heimat möglichst nahe bleiben wollen für den Fall, dass die politischen Verhältnisse eines Tages doch die Rückkehr erlauben sollten. Ende Mai sind bereits wieder knapp 29'000 Einwohner registriert; bis Ende 1945 wird die Zahl auf 46'000 anwachsen. Die Versorgung mit Strom, Gas und Wasser funktioniert wieder, die ersten Notbrücken über die Spree sind geschlagen, und es gibt mittlerweile mehr Läden als zu essen: 24 Bäckereien, 35 Fleischereien, 27 Lebensmittelgeschäfte, 25 Gemüsehändler und 21 Milchverkaufsstellen.

Tagebuchschreiber Heller hat das Telefongeschäft aufgegeben und arbeitet bis zur physischen Erschöpfung im Ernährungsamt. Am 28. Mai, als in Cottbus wie in der gesamten sowjetischen Besatzungszone die Moskauer Zeit eingeführt wird und die Bürger die Uhren, sofern sie noch welche haben, eine Stunde vorstellen müssen, notiert er: «Ich versuche, die Ölmühle in der Stadt in Gang zu bringen. Es ist viel ungeschlagener Leinsamen da. Aber die Russen haben alle ledernen Transmissionsriemen gestohlen, und an neues Leder ist nicht zu denken.»

Die spärlichen offiziellen Quellen zur frühen Cottbuser Nachkriegsgeschichte freilich rühmen ausschliesslich die «uneigennützigte Hilfe» der Rotarmisten, die mit ihren Lastwagen die ersten Rohstoffe für die Spinnereien heranschaffen. Im Juli langt die Arbeit in den Tuchfabriken dennoch erst wieder für 400 Menschen, weniger als ein Zehntel der Beschäftigungszahl vor dem Kriege. Kaum weniger deprimierend ist das Produktionsergebnis von 12'000 Metern Tuch, gerade ein Drittel der schon hundert Jahre zuvor erreichten Leistung. Doch mehr lässt sich aus dem bisschen Zellwolle nicht weben, das die Aufkäufer im sächsischen Wolfen einhandeln konnten; für mehr aber reicht auch die knappe Energie nicht aus, obwohl der Strom für Privathaushalte immer noch mehrere Stunden am Tag abgeschaltet wird.

Im nahe gelegenen Braunkohlebetrieb Welzow, damals noch im Besitz der Anhaltischen Kohlewerke, erreicht die Leistung im selben Zeitabschnitt gerade 3'600 Tonnen. Und so fahren viele Belegschaften noch lange an jedem zweiten Wochenende geschlossen in die umliegenden Wälder, um dort Holz zu schlagen und damit die Betriebe vor allem den Winter über am Laufen zu halten.

Als erste politische Partei kommt unterdessen in Cottbus die Sozialdemokratie wieder auf die Beine. Anfang Juni liefert der von hundert Gründungsgenossen einmütig zum Vorsitzenden bestimmte Gerhard Trogisch die Mitgliederlisten zur Prüfung bei der Ortskommandantur ab. Sozialstadtrat. Trogisch selbst

kann mit einer lupenreinen antifaschistischen Vergangenheit aufwarten: Wegen aktiver Betätigung im Widerstand hatten ihn die Nazis zunächst zum Tode und später zu lebenslänglicher Haft verurteilt, die er bis zur Befreiung im Zuchthaus Brandenburg verbüßte. Gerade rechtzeitig zur Bildung der ersten pluralistischen Stadtverwaltung kehrt er nach Cottbus zurück.

Die deutliche Sprache der ersten öffentlichen Erklärung der Cottbuser SPD, die weitgehend Formulierungen Gustav Dahendorfs vom Berliner SPD-Zentralausschuss (ZA) übernimmt, offenbart ein durch die gemeinsam erlittene Verfolgung geprägtes politisches Selbstbewusstsein. Danach darf sich auch die neue SPD-Ortsgruppe «als Verkörperung der besten Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung» fühlen: Nichts verbinde sie «mit der letzten Phase der politischen Praxis der alten SPD», aber auch «nichts . . . mit der Emigrantenspolitik».

Noch vor den örtlichen Kommunisten, die sich erst eine Woche später wieder offiziell organisieren und zu Wort melden, gehen die Cottbuser Sozialdemokraten auf den landesweiten Aufruf des KDP-ZK vom 11. Juni ein, der ausdrücklich den «Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen», verwirft.

Das von der KPD vorgeschlagene Aktionsprogramm findet ebenso ihre «rückhaltlose und vorbehaltlose Unterstützung», wie sie auch bereit sind, «über alle Fragen der Einheit mit unseren kommunistischen Freunden zu sprechen». Während der programmatische ZA-Aufruf vom 15. Juni den «Sozialismus» zur Tagesaufgabe erklärt und die Verstaatlichung von Banken, Bodenschätzen und Schlüsselindustrien verspricht, vermeidet die taktisch gemässigte KPD-Erklärung jede Aussage über ein künftiges sozialistisches Wirtschaftssystem und fordert lediglich die Enteignung der «Nazibonzen und Kriegsverbrecher», die Beseitigung des Grossgrundbesitzes und die Kommunalisierung von Verkehrsbetrieben, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken.

Einigkeit mit dem Berliner Zentralausschuss um Dahrendorf, Max Fechner und Otto Grotewohl besteht in Cottbus auch – «wenn es denn sein kann» – im Wunsch nach «organisatorischer Einheit der Werktätigen». Dieser mit ausgestreckter «Bruderhand» gemachte Vorschlag trägt einmal dem bei der SPD-Basis verbreiteten Fusionsbegehren Rechnung, zum anderen beruht er auf der trügerischen Hoffnung, der künftigen Einheitsorganisation dank der grösseren Mitgliederstärke eine eindeutig sozialdemokratische Prägung geben zu können.

Doch das «Brüder-in-eins-nun-die-Hände» der SPD findet bei den kommunistischen Funktionären kein Echo – weder in Berlin noch anderswo. Zwischen dem 17. und dem 29. Mai versuchen ZA-Vertreter viermal mit Arthur Pieck, dem im Gefolge der Roten Armee nach Deutschland zurückgekehrten Sohn des KPD-Chefs Wilhelm Pieck über «die Frage der organisatorischen Einheit» ins Gespräch zu kommen – vergebens: Die kommunistischen Genossen sind stets verhindert.

Auch in Cottbus schlagen SPD-Beauftragte einen Monat später der KPD-Ortsgruppe die Gründung eines die Fusion vorbereitenden Ausschusses vor, doch die Kommunisten winken freundlich ab. «Unsere Devise damals hiess ‚Klarheit vor Einheit‘», erinnert sich ein ehemaliger KPD-Funktionär, der Cottbus später in Unfrieden mit seinen Genossen verliess: «Wir haben den sozialdemokratischen Freunden immer gesagt, dass es zunächst auf überzeugende Arbeit für die Stadt und die Menschen ankommt.»

Manchmal freilich, wenn es weniger offiziell zugeht, führen sie mit einzelnen Sozis auch andere Gespräche – wie beispielsweise mit dem Reichsbahner Alfred Schulz, dem die Sowjets Mitte Juni den imposanten Titel eines «Stellvertreters des Organisators des Cottbuser Eisenbahnwesens» verleihen.

Arbeitersportler Schulz, unter dem Spitznamen «Barry» ein in der Niederlausitz populärer Fussballspieler, gehört zu den Teilnehmern der SPD-Gründungsversammlung. Seine kom-

munistischen Freunde aus dem Arbeiterkiez Sandow, die jetzt alle etwas geworden sind, versuchen ihn immer mal wieder abzuwerben: «,Komm doch bei uns, Barry’, haben die oft gesagt, ,da kannst du noch mal Staatssekretär im Verkehrsministerium werden oder vielleicht sogar Minister.»»

Als Vorläufer der Einheitsblocks etabliert sich Ende Januar schliesslich auch in Cottbus ein Antifa-Komitee aus Vertretern von SPD und KPD. Erst später stossen CDU-Leute und Liberaldemokraten dazu; mit der Zulassung dieser Parteien lässt sich die sowjetische Militär administration wesentlich mehr Zeit. Zwar behaupten SED-Quellen für die Cottbuser CDU-Ortsgruppe eine Gründung im Juni 1945, tatsächlich findet sie jedoch erst am 29. August im Gasthof «Deutsches Haus» statt, organisiert von Willy Heller und weiteren Christenmenschen beider Konfessionen.

Ursprünglich hatten russische und KPD-Blockstrategen die Wiederbelebung des Zentrums als christlicher Partei im Sinn. So wird Heller, von dem früheres Engagement in der katholischen Arbeiterbewegung bekannt ist, zunächst noch als Vertreter des alten Zentrums, dem er jedoch nie angehörte, ins Komitee gebeten. Und als Zentrums-Redner beteiligt er sich auch an der ersten öffentlichen Kundgebung, die das Antifa-Komitee am 30. Juni auf dem Cottbuser Marktplatz ausrichtet.

Diese Veranstaltung, gewissermassen die Uraufführung der neuen antifaschistischen Koalition vor einer tausendköpfigen Kulisse von zumeist NS-Mitläufern, beginnt für die Kommunisten mit einem Eklat. Als nach den Begrüssungsworten von Bürgermeister Döring, der sich zur Feier des Tages mit weissen Gamaschen und einem steifen Hut ausstaffiert hat, als erster Redner der Kommunist Alfred Donath auftritt, entsteht Unruhe auf dem Platz: Eine Gruppe von gerade heimgekehrten KZlern, noch im Häftlingsdrillich, glaubt in Donath einen besonders üblen Kapo wiederzuerkennen, der im Lager politi-

sche Gefangene schikaniert und mit der SS zusammengearbeitet hat. Doch die Vorwürfe werden vom Podium ignoriert und die Protestanten schliesslich abgedrängt. Der Arzt, der die Anschuldigungen vorgebracht hat, kommt später im Cottbuser Polizeigefängnis unter nie geklärten Umständen zu Tode; Donath dagegen steigt zum Kreisrat auf.

Wo die Definition des von allen beschworenen Antifaschismus so offenkundige Schwierigkeiten bereitet, scheint es umso wichtiger, wenigstens das böse Gegenteil per amtlicher Bekanntmachung verbindlich anzudeuten. Im Frühsommer lässt der zum Oberbürgermeister aufgerückte Döring überall Plakate mit der tröstlichen Zusicherung kleben, zur Errichtung des Neuen Deutschland wolle die neue Obrigkeit «kein Zuchthaus oder Konzentrationslager ... zu Hilfe nehmen». Aber: «Wer den Aufbau... sabotiert oder sich ihm gegenüber passiv verhält, wird als Faschist betrachtet und dementsprechend behandelt werden.»

Damit nun beginnt nichts Geringeres als die Fundamentierung eines neuen Bildes vom Staatsfeind nach dem alten KPD-Klischee vom Parteifeind: Fortan kann «Faschist» auch einer sein, der nie Nazi war; sogar der Anti-Nazi kann es sein, sofern seine Vorstellungen von der politischen Architektur des Aufbaus nur weit genug von der herrschenden abweichen. Der in den meisten Antifa-Ausschüssen bis dahin einvernehmlich und eindeutig gebrauchte Faschismus-Begriff verkommt ganz allmählich zum politisch-ideologischen Totschlagsinstrument. Vom Westen her leistet der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher später mit seiner Beschreibung der Kommunisten als «rot lackierte Nazis» einen durchaus ebenbürtigen Sozi-Beitrag zu dieser Entwicklung.

Für das Cottbus des Jahres 1945 bedeutet diese erste kommunistische Akzentverschiebung im antifaschistischen Konsens zweierlei: Einerseits gerät die Säuberung des öffentlichen Lebens von ehemaligen Nazis rasch ins Stocken; zum anderen fühlen sich weniger prominente NSDAP-Mitglieder zum hemmungslosen Opportunismus gegenüber dem neuen Regime geradezu eingeladen. Im Oktober ist die Stadtverwaltung

trotz der kategorischen Anweisung des sowjetischen Stadtkommandanten, den Personalbestand möglichst gering zu halten, auf über 1'300 Mitarbeiter aufgebläht. Davon gehören 158 der SPD an, 85 der KPD, vier der CDU und einer der Liberal-Demokratischen Partei Deutschland (LDPD). Schon Ende Mai hat eine Nachprüfung durch die Ortskommandantur ergeben, dass trotz einschlägiger Verbote mindestens 44 ehemalige Nazis im Dienst der Stadt stehen. Obwohl der Bürgermeister beteuert, die Leute würden sofort entlassen, muss bereits im November auf Anordnung der inzwischen gebildeten Provinzialverwaltung für Brandenburg mit Sitz in Potsdam erneut gezählt werden: Diesmal sind es schon 105 Ex-Nazis, die dabei entdeckt werden.

War es im Juni das braune Personal des Stadttheaters, der Wäscherei und der Feuerwehr, auf das angeblich nicht verzichtet werden konnte, so sind es nun Chemiker, Förster und Bautechniker. Kaum ein brandenburgischer Bezirk zeigt sich bis Anfang 1946 beim Erfinden immer neuer Ausnahme-Begründungen so erfindungsreich wie die Cottbuser Verwaltung.

Zugleich betonen Dienstanweisungen, Schulungsreferenten, Broschüren, Flugblätter und Zeitungen jener Tage unablässig, dass es allein mit dem Auswechseln von NS-belastetem Personal längst nicht getan sei, sondern nicht weniger als die «Herausbildung neuer Machtorgane» auf der Tagesordnung stünde. Noch ist die Vokabel vom deutschen «Arbeiter- und Bauernstaat» nicht in Gebrauch genommen, aber dass Arbeiter und Bauern, dass die kleinen Leute künftig ihre eigenen Angelegenheiten entscheiden und dereinst, dann freilich mit einer wieder zu Kräften gekommenen Kommunistischen Partei im Kreuz, auch den Staat leiten sollen, ist die andere, vorwärtstreibende Entwicklungstendenz des Jahres 1945.

Kontrolle der Verwaltung durch die Massen heisst das propagandistische Stichwort, auf das hin die ersten Bürger-Ausschüsse gebildet werden – beim Ernährungsamt, beim Woh-

nungsamt und beim Jugendamt der Cottbuser Stadtverwaltung. In vielen Gemeinden entstehen solche, als «Schulen der sozialistischen Demokratie» gemeinte Kommissionen, und viele Angehörige der heute die DDR leitenden oder verwaltenden Funktionärgeneration haben in diesen Gremien und bei den öffentlichen Versammlungen, auf denen Bürgermeister und Stadträte Rechenschaft über ihre Arbeit geben mussten, ihr politisches ABC gelernt. Was vom späteren Staatsfunktionär der sowjetischen Besatzungszone erwartet wird, klingt bereits in den «12 Forderungen zur Schaffung eines neuen Typs des Behördenangestellten» an, die Brandenburgs Provinzialoberer per Flugblatt bekanntmachen lassen: Danach soll der neue Behördenmensch «eine positive Einstellung zur Besatzungsmacht haben», sich jedoch zugleich «freimachen von der alten Gewohnheit, nur auf Befehle zu warten». Einerseits bedarf er «nicht immer und unbedingt einer fachlichen Vorbildung», dafür jedoch der uneingeschränkten «Disziplin . . . bestehende oder neugeschaffene Gesetze genauestens zu beachten». Seine Arbeit verrichtet er «im besten Einvernehmen mit den antifaschistischen, demokratischen Organisationen», und bei Verstößen «gegen die Interessen des Volkes» ist er «jederzeit absetzbar». Allen Menschen gegenüber soll er «gerecht sein», zugleich jedoch «einen unerbittlichen Kampf gegen die Gegner der Demokratie führen». Selbstverständlich wird vom neuen Bürokratentypus erwartet, dass er kein Bürokrat, «nicht unpolitisch» und ein «kämpferischer, antifaschistischer Demokrat» sei.

Andererseits stellen kommunistische Funktionäre einzelnen enttarnten Mitgliedern der Nazipartei immer noch wirkungsvolle und jedenfalls kaum widerlegbare Persilscheine aus. Als beispielsweise über den Neu-Kommunisten und Reichsbahn-Obersten Franz Lepka Dokumente auftauchen, die ihn als NS-Zellenleiter ausweisen, fällt seinen Parteifreunden nach kurzer Bestürzung gerade noch rechtzeitig ein, dass der Mann ja einst im KPD-Auftrag in die Hitler-Bewegung «eingeschleust» worden sei.

Auch im Volksbildungsbereich, für den die SED-Geschichtsschreibung so grossen Wert auf die Feststellung legt, kein Nazi-Lehrer sei dort weiterverwendet worden, zeichnet sich Cottbus durch einen peinlichen Fehlstart aus: Von den 135 Pädagogen, die am 1. Oktober den Unterricht für 4'000 Kinder aufnehmen, müssen 79 schon ein Vierteljahr später wegen früherer Zugehörigkeit zur NSDAP gefeuert werden. Immerhin werden sie entfernt. Und es bleibt auch festzuhalten, dass solche Erscheinungen keineswegs in eine allgemeine Restauration oder gar Renazifizierung einmünden, sondern viel eher Ausdruck einer mächtigen und später oft geleugneten Kontinuität im Volksleben der Deutschen sind, die in Wahrheit eben keine «Stunde Null» erleben – jedenfalls keine, nach der alles ganz anders ist.

Gegen dieses elementare Beharrungsvermögen sind alle Veränderungen nur mühsam durchzusetzen. Das herausragende Beispiel dafür – wie auch für den vitalen Veränderungswillen des Antifa-Bündnisses in der sowjetisch besetzten Zone – ist zweifellos die im September 1945 in Angriff genommene Bodenreform.

Bei den Lausitzer Sorben, die Wenden nun nicht mehr heissen wollen und deren nationale Organisation «Domowina» als erste von den Russen wieder zugelassen wird, erzählt eine Sage davon, dass der Teufel einst Mitleid mit den armen Bauern verspürte. Daher habe er kurzerhand ihre Feudalherren eingesammelt und in einen grossen Sack gesteckt. Doch mitten über der Niederlausitz sei ihm die Sache leid geworden: Er habe den Sack einfach ausgeschüttet und «so Junker gesät von Calau bis Drebkau». Allein im Landkreis Cottbus gehören bei Kriegsende 31 Gutsbesitzern – den von Natzmers und von Winterfelds, den von Pücklers und von Wackerbarths – fast ein Drittel der landwirtschaftlichen und mehr als zwei Drittel der forstwirtschaftlichen Nutzfläche. Den Rest müssen sich 7'850 Klein- und Mittelbauern teilen.

Obwohl kaum eine KPD-Forderung unter Einheimischen wie unter Flüchtlingen so populär ist wie die nach der entschädigungslosen Einziehung allen Grossgrundbesitzes über 100

Hektar, bleiben Spontan-Enteignungen die Ausnahme. Lediglich dort, wo die Besitzer geflohen sind, organisieren viele Bürgermeister die Bestellung der Felder nach der Devise: «Wer sät, soll auch ernten.»

Die Cottbuser Kreis-Bodenkommission besteht aus drei Sozialdemokraten und zwei Kommunisten. Unter ihrer Anleitung werden in 91 Dörfern des Landkreises Gemeinde-Bodenkommissionen gewählt, in denen landlose und landarme Bauern die Mehrheit der Mitglieder stellen. Diese Zusammensetzung, urteilt der DDR-Historiker Klaus Frey, «gab die Gewähr, dass die unmittelbar an der Verwirklichung der Bodenreform interessierten Kräfte auch den entscheidenden Einfluss ausüben konnten». Für die Realität dieser von oben angeordneten Revolution bedeutet das freilich auch, dass sich in den Dörfern entfesselte Begehrlichkeit, Neid, alte Antipathien, Flüchtlingselend, sozialistische Agitation und bäuerliche Bedächtigkeit zu einer explosiven Stimmung mischen. Doch nur selten erhebt sich während dieser allgemeinen Landnahme eine Stimme zur Verteidigung der Gutsbesitzerfamilien, die rechtlich wie tatsächlich auf verlorenem Posten stehen und oft innerhalb von 24 Stunden Haus und Hof verlassen müssen mit der Auflage, mindestens 50 Kilometer vom enteigneten Besitz entfernt Wohnung zu nehmen. Binnen weniger Wochen ist das Herrenland der Cottbuser Umgebung verteilt, sind die Güter parzellenweise aufgesiedelt – früher als irgendwo sonst in der Mark Brandenburg.

Die Cottbuser Sozialdemokraten verantworten die Bodenreform voller Überzeugung ebenso mit wie die Übernahme solcher Industriebetriebe in treuhänderische Verwaltung, deren Eigentümer als Kriegsverbrecher oder führende Nazi-Parteiänger eingestuft werden. «Wir SPD-Leute empfanden uns bei alledem als führende Kraft», beschreibt Alfred Schulz rückblickend die Stimmung am Ende jenes Schicksalsjahres 1945: «Wir waren der festen Überzeugung, dass die Zukunft der Stadt von uns bestimmt wird und nicht von den paar Kommunisten.»

Tatsächlich ist die SPD im Dezember 1945 mit fast 2'400 eingeschriebenen Mitgliedern die mit Abstand stärkste Partei in Cottbus. Die KPD hat in derselben Zeit nicht einmal halb so viele Mitstreiter zusammengebracht; die LDPD stagniert bei 200, die CDU sogar bei nur 100 Mitgliedern. Dieses Überlegenheitsgefühl vor allem erklärt die Entscheidung einer Unterbezirkskonferenz jener Tage, sich grundsätzlich für die Vereinigung mit der KPD zu einer Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auszusprechen. In Cottbus jedenfalls werden die Sozialdemokraten nicht Opfer einer kommunistischen Gewalttat namens «Zwangvereinigung», wie sie die westdeutsche SPD seitdem nicht müde wird zu behaupten. Möglicherweise aber werden sie das Opfer ihrer Naivität und Selbstüberschätzung.

Als der Zusammenschluss zu Pfingsten 1946 im «Volks-haus» zelebriert wird, gehen nur 15 Sozialdemokraten unmittelbar vor der Abstimmung aus Gewissensgünden aufs Klo. Von denen, die sich drinnen im Saal die «Bruderhand» reichen, Kommunisten wie Sozialdemokraten, hoffen nicht wenige, den jeweils anderen Partner alsbald kräftig über den Tisch zu ziehen.

Wer da wenig später zieht und wer gezogen wird, ist hinreichend bekannt: Jene ehemaligen Sozialdemokraten, die über den aufkommenden Kalten Krieg zwischen den Kriegsalliierten und die sich dadurch immer deutlicher abzeichnende Teilung Deutschlands zum innerparteilichen Gegner, zum Parteifeind werden, füllen bald die Zuchthäuser der russischen Zone. Als der aus der SPD kommende Cottbuser Gesundheitsstadtrat Heinz Luck, dessen Kontakte zum einheitsfeindlichen «Büro Dr. Schumacher» allgemein bekannt sind, im kleinen Kreis die Meinung äussert, nicht nur der westliche, auch der östliche Imperialismus gehöre bekämpft, wird er schon einen Tag später zum Verhör geholt, von dem er nie wieder zurückkehrt.

Bis zum heutigen Tage ist den Regionalhistorikern der Cottbuser SED-Bezirksleitung eine differenzierte, den Widersprüchen gerecht werdende Darstellung des politischen Neu-

anfangs in Cottbus so wenig gelungen wie die Aufarbeitung jener Vorgänge bei und nach der lokalen Vereinigung der Arbeiterklasse, die in Wirklichkeit zu einem Bruchstück ihrer nationalen Spaltung wurde. Noch immer gelten ihnen die damals «entlarvten» Genossen als niederträchtige «Agenten des SPD-Ostbüros» und konspirierende «Anhänger der Schumacher-Clique». Und noch immer wird dafür als Beweis einzig eine vertrauliche Erklärung des Hitler-Häftlings Trogisch zitiert, die das Bezirksparteiarchiv aufbewahrt: «Wir werden stets bleiben, was wir sind, nämlich SPD-Genossen innerhalb der Einheitspartei... Wir werden alle wichtigen Kommandostellen . . . festhalten und die übrigen, die wir noch nicht haben, an uns reißen.»

Trogisch, der 1947 nach West-Berlin flüchtete, ist nicht mehr am Leben. Auf der Kommandohöhe der Bezirkshauptstadt Cottbus, hoch über inzwischen 100'000 Einwohnern, steht heute als Erster Sekretär ein anderer ehemaliger Sozialdemokrat: Werner Walde, der es bis zum Kandidaten des SED-Politbüros brachte. In seiner Residenz erinnert noch einiges an 1945, aber manches ist inzwischen auch ganz anders: 1985 wird im Schlosspark von Branitz vor den Toren der Stadt des 200. Geburtstages seines Schöpfers Fürst Hermann von Pückler gedacht. In der Museumsdarbietung ist der preussische Lebemann längst vom üblen Bauernleger zum glänzenden Landschaftsgärtner und Freund des aufsässigen Heinrich Heine aufpoliert worden. Und auch das einstens streng proletarische Sahne-Schichteis der fünfziger Jahre heisst wieder Pückler-Eis, wenn auch vorläufig noch ohne «Fürst».

Nur der letzte Besitzer von Branitz, Graf August Sylvius von Pückler, 81, mag nicht vergessen, wie seine Mutter und seine Schwester 1945 aus dem Schloss gejagt wurden. Aus der Bundeshauptstadt Bonn, wo er sich niederliess, grollt er unversöhnlich: «Das sind und bleiben Räuber, da will ich nicht mehr hin.»

Wernigerode / Harz 1945

Am 17. April 1945 hatte ich meinen 13. Geburtstag. Auf fast alles, was ich zu solchem Anlass gewohnt war, würde ich diesmal verzichten müssen. Ich erhielt keine Geschenke, ich hatte keine nachmittägliche Feier; gerade, dass mir meine Mutter am Morgen ein paar matte Gratulationsworte sagte. Wir waren mit etwas sehr viel Wichtigerem befasst. Wir hatten das Ende des Zweiten Weltkriegs hinter uns zu bringen.

Es ist erforderlich, den Ort, wo das geschah, näher zu besehen. Er heisst Wernigerode, eine Stadt am nordöstlichen Rand des Mittelgebirges Harz mit damals um die 30'000 Einwohner, mehr als 700 Jahre alt, bedeutend durch historische Bauten im niederdeutschen Fachwerkstil. Beim Vergleich mit anderen Städten der Region war Wernigerode immer etwas zweitrangig: Goslar, Halberstadt, Quedlinburg besaßen die grössere geschichtliche Substanz, Clausthal war ökonomisch bedeutender, Bad Harzburg war mondäner. Als Ort der bunten Dächer und der begüterten Pensionäre lebte Wernigerode ein behäbiges Dasein bis in die Kriegsjahre hinein.

Ich war in dieser Stadt nicht geboren. Ich lebte hier erst im vierten Jahr. Meine Eltern waren mit mir aus einer sächsischen Industriemetropole gekommen, die später von alliierten Bombardements schwer gezeichnet worden ist; hätten wir weiter dort gewohnt, wir hätten das Jahr 1945 nicht überstanden. Es war in jener plebejischen Stadt ausserdem ein rüder und radikaler SA-Stil zuhause, der sich selbst meine kindlichen Ner-

ven peinigend mitgeteilt hatte. Nach unserem Umzug stellte ich voll glücklichem Erstaunen fest, in Wernigerode sei vieles anders, nachlässiger, erträglicher.

Die Stadt war deutschnational. Es bedeutete das keinen unbedingten Gegensatz zu Hitlers deutschem Faschismus, es bedeutete auch keine völlige Übereinstimmung. Nicht zufällig hatte Hitler sein Bündnis mit Hugenberg im nachbarlichen Bad Harzburg vollzogen; der Harz war immer eine deutschnationale Landschaft gewesen, mit Königsburg und Kaiserpfalz, mit Kyffhäuser-Mythen, mit Grenzland- und Kolonisten-Bewusstsein aus Jahrhundert-Erinnerung. Hitlers soziale Demagogie war den Deutschnationalen fremd. Man hielt auf genaue, durch Besitztitel und Überlieferung bestimmbare gesellschaftliche Graduierungen.

Wernigerode zeigte dies alles mit einer zu Stadtarchitektur geronnenen Genauigkeit. Die feinen Familien wohnten auf Hügeln, die Linden- oder Salzberg hiessen. Zuerst residierte die Sippe der Stolberg-Wernigerode; ihr bedeutendster Vertreter war der Fürst Otto gewesen, ein Bismarck-Adjutant und Mensch von blendendem Geschäftssinn, er hatte das alle Wernigeröder Dächer hoch überragende Schloss umbauen und erweitern lassen im historischen Stil. Die armen Leute wohnten unten und draussen, in Strassen hinter dem Eisenbahngelände, in sonderbar antisemitischem Akzent hiessen die Viertel Jerusalem und Ninive. Wer blickte sich in ihnen schon freiwillig um? Die nach Wernigerode reisten, wollten die Architektur-Zitate des Mittelalters sehen oder zottige Fichten, die zwischen Moos und granitene Felsen wuchsen. Neben einem pharmazeutischen Werk und einer Kakaomühle war wichtigster Wirtschaftszweig in der Stadt die Fremdenindustrie, mit einem breiten Spektrum der Angebote, vom Traditionshotel «Weisser Hirsch» bis zur Familienpension Haus Erika.

In Wernigerode setzte sich ungebrochen 19. Jahrhundert fort, mochten am 9. November auch Hakenkreuzfahnen wehen und ein Stolberg-Wernigerode die SA-Uniform tragen. Nazis und Deutschnationale waren nicht identisch, und so ge-

sah es, dass sich unter ein paar reichen Leuten ein antifaschistischer Widerstand gebildet hatte. Seine Idealfigur war der Reichsfreiherr vom Stein, und man kritisierte Adolf Hitler von rechts. Das ereignete sich erst gegen Ende des Krieges, im Zusammenhang mit den Attentätern des 20. Juli 1944. Überhaupt waren die reichlich ausgebreiteten deutschnationalen Vorbehalte vielfach bloss Selbsttäuschung und kollektive Lüge einer kleinen konservativen Stadt. Adolf Hitlers Drittes Reich hatte folgerichtig den Zweiten Weltkrieg gezeugt, und dieser Weltkrieg hatte längst nach Wernigerode gegriffen.

Es begann damit, dass ein westdeutscher Finanzmann namens Rautenbach ein Leichtmetallwerk errichtete, draussen vor der Stadt, im Flachland, in der Nähe der proletarischen Viertel Jerusalem und Ninive. Rautenbach produzierte für die Flugzeugindustrie, später auch für die geheimnisumwehten Vergeltungs-Raketen. Die hatten eine ihrer wichtigen Fertigungsstätten am anderen Rande des Harzes, bei Nordhausen, Arbeitskräfte dafür wurden aus dem Konzentrationslager Buchenwald bezogen, das unter der Sigle Dora in Nordhausen eine förmliche Filiale unterhielt. Ein Aussenlager von Dora befand sich bei Wernigerode. Man konnte die Häftlinge in den blau-weiss gestreiften Anzügen manchmal sehen, von Hunden umwacht, beschäftigt mit dem Verlegen von Eisenbahnschienen.

Sie blieben nicht die einzigen unter Zwang gehaltenen Arbeitskräfte. Neben der Leichtmetallfabrik wurden Baracken errichtet, wo Menschen aus Belgien, aus Polen, aus der Ukraine kaserniert waren. Sie lebten, wurde schauernd berichtet, vorwiegend von ungeschälten Kartoffeln und Pferdefleisch. In den Baracken war manchmal Musik. Eine Harmonika spielte. Der Abend wurde darunter noch düsterer, denn alle Fenster waren sorgsam abgedunkelt, wegen der Fliegergefahr.

Die Fremdenherbergen der Stadt wurden mehr und mehr in Kriegslazarette verwandelt. Wenn ich mittags vom Schulunterricht heimkehrte, erblickte ich hinter geöffneten Fenstern

bandagierte Köpfe und Arme, Geruch von Karbol und Eiter wehte herab. An Krücken humpelnde Soldaten gehörten zum Stadtbild, und die Annoncen-Seite des örtlichen Intelligenzblattes war reichlich angefüllt mit jenen Todesanzeigen, die, unter dem Eisernen Kreuz, ihre Mitteilung in stolzer Trauer machten.

Die Oberschule, die ich besuchte und die nach dem Fürsten Otto hiess, musste ständig neue Schüler aufnehmen, die aus den Zentren der Bombardements stammten, Berlin, Hamburg und Köln. So schwollen die unteren Klassen an, während die oberen Klassen sich leerten, da ihre Angehörigen als Marine- und Luftwaffenhelfer zum Kriegsdienst geholt wurden, ausserdem gab es Notabiturienten, die sofort als Rekruten einrückten. Unsere Lehrer waren Frauen, alte Männer und Krüppel. Sie fütterten uns mit vaterländischen Balladen, mit Beschreibungen preussischer Grösse, der deutsche Führer Hitler wurde, so gut das ging, lieber ausgespart.

Fabrikant Rautenbach hatte zwischen seine Leichtmetallfabrik und die alten Proletarierviertel ein paar standardisierte Wohnblocks gesetzt, mitten im Krieg und mit projektierten Luftschutzräumen. In einem dieser Wohnblocks lebten meine Eltern. Mein Vater hatte eine sonderbare Biographie: Er kam aus einer alten sozialdemokratischen Familie, er war Metallarbeiter, aus dem Ersten Weltkrieg kehrte er als roter Matrose zurück. Er war ein Mitarbeiter des sächsischen Anarchisten Max Hölz und wurde deswegen von der Polizei gesucht, später war er Kommunist, aber er überwarf sich mit der KPD und verliess die Partei. Es war wohl dieser Umstand, der ihn die Hitler-Jahre fast unbehelligt überleben liess, von ein paar Gestapo-Besuchen abgesehen; es führte auch dazu, dass er 1942 aus der Kriegsmarine wieder entlassen wurde, da man seiner metallurgischen Fähigkeiten bedurfte, in Rautenbachs Fabrik.

Derart diente er einem Krieg, den er längst als verloren ansah. Er war unbeherrscht und leichtsinnig. Die von elektronischem Kratzen begleiteten Nachrichten des Senders Bero Münster gehörten zum Ritual unserer Abende. Ich begriff

nicht viel. Einmal beharrte ich eigensinnig auf einer in der Schule antrainierten Überzeugung, und das brachte meinen Vater in derartige Wut, dass er mich fast blutig prügelte, nie zuvor, nie mehr danach ist das je so geschehen.

Ich denke mir, auf diese Art kann einer zum Denunzianten seiner Eltern werden. Ich wurde es nicht. Ich wusste, dass ich in manchem aus den für Wernigerode gültigen Normen herausfiel, mein mitteldeutscher Akzent trennte mich von dem üblicherweise gesprochenen Ostfälisch, ich ekelte mich vor allen in Schule und Staatsjugendverband gepflegten Wehrertüchtigungsübungen. Es fanden sich Nischen, selbst hier, auch für mich. Ich tat mit im Laienspiel, und regelmässig musste ich mit pappenen Geldbüchsen in den Wohnungen unseres Quartiers um Spendengelder betteln. Sonntagvormittage, an denen ich durch Treppenhäuser ging, durch den Dunst von Bratenfett und erwärmtem Rotkohl, von einer Wohnungstür zur nächsten, in den Radiolautsprechern war süsse Salonmusik. Ich hasste diese Vormittage.

Am 22. Februar 1944 fielen am hellen Mittag ein paar angelsächsische Bomben auf die Stadt. Es handelte sich wohl um keinen gezielten Einsatz, die Angreifer waren ein paar versprengte Maschinen gewesen, und kaum ein halbes Dutzend Häuser wurden zerstört. Gleich wohl war die Zahl der Menschenopfer hoch, fast zweihundert, denn man hatte bis dahin in der Stadt den Signalen für den Luftalarm kaum Beachtung geschenkt. Fortan würde das sehr viel anders sein.

Fortan geschah es häufiger, dass die Alarmsirenen in den vormittäglichen Schulunterricht hineinheulten. Ich rannte in das Wohnhaus eines Freundes, dessen Eltern ein Bestattungsunternehmen betrieben. War die Gefahr vorüber, vergnügten wir uns auf dem gepflasterten Hof dieses Hauses, zwischen zweihundert Jahre alten Fachwerkwänden, es waren ungebeizte Sargböden gestapelt, Sägespäne trieben vorüber, Knochenleimgestank, Hühner pickten nach Korn, jenseits der Hofmauer waren die vergitterten Fenster der städtischen Untersuchungsanstalt für Frauen.

Die Stadt wurde von Flüchtlingen aus Böhmen überschwemmt. Unsere Schule erhielt einen neuen Direktor, einen jüngeren Mann, dem ein Arm fehlte, er trat gern in brauner NSDAP-Uniform auf und in knarrenden Schaftstiefeln. Die deutsche Front wich überall zurück, das wurde siegreicher Rückzug genannt; der neue Direktor operierte mit den üblichen Tröstungen, dem Wunder, den Vergeltungswaffen, der Ardennen-Offensive, der Ersatzarmee Wenck. Das Radioprogramm schien nur mehr aus Luftlagemeldungen zu bestehen. Die Nächte waren angefüllt mit schlaftrunkenen Gängen in die Luftschutzräume, wo es nach Schweiß und modernden Kartoffeln roch. Aus dem Himmel regneten jene Staniolstreifen, mit denen die alliierten Bomber die deutsche Flugabwehr zu verwirren suchte.

April 1945 war die Front dann nahe. Von geheimnisvoll heroischen Widerstandsbewegungen gegen den Feind wurde erzählt, von Werwölfen, sie sollten in letzter Minute das Kriegsgeschehen wenden. Ein Junge aus der Nachbarschaft wurde von solchen Nachrichten völlig fanatisiert. Eines Tages erschien er in unserer Wohnung, er wollte mich abholen, zum Empfang von Panzerfäusten für Hitler jungen. Ich sagte ja und erbat mir einen Aufschub. Der Junge rannte ohne mich davon. Ich habe ihn nicht wiedergesehen.

Kurz danach gab es jenes langanhaltende Heulen der Sirenen, das Panzeralarm bedeuten sollte. Wir zogen mit reichlichem Gepäck in die Luftschutzräume. Wir würden dort viel Zeit verbringen. Kleinkinder plärrten, eine ältere Frau, bekannt für ihren Geiz, murmelte Gebete, zwei Männer tranken aus einer Flasche wässrigen Schnaps. Ich hatte ein Gefühl sonderbarer Leichtigkeit. Manchmal ging ich hinauf in unsere leere Wohnung und blickte durchs Fenster auf andere Fenster, hinter denen kein Leben war. Ich drehte das Radio an, aber das Radio schwieg. Wir würden die Nacht im Luftschutzraum verbringen. Die Kleinkinder schliefen, die beiden trinkenden Männer erzählten Obszönitäten, denen ich begierig zuhörte. Zweimal trat ich vor die Haustür. Ich blickte in den Himmel,

der schwarz war und angefüllt mit fernen gleichbleibenden Motorengeräuschen.

Ich schlief, gelehnt an eine gekalkte Kellerwand, bedeckt mit einem Mantel. Ich erwachte durch die hysterische Mitteilung, auf dem Güterbahnhof halte ein Heeresversorgungszug. Der Güterbahnhof befand sich 1'200 Schritte von unserem Haus entfernt. Nach dem mit Angst durch wirkten Stumpfsinn des langen Wartens wirkte die plötzliche Erwartung einer materiellen Bereicherung auf die Leute wie Opiat, man musste nur einen Handwagen besitzen, meine Eltern besaßen einen Handwagen. Ich geriet unter den Strom der hastenden Plünderer. Ich hörte Artillerieschüsse, Granaten zischten über unsere Köpfe hinweg. Auf dem Güterbahnhof stand ein langer Zug, dessen Wagen man geöffnet hatte und der nun ausgeweidet wurde durch Hunderte von kreischenden Menschen. Ich kehrte heim mit einem Handwagen voller Margarinewürfel, Konservendosen und steingrauer Heeresuniformhosen.

Der Artilleriebeschuss hörte auf. Da war dann draussen ein merkwürdiges Maschinengeräusch. Wir öffneten die Türen. Wir sahen zwei Schützenpanzer mit olivgrüner Farbe, mit dem weissen amerikanischen Fünzfacken-Stern. Der Krieg ging zu Ende.

Ich verliess unser Haus. Neben dem Panzer warteten kleine Kinder. Die Panzerbesatzung waren Schwarze, die uns mit Schokoladenriegeln bewarfen. Der Krieg ging zu Ende, und der Frieden begann mit Süssigkeit.

Nach einer Weile fuhren die Schützenpanzerwagen davon, unter Staubwolken und Abgasgeruch. Meine Eltern kehrten aus dem Luftschutzkeller zurück, traten vor die Haustür und blinzelten übernächtig ins Helle. Sie gingen dann in unsere Wohnung und leerten die Koffer. Im Radioapparat, den sie neugierig einschalteten, gab es keine Paukenschläge mehr, die den Luftkrieg signalisierten, keine monotone Stimme, die den Einflug feindlicher Geschwader in bestimmte Räume mitteilte, es gab nichts als leeres elektronisches Geräusch.

Der Krieg war zunächst bloss ein paar Kilometer weitergerückt. Aus den Bergen liefen Detonationen bis in die Stadt. Am Brockenmassiv, wurde erzählt, leistete eine grössere Einheit der Waffen-SS hartnäckigen Widerstand. In der Stadt war kein Widerstand mehr, auch nicht in den Seelen. Für mehrere Stunden roch es überall nach versengtem Stoff, das verursachten die Fahnen und Armbinden mit dem Hakenkreuz, die man in die Öfen getan hatte, zu den brennenden Hitler-Fotografien, die bis gestern noch Schmuck gewesen waren an vielen Wänden.

Die amerikanische Besatzung der Stadt Wernigerode regierte mit allerlei an die Häusermauern befestigten Plakaten aus weissem Papier. Eine nächtliche Ausgangssperre wurde verfügt. Sämtliche Schusswaffen mussten abgeliefert werden, an einer eigens dafür eingerichteten Sammelstelle, dazu auch sämtliche Kleinbild-Fotoapparate. Diese zweite Requirierungsmassnahme stiess auf Befremden und Unmut, denn als ihr Motiv galt einzig die private Habgier der fremden Soldaten. Deutschnationale Verachtung griff um sich.

Die Besatzungsmacht liess dann noch Exemplare einer in der Stadt Braunschweig gedruckten Zeitung verbreiten. Man erblickte auf ihren Frontseiten Fotografien von kapitulierenden deutschen Generälen, man erblickte Aufnahmen vom befreiten Konzentrationslager Bergen-Belsen. Als Befreite begriffen sich auch die Fremdarbeiter der Firma Rautenbach. In lauten fröhlichen Gruppen durchzogen sie das Gelände, die Ausgangsbeschränkungen galten für sie nicht, sie wurden üppig versorgt mit amerikanischer Heeresverpflegung. Viele Wernigeröder hatten Angst vor Übergriffen, aber diese Angst war unbegründet. Es gab nur den Fortfall der früheren Zwänge, und es gab das alles überbordende Gefühl der Freiheit.

Dieses Gefühl hatten offenbar viele, darunter war ich. Mir kam vor, als hätte ich eine andere Haut überzogen, die Luft schmecke anders, der Himmel habe eine andere Höhe. Als ich das erstemal wieder aus unserer Vorstadt ins Wernigeroder

Zentrum ging, lag so etwas wie Heiterkeit über den Strassen. In Lautsprechern spielte Glenn Millers Army Air Force Band. Gis hockten in der Sonne, lachten und hielten Bierbüchsen in der Hand.

Vor unserem Haus wartete ein Lastwagen. Ein kahlköpfiger Mann, ehemals Aufseher der Fremdarbeiter und ein gefürchteter Leuteschinder, wurde abgeführt und mit dem Lastwagen davongefahren. Die Fremdarbeiter ihrerseits reisten jetzt ab. Sie trugen aussortierte amerikanische Militäranzüge. Mit ein paar Spielkameraden durchstöberte ich ihre leer gewordenen Baracken. Wir stiessen auf durchlöchernte Woldecken, auf leere Konservendosen, und es roch nach scharfen Desinfektionsmitteln.

Plötzlich wechselte die Besatzungsmacht. Von einem Tag auf den anderen hatten die amerikanischen Soldaten die Stadt geräumt und Platz gemacht für britische Truppen. Die beschlagnahmten alsbald das nobelste Hotel der Stadt und verwandelten es in einen Offiziers-Club, im Übrigen zeigten sie sich deutlich auf Distanz bedacht. Kein Wangetätscheln mehr bei den Kindern, keine grosszügig verteilten Schokoladenriegel und Kaugummibriefchen. Stattdessen wurden mehrere Harzhänge von allem Wald entblösst, die gefällten Fichtenstämme rollten auf Güterwaggons in unbekannte Richtungen davon. Einmal gab es auf dem Marktplatz, vor der Fassade des berühmten, vom gotischen Baumeister Hilleborch errichteten Rathauses, eine Truppenparade. Grelle Befehle ertönten, Instrumente wurden geblasen, mit weissen Gesichtern, mit steifen, langsamen Schritten marschierten Offiziere und Gemeine an ihrem Befehlshaber vorbei. Zivilisten standen am Rand und begafften das Schauspiel mit deutschnationaler Ergriffenheit.

Ich erfuhr, der letzte Direktor unseres Gymnasiums, der Mensch mit der braunen Uniform und den knarrenden Stiefeln, habe sich schon bald nach dem Einmarsch der Amerikaner in einem Klassenzimmer erhängt. Hiermit begann eine förmliche Selbstmordwelle: Schuldige, Verängstigte, über Hitlers militärische Niederlage Verzweifelte strangulierten

sich oder schluckten Gift, die als Bestattungsunternehmer tätigen Eltern meines Schulfreundes hatten reichlich zu tun. Derart ging es wieder mit dem kommerziellen Leben in Wernigerode voran. Nur Rautenbachs Leichtmetallwerke würden als vormalige Rüstungsfabrik ihre Tore nie mehr öffnen. Auf ihrem verwaisten Werkhof stapelten sich Rohlinge, die man auf sammeln und davontragen konnte. In den Baracken der abgereisten Fremdarbeiter eröffneten jetzt kleine Manufakturbetriebe, die leichtmetallene Eimer, Schüsseln und Kochtöpfe gossen. Selbst mein Vater, der ehemalige Max-Hölz-Anarchist, wirkte über mehrere Wochen als kleinkapitalistischer Warenproduzent und wäre das womöglich geblieben, hätte nicht eine jähe politische Veränderung begeben.

Zu Beginn des heissen, langen, apathischen Sommer 1945 erschienen in der kleinen Stadt Wernigerode am Harz die Boten des realen Sozialismus.

Sie erschienen in Gestalt der Roten Armee, um die englische Besatzungsmacht abzulösen. Die auf der Potsdamer Konferenz endgültig beschlossenen Besatzungszonen legten den Verlauf der sowjetisch-britischen Demarkationslinie auf die Mitte des Harzes und wenige Kilometer westlich von Wernigerode fest. Die britischen Truppen hatten noch rasch zwei, drei Berghänge abholzen lassen, das abgehackte Geäst verblieb den Borkenkäfern. Auch die Ledersessel des als Offiziers-Club dienenden Nobel-Hotels wurden abtransportiert, ihre Farbe war dunkelrot. Mit den Briten wichen schliesslich noch sämtliche in der Stadt wohnenden Wehrwirtschaftsführer, unter ihnen war der Fabrikant Rautenbach.

Die sowjetische Besatzung führte sich ein mit einer dreitägigen Ausgangssperre. Als wir danach die Strassen wieder betreten konnten, war ein Wohnviertel unterhalb des Schlossberges zum sowjetischen Militärgelände deklariert, ein hoher Holzzaun umschloss es, dessen Oliv-Färbung wir Kommandantura-Grün nannten. Gelegentlich hing an den Wänden ein Stalin-Ausspruch: Die Hitlers kämen und gingen, aber das

deutsche Volk, die deutsche Nation bleibe bestehen. Rautenbachs Leichtmetallfabrik wurde demontiert, in Kisten verladen und auf Güterzüge getan, von den verbliebenen Hallen wurden mehrere gesprengt.

Der Sommer ging weiter. Er war trocken und dörrte die Gärten aus. Eine tückische Hautkrankheit lief um, harmlose Mückenstiche verwandelten sich in unentwegt eiternde Wunden. Eines Tages lag die Bibliothek des Fürst-Otto-Gymnasiums auf dem Schulhof, jedes Titelblatt trug den Stempel mit Adler und Hakenkreuz, und wer wollte, durfte sich an dieser Halde mit Bildungsabfall bedienen, für den eigenen Bücherschrank oder für den Ofen. Mir erschien das alles wie ein Zeichen, dieser Sommer der schönen Ungezwungenheit werde niemals enden. Ich lungerte mit meinen Freunden in den städtischen Freibädern, wir liessen uns bräunen, die ehemaligen Flak- und Marinehelfer kehrten heim und versorgten uns mit erotischen Geschichten.

Der Sommer endete dann doch, und im Herbst öffneten wieder die Schulen. Das Leben wurde jetzt reglementiert durch eine Fülle von SMA-Befehlen, hinter deren Wortlauten sich der imaginäre Schatten des schnurrbärtigen Parteichefs aus dem Kreml erhob. Eingeleitete politische Veränderungen setzten vielem Überkommenen zu, griffen auch heftig nach Wernigerodes deutschnationaler Substanz, und bald wurde es üblich, über die nahe Grenze ins britische Besatzungsgebiet zu wechseln, vorübergehend oder auf Dauer. In meiner Erinnerung bleibt der Sommer des Jahres 1945 die freieste Zeit, die ich je erlebt habe, voll von Anarchie, Sonderbarkeit und so unwirklich, wie es sonst nur Träume sind.

Begegnungen in Deutschland 1945

Der Raum, die weite Distanz, hat keine Phantasie. Dass «hinten, weit, in der Türkei, die Völker aufeinanderschlagen», lesen wir in der Zeitung, aber es berührt uns wenig. Nicht einmal das Fernsehen hat da radikal Neues gebracht, wie wir zwischen Schauerfilmen und schauriger Wirklichkeit kaum noch unterscheiden. Solange ich in Kalifornien lebte, 1941 bis 1942, las ich über den Fortgang des europäischen Krieges mit Befriedigung, zum Beispiel eine Nachricht über die Bombardierung von Essen: Die Deutschen hatten das angefangen, und nun geschah es ihnen recht. Von der Wirklichkeit einer solchen Bombennacht hatte ich keinerlei Vorstellung.

Das wurde nicht viel anders im Osten oder Süden, in Alabama, schon in der Armee. Es wurde anders, realer, als ich Anfang 1944 nach London kam. Nun hatte ich mit deutschen Kriegsgefangenen zu tun, ausgewählten zwar, aber das waren oft die intelligentesten, zum Beispiel der Freiherr zu Guttenberg, oder ein Bruder des Adam Trott zu Solz, einer der Märtyrer des 20. Juli. Im Gespräch mit solchen Gefangenen wurde mir manches real, was ich bis dahin nicht gewusst hatte, vielleicht auch gar nicht hatte wissen wollen. Später, im Februar 1945 wurde ich zu einer «Mobile Company» versetzt, die Radio Luxemburg übernommen hatte. Da war nun alles sehr nahe, während gleichzeitig die Ereignisse sich überstürzten, das Ende nur noch eine Frage von Wochen, allenfalls von Monaten sein konnte.

Auch das Gedächtnis, der Raum der Zeit, hat wenig Phantasie. Man erinnert sich der Tatsachen, aber nicht der Stimmungen, der Gefühle, die ihnen ihre Wirklichkeit geben; einer Bergwanderung etwa, aber nicht der Härte des Weges; einer Operation, aber nicht der Schmerzen danach. Indem man zu rekonstruieren versucht, kann man leicht sich täuschen. In London war ich an der American Broadcasting Station in Europa tätig gewesen, als stellvertretender Leiter der deutschen Abteilung, obgleich ich ein blosser GI war, ausgeliehen vom US-Geheimdienst OSS, Office of Strategie Services, welcher mich nicht aufsteigen liess, weil ich ihm nicht mehr diene. Es war eine Organisation, in der es neben tüchtigen Leuten auch eine Menge gutbezahlter Scharlatane und Nichtstuer gab. Letzteres war ich nicht; kaum je in meinem Leben habe ich so hart gearbeitet, wenn auch überwiegend unnütz.

Meine Ansprachen machten den Kollegen Eindruck, man erzählte mir, dass auch in der BBC gern von mir abgeschrieben würde, aus der Schweiz kamen über den Telegrafen lobende Berichte von Anhörern, die von der Berner Botschaft dafür bezahlt wurden; aber in Deutschland dürften arg wenige mich gehört haben und nur solche, die sich meine Gedanken wohl auch alleine machen konnten. Eine gewisse Freiheit, ein zartes Abweichen von den Direktiven liess man mir durchgehen; viel nicht. In einem Buch über die psychologische Kriegsführung der USA, das vor einigen Jahren in Brasilien erschien, las ich: «GM ging herum und sagte jedem, der es hören wollte: Solange Ihr den Deutschen nicht die Grenzen von 1937 versprechen könnt, ist alles, was wir hier machen, vergeblich.» Das hatte ich vergessen. Nicht ein Gespräch mit meinem Vorgesetzten: Das mit der bedingungslosen Kapitulation sei ja ganz recht, aber nicht genug; man müsse den Deutschen doch wenigstens eine vage Vorstellung von dem geben, was man mit ihnen machen würde. Die Antwort: Wenn wir ihnen sagten, was wir mit ihnen machen wollen, das wäre noch viel schlimmer als Schweigen.

In Luxemburg dann war mein Vorgesetzter der Oberstleutnant Rosenbaum, ein braver Moralist, der seine deutschen Zuhörer, wenn es solche gab, grob beschimpfte, zumal seit der Entdeckung von Auschwitz, eine verständliche Reaktion. Jedoch sagte ich ihm einmal: «Colonel, Sir, wer Ihnen zuhört, tut es auf eigene Lebensgefahr. Er will Informationen, vielleicht auch Ratschläge, Gedanken, aber wenn er Beleidigungen hört, dann dreht er ab.» Seitdem hielt Rosenbaum mich für einen unverbesserlichen Deutschenfreund, was meinem komplizierteren Seelenzustand nicht entsprach; nur wollte ich ein wenig realistisch sein. Mitunter gab er mir dann eines seiner Manuskripte mit der spöttischen Bitte: «Sie können das ein bisschen mildern.» Jahre später hatten wir eine freundschaftliche Korrespondenz; er war ein guter Mensch, zudem ein vorzüglicher Jurist, aber für unsere heikle Aufgabe ungeeignet.

Diese letzten Monate hatten etwas unsagbar Überqueres, ja Gespenstisches. Das Ende stand fest. Das hatte es im Grunde immer seit Pearl Harbor getan. Seit «D-Day», seit der Befreiung Frankreichs, seitdem die Russen deutschen Boden betreten hatten – zur Zeit von Jalta standen sie keine 100 Kilometer von Berlin entfernt –, mochte man nur noch darüber staunen, dass das Ende noch immer nicht erreicht war. Längst interessierte die Sieger nur noch das Nachher. Das Nachher war der Gegenstand der berühmten Gipfelkonferenzen, Teheran, Jalta. Der Vorsorge für das Nachher galten solche Gründungen wie die der UNRRA zum wirtschaftlichen Wiederaufbau der befreiten Gebiete, oder der «Vereinten Nationen».

Für Adolf Hitler interessierte sich ausserhalb Deutschlands niemand mehr; er gehörte dem Nichts schon an, lange bevor er aus dieser Welt schied; er freilich sah es anders. Denn – und hier liegt der einzige Irrtum in Sebastian Haffners Hitler-Buch – gerade die letzten sieben oder acht Monate des Krieges sah er als seine eigentliche Weltstunde an. Nun musste gekämpft werden bis «fünf Minuten nach zwölf»; nun musste bewiesen werden, dass Deutschland den Ersten Krieg hätte gewinnen

können, wenn es nur ein Jahr länger durchgehalten hätte und er selber schon der Führer gewesen wäre. Nie wurde so unter «Defaitisten» gewütet, wurden so viele Todesurteile vollstreckt, so viele auch nur potentiell gefährliche Politiker ins Gefängnis geworfen, als gerade während dieser letzten Epoche. Dass er im Grunde, unbewusst, halb bewusst, von Anfang an die Götterdämmerung des April 1945 erträumt hatte – zu Hermann Rauschning in den frühen dreissiger Jahren: «Dann gehen wir eben zu Grunde. Aber die Sieger sollen ihres Sieges nicht froh werden...»-, steht auf einem anderen Blatt. Es ist dies alles im Rückblick sehr verrückt und sehr unheimlich; wird sich auch kaum je wiederholen.

Ende März – da hatten die Alliierten schon oder endlich den Rhein überschritten – kam ich zum ersten Mal in eine deutsche Stadt, Mönchengladbach. Bis dahin hatte ich London für arg zerstört gehalten, aber wie harmlos, wie gerade eben angekratzt war es, verglichen mit den Trümmern, zwischen denen wir uns nun bewegten. Mein Begleiter, oder richtiger, ich der seine, war der politische Leiter der BBC, Mr. Newsome, ein sehr stattlicher, etwas imperial wirkender Mann, der uns in London kraftstrotzende Vorträge gehalten hatte. Zusammen besuchten wir den von den Amerikanern ernannten Bürgermeister in irgendeinem improvisierten Quartier. Er sah aus wie ein Magister aus dem vorigen Jahrhundert, zart, gebrillt, spitznäsiger, es fehlte nur die Feder hinterm Ohr. Anstatt uns von den fürchterlichen Problemen zu reden, vor denen er stand, erzählte er uns von der Geschichte seiner Stadt, wie sie zu ihrem Doppelnamen gekommen war und so fort, ich übersetzend. Newsome, nachdem wir wieder draussen waren: «I can't help it, aber einen solchen Menschen kann ich nicht hassen.» «Da geht es mir genauso, er rührt mich.»

Es rührten mich nicht alle. Während Newsome andere Besuche machte, stand ich draussen bei seinem Wagen, und so kam ich mit allerlei Leuten ins Gespräch, zum ersten Mal seit zwölf Jahren mit Deutschen im Lande selber. Traumhaft? Ja,

von solcher Wiederkehr hatte ich in den dreissiger Jahren oft geträumt, zuletzt und mit Leidenschaft im März 1936. Danach hatten langjährige, hässliche Wirklichkeiten den Traum verstellt. Die Erfahrung im Jetzt und Hier war grau, schwach, beschämend, kein Triumph und keine Trauer. Etwas Neugier allenfalls. Es gab Nazi-Gesichter, mit Sicherheit erkennbar, deren Träger mich mieden. Es gab Frauen, ich erinnere mich an eine, die zu geschickt, schnell und eifrig auf mich einredete: Wie sie doch beinahe alle unschuldig seien und nun ausbaden müssten, was ein paar Politiker angerichtet hatten. «Ja, ja, da mag schon etwas dran sein», sagte ich und dachte: Sicher doch, du hast kein Verbrechen begangen. Aber eine Anhängerin warst du bis vorgestern. Hast auf die «Wunderwaffe» gehofft, hast an den Führer geglaubt und an des Führers «Weihnachtsgeschenk», die Ardennen-Offensive im Dezember 1944, und vielleicht glaubst du heute Nacht wieder an ihn, nur im Moment nicht. Dann kam ein anderer, mit dem das kurze Gespräch sich lohnte.

Nach Luxemburg zurückgekehrt, lobte ich den neuen Bürgermeister von Mönchengladbach in einem Rundfunk-Bericht: ein Deutscher alten Schlages, der seine Sache verstehe. Ein solches Lob war nicht ganz ungefährlich, der gefürchtete «Werwolf» geisterte herum. Gab es ihn denn damals wirklich? Wohl eher nicht; aber ein paar Abenteuerbegierige, die an ihn glaubten und entsprechend handelten. Der Mord an dem Bürgermeister im benachbarten Aachen ist der einzige an einem «Collaborateur», an den ich mich erinnern kann. Und «Collaborateure» gab es ja demnächst in Massen.

Dies kraft der Ereignisse, deren wir, ungerührt, mit unseren Kommentaren kaum noch Herr werden konnten. «Patton hat Darmstadt genommen.» «Die Amerikaner sind schon in Leipzig.» «Die Amerikaner haben sich bei Torgau mit den Russen vereinigt.» Für den Teil Deutschlands, der noch unerobert blieb, musste ich den Namen «Hitlers Restgebiet» erfinden.

Die Neuigkeit des Monats, die mich am stärksten beeindruckte, war eine andere. Es rief jemand mir nachts zum Fenster herauf: «Präsident Roosevelt ist gestorben.» Den nächsten Morgen mussten wir in aller Eile so viele goldene Worte des neuen Präsidenten Truman zusammensuchen, wie in unserem bescheidenen Archiv zu finden waren, um ihn unseren deutschen Hörern vorzustellen; der Senator, Vizepräsident erst in Roosevelts vierter Amtsperiode, das hiess seit wenigen Wochen, war in Europa so gut wie unbekannt. Diesen Abend feierten US-Offiziere den Tod ihres Generalissimus mit Champagner, Gesängen und Tanz; ich war da nicht dabei, musste aber Authentisches darüber hören. Roosevelt blieb auch während des Krieges bei der amerikanischen Bourgeoisie verhasst; man verzieh es dem reichen Aristokraten nicht, dass er es mit den Armen hielt, dass unter ihm die «Nigger» zu Fieldgrade Officers werden konnten, vor denen die Weissen salutieren mussten. Und dann kam die Nachricht von der «Hinrichtung» Mussolinis, ein englischer Major brachte sie froh in unseren Arbeitsraum: «Publicly executed.» – was so genau nicht zutraf. Aber das Foto des Toten, wie er, den Kopf nach unten, irgendwo in Mailand hing, verbreitete sich mit erstaunlicher Promptheit. Ganze zwei Tage später Hitlers Selbstmord.

Während diese Neuigkeiten, und was ich mir dabei dachte, in meinem Gedächtnis ungefähr bewahrt bleiben, kann ich mich an den siebten und neunten Mai überhaupt nicht erinnern. Jedenfalls gab es bei uns keinerlei Feiern. Es war nichts mehr als der endlich gesetzte Punkt nach einem langen Satz. In Paris, so erzählt mein verstorbener Freund Raymond Aron, herrschte an jenen Tagen Melancholie, ja Düsternis, so sehr im Gegensatz zum 11. November 1918. Natürlich musste ich auch die bedingungslose Übergabe salbungsvoll kommentieren: dass der Mensch nun einmal ernten müsse, was er gesät habe, dass aber nur die Schuldigen bestraft werden würden, dass man es mit massvollen, gerechten Siegern zu tun habe, etc. Ich kann nur hoffen, dass ich glaubte, was ich sprach.

Es dauerte lange, bis ich meine erste Reise ins Innere Deutschlands machen durfte, bis zum Hochsommer. Zuerst nach Heidelberg, um meinen Lehrer Karl Jaspers zu besuchen. Die Stadt, ausnahmsweise, völlig intakt; unverändert die enge Wohnung in der «Plöck». Frau Jaspers, die mir die Türe öffnete, erkannte nach dreizehn Jahren mich sofort und begrüßte mich mit den Worten: «So dick hätten Sie nicht zu werden brauchen.» Es mag die amerikanische Militärkost gewesen sein, die weit mehr Kohlehydrate als Grünzeug enthielt. Der Professor wirkte ausgeruht, dank seiner viel jährigen erzwungenen Musse, welche er stillen, intensiven Studien hatte widmen können, wirkte gelöst, ja erlöst und redefreudig. Es waren die Amerikaner, die ihn knapp zur rechten Zeit noch gerettet hatten, wenige Tage bevor er und seine «jüdische» Gattin hätten abgeholt und ermordet werden sollen; was sie wussten und weswegen sie immer Gift bereithielten. Vor Kurzem hatte Jaspers eine Rede zur Wiedereröffnung der Universität gehalten, ein Meisterwerk an Ehrlichkeit, Takt, Wissenschaft und Weisheit. Dies sprach er nun für mich auf Platte – ich glaube, Bänder gab es noch nicht –, damit ich sie von Luxemburg in die weite Welt senden könnte; später bekam er Briefe darüber aus vielen Ländern, sogar aus Australien.

Von Heidelberg fuhr ich mit dem Jeep nach München weiter. Die Einfahrt in die Stadt vom Norden, die ist mir nun wirklich sehr lebendig im Gedächtnis: Der Schrecken von der Totalzerstörung der Leopold- und Ludwigstrasse, der Residenz. Im Grunde waren auch wir beschwindelt worden. Wie oft hatte man uns erzählt, die Bombardierungen gälten den kriegswichtigen industriellen Anlagen, nicht aber den Innen- und Wohnstädten. Oft war das Gegenteil der Fall; die Frankfurter Innenstadt total zerstört, die Chemiewerke von Hoechst ganz gut ausgespart, ja sogar das Gebäude der «IG-Farben» mitten in Frankfurt, weil die Amerikaner es zu ihrem Hauptquartier bestimmt hatten.

Unter einem «dienstlichen» Vorwand hatte meine Reise den Zweck, nach einer verlorenen Freundin aus Heidelberger Stu-

dienzeit zu suchen, Leonore L. Während der ersten Jahre der «Emigration» hatten wir uns noch ein paarmal in Strassburg treffen können, dann nie mehr, denn sie verschwand nach China, um in Peking griechische Philosophie zu lehren. Eine Cousine von ihr lebte in München oder hatte ehemals dort gelebt. Ich marschierte also zum «Haus Biederstem», wohlhalten in seinem grossen Garten. Gräfin Harrach öffnete. «Mein Name ist soundso. Ich wollte fragen, ob Ihre Cousine Leonore noch lebt und ob Sie irgendetwas von ihr wissen.» «Einen Augenblick» – und Leonore L. erschien. Vor Kurzem war sie, mühselig und glücklich, aus ihrer mährischen Heimat nach München gelangt: Der Neubeginn einer Freundschaft, die heute noch blüht. Demnächst gesellte sich auch mein Colonel Rosenbaum zu der Gesellschaft, zeigte sich beeindruckt von dem schönen Haus und hielt den Damen einen wortgewaltigen Vortrag über die Verbrechen der Nazis. Leonore danach zu mir: «Hitler hat mehrere Verwandte von mir umbringen lassen. *Müssen* wir uns nun so etwas anhören?» – Sie mussten es noch lange.

SPIEGELBUCH

Bisher erschienen (Auswahl):

Hans Werner Kilz (Hg.)

Gesamtschule

Modell oder Reformruine?

Marion Schreiber (Hg.)

Die schöne Geburt

Protest gegen die Technik
im Kreissaal

Wolfgang Limmer

**Rainer Werner Fassbinder,
Filmemacher**

Hans Halter (Hg.)

Vorsicht Arzt!

Krise der modernen Medizin

Adam Zagajewski

Polen

Staat im Schatten der
Sowjetunion

Paul Lersch (Hg.)

Die verkannte Gefahr

Rechtsradikalismus in der
Bundesrepublik

Hans-Dieter Degler (Hg.)

Vergewaltigt

Frauen berichten

Michael Haller (Hg.)

Aussteigen oder rebellieren

Jugendliche gegen Staat
und Gesellschaft

Wilhelm Bittorf (Hg.)

Nachrüstung

Der Atomkrieg rückt näher

Timothy Garton Ash

**Und willst du nicht
mein Bruder sein . . .**

Die DDR heute

Jürgen Leinemann

Die Angst der Deutschen

Beobachtungen zur
Bewusstseinslage der Nation

Jochen Bölsche (Hg.)

Natur ohne Schutz

Neue Öko-Strategien
gegen die Umweltzerstörung

Edward M. Kennedy

Mark O. Hatfield

**Stoppt die
Atomrüstung**

Jörg R. Mettke (Hg.)

Die Grünen

Regierungspartner von morgen?

Joachim Schöps (Hg.)

Auswandern

Ein deutscher Traum

Peter Glotz/Wolfgang Malanowski

Student heute

Angepasst? Ausgestiegen?

Klaus Bölling

Die letzten 30 Tage

des Kanzlers Helmut Schmidt

Ein Tagebuch

Heinz Höhne

Die Machtergreifung

Deutschlands Weg in die
Hitler-Diktatur

SPIEGELBUCH

SPIEGEL BUCH

- Joachim Schöps
Die SPIEGEL-Affäre des Franz Josef Strauss
- Stephan Burgdorff (Hg.)
Wirtschaft im Untergrund
- Werner Meyer-Larsen (Hg.)
Der Orwell-Staat 1984
Vision und Wirklichkeit
- H.-P. Dürr, H.-P. Harjes, M. Kreek, P. Starlinger (Hg.) **Verantwortung für den Frieden** N
aturwissenschaftler gegen Atom-
rüstung
- Oskar Lafontaine
Angst vor den Freunden
Die Atomwaffenstrategie der
Supermächte zerstört die
Bündnisse
- Michael Naumann
Amerika liegt in Kalifornien
Wo Reagans Macht herkommt
- Hans Werner Kilz
Joachim Preuss
Flick
Die gekaufte Republik
- Wolfgang Büscher Peter
Wensierski
Null Bock auf DDR
Aussteiger jugend im anderen
Deutschland
- Jochen Bölsche (Hg.)
Das gelbe Gift
Todesursache: Saurer Regen
- Stephan Burgdorff
Werner Meyer-Larsen (Hg.)
Weniger Arbeit
Die Überlebenschancen der
Industriegesellschaft
- Heinz Höhne
Mordsache Röhm
Hitlers Durchbruch zur
Alleinherrschaft
- Tiziano Terzani
Fremder unter Chinesen
Reportagen aus China
- Hans-Dieter Degler
Dieter Uentzelmann (Hg.)
Supergift Dioxin
Der unheimliche Killer
- Jochen Bölsche (Hg.)
Was die Erde befällt. . .
Nach den Wäldern
sterben die Böden
- Diethelm Schröder (Hg.)
Krieg oder was sonst?
Nato: Strategie der Unsicherheit
- Fritz Vahrenholt (Hg.)
Tempo 100
Soforthilfe für den Wald?
- Wolfram Bickerich (Hg.)
SPD und Grüne
Das neue Bündnis?
- Siegfried Kogelfranz
Das Erbe von Jalta
Die Opfer und die
Davongekommenen

SPIEGELBUCH